

SKiD.HAMBURG

IHRE SICHT AUF IHRE SICHERHEIT

Teil 2: Wahrnehmung der Polizei

POLIZEI
Hamburg

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Inneres Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.

Hamburg

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE ZU SKID.HAMBURG 2020

WAHRNEHMUNG DER POLIZEI HAMBURG

POLIZEI IM ALLGEMEINEN

Hamburger:innen bewerten die Polizei im Allgemeinen positiv, insbesondere die Effektivität und Fairness sowie die Bürgerfreundlichkeit und Professionalität von Polizist:innen. Rund zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist und alle Menschen gleichbehandelt.

Dreiviertel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei überlastet ist, über ein Viertel stimmt der Aussage zu, dass Polizist:innen Mitgefühl fehlt und 12 % geben an, dass die Polizei rücksichtslos sei. Hinsichtlich der Informationstätigkeit wird deutlich, dass die Polizei gut über Gefahren im Straßenverkehr informiert, während die Informationen zu Einbruchsschutz und der Kriminalitäts- und Sicherheitslage etwas negativer eingeschätzt werden.

Rund zwei Drittel der Hamburger:innen geben an, dass es ihre Pflicht ist, polizeiliche Entscheidungen und Anweisungen zu akzeptieren, obwohl sie die Gründe nicht verstehen oder mit diesen nicht einverstanden sind.

POLIZEIKONTAKT

Rund ein Drittel der Befragten hatte in den letzten 12 Monaten vor dem Befragungszeitraum Kontakt mit der Polizei. Dabei waren ca. 80 % eher bis sehr zufrieden mit diesem Kontakt. Am häufigsten wurde als Kontaktgrund angegeben, dass eine Straftat gemeldet wurde. Jeweils rund 10 % haben eine Ordnungswidrigkeit gemeldet, Auskunft oder Hilfe gesucht, Informationen oder Hinweise gegeben, sich zu einem Vorwurf geäußert oder hatten einen Verkehrsunfall. Am seltensten wurde angegeben, dass der Kontaktgrund eine Beschwerde über die Polizei war.

Über 80 % der Hamburger:innen bewerten die Polizei nach ihrem letzten Polizeikontakt als fachlich kompetent, verständlich in ihrem Ausdruck sowie hilfsbereit. Optimierungspotenzial wird insbesondere hinsichtlich der Kommunikationsleistung zum Verfahrensstand und Hilfsangeboten deutlich.

8-10 % stimmen eher bis völlig zu, dass sie die Polizei beim Kontakt ungerecht behandelt hat oder Vorurteile ihnen gegenüber hatte.

POLIZEI HAMBURG

Über 80 % der Hamburger:innen stimmen zu, dass die Polizei Hamburg sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen in der eigenen Wohngegend kümmert. Weniger als ein Fünftel der Befragten geben an, dass sie Informationen über polizeiliche Schwerpunktsetzung im Stadtteil erhalten und ca. 85 % wünschen sich mehr Informationen diesbezüglich. Die für alle abgefragten Problemfelder mehr als 50-prozentige Zustimmung, dass die Polizei sich allen Sicherheits- und Ordnungsproblemen in der Stadt annehmen sollte, ist Ausdruck des Bedürfnisses, dass die Polizei sich um alle Sicherheits- und Ordnungsprobleme in der Stadt kümmert. Dennoch zeigt sich eine Priorisierung. Am häufigsten wird angegeben, dass sich stärker um Diebstähle und Einbrüche gekümmert werden soll, gefolgt von örtlichen Kriminalitätsbrennpunkten, Verkehrsdelikten und -sicherheit sowie Drogenkriminalität. Hamburger:innen mit Informationen über polizeiliche Schwerpunkte, geben zwar häufiger an, dass die Schwerpunkte richtig gesetzt sind, aber auch häufiger, dass sich stärker um Probleme gekümmert werden soll. Zu beachten ist, dass die Erfüllung dieses gesteigerten Sicherheitsbedürfnisses durch die Intensivierung polizeilicher Maßnahmen zu einer wechselseitigen Verstärkung von Unsicherheitsgefühlen und Wunsch nach mehr Maßnahmen führen kann.

WAHRNEHMUNG DER POLIZEI NACH GESCHLECHT, ALTER UND MIGRATIONSHINTERGRUND

GESCHLECHT (FRAUEN/MÄNNER)

Hinsichtlich verschiedener Aspekte der Polizeibewertung (z. B. Wahrnehmung der Polizei als effektiv und fair sowie Wahrnehmung von Polizist:innen als professionell und bürgerorientiert) stimmen tendenziell geringfügig mehr Frauen als Männer einer positiven Bewertung zu.

In Hamburg hatten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung mehr Männer als Frauen einen Polizeikontakt. Frauen geben etwas öfter an, mit dem Kontakt insgesamt sowie mit der fachlichen Kompetenz der Polizei zufrieden zu sein. Männer stimmen häufiger als Frauen zu, dass die Polizei überlastet ist und seltener zu, dass sie zu wenig getan hat. Sie stimmen aber häufiger als Frauen zu, dass die Polizei sie auf dem Laufenden gehalten hat.

ALTERSGRUPPEN

Mit zunehmendem Alter steigt das Vertrauen in die Effektivität, Fairness und Gleichbehandlung an. Auch die polizeiliche Informationstätigkeit wird positiver bewertet. Die Polizeipräsenz hingegen wird mit zunehmendem Alter seltener als ausreichend empfunden. Jüngere Hamburger:innen stimmen zudem tendenziell seltener einer Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei zu als ältere Befragte.

Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil von Personen mit Polizeikontakt kontinuierlich ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass junge Menschen sich typischerweise häufiger im öffentlichen Raum aufhalten und häufiger von der Polizei kontrolliert werden. Der meistgenannte Kontaktgrund ist über alle Altersgruppen hinweg das Melden einer Straftat.

Generell steigt auch die positive Bewertung hinsichtlich des letzten Polizeikontaktes mit zunehmendem Alter an.

16- bis 24-Jährige geben am häufigsten von allen Altersgruppen als letzten Kontaktgrund eine Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf an. Sie waren am seltensten mit diesem Polizeikontakt zufrieden.

Mit zunehmendem Alter steigt die Zustimmung, dass die Polizei Hamburg sich ausreichend um Anliegen und Fragen der Bürger:innen in der eigenen Wohngegend kümmert und dass die Polizei im eigenen Stadtteil die richtigen Schwerpunkte setzt. Gleichzeitig wünschen sich mehr ältere Befragte Informationen über die Schwerpunktsetzung der Polizei und dass die Polizei sich stärker um Probleme im Stadtteil kümmert.

MIGRATIONSHINTERGRUND

Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizei sowie dem Polizeikontakt lassen sich nicht pauschalisieren. Separate Analysen für verschiedene Personengruppen unter Berücksichtigung des konkreten Migrationshintergrunds, der Migrationsgeschichte sowie der soziodemographischen Gruppenzusammensetzung sind notwendig, um aussagekräftige Erkenntnisse zu generieren.

WAHRNEHMUNG DER POLIZEI NACH BEZIRK, VIKTIMISIERUNG UND ZUFRIEDENHEIT MIT DEM POLIZEIKONTAKT

BEZIRK

Überdurchschnittlich viele Einwohnende des Bezirks Wandsbek bewerten die Polizei in fast allen Aspekten gut und bejahen eine Gehorsamspflicht ggü. der Polizei. Für den Bezirk Hamburg-Mitte lassen sich über die meisten Aspekte hinweg die niedrigsten Bewertungen im Bezirksvergleich verzeichnen. Andere Bezirke weichen nur bei einzelnen Aspekten vom Durchschnitt ab.
Vertiefende kleinräumige Analysen unter Berücksichtigung der Sozialstruktur sind notwendig, um aussagekräftige Erkenntnisse zu generieren.
Wie bereits bei der allgemeinen Polizeiwahrnehmung sticht der Bezirk Wandsbek mit überdurchschnittlich hoher Zustimmung zur bürgerorientierten Arbeit der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil hervor, während in Hamburg-Mitte eine unterdurchschnittliche Zustimmung festzustellen ist.

VIKTIMISIERUNG

Die schlechtere Wahrnehmung der Polizei nach einer Viktimisierung zeigt sich nicht nur bei der Bewertung der Polizeiarbeit im Allgemeinen, sondern auch bei der Bewertung von Polizist:innen. Es ist demnach von einem allgemein negativen Effekt einer Opferwerdung auf das Polizeivertrauen auszugehen. Aufgrund der großen Vulnerabilität von Personen, insbesondere nach erlebten Gewaltstraftaten, muss das Zustandekommen dieses Effekts weiter erforscht werden, um diesem ggf. durch Veränderung polizeilicher Praktiken entgegenwirken zu können. Die Unterschiede in der Bewertung werden bei Opfern von Gewaltdelikten (vor allem sexueller Übergriffen) im Vergleich zu nicht viktimisierten Personen am deutlichsten.
Eine Viktimisierung wirkt sich auch negativ auf die Wahrnehmung der polizeilichen Bürgerorientierung und Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil aus.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEM POLIZEIKONTAKT

Es zeigen sich Unterschiede in der Bewertung der Polizei zwischen Personen mit und ohne Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate, wobei die Zufriedenheit mit diesem einen wichtigen Einflussfaktor darstellt. Personen, die sehr zufrieden waren, weisen eine generell positivere Einschätzung der Polizei und ihrer Arbeit auf (bzgl. Effektivität, Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit, Informationstätigkeit), wohingegen bei Unzufriedenheit mit dem Kontakt negative Effekte erkennbar sind. Die Zufriedenheit mit dem Polizeikontakt ist dabei auch abhängig vom Kontaktgrund. Personen, die keinen Polizeikontakt hatten, schätzen die Effektivität, Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit, Informationstätigkeit sowie die Bürgerfreundlichkeit und Professionalität geringfügig besser ein, als Personen mit Polizeikontakt.

Hamburger:innen mit Polizeikontakt erhielten seltener Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte und geben seltener an, dass diese richtig gesetzt werden – vor allem, wenn sie unzufrieden mit dem vorherigen Kontakt waren.

Auch der Bürgerorientierung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil wird von Hamburger:innen mit Polizeikontakt seltener zugestimmt. Ausnahme sind hier wiederum nur die mit dem Kontakt sehr zufriedenen Personen.

INFORMATIONSBEDARFE DER HAMBURGER:INNEN

INFORMATIONSINTERESSEN

Ca. die Hälfte bis zwei Drittel der Hamburger:innen wünschen sich mehr Informationen über örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit in ihrem Stadtteil, die Kriminalitätsentwicklung und neue Kriminalitätsphänomene sowie über den Schutz vor Straftaten. Seltener möchten Bürger:innen über Öffentlichkeitsfahndungen, Einsätze und Kriminalfälle oder die Verkehrslage informiert werden. Am seltensten werden Informationen über den Polizeiberuf gewünscht. Fünf Personen haben ergänzende Themenwünsche genannt, die sich auf Verfehlungen der Polizei beziehen, konkret die Themen Rassismus, Sexismus sowie Polizeigewalt bei G20. Ca. 13 % der Befragten haben überhaupt keinen Informationsbedarf.

Der bedeutsamste Unterschied nach Geschlecht ist, dass sich mehr Frauen als Männer Informationen zum Schutz vor Straftaten wünschen.

Rund zwei Drittel aller Hamburger:innen der Altersgruppen unter 75 Jahren möchten Informationen zu örtlichen Kriminalitätsschwerpunkten erhalten. Das am zweithäufigsten genannte polizeiliche Thema, zu dem Hamburger:innen sich Informationen wünschen, wechselt von Kriminalitätsentwicklung bzw. -phänomenen bei Menschen unter 55 zu Schutz vor Straftaten bei Menschen ab 55 Jahren. Das Interesse an polizeilichen Öffentlichkeitsfahndungen, polizeilichen Einsätzen und Kriminalfällen sowie dem Polizeiberuf sinkt mit zunehmendem Alter.

Es geben etwas mehr Personen mit Migrationshintergrund an, keine Informationen erhalten zu wollen, als Personen ohne Migrationshintergrund, und äußern (außer beim Thema ‚Polizeiberuf') seltener den Wunsch nach Informationen zu den genannten Themen.

Hamburger:innen wünschen sich in allen Bezirken am häufigsten Informationen zu dem Thema ‚örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit'. Dennoch zeigen sich für einzelne Themen noch bezirkspezifische Besonderheiten.

INFORMATIONSWEGE

Die Medien sowie polizeiliche Informationsmaterialien, gefolgt von der offiziellen Internetseite der Polizei Hamburg sind die von Hamburger:innnen am häufigsten bevorzugten Kommunikationskanäle, um über polizeiliche Themen informiert zu werden.

Seltener werden Öffentlichkeitskampagnen sowie die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburgs, der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen oder polizeiliche Informationsveranstaltungen genannt.

Im offenen Antwortfeld werden (E-Mail-)Newsletter als zusätzlicher Informationsweg gewünscht und die Bedeutsamkeit lokaler Bezüge deutlich gemacht.

Generell werden die Vermittlungswege ‚Medien' und ‚polizeiliche Informationsmaterialien' in allen Altersgruppen vergleichsweise relativ häufig genannt und liegen in der Häufigkeit der Nennung nah beieinander. Allerdings werden digitale Kanäle (insbesondere Social Media, aber auch die Internetseite der Polizei) vor allem von jüngeren Menschen häufiger genannt, während ältere Personen sich noch häufiger als jüngere Menschen den persönlichen Informationserhalt durch Polizeibeamt:innen wünschen.

HAMBURGER:INNEN ALS ZEUG:INNEN VON STRAFTATEN

ZEUG:INNENAUFRUFE

Rund ein Viertel der Befragten wurde innerhalb der letzten 12 Monate auf einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe aufmerksam. Die meisten dieser Personen wurden durch Zeug:innenaufrufe über die Medien erreicht, gefolgt von Plakaten/Aushängen/Flyern sowie Social Media-Posts. Vergleichsweise selten wurden Hamburger:innen durch die Internetseite der Polizei, den persönlichen Kontakt mit Polizeibeamt:innen oder einen anderen Weg auf Zeug:innenaufrufe aufmerksam.

Personen zwischen 25 bis 34 Jahren berichten mit 31 % am häufigsten, einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe wahrgenommen zu haben, während dies jeweils ein Viertel der Hamburger:innen unter 25 und zwischen 35 bis 64 Jahren berichten. Am seltensten wurden Zeug:innenaufrufe von Menschen ab 75 Jahren wahrgenommen. Die Medien spielen dabei bei fast allen Altersgruppen die größte Rolle, gefolgt von Plakaten/Aushängen/Flyern. Letztere sowie auch Social Media-Aufrufe werden mit zunehmendem Alter deutlich seltener wahrgenommen.

Ca. doppelt so viele Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund haben Zeug:innenaufrufe wahrgenommen wie Hamburger:innen mit Migrationshintergrund. Die Medien spielen in beiden Gruppen die größte Rolle, aber die Internetseite sowie auch der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen sind bei Personen mit Migrationshintergrund etwas häufiger von Relevanz.

Überdurchschnittlich häufig berichten Personen aus Hamburg-Nord, einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe wahrgenommen zu haben. Einwohnende aus Harburg berichten dies vergleichsweise wenig. Dies kann neben der Bevölkerungsstruktur der Bezirke auch auf lokal eingrenzbare Maßnahmen der Polizei zurückzuführen sein.

ZEUG:INNENERLEBNISSE

Rund ein Fünftel der Hamburger:innen wurde innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Zeuge/Zeugin einer Straftat. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil derer, die eine Straftat persönlich mitbekommen haben, konstant ab. Zudem berichten weniger Personen mit Migrationshintergrund von Zeug:innenerlebnissen als Personen ohne Migrationshintergrund.

Am häufigsten wurden Hamburger:innen Zeug:innen von Drogenhandel, gefolgt von Sachbeschädigungen. Am seltensten berichteten Hamburger:innen davon, einen sexuellen Übergriff persönlich mitbekommen zu haben. Drogenhandel wird dabei insbesondere von jüngeren Menschen und von Einwohnenden der Bezirke Hamburg-Mitte sowie Harburg häufiger genannt. Aus den Angaben geht allerdings nicht hervor, wo die Zeug:innenerlebnisse der Befragten stattgefunden haben.

Ca. 38 % der Zeug:innen haben der Polizei In-formationen zu ihrem Zeug:innenerlebnis gegeben. Die Bereitschaft zur Informationsweitergabe nimmt dabei mit steigendem Alter zu. Am häufigsten haben Personen, die Zeug:innen eines Einbruchs oder einer Körperverletzung wurden, der Polizei Informationen hierzu gegeben. Von den Zeug:innen eines Drogenhandels haben die wenigsten Personen der Polizei Hinweise gegeben. Die Gründe für eine Informationsweitergabe unterscheiden sich insbesondere in Abhängigkeit vom Deliktstyp.

Fast 90 % der Hamburger:innen, die Informationen zu einem Zeug:innenerlebnis an die Polizei gegeben haben, stimmen zu, dass sie als Zeug:innen von der Polizei ernst genommen wurden. Zwei Drittel wünschen sich jedoch auch mehr Rückmeldung, was aus ihren Hinweisen geworden ist. Fast ein Viertel der Befragten stimmen jedoch auch eher bis völlig der Aussage zu, dass die Polizei nicht auf seine Hinweise reagiert hat.

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze I
1 Einführung 1
2 Befragungsmethodik und Zusammensetzung der Hamburger Stichprobe 3
3 Wahrnehmung der Polizei 6
3.1 Meinung über die Polizei im Allgemeinen 9
3.1.1 Effektivität der Polizei 9
3.1.2 Verfahrensgerechtigkeit der Polizei 14
3.1.3 Verteilungsgerechtigkeit der Polizei 18
3.1.4 Informationstätigkeit der Polizei 22
3.1.5 Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum 27
3.1.6 Überlastung der Polizei 31
3.1.7 Meinung über Polizist:innen 34
3.2 Gehorsamspflicht 41
3.3 Kontakt mit der Polizei 45
3.4 Wahrnehmung der Polizei Hamburg 63
3.4.1 Wahrnehmung der lokalen Polizeiarbeit in Hamburg 63
3.4.2 Informationstätigkeit der Polizei Hamburg 92
3.4.3 Hamburger:innen als Zeug:innen von Straftaten 103
4 Zusammenfassung 123
5 Literaturverzeichnis 136

Anhang 139
Anhang 1: SKiD-Fragebogen 2020 139
Anhang 2: Methodenglossar 166
Impressum 168

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Soziale Selbsteinschätzung der Befragten 4
Abbildung 2: Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Polizei in der Bevölkerung 6
Abbildung 3: Meinung über die Effektivität der Polizei 9
Abbildung 4: Meinung über die Effektivität der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 10
Abbildung 5: Meinung über die Effektivität der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 11
Abbildung 6: Meinung über die Effektivität der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate 13
Abbildung 7: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei 14
Abbildung 8: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 15
Abbildung 9: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Migrationshintergrund 15
Abbildung: 10: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 16
Abbildung 11: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 17
Abbildung 12: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei 18
Abbildung 13: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 19
Abbildung 14: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Migrationshintergrund 20
Abbildung 15: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Vitkimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 21
Abbildung 16: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 22
Abbildung 17: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei 23
Abbildung 18: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 24
Abbildung 19: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 25
Abbildung 20: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 26
Abbildung 21: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 28

Abbildung 22: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 29
Abbildung 23: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 30
Abbildung 24: Meinung zur Überlastung der Polizei für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 32
Abbildung 25: Meinung zur Überlastung der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 33
Abbildung 26: Meinung zur Überlastung der Polizei nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate 34
Abbildung 27: Meinung über Polizist:innen 34
Abbildung 28: Meinung über Polizist:innen nach Alter 35
Abbildung 29: Meinung über Polizist:innen nach Migrationshintergrund 36
Abbildung 30: Meinung über Polizist:innen nach Bezirk 37
Abbildung 31: Meinung über Polizist:innen nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 38
Abbildung 32: Meinung über Polizist:innen nach Polizeikontakt und Zufriedenheit mit Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate 40
Abbildung 33: Meinung über Polizist:innen nach Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 41
Abbildung 34: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei 42
Abbildung 35: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 43
Abbildung 36: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 44
Abbildung 37: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach Polizeikontakt sowie Zufriedenheit mit letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate 45
Abbildung 38: Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate mit der Polizei in Deutschland sowie anteilig in Hamburg 46
Abbildung 39: Zufriedenheit mit letztem Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate 46
Abbildung 40: Hauptgrund des letzten Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate 47
Abbildung 41: Bewertung des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 48
Abbildung 42: Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt 49
Abbildung 43: Bewertung der Leistung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt 50

Abbildung 44: Bewertung der Kommunikation der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt 52
Abbildung 45: Bewertung des persönlichen Auftretens der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt 53
Abbildung 46: Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund 54
Abbildung 47: Zufriedenheit mit letztem Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht und Alter 55
Abbildung 48: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht 56
Abbildung 49: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter 57
Abbildung 50: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Migrationshintergrund 58
Abbildung 51: Bewertung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht 58
Abbildung 52: Bewertung der Leistung und Kommunikation der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter 59
Abbildung 53: Bewertung des persönlichen Auftretens der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter 60
Abbildung 54: Bewertung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Migrationshintergrund 61
Abbildung 55: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk 64
Abbildung 56: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate 65
Abbildung 57: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 66
Abbildung 58: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Zufriedenheit mit sowie Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend 67
Abbildung 59: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg 67
Abbildung 60: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Geschlecht 68
Abbildung 61: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Alter 69
Abbildung 62: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Migrationshintergrund 70

Abbildung 63: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Bezirk.....71
Abbildung 64: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil.....72
Abbildung 65: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Erhalt von Informationen über Schwerpunkte.....72
Abbildung 66: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Alter.....73
Abbildung 67: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Migrationshintergrund.....74
Abbildung 68: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Bezirk.....74
Abbildung 69: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate.....75
Abbildung 70: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate.....76
Abbildung 71: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate76
Abbildung 72: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend.....77
Abbildung 73: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend.....78
Abbildung 74: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil.....79
Abbildung 75: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Informationserhalt über polizeiliche Schwerpunktsetzung.....80
Abbildung 76: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Alter.....81
Abbildung 77: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Migrationshintergrund.....82
Abbildung 78: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Bezirk.....83
Abbildung 79: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate.....84
Abbildung 80: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate.....85

Abbildung 81: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate 86
Abbildung 82: Zusammenhang zwischen Wünschen bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil und der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend.....87
Abbildung 83: Zusammenhang zwischen Wünschen bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil und der Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend.....89
Abbildung 84: 30 am häufigsten genannte Wörter innerhalb der Antworten, worum die Polizei Hamburg sich im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte.....90
Abbildung 85: Interesse an polizeilichen Informationen 93
Abbildung 86: Fehlendes Interesse an polizeilichen Informationen.....93
Abbildung 87: Vermittlungswege polizeilicher Informationen 94
Abbildung 88: Interesse an polizeilichen Informationen nach Geschlecht.....95
Abbildung 89: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Geschlecht 95
Abbildung 90: Interesse an polizeilichen Informationen nach Alter 97
Abbildung 91: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Alter 98
Abbildung 92: Interesse an polizeilichen Informationen nach Migrationshintergrund 99
Abbildung 93: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Migrationshintergrund...100
Abbildung 94: Interesse an polizeilichen Informationen nach Bezirk.....101
Abbildung 95: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Bezirk.....102
Abbildung 96: Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufe der Polizei Hamburg für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk.....104
Abbildung 97: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufe der Polizei Hamburg.....104
Abbildung 98: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Alter.....106
Abbildung 99: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Migrationshintergrund.....107
Abbildung 100: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Bezirk 108
Abbildung 101: Zeug:innenerlebnisse in Hamburg gesamt sowie nach Alter und Migrationshintergrund.....109
Abbildung 102: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg.....110
Abbildung 103: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Geschlecht 110
Abbildung 104: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Alter.112

Abbildung 105: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Bezirk 113
Abbildung 106: Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis für Hamburg gesamt und nach Alter.....114
Abbildung 107: Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat 114
Abbildung 108: Gründe für Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis 115
Abbildung 109: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis.....115
Abbildung 110: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Alter 117
Abbildung 111: Gründe für Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat 118
Abbildung 112: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat 120
Abbildung 113: Zustandekommen der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis.....121
Abbildung 114: Zustandekommen der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis nach Migrationshintergrund 121
Abbildung 115: Wahrnehmung der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis.....122
Abbildung 116: Wahrnehmung der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis nach Ge-schlecht und Alter 122

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Studiendesign 3
Tabelle 2: Geschlecht der Befragten 3
Tabelle 3: Alter der Befragten 4
Tabelle 4: Schulabschluss und Erwerbsstatus der Befragten 5

1 Einführung

Mit der Bevölkerungsbefragung ‚Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)' wird für Deutschland, und insbesondere auch für Hamburg, erstmalig Dunkelfeldforschung betrieben, die auf Dauer angelegt ist. Dunkelfeldforschung hat zum Ziel, Erkenntnisse über das Gesamtaufkommen bestimmter Straftaten zu gewinnen und so die Informationen, die der Polizei zum Kriminalitätsaufkommen bereits bekannt sind, zu ergänzen. Dunkelfelduntersuchungen gelten entsprechend, neben den amtlichen Kriminalstatistiken, als wichtige zusätzliche Datenquellen zur Beschreibung der Kriminalitätslage und -entwicklung.

Bei der Befragung SKiD 2020 wurden bundesweit rund 122.700 Personen zu den Themen Opferwerdung und Anzeigeverhalten, aber auch zu ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden und ihrer Wahrnehmung der Polizei befragt. Hamburg hat den bundesweit einheitlichen Fragebogen um landesspezifische Fragen zu den Themen ‚Wahrnehmung der Polizei Hamburg' und ‚Zeug:innen von Straftaten' erweitert und rund 23.000 Hamburger:innen um ihre Teilnahme an der Befragung gebeten.
Die Polizei Hamburg möchte durch dieses Vorgehen zum einen eine neue, regelmäßige befragungsbasierte Informationsquelle für die Polizei etablieren, um ein aussagekräftigeres Bild der Kriminalitäts- und Sicherheitslage für Hamburg zu erhalten. Zum anderen soll durch diese Befragung ein standardisierter Kommunikationskanal zwischen Polizei und Bevölkerung geschaffen werden. Die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Bürger:innen sollen dazu genutzt werden, die polizeiliche Arbeit¸ im Sinne einer bürger:innenorientierten lokalen Sicherheitsarbeit, zu verbessern und noch stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten.

Durch SKiD 2020 wurde ein wichtiges Instrument etabliert, mit dem auch „zukünftig das Kriminalitätsgeschehen in Deutschland, das Sicherheitsempfinden der Bürger:innen sowie Entwicklungen weiterer kriminalitätsrelevanter Aspekte identifiziert und beobachtet werden können. Mit der Schaffung und kontinuierlichen Erweiterung dieser Wissensgrundlage durch die kommenden Erhebungswellen wird SKiD in entscheidendem Maße dazu beitragen, im polizeilichen und sicherheitspolitischen Bereich die zur Verfügung stehenden Ressourcen basierend auf empirischen Erkenntnissen zielgerichtet einzusetzen – zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Sicherheit in unserer Gesellschaft." (Birkel / Church et al. 2022).

Die vorliegende Auswertung beschränkt sich auf die erstmalige Darstellung der Wahrnehmung der Polizei aus Sicht der Bürger:innen. Mit den kommenden Befragungswellen sind Bewertungen der Veränderungen der Sicherheitslage, des Anzeigeverhaltens sowie der Wirksamkeit von polizeilichen Maßnahmen möglich. SKiD dient damit als Grundlage für ein befragungsbasiertes Monitoring sowohl langfristiger Entwicklungen als auch kurzfristiger Phänomene im Bereich der Inneren Sicherheit, welches evidenzbasierte Wissensgrundlagen schafft (vgl. ebd.: 193).

SKiD 2020 wurde während der COVID-19-Pandemie durchgeführt. Der Referenzzeitraum für die Erhebung von bspw. Opfererlebnissen (November 2019 bis Oktober 2020) umfasste somit den Beginn der Corona-Krise und ihre Begleiterscheinungen. Neben den Einschränkungen im öffentlichen Leben (Lockdown, Kontaktverbot, etc.) war die gesellschaftliche Stimmung in Hamburg sowie deutschlandweit aufgrund ökonomischer Unsicherheit und der Querdenker-Bewegung von einer besonderen Radikalisierungs- und Destabilisierungsgefahr geprägt. Die vielfältigen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kriminalitätslage, auch im Befragungszeitraum, spiegeln sich vermutlich in den Ergebnissen von SKiD 2020 wider, lassen sich jedoch nicht in Gänze bestimmen. Es liegen weder vergleichbare Erhebungen für die Zeit vor März 2020 vor, die als Referenz herangezogen werden können, noch wurden pandemiespezifische Daten über das Sicherheitsgefühl, Institutionenvertrauen und die Opferwerdung erhoben (vgl. ebd.: 3). Darüber hinaus war der Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) durch weitere gesellschaftspolitische Ereignisse und Entwicklungen geprägt, die stark im medialen und gesellschaftlichen Diskurs vertreten waren und deren Einfluss auf die Befragung sich ebenfalls nicht eindeutig bestimmen lässt. Hierzu zählen die Proteste gegen Polizeigewalt und

Rassismus im Kontext der Black Lives Matter-Bewegung, rechtsextreme Verdachtsfälle innerhalb der deutschen Polizei sowie Gewalttaten mit islamistischen Hintergrund in Deutschland, Frankreich und Österreich.

Der vorliegende Bericht widmet sich den Befragungsergebnissen zur Wahrnehmung der Polizei. Hierzu wurden den Befragungsteilnehmenden Fragen zur Meinung über die Polizei im Allgemeinen, zur wahrgenommenen Gehorsamspflicht sowie dem Kontakt mit der Polizei gestellt. Darüber hinaus werden die hamburgspezifischen Fragen des sogenannten Hamburger Sondermoduls zur Wahrnehmung der Polizei Hamburg beleuchtet.

Erhebungsdaten über die Wahrnehmung der Polizei von Bürger:innen sind nicht nur zum Verständnis des komplexen Verhältnisses zwischen Polizei und Bevölkerung, sondern auch und v. a. für das demokratische Gemeinwesen relevant.
Das Vertrauen in die Polizei – als Vertreterin des Staates und staatliche Gewalt sichernde Instanz – ist grundlegend für die Legitimation eines demokratischen Rechtsstaates. Dabei ist die Polizei ihrerseits selbst auf Mitwirkung von Bürger:innen angewiesen, um ihren Tätigkeitsbereichen der Verbrechensbekämpfung und Sicherung nachzukommen. Gleichzeitig fördert eine positive Wahrnehmung der Polizei die Beziehung zwischen Polizei und Bevölkerung. Sie vermittelt ein Gefühl von Sicherheit und macht beiderseitiges Handeln kalkulierbar. Das Vertrauen bedingt die von den Bürger:innen wahrgenommene Legitimität der polizeilichen Autorität, wodurch sie eher geneigt, sind mit der Polizei zu kooperieren, ihr Hinweise zu geben und ihren Anweisungen Folge zu leisten (u. a. Bradford / Jackson et al. 2018; Hecker 2020). Das in den letzten Jahren zunehmende Verständnis der Polizei als „Dienstleistungsorganisation“, die damit verbundene bürger:innenorientierten Arbeit aber auch der zunehmende Fokus auf kriminalpräventiver Polizeiarbeit beeinflusst nicht nur das Vertrauensverhältnis, sondern auch das Sicherheitsempfinden der Bürger:innen positiv (vgl. Siller / Wehe 2022: 1342ff).
Somit sind die Daten sowohl für die Polizei als auch die Politik relevant, da sie als Indikator für die strategische Ausrichtung der polizeilichen (Kriminalpräventions-)Arbeit sowie der Bürger:innenarbeit dienen können.

2 Befragungsmethodik und Zusammensetzung der Hamburger Stichprobe

SKiD 2020 wurde in Kooperation des Bundeskriminalamts (BKA) mit den Polizeien der Länder durchgeführt. Die Polizei Hamburg hat sich mit einer erhöhten Anzahl in Hamburg angeschriebener Personen sowie landesspezifischen Zusatzfragen an der bundesweiten Befragung beteiligt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über das Studiendesign für Deutschland sowie Hamburg.

Die in der Befragung erhobenen Daten wurden in Abstimmung mit dem BKA durch das Umfrageinstitut infas für die Auswertungen vorbereitet. Die notwendigen Schritte zur Datenaufbereitung und Plausibilitätsprüfung sind im vom BKA herausgegebenen Bericht der bundesweiten Kernbefunde (vgl. Birkel / Church et al. 2022: 8f) ausführlich beschrieben.
Die Hamburger Stichprobe basiert auf 8.534 auswertbaren Fragebögen und ermöglicht repräsentative Aussagen über die Hamburger Bevölkerung.

Tabelle 1: Studiendesign

	SKiD 2020	**SKiD.Hamburg 2020**
Erhebungsmethode	Simultane Mixed-Mode-Befragung: schriftlich-postalisch + online	
Erhebungsinstrument	Papier- bzw. Online-Fragebogen mit …	
	56 Fragen	69 Fragen
Befragungssprachen	Papier-Fragebogen: Deutsch, Türkisch Online-Fragebogen: Deutsch, Türkisch, Russisch, Arabisch	
Befragungszeitraum	19.10.2020 bis 29.01.2021	
Grundgesamtheit	in Deutschland	in Hamburg
	… in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 16 Jahren	
Anzahl kontaktierter Personen	~122.700	~23.000
beantwortete Fragebögen	46.813 (38,2 %)	8.789 (38,2 %)
auswertbare Fragebögen	45.351 (37,0 %)	8.534 (37,1 %)

Tabelle 2: Geschlecht der Befragten

Geschlecht	**Prozent**	**n**
männlich	46,0	3.862
weiblich	53,8	4.520
divers	0,2	13
Gesamt	100,0	8.395

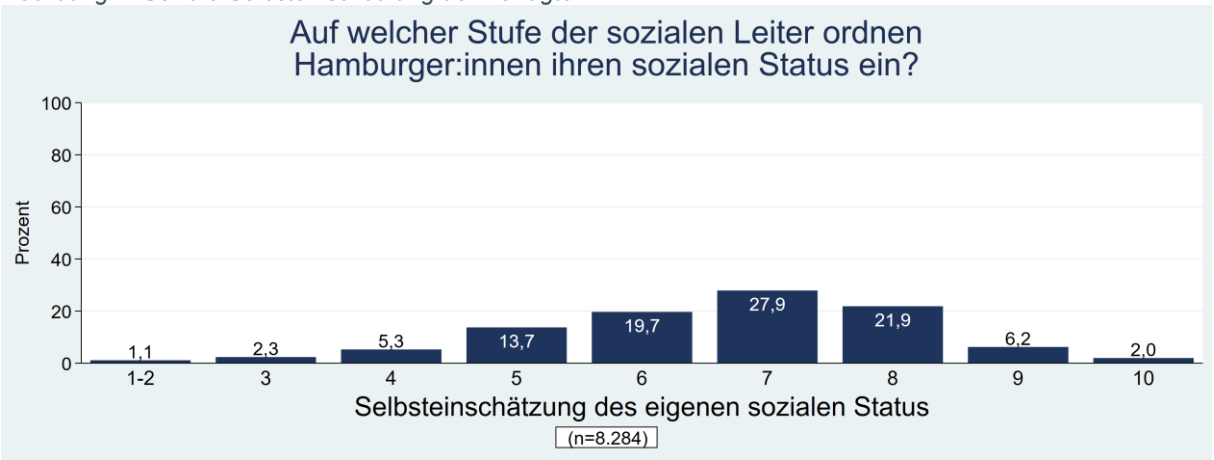
Im Vergleich mit der Hamburger Bevölkerung (Männer 49 %, Frauen 51 %) (vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2021a: 4) sind Männer in der Stichprobe mit 46,0 % leicht unter- und Frauen mit 53,8 % leicht überrepräsentiert.
Der Anteil derjenigen, die als Geschlecht divers angegeben haben, beläuft sich auf 0,2 % (13 Personen). Aufgrund ihrer geringen Fallzahl werden diese Personen nicht im Einzelnen auf Landesebene ausgewertet.

Tabelle 3: Alter der Befragten

Alter in Jahren	Prozent	n
16-17	0,9	71
18-24	6,1	511
25-34	15,3	1.278
35-44	16,0	1.335
45-54	17,5	1.463
55-64	17,5	1.463
65-74	13,4	1.122
75-84	11,0	920
85 und älter	2,4	197
Gesamt	100,0	8.360

Personen zwischen 35 und 74 Jahren sind in der Stichprobe häufiger vertreten als in der Hamburger Bevölkerung (vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2021b: 5f), Jugendliche (16-18 Jahre) und Jungerwachsene (18-24 Jahre) sind leicht unterrepräsentiert.
Um die Alters- und Geschlechterverteilung der Grundgesamtheit der Hamburger Bevölkerung anzugleichen, wurden die SKiD-Daten gewichtet.
Per Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde (vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2020: 199). Personen mit Migrationshintergrund (Anteil 36,7 %) (vgl. ebd.: 1) sind im Vergleich zur Hamburger Bevölkerung in der Stichprobe insgesamt unterrepräsentiert. Dieser Effekt wird durch die Gewichtung der SKiD-Stichprobe der Hamburger Bevölkerung ausgeglichen.
Der soziale Status wird bei SKiD durch die Selbsteinschätzung der Befragten anhand der sogenannten MacArthur Scale gemessen. Angegeben werden sollte, wo sich die Befragten bezogen auf Vermögen, Bildung, Beruf sowie Ansehen auf einer 10-stufigen Leiter (1=niedrig, 10=hoch) zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Vergleich zu anderen Menschen in Deutschland einordnen.

Abbildung 1: Soziale Selbsteinschätzung der Befragten



Siehe Anhang 1, Frage 46

Die meisten Befragten ordnen sich im mittleren oder hohen Bereich ein, lediglich 3,4 % der Befragten ordnen sich im niedrigen Bereich (Stufe 1, 2 oder 3) ein (siehe Abbildung 1). Nach den Ergebnissen des Hamburger Sozialmonitorings 2020 leben rund 80 % der Bevölkerung in Gebieten, denen ein mittlerer oder hoher Status zugeordnet wird (vgl. Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2020: 10).
Durch die Gewichtung der SKiD-Stichprobe verschiebt sich die Verteilung des sozialen Status geringfügig in Richtung eines niedrigeren Wertes, d.h. der Anteil der Personen mit einem niedrigeren oder mittleren sozialen Status erhöht sich leicht.

Tabelle 4: Schulabschluss und Erwerbsstatus der Befragten

Schulabschluss	**Prozent**	**n**
niedrig	17,5	1.402
mittel	20,9	1.670
hoch	61,6	4.934
Gesamt	100,0	8.006

Erwerbsstatus	**Prozent**	**n**
erwerbstätig	58,9	4.835
erwerbslos	2,5	202
Nichterwerbspersonen	38,6	3.169
Gesamt	100,0	8.206

Personen mit hohem Schulabschluss (=Fachhochschulreife/Abitur) sind im Vergleich zur Hamburger Gesamtbevölkerung überrepräsentiert.

Wie auch in anderen sozialwissenschaftlichen Studien zeigt sich hier eine erkennbare Bildungsverzerrung durch eine unterschiedliche Beteiligungsbereitschaft. Personen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss werden durch Befragungen dieser Art in der Regel schlecht erreicht.

Erwerbstätige sind im Vergleich mit der Hamburger Gesamtbevölkerung über- und nichterwerbstätige Personen unterrepräsentiert (vgl. Schiel / Südhof et al. 2021: 53), diese Verzerrung kann durch die Gewichtung der Stichprobe nicht vollständig ausgeglichen werden.

3 Wahrnehmung der Polizei

Als verantwortliche Behörde zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, als staatliche Gewalt sichernde Instanz sowie als Repräsentantin des Rechtsstaates an sich kommt der Polizei in der Gesellschaft einer besonderen Bedeutung mit hoher Verantwortung zuteil. Inwiefern diese Verantwortung erfüllt werden kann, spiegelt sich nicht nur in behördlichen Vollzugsstatistiken wider, sondern auch und insbesondere in der subjektiven Wahrnehmung der Bürger:innen. Erst das bürgerliche Vertrauen in die Polizei legitimiert diese zur Ausübung der ihr von der Gesellschaft anvertrauten Aufgaben. Somit ist die Polizei auch nur mit dem Vertrauen im Stande ihre Aufgaben ausüben zu können.
Aus polizei-praktischer Perspektive ist eine gutes Bürger:innen-Polizei-Verhältnis elementar, um ihren Tätigkeitsbereichen der Verbrechensbekämpfung und Sicherung durch Hilfe und Mitwirkung der Bevölkerung nachzukommen. In Situationen konfrontierender Interaktion dient ein gutes Vertrauensverhältnis dem beiderseitigen Interesse, da Handlungen und Reaktionen kalkulierbar werden.
Aus Perspektive der Bürger:innen ist eine vertrauensvolle Polizei nicht nur die Basis ihrer Legitimation, sondern weckt auch darüber hinaus eine Verbundenheit zu den gesellschaftlichen Normen und Regeln. Zudem gewährleistet eine positive Wahrnehmung der Polizei ein gesteigertes subjektives Sicherheitsgefühl für Bürger:innen und dient somit der funktionsfähigen Gesellschaft. Als Repräsentantin des Staates ist das Vertrauen in die Polizei zugleich Abbild, aber auch bedingt von persönlichem, generalisiertem Vertrauen (u. a. Bradford / Jackson et al. 2018; Hecker 2020).
Die Meinung der Bevölkerung über die Polizei ist somit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aber auch grundlegend für eine funktionierende demokratische Gesellschaft tragend.

Abbildung 2: Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Polizei in der Bevölkerung



©Kriminologische Forschungsstelle Polizei Hamburg

Ursachen sowie Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Polizei lassen sich auf Mikro-, Meso- und Makroebene verorten. Wie in Abbildung 2 dargestellt, ist das Vertrauen, welches die einzelnen Bürger:innen in die Polizei haben, zentral von Bedeutung. Die Theorie Prozeduraler Gerechtigkeit (v. a. Tyler 2006) postuliert, dass ein direkter oder auch stellvertretener persönlicher Kontakt mit der Polizei über das allgemeine Vertrauen Einfluss auf die Wahrnehmung polizeilicher Legitimität hat. Mit einem zufriedenen Polizeikontakt steigt somit über die

Wahrnehmung von Effektivität, Verteilungsgerechtigkeit (Gleichbehandlung) sowie Verfahrensgerechtigkeit (Fairness) der Polizei die Wahrnehmung polizeilicher Legitimität. Die wahrgenommene Legitimität seitens der Bürger:innen wirkt sich wiederum auf die Kooperationsbereitschaft gegenüber der Polizei sowie gesetzeskonformes Verhalten aus.
Auch weitere individuelle Kontextfaktoren, wie das politische Engagement, die allgemeine Einstellung zu staatlichen Institutionen, zum Bestrafen oder zum gesellschaftlichen Umfeld kann sich auf die polizeiliche Wahrnehmung auswirken (Zmerli 2022). Es ist schwer empirisch feststellbar, inwiefern die Einflussfaktoren auf Meso- und Makroebene auf die Wahrnehmung der Polizei durch die Bürger:innen wirksam werden (Miller / Davis 2008). So können auf der Mesoebene soziales Erlernen, Stigmatisierung oder beeinflusstes (Un-)Sicherheitsempfinden sowie auch der wahrgenommene Zusammenhalt oder Desorganisationsanzeichen in der Nachbarschaft Einfluss auf die Wahrnehmung der Polizei nehmen. Ebenso zeigt sich, dass die Wahrnehmung der Polizei durch eine Vielzahl von Faktoren der Makroebene, insbesondere die mediale Darstellung, die Aufarbeitung von insbesondere polizeilichen ‚Skandalen' sowie die Ausrichtung der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit, beeinflusst wird (u. a. Nägel / Nivette 2022; Weitzer 2018).

Grundlegend zeigen Bevölkerungsbefragungen, dass das Polizeivertrauen in Deutschland seit den 1980er Jahren auf einem gleichbleibenden hohen Niveau bestehen bleibt (u. a. Europäische Kommission 2021: T5; Reuband 2012). Im Kontext der COVID-19-Pandemie zeigen vereinzelte Untersuchungen zur Entwicklung des Sicherheitsgefühls, dass bei Personen mit größerer Sorge bzgl. COVID als gesundheitliche und wirtschaftliche Bedrohung auch eine höhere Kriminalitätsfurcht feststellbar war (vgl. Kort-Butler 2022: 9) und die Kriminalitätsfurcht während der Pandemie – wenn auch geringfügig – v. a. bei den Personen anstieg, die bereits zuvor ein höheres Angstniveau berichteten (Mider 2021: 1056). Sowohl für ganz Deutschland als auch für die Hamburger SKiD-Daten von 2020 zeigt sich, dass sich fast alle Bürger:innen tagsüber in ihrer Wohngegend sicher fühlen. Dennoch gibt es tagesformabhängige, räumliche sowie soziodemografische Unterschiede im Sicherheitsgefühl der Bevölkerung (ausführlicher dazu siehe Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023). Dies und weitere während und direkt vor dem Befragungszeitraum stattfindende gesamtgesellschaftliche Krisen können sich über das subjektive Sicherheitsempfinden, das generalisierte Vertrauen sowie das Vertrauen in politische Institutionen auch auf die Wahrnehmung der Polizei auswirken.

Die Fragen in SKiD bzgl. der Wahrnehmung der Polizei durch Bürger:innen bestehen überwiegend aus Fragen, die der kriminologischen, theoriegeleiteten Forschung bzgl. der Theorie prozeduraler Gerechtigkeit (v. a. Tyler 2006) entnommen wurden. Dafür wurden Fragen zur Effektivität, Verfahrensgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit der Polizei, zur Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei und dem direkt erlebten Kontakt mit der Polizei formuliert. Ergänzend wurden Fragen mit relevantem Praxisbezug für die polizeiliche Arbeit aufgenommen, um Erkenntnisse zur Verbesserung der Polizeiarbeit zu gewinnen. Hierzu zählen Fragen zur Wahrnehmung polizeilicher Präsenz im öffentlichen Raum, der Informationstätigkeit, des Auftretens von Polizist:innen sowie der Überlastung der Polizei. Für die Entwicklung der Fragen wurde auf den regelmäßig durchgeführten ‚Public Attitude Survey' des ‚Londoner Mayor's Office for Policing and Crime' (Stanko 2013) sowie polizeipraktische Bedarfe der Bundesländer zurückgegriffen. Die konkreten Frageformulierungen können dem Fragebogen im Anhang entnommen werden.

Das Land Hamburg hat im Zuge der Bevölkerungsbefragung landesspezifische Fragen ausgearbeitet, die zusätzlich zu den bundesweit einheitlichen Fragen speziell den Hamburger Bürger:innen gestellt werden. Das zentrale Thema des Hamburger Sondermoduls für SKiD.2020 ist die Wahrnehmung der und Reaktion auf die (Kommunikations-)Tätigkeit der Polizei Hamburg. Schwerpunktmäßig abgefragt werden Aspekte zur Wahrnehmung der Bürger:innen bzgl. polizeilicher Tätigkeit im Wohngebiet, Informationstätigkeiten der Polizei hinsichtlich polizeilicher Themen sowie des polizeilichen Umgangs mit Hinweisen zu Straftaten aus der Bevölkerung. Generell bieten diese Fragen nur einen ersten Einblick in die verschiedenen Themenfelder, wodurch allerdings Bedarfe für eine weitere Befassung aufgezeigt werden können.

Bei der Interpretation der in den folgenden Kapitel dargestellten Ergebnisse ist zu beachten, dass es sich um persönliche Einschätzungen der Hamburger:innen handelt. Viele Bürger:innen haben allerdings keine oder nur wenige und selektive Berührungspunkte mit der polizeilichen Arbeit und können daher die Qualität nur über den öffentlich bzw. persönlich sichtbaren Standpunkt bewerten. Die hier zum Ausdruck kommenden Meinungen werden daher stark durch die in Abbildung 2 dargestellten äußeren Faktoren und nicht ausschließlich durch (stellvertretend) erlebtes polizeiliches Handeln bedingt. Dennoch sind diese Informationen bedeutsam, da auch die öffentliche Wahrnehmung der Polizeiarbeit praxisrelevant sein kann und Ausdruck des Vertrauens in die Polizei ist. Dieses Vertrauen ist für ein gutes Bürger:innen-Polizei-Verhältnis und auch das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen von hoher Relevanz.
Die berichteten Befragungsergebnisse bzw. Angaben der Befragten wurden im Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) erhoben und sind diesem gegenwärtigem Zeitpunkt entsprechend zu werten bzw. einzuordnen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse zur Meinung der Bürger:innen über die Polizei im Allgemeinen, zur Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei, zum Kontakt mit der Polizei sowie zur Wahrnehmung der Polizei Hamburg (Hamburger Sondermodul) dargestellt und nach den zentralen demografischen Merkmalen Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund sowie regional nach Wohnortbezirk analysiert. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogen weitere Gruppenvergleiche bspw. nach deliktsspezifischer Viktimisierung. Die Hamburger Ergebnisse wurden (bis auf die Fragen des Hamburger Sondermoduls, siehe Kapitel 3.4) regelhaft mit den bundesweiten Ergebnissen sowie den Durchschnittswerten aller deutschen Großstädte ab 500.000 Einwohnenden verglichen. Eine Einordnung der Hamburger Ergebnisse im Bundes- und Großstadtkontext wird nur dann im Bericht vorgenommen, wenn signifikante Abweichungen vorhanden sind.

3.1 Meinung über die Polizei im Allgemeinen

Die Meinungen der Bürger:innen über die Polizei im Allgemeinen wurde in Bezug auf ihre Effektivität, Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit, ihre Informationstätigkeit, die Überbelastung der Polizei sowie die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum erhoben. Zudem wurden Bürger:innen gefragt, was sie im Allgemeinen über Polizist:innen denken. Im Folgenden wird dieser Fragenblock zur Bewertung der Polizei ausgewertet. Die im Folgenden berichteten Befragungsergebnisse bzw. Angaben der Befragten wurden im Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) erhoben und sind diesem gegenwärtigem Zeitpunkt entsprechend zu werten/ einzuordnen.

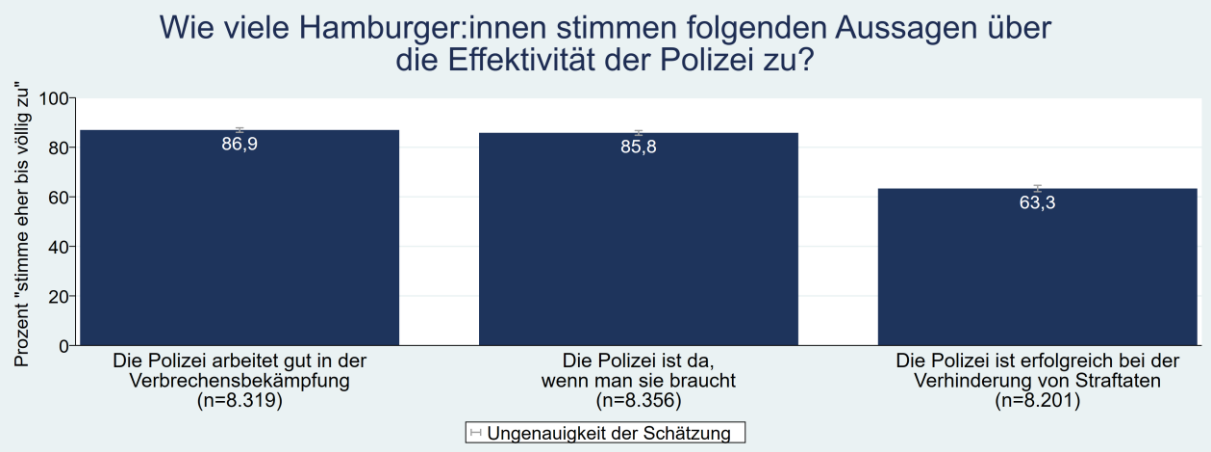
3.1.1 Effektivität der Polizei

Die Effektivität stellt eine zentrale Dimension zur Messung von bürgerlichem Vertrauen in die Polizei dar, da eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung eine Kernfunktion der Polizei ist. Die Effektivität der Polizei ist das Vermögen der Polizei, ihre Aufgaben, Sicherheit und Ordnung herzustellen sowie Kriminalität zu bekämpfen, zu erfüllen und dabei effizient vorzugehen. Die Bandbreite der Tätigkeiten zur Erfüllung dieser Aufgaben ist umfassend und wird für die Bürger:innen zumeist nur zu einem Teil sichtbar sowie unterschiedlich wahrgenommen. Entsprechend bildet die hier gemessene Bewertung nicht die objektive Effektivität ab, sondern gibt wieder, wie die Arbeitsqualität seitens der Bevölkerung wahrgenommen wird. Wenn die Bevölkerung die Polizei als nicht effektiv wahrnimmt, könnte diese als inkompetent in ihrer Aufgabenerfüllung, somit als nicht vertrauenswürdig und nicht legitim wahrgenommen werden, was ebenso dem Sicherheitsgefühl schadet (vgl. Hecker 2019: 59f.).

Um die Effektivität der Polizei im Umgang mit Kriminalität und bei der Gewährleistung von Sicherheit in diesem unterschiedlichen Ausmaß zu messen, wurden Hamburger:innen gefragt, inwiefern sie den folgenden drei Aussagen[1] zustimmen:

- Die Polizei arbeitet gut in der Verbrechensbekämpfung;
- Die Polizei ist da, wenn man sie braucht;
- Die Polizei ist erfolgreich bei der Verhinderung von Straftaten.

Abbildung 3: Meinung über die Effektivität der Polizei



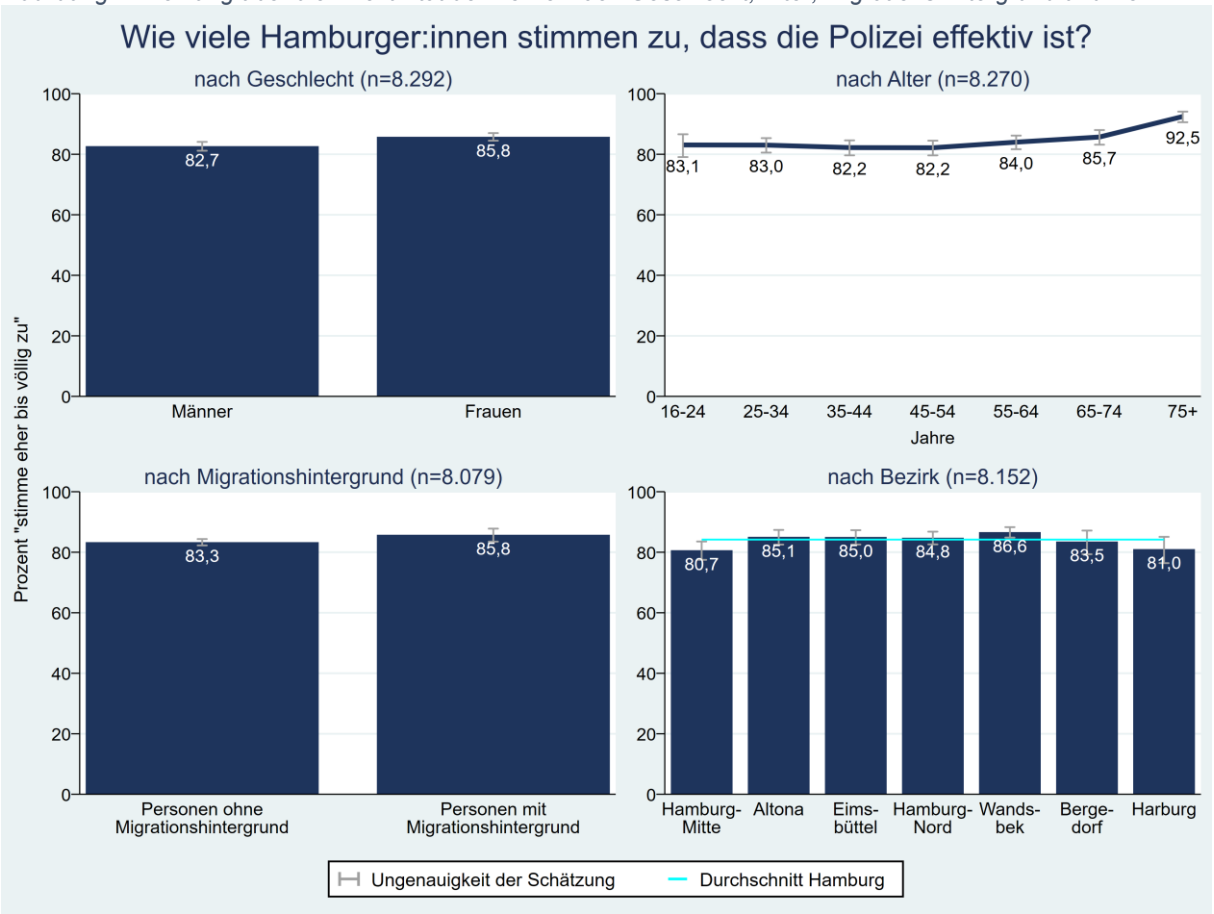
(Siehe Anhang 1, Frage 3)

Fast 87 % der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung arbeitet. Die Zustimmung, dass die Polizei da ist, wenn man sie braucht, fällt etwas

[1] Das im Fragebogen aufgeführte Item „Die Polizei arbeitet nicht erfolgreich bei der Aufklärung von Straftaten“ sollte ursprünglich aus theoretischen Überlegungen ebenso als Teil-Dimension der Effektivität erhoben werden. Nach statistischer Überprüfung (Faktorenanalyse) wurde beschlossen, das Item nicht als Dimension der Effektivität aufzunehmen, und auch nicht als Einzelitem auszuwerten. Es wird vermutet, dass aufgrund der (einzigen) Negativformulierung Verständnisprobleme bei den Teilnehmenden entstanden sind (siehe Birkel / Church et al. 2022: 161).

geringer aus (ca. 86 %). Das Vertrauen, dass die Polizei da ist, wenn man sie braucht, ist in Hamburg geringfügig, aber signifikant höher als im Bundes- und Großstadtvergleich. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Polizei, Straftaten zu verhindern, fällt mit rund 63 % deutlich geringer aus, entspricht jedoch dem Bundes- und Großstadtdurchschnitt (siehe Abbildung 3).
Für die nachfolgenden Gruppenvergleiche werden die drei Einzelitems zum Index „Effektivität“ zusammengefasst und analysiert.

Abbildung 4: Meinung über die Effektivität der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 44, 43, 50-54, 55)

Im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen 2022: 75) haben etwas mehr Frauen (85,8 %) ein hohes Vertrauen in die Effektivität der Polizei als Männer (82,7 %; siehe Abbildung 4). In Hamburg ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen geringer ausgeprägt als im Bundes- und Großstadtvergleich. So lassen sich in Hamburg für die Einzelitems der Effektivitätsbewertung keine signifikanten Unterschiede feststellen. Ursächlich für dieses Ergebnis ist, dass in Hamburg tendenziell etwas mehr Männer die Effektivität positiv bewerten als im Bundes- und Großstadtvergleich, während der Anteil der Frauen in Hamburg ähnlich oder etwas unterhalb des Bundes- und Großstadtanteils liegt.

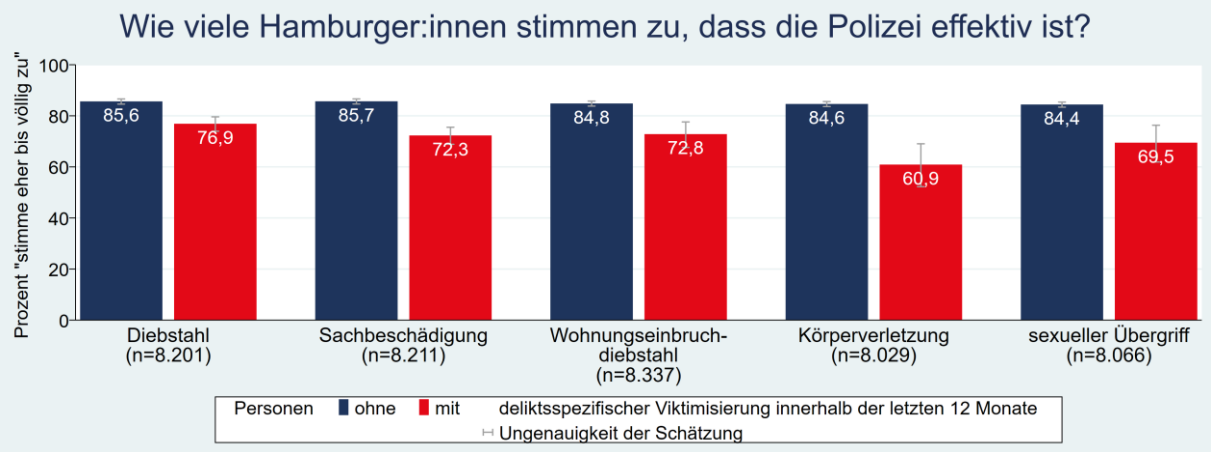
Wie in Abbildung 4 ersichtlich, bleibt das Vertrauen in die Effektivität der Polizei bis zu einem Alter von ca. 45 Jahren relativ stabil (82-83 %) und steigt danach bis zur ältesten Altersgruppe ab 75 Jahren um ca. 10 Prozentpunkte deutlich an. Diese Ergebnisse zeigen sich ebenfalls im Bundes- und Großstadtvergleich, lediglich mit einem geringeren Anstieg bis zur höchsten Altersgruppe.
Die SKiD-Daten zeigen außerdem, dass mehr Personen mit Migrationshintergrund ein hohes Vertrauen in die Effektivität der Polizei äußern als Personen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 4). Auffallend beim Vergleich der einzelnen Effektivitäts-Items zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund besteht der besonders stark ausgeprägte Unterschied hinsichtlich der Zustimmung zur erfolgreichen Verhinderung von Straftaten, wo Hamburger:innen

ohne Migrationshintergrund (59,8 %) um ca. 10 Prozentpunkte seltener zustimmen als Hamburger:innen mit Migrationshintergrund (70,3 %). Bei dem Item ‚Die Polizei ist da wenn man sie braucht', sind die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund deutlich geringer ausgeprägt.
Die Bedeutsamkeit der Wahrnehmung kriminalpräventiver polizeilicher Tätigkeit für die unterschiedliche Einschätzung der polizeilichen Effektivität nach Migrationshintergrund zeigt sich sowohl in Hamburg als auch in den Bundes- und Großstadtdaten. Es ist daher zu prüfen, ob dies tatsächlich auf eine unterschiedliche Überzeugung oder eher auf tendenziell unterschiedliches Antwortverhalten oder Verständlichkeitsprobleme der Frageformulierung zurückzuführen ist.
Multivariate Regressionsmodelle legen für Hamburg nahe, dass sich Gruppenunterschiede zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund verschiedener Herkunftsländer größtenteils über die Alters- und Geschlechtsstruktur erklären lassen. Bund- und Großstadtauswertungen deuten an, dass sich für vereinzelte Migrationsgruppen und -generationen Unterschiede im Polizeivertrauen finden lassen. Für die genauere Erklärung gruppenspezifischen Polizeivertrauens sind deshalb vertiefende Analysen notwendig.

Der Bezirk Hamburg-Mitte weist eine signifikant unterdurchschnittliche Bewertung der Effektivität der Polizei auf. Bewohner:innen des Bezirks Wandsbek hingegen stimmen häufiger als der Hamburger Durchschnitt der Effektivität der Polizei zu (siehe Abbildung 4). Die Bewertung des Einzelitems zur Verhinderung von Straftaten unterscheidet sich zwischen den Hamburger Bezirken nicht. Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden.

Grundsätzlich zeigen sich in Hamburg signifikante Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Effektivität zwischen innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) viktimisierten und nicht viktimisierten Personen über alle abgefragten Deliktsbereiche (siehe Abbildung 5). Dabei stimmen Personen mit Viktimisierung weniger häufig der Aussage zu, dass die Arbeit der Polizei effektiv ist. Dieser Effekt konnte auch bereits in Niedersachsen gezeigt werden (vgl. ebd.: 76).

Abbildung 5: Meinung über die Effektivität der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



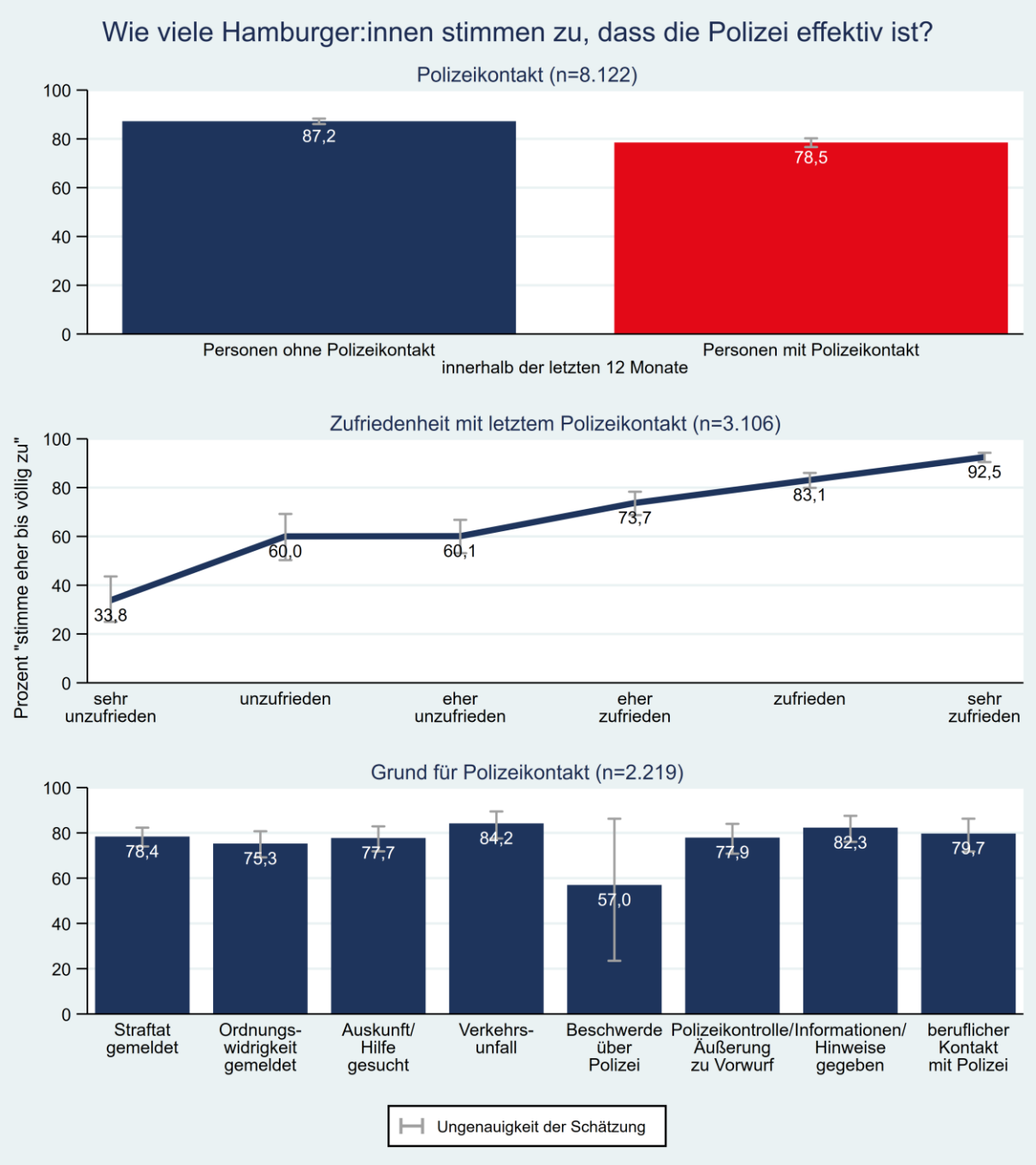
(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

Am stärksten wirkt sich in Hamburg eine Viktimisierung durch Körperverletzung (ca. 23 Prozentpunkte Unterschied) und sexuellen Übergriff (ca. 15 Prozentpunkte Unterschied) auf die Wahrnehmung der polizeilichen Effektivität aus. Eine Viktimisierung durch die Eigentumsdelikte Diebstahl, Wohnungseinbruchdiebstahl oder Sachbeschädigung führt zu einem geringeren Vertrauensanteil bei den betroffenen Personen von rund 9-13 Prozentpunkten. Auffällig ist hierbei, dass sich eine Viktimisierung durch Sachbeschädigung sowohl in Hamburg als auch im Bundes- und Großstadtdurchschnitt stärker negativ auf die Bewertung der Effektivität der

Polizei auswirkt als eine Viktimisierung durch Diebstahl oder Wohnungseinbruchdiebstahl. Inwieweit dies auf eine (räumlich oder sozial) ungleichmäßige Betroffenheit bestimmter Personengruppen von Sachbeschädigung zurückzuführen ist oder ggf. auch auf eine schlechtere Erfahrung mit der Polizei nach einer Viktimisierung durch Sachbeschädigung, ist gesondert zu prüfen. Bei der Betrachtung der Einzelitems wird deutlich, dass eine Viktimisierung durch Wohnungseinbruchdiebstahl das Vertrauen in die Fähigkeit der Polizei, Straftaten zu verhindern, stärker negativ beeinflusst als die anderen beiden Dimensionen des Effektivitätsvertrauens. Derselbe Effekt ist in geringerer Ausprägung auch für Diebstahl und Sachbeschädigung feststellbar.
Im Bundes- und Großstadtvergleich zeigt sich insbesondere eine hamburgspezifische Besonderheit. Nur in Hamburg unterscheiden sich Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate Opfer eines sexuellen Übergriffs waren, signifikant von nicht viktimisierten Personen. Die im Bundes- oder Großstadtvergleich feststellbaren geringeren Unterschiede lassen keine statistisch signifikanten Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zu.

Auch ein Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) wirkt sich negativ auf die Effektivitätsbewertung der Polizei aus, jedoch in geringerem Maße als die meisten Viktimisierungserlebnisse (siehe Abbildung 6). Im Folgenden werden die Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate Kontakt mit der Polizei hatten, gesondert analysiert. Die Art und differenzierte Bewertung des letzten Kontakts und ihre jeweiligen Auswirkungen auf das Polizeivertrauen werden dabei ausführlich betrachtet.
Von den Hamburger:innen ohne Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate stimmen 87,2 % zu, dass die Polizei im Allgemeinen effektiv ist. Bei Hamburger:innen mit Polizeikontakt liegt dieser Anteil nur noch bei 78,5 %. Auch wenn die hier dargestellte Effektivitätsbewertung sich nicht auf den letzten Kontakt, sondern auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei bezieht, ist von einem prägenden Einfluss eines Polizeikontakts auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizeiarbeit und das Effektivitätsvertrauen auszugehen.
Der negative Effekt des Polizeikontakts auf das Effektivitätsvertrauen ist besonders deutlich bei Personen festzustellen, die mit ihrem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate unzufrieden waren. Personen, die sehr zufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt waren, berichten dabei sogar häufiger von einem hohen Effektivitätsvertrauen als Hamburger:innen ohne Polizeikontakt. Zu klären ist hierbei jedoch, inwieweit das Vertrauen in die Effektivität der Polizei und die Zufriedenheit mit dem Kontakt sich gegenseitig bedingen oder von einer gemeinsamen Drittvariable beeinflusst sind. Bei der Betrachtung der Einzelitems wird deutlich, dass insbesondere die Zustimmung zur Aussage ‚Die Polizei ist erfolgreich bei der Verhinderung von Straftaten' nach einem erlebten Polizeikontakt stärker sinkt als es bei den anderen beiden Einzelitems des Effektivitätsvertrauens der Fall ist. Im ersten Eindruck legt eine lineare Regressionsanalyse nahe, dass sich ein sehr zufriedener Polizeikontakt etwas stärker auf das Vertrauen in die Verfügbarkeit der Polizei, wenn man sie braucht, auswirkt als auf die anderen beiden Items.
Der Grund eines Polizeikontakts hat ebenso Einfluss auf die Einschätzung der allgemeinen polizeilichen Effektivität, insbesondere hinsichtlich der Zustimmung zur Aussage, dass die Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung arbeitet. Personen, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei zuletzt Kontakt mit ihr aufgenommen haben, bewerten die allgemeine Effektivität der Polizeiarbeit mit nur 57,0 % Zustimmung besonders häufig negativ. Dieser Unterschied ist in Hamburg aufgrund der geringen Fallzahl nicht statistisch signifikant. Ergänzende Auswertungen auf Bundes- und Großstadtebene zeigen jedoch einen ähnlich starken und statistisch signifikanten Effekt, weshalb hier vom tatsächlichen Vorliegen eines Unterschieds ausgegangen werden kann.

Abbildung 6: Meinung über die Effektivität der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 7, 8)

Das Effektivitätsvertrauen bewegt sich bei anderen Kontaktgründen im leicht höheren Bereich. Mit ca. 84 % Zustimmung äußern Hamburger:innen, die aufgrund eines Verkehrsunfalls Kontakt mit der Polizei hatten, von allen Personen mit Polizeikontakt am häufigsten ein hohes Vertrauen in die polizeiliche Effektivität. Die Bundes- und Großstadtauswertung zeigt, dass auch Personen, die im beruflichen Kontext Polizeikontakt hatten, ein tendenziell überdurchschnittliches Effektivitätsvertrauen aufweisen. Es bedarf allerdings tiefergreifenderer Analysen, inwiefern etwaige gruppen- sowie kontaktanlassabhängige Merkmale die Unterschiede beeinflussen.

3.1.2 Verfahrensgerechtigkeit der Polizei

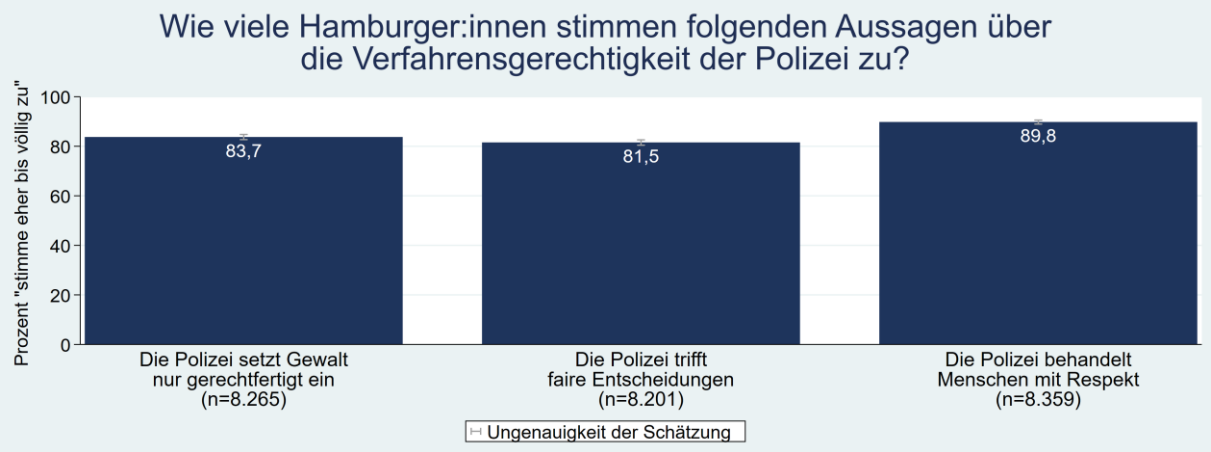
Die Verfahrensgerechtigkeit beschreibt das Vertrauen der Bürger:innen, dass die Polizei ihr Handeln im Umgang mit Bürger:innen fair, unparteiisch, respektvoll und angemessen gestaltet (vgl. Hecker 2019: 86; Birkel / Church et al. 2022: 159). Diese Vertrauensdimension basiert auf dem in der internationalen Forschung etablierten Konzept der Procedural Justice (Tyler 2006) und wird häufig auch prozessuale oder prozedurale Gerechtigkeit genannt. Sie bemisst das Vertrauen der Bevölkerung, dass die Polizei in jeglichen Situationen die richtigen, angemessenen Maßnahmen ergreift und insbesondere ihre Autorität und Macht nicht ausnutzt. Sie stellt somit die Grundlage für das Vertrauen der Bürger:innen in die Polizei dar.

Zur Messung der Verfahrensgerechtigkeit wurden Hamburger:innen gebeten, ihre Zustimmung zu folgenden Aussagen anzugeben:

- Die Polizei setzt Gewalt nur dann ein, wenn es in einer Situation gerechtfertigt ist;
- Die Polizei trifft faire und unparteiische Entscheidungen;
- Die Polizei behandelt Menschen im Allgemeinen mit Respekt.

90 % der Hamburger:innen stimmen der Aussage zu, dass die Polizei Menschen im Allgemeinen mit Respekt behandelt. Auch die Zustimmung zu gerechtfertigtem Gewalteinsatz und fairen Entscheidungen der Polizei ist mit etwas über 80 % grundsätzlich als hoch zu bewerten (siehe Abbildung 7). Im Bundes- und Großstadtvergleich liegt Hamburg für alle Items allerdings leicht unter den Vergleichswerten.

Abbildung 7: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei



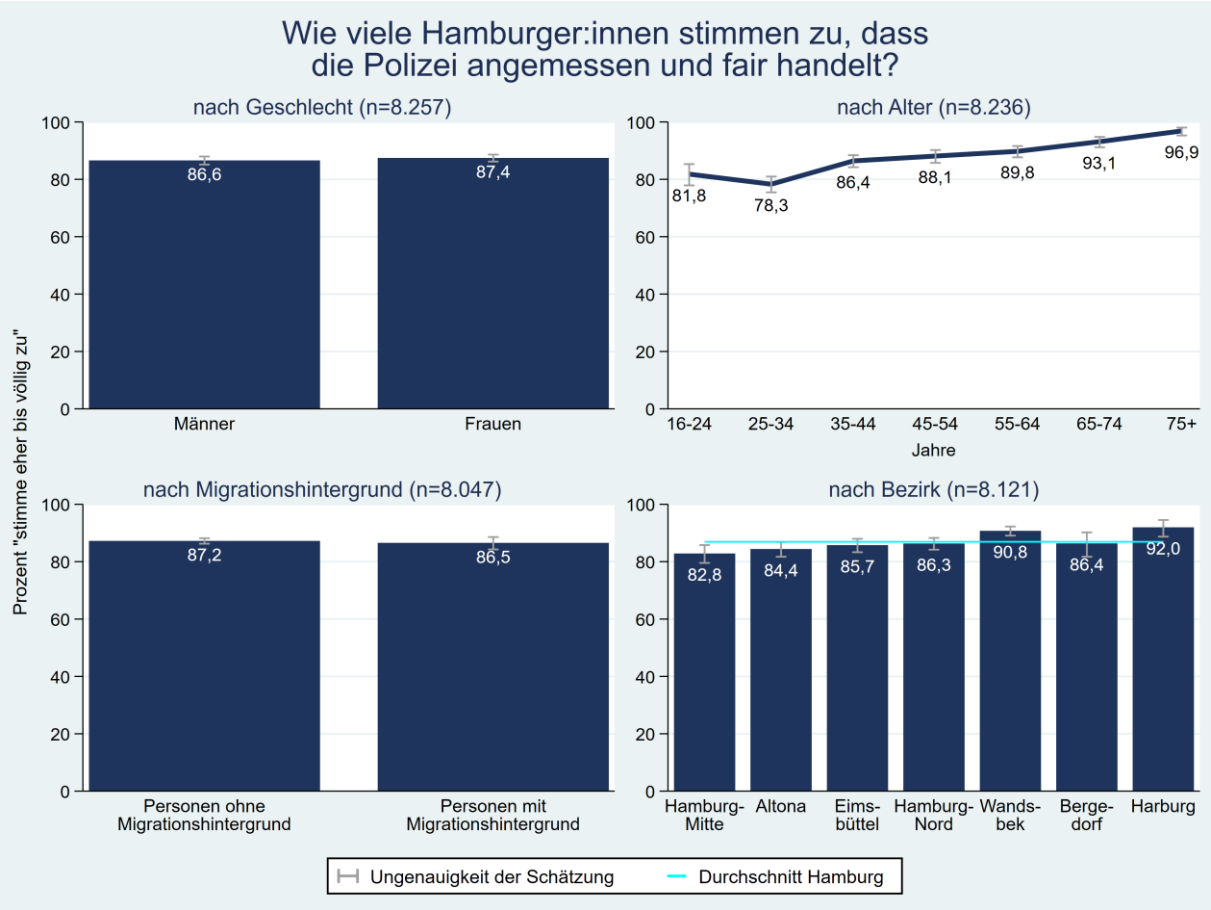
(Siehe Anhang 1, Frage 3)

Für die nachfolgenden Gruppenvergleiche werden die drei Einzelitems zum Index „Verfahrensgerechtigkeit“ zusammengefasst und analysiert.

Die signifikanten Unterschiede sind sehr gering ausgeprägt. Tendenziell geben Frauen häufiger als Männer an, dass die Polizei verfahrensgerecht handelt. Die Unterschiede der Geschlechter in der Bewertung liegen bei 1,2 Prozentpunkten (siehe Abbildung 8). Es ist daher nicht von einem nennenswerten Unterschied zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Bewertung der Polizei auszugehen.

Der Anteil der Personen, die der Meinung sind, dass die Polizei angemessen und fair handelt, nimmt ab der Altersgruppe 25-34 Jahren kontinuierlich um fast 20 Prozentpunkte zu (siehe Abbildung 8). Das Vertrauen in Hamburg liegt v. a. bei den jungen Altersgruppen bis zu 5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Am größten (ca. 10 Prozentpunkte) ist dieser Unterschied im Bundesvergleich bei den jungen Menschen in Hamburg für die Aussage ‚Die Polizei setzt Gewalt nur dann ein, wenn sie gerechtfertigt ist‘. Mit zunehmendem Alter unterscheidet sich der Anteil immer geringer vom Bundesdurchschnitt. Die Großstadtergebnisse liegen überwiegend zwischen den Hamburg- und Bundeswerten.

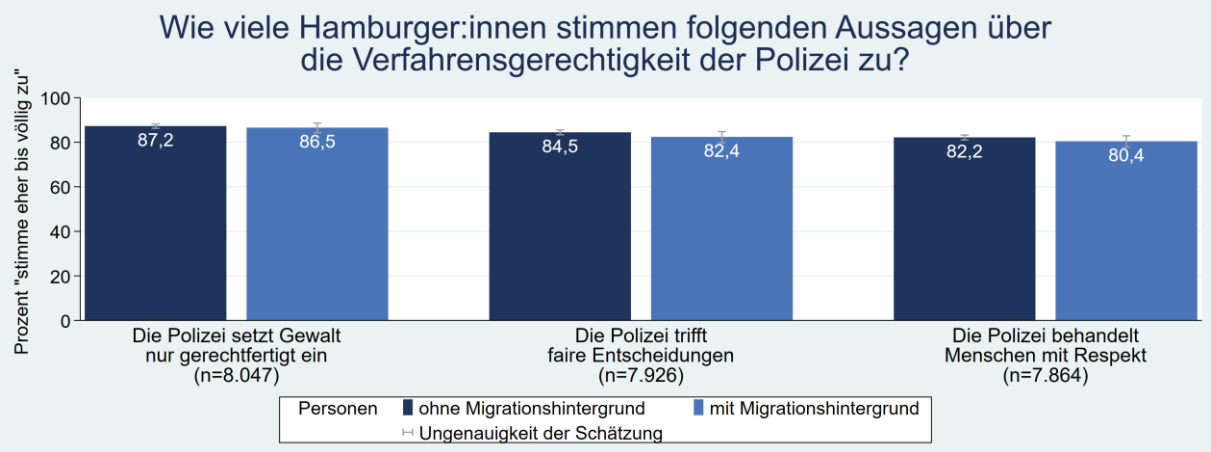
Abbildung 8: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 44, 43, 50-54, 55)

Rein deskriptiv betrachtet sind tendenziell etwas weniger Hamburger:innen mit Migrationshintergrund der Meinung, dass die Polizei angemessen und fair handelt, als Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildungen 8 und 9). Auf den ersten Blick sind die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Hamburg dabei geringer als im Bundes- und Großstadtvergleich.

Abbildung 9: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Migrationshintergrund



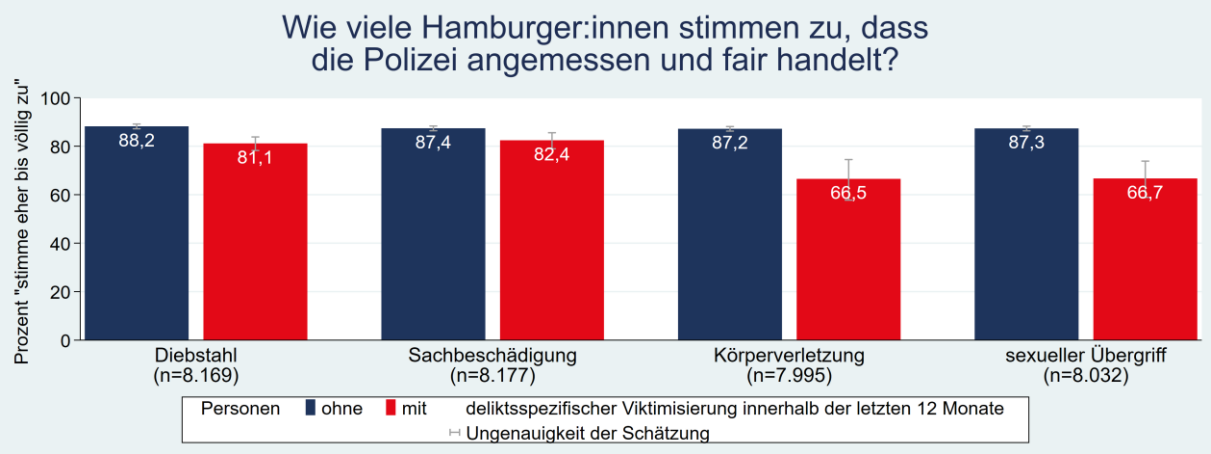
(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 50-54)

Im multivariaten Regressionsmodell finden sich für Hamburg keine Gruppenunterschiede wieder, die sich nicht über die Alters- und Geschlechtsstruktur erklären lassen. Im Bundesdaten-

satz finden sich allerdings auch nach statistischer Kontrolle für Alter, Geschlecht und Migrationsgeneration für Personen mit polnischem sowie türkischem Migrationshintergrund signifikante Unterschiede zu Personen ohne Migrationshintergrund, wobei ein türkischer Migrationshintergrund einen schwach negativen Effekt auf das Vertrauen in die Verfahrensgerechtigkeit bewirkt, ein polnischer Migrationshintergrund einen schwach positiven. Letzteres zeigt sich gleichermaßen im Großstadtdatensatz, wobei hier der Effekt mit steigender Migrationsgeneration schwächer wird. Für die genauere Erklärung gruppenspezifischen Polizeivertrauens sind vertiefende Analysen notwendig.

Die Bezirke Hamburg-Mitte und Altona weisen eine unterdurchschnittliche Bewertung der Verfahrensgerechtigkeit der Polizei auf, während in Wandsbek und Harburg überdurchschnittlich viele Einwohnende ein hohes Vertrauen in die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei berichten (siehe Abbildung 8). Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden.

Abbildung: 10: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate

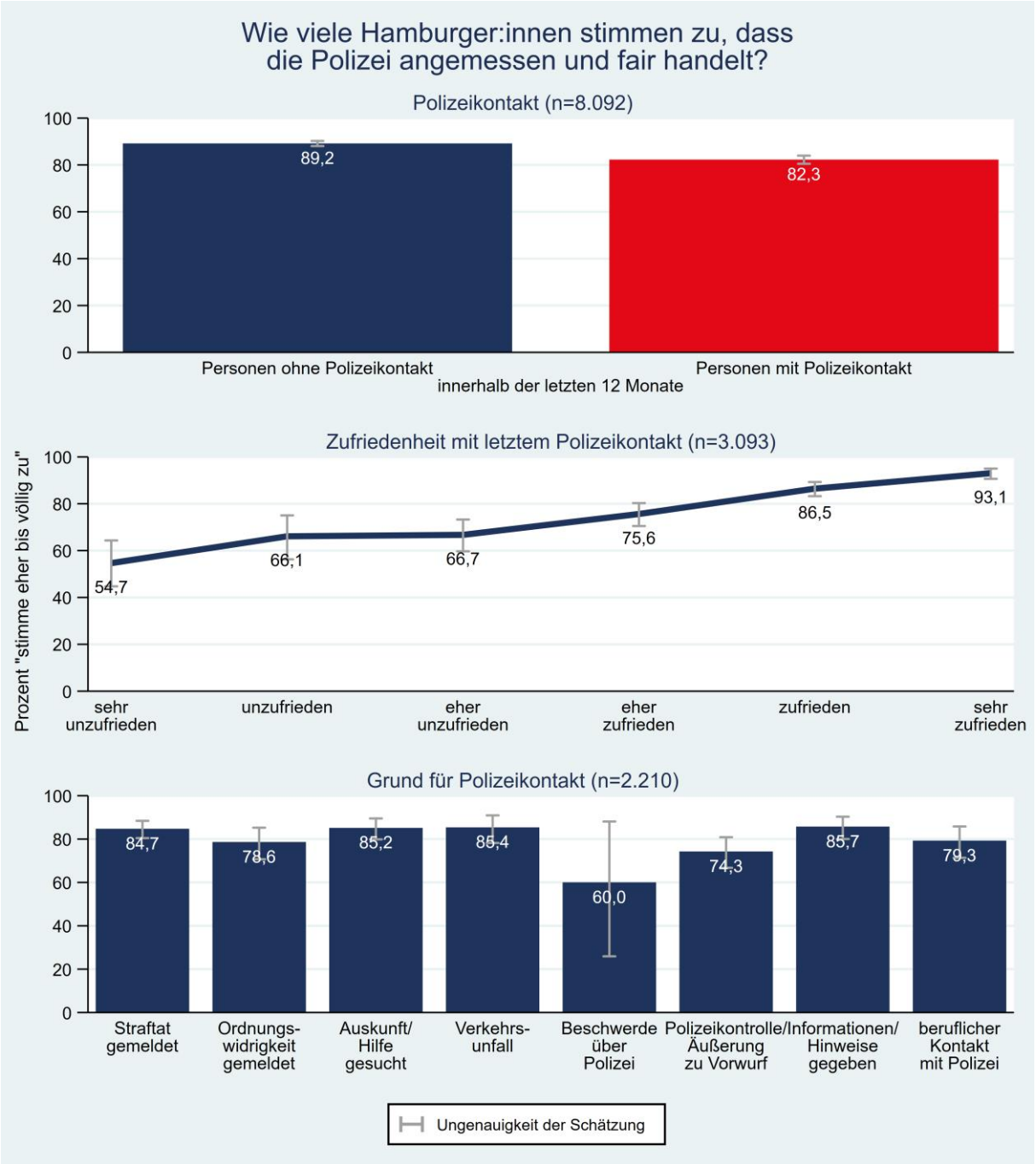


(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

Grundsätzlich zeigen sich Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Verfahrensgerechtigkeit zwischen innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) viktimisierten und nicht viktimisierten Hamburger:innen über alle abgefragten Deliktsbereiche (siehe Abbildung 10). Dabei stimmen Personen mit Viktimisierung weniger häufig zu, dass die Polizei alle angemessen und fair behandelt. Am stärksten wirkt sich in Hamburg eine Viktimisierung durch sexuellen Übergriff und Körperverletzung (beides ca. 20 Prozentpunkte Unterschied) aus. Den stärksten Effekt bewirkt im Bund- sowie Großstadtdurchschnitt ebenfalls eine Viktimisierung durch sexuelle Übergriffe, wobei der Unterschied zu nicht Viktimisierten dennoch unter dem Hamburger Durchschnitt liegt. Eine Viktimisierung durch Diebstahl oder Sachbeschädigung führt in Hamburg zu einem geringeren Vertrauensanteil bei den betroffenen Personen von rund 5-7 Prozentpunkten. Während der Effekt einer Viktimisierung durch Wohnungseinbruchdiebstahl in Hamburg keine statistische Signifikanz erreicht, beläuft sich dieser im Bundes- und Großstadtdurchschnitt signifikante Unterschied zu nicht viktimisierten Personen auf ca. 8 Prozentpunkte. Es ist deshalb davon auszugehen, dass auch das Erleben eines Wohnungseinbruchdiebstahls einen negativen Effekt auf die Wahrnehmung der Verfahrensgerechtigkeit der Polizei hat.

Auch weniger Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Kontakt mit der Polizei hatten, stimmen einer Verfahrensgerechtigkeit der Polizei eher bis völlig zu als Personen ohne Polizeikontakt. Wird das Vertrauen in die Verfahrensgerechtigkeit in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt betrachtet, zeigt sich eine deutliche Zunahme des Vertrauens mit zunehmender Zufriedenheit, die das durchschnittliche Vertrauen von Personen ohne Polizeikontakt sogar überschreitet (siehe Abbildung 11).

Abbildung 11: Meinung über die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 7, 8)

Im Bundes- und Großstadtvergleich wird deutlich, dass Hamburger:innen sowohl mit als auch ohne Polizeikontakt ein tendenziell etwas geringeres Vertrauen in die Verfahrensgerechtigkeit der Polizei berichten als die Vergleichsgruppen in Bund und Großstadt. Mit Blick auf die Zufriedenheit des letzten Polizeikontaktes sind an den beiden Enden der Zufriedenheitsskala kaum erwähnenswerte Unterschiede zum Bund- und Großstadtdurchschnitt in der Einschätzung der polizeilichen Gleichbehandlung von Hamburger:innen zu vermerken. In den mittleren Ausprägungen der Zufriedenheitsskala zeigt sich das geringere Vertrauen Hamburgs in die faire und angemessene Handlung der Polizei. Hier sind weiterführende Analysen notwendig, um der grundsätzlich niedrigeren Bewertung der Verfahrensgerechtigkeit in Hamburg auf den Grund zu gehen.

Auch in der Bewertung der polizeilichen Verfahrensgerechtigkeit stimmen Hamburger:innen mit einem letzten Polizeikontakt aufgrund einer Beschwerde über die Polizei sowie aufgrund einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf deutlich seltener als Personen mit anderen Kontaktgründen einer positiven Wahrnehmung der polizeilichen Verfahrensgerechtigkeit zu.

3.1.3 Verteilungsgerechtigkeit der Polizei

Die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei (auch distributive Fairness bzw. Gleichbehandlung genannt) stellt neben der Effektivität sowie Verfahrensgerechtigkeit ebenso ein zentrales Konzept bei der Messung von Polizeivertrauen dar. Die Verteilungsgerechtigkeit meint die gerechte Verteilung verschiedener polizeilicher Maßnahmen bzw. Autorität. Sie misst, ob die Polizei aus Sicht der Bürger:innen alle Menschen unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeit vorurteilsfrei und nicht nur gleich, sondern auch gerecht behandelt (Lind / Tyler 1988: 10f.).

Zur Messung der distributiven Fairness wurden Hamburger:innen gebeten ihre Zustimmung zu folgenden Aussagen zu berichten:

- Die Polizei behandelt Deutsche und Ausländer:innen gleich;
- Die Polizei behandelt einen gleich, unabhängig davon, ob man reich oder arm ist;
- Die Polizei lässt sich bei ihrer Arbeit nicht von Vorurteilen gegenüber Menschen z. B. aufgrund ihrer Herkunft, Haarfarbe oder Religion beeinflussen.

Rund zwei Drittel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei alle Menschen gleich behandelt, haben also ein hohes Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei. Dabei stimmen 76,8 % der Befragten der Aussage zu, dass die Polizei arme und reiche Menschen gleich behandelt, während dieser Aussage bezogen auf Deutsche und Ausländer:innen nur 69,5 % zustimmen. 67,2 % der Befragten stimmen zu, dass die Polizei ohne Vorurteile handelt (siehe Abbildung 12). Die Hamburger Ergebnisse liegen jeweils rund 5 Prozentpunkte unter dem Bundes- sowie Großstadtdurchschnitt. Diese Ergebnisse stimmen mit bisherigen Erkenntnissen hinsichtlich des Einflusses der Wohnortgröße auf das geäußerte Vertrauen in die Polizei überein. Je mehr Einwohnende der Wohnort der Befragten hat, desto weniger stimmen sie einer guten Polizeiarbeit zu (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen 2022: 75). Da Hamburg die zweitgrößte Großstadt Deutschlands ist, sind auch die Hamburger Ergebnisse im Großstadtvergleich mit Blick auf den Einflussfaktor Wohnortgröße zu interpretieren.

Das Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit liegt auch deutlich unter dem in den vorherigen Abschnitten dargestellten Vertrauen in Verfahrensgerechtigkeit und Effektivität der Polizei durch die Bürger:innen.

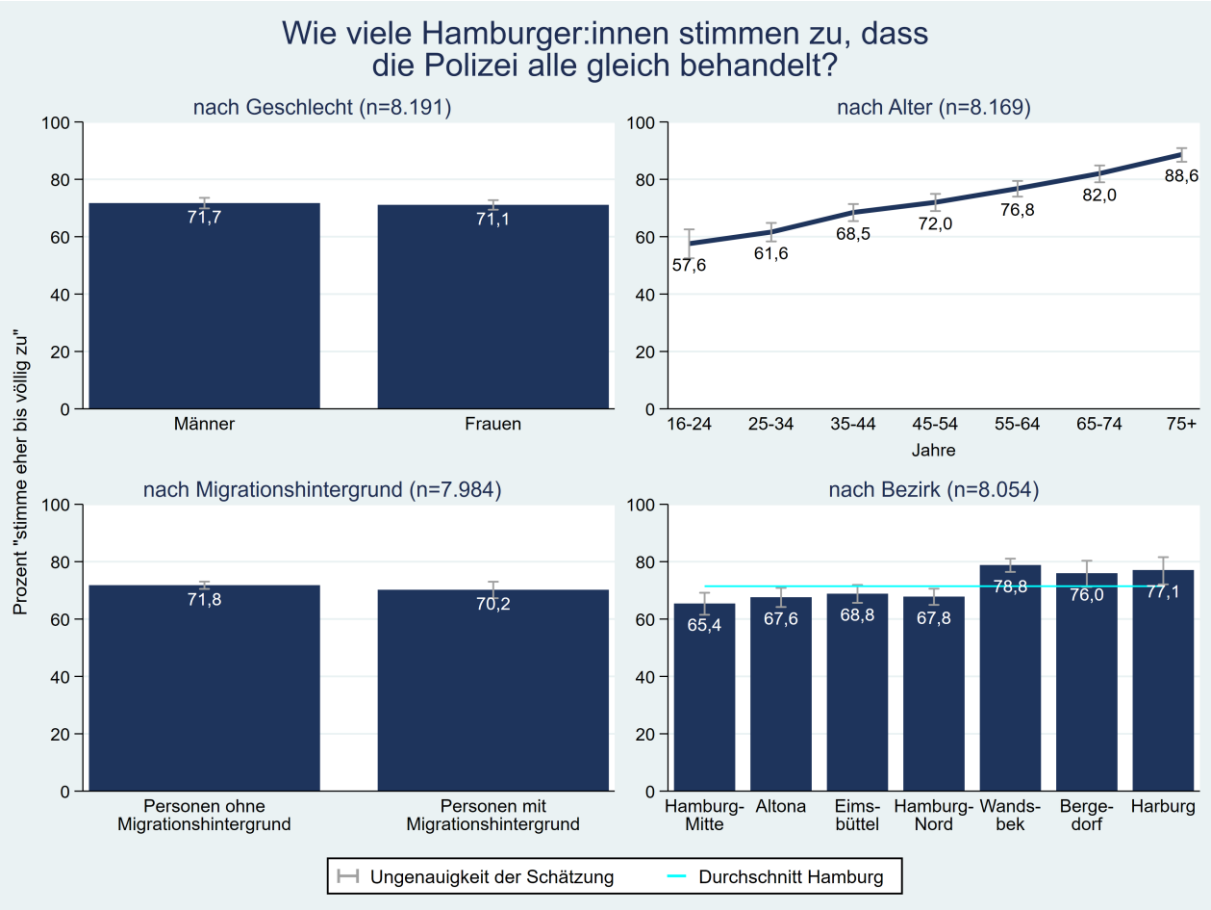
Abbildung 12: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei



(Siehe Anhang 1, Frage 3)

Für die nachfolgenden Gruppenvergleiche werden die drei Einzelitems zum Index „Verteilungsgerechtigkeit“ zusammengefasst und analysiert.

Abbildung 13: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



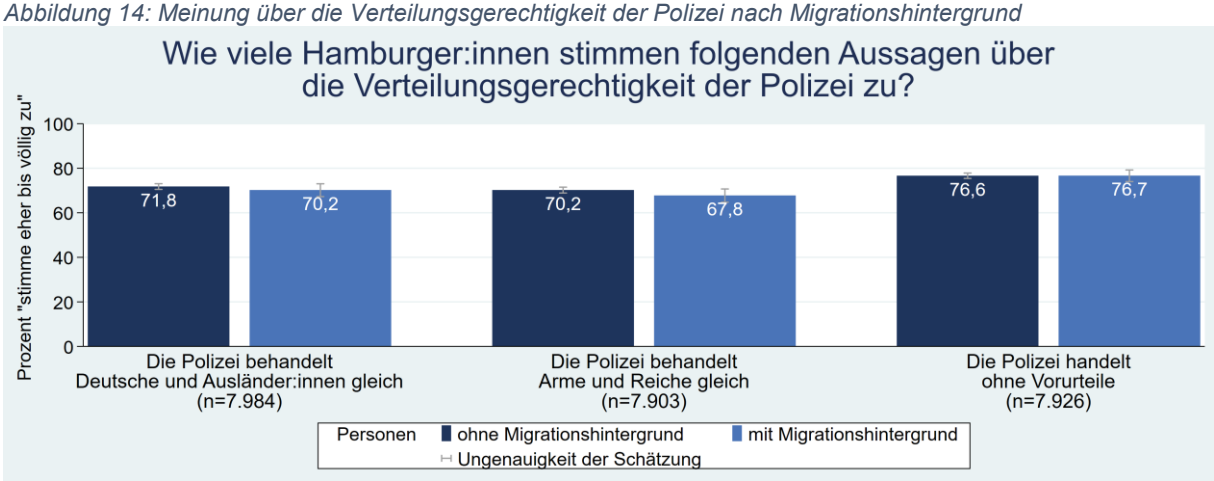
(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 44, 43, 50-54, 55)

Wie in Abbildung 13 ersichtlich berichten geringfügig, aber signifikant mehr Männer in Hamburg ein hohes Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei im Vergleich zu Frauen. Die signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich des Verteilungsgerechtigkeits-Index sowie der Einzelitems sind so gering, dass weitere Schlussfolgerungen hierzu wenig gewinnbringend erscheinen.
Mit zunehmendem Alter steigt das Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit konstant an. Der Anteil von Personen mit hohem Vertrauen liegt tendenziell in allen Altersgruppen unter dem Bundes- und Großstadtdurchschnitt. Dabei sind die Abweichungen in Hamburg bei jungen Menschen mit bis zu 15 Prozentpunkten Unterschied besonders stark ausgeprägt (siehe Abbildung 13). Mit zunehmendem Alter unterscheiden sich Hamburger:innen immer geringer vom Bundes- und Großstadtdurchschnitt.

Es sind tendenziell weniger Hamburger:innen mit Migrationshintergrund (70,2 %) der Meinung, dass die Polizei alle gleich behandelt, als Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund (71,8 %; siehe Abbildung 13). Der Unterschied ist bei den Aussagen ‚Die Polizei behandelt Deutsche und Ausländer:innen gleich' und ‚Die Polizei lässt sich bei ihrer Arbeit nicht von Vorurteilen gegenüber Menschen z. B. aufgrund ihrer Herkunft, Haarfarbe oder Religion beeinflussen' stärker ausgeprägt als bei der Gleichbehandlung von Armen und Reichen (siehe Abbildung 14).
Die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist in Hamburg dabei geringer als im Bundes- und Großstadtvergleich. Der Deutsche Viktimisierungssurvey fand 2012 und 2017 hingegen keine grundsätzlichen Unterschiede bei Personen mit und Personen ohne Migrationshintergrund, sondern nur eine Tendenz zum Unterschied für einzelne Migrationsgruppen (vgl. Leitgöb-Guzy 2021: 12).

Multivariate Regressionsmodelle legen nahe, dass sich etwaige Gruppenunterschiede zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen aus verschiedenen Herkunftsländern über die Altersstruktur erklären lassen. Zudem zeigen verschiedene Analysemethoden sowie verschiedene Studien unterschiedliche Trends. Für die genauere Erklärung gruppenspezifischen Polizeivertrauens sind deshalb vertiefende Analysen notwendig.

Abbildung 14: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Migrationshintergrund

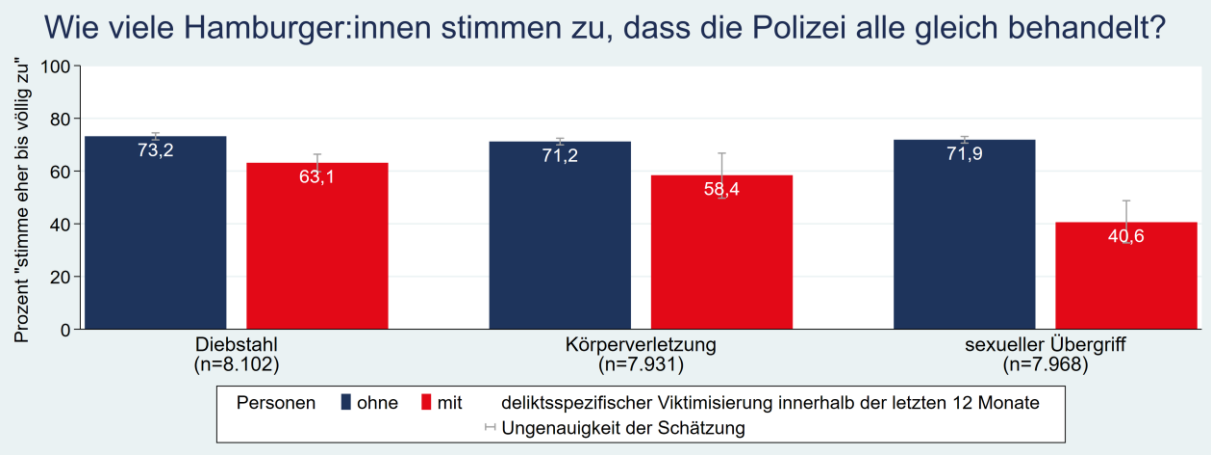


(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 50-54)

Die Bewohner:innen der Bezirke Wandsbek und Harburg geben überdurchschnittlich häufig eine positive Bewertung der polizeilichen Verteilungsgerechtigkeit an. Auch in Bergedorf ist die Bewertung tendenziell überdurchschnittlich. Insbesondere der Bezirk Hamburg-Mitte weist dagegen beim Gesamt-Index sowie den Einzelitems unterdurchschnittliche Werte für die Verteilungsgerechtigkeit auf (siehe Abbildung 13). Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden.

Grundsätzlich zeigen sich signifikante Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Verteilungsgerechtigkeit zwischen innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) viktimisierten und nicht viktimisierten Hamburger:innen (siehe Abbildung 15). Dabei stimmen Personen mit Viktimisierung in Übereinstimmung mit anderer Forschung (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen 2022: 76) seltener der Aussage zu, dass die Polizei alle gleichbehandelt. Am stärksten wirkt sich in Hamburg eine Viktimisierung durch sexuellen Übergriff (ca. 31 Prozentpunkte Unterschied zu nicht viktimisierten Personen), gefolgt von einer Viktimisierung durch Körperverletzung (ca. 13 Prozentpunkte Unterschied) aus. Insbesondere die Effekte eines sexuellen Übergriffs sind in Hamburg stärker ausgeprägt als im Bundes- sowie Großstadtdurchschnitt, in geringerem Ausmaß auch die Effekte einer Viktimisierung durch Körperverletzung. Eine Viktimisierung durch Diebstahl führt bei Hamburger:innen zu einem geringeren Vertrauensanteil bei den betroffenen Personen von rund 10 Prozentpunkten. In Hamburg ist der Effekt von Sachbeschädigung und Wohnungseinbruch auf die Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit nicht signifikant. Die Tendenz der Hamburger Ergebnisse sowie die Auswertungen auf Bundes- und Großstadtebene legen jedoch auch für diese Delikte einen entsprechenden, jedoch weniger stark ausgeprägten, Effekt nahe.

Abbildung 15: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Vitkimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

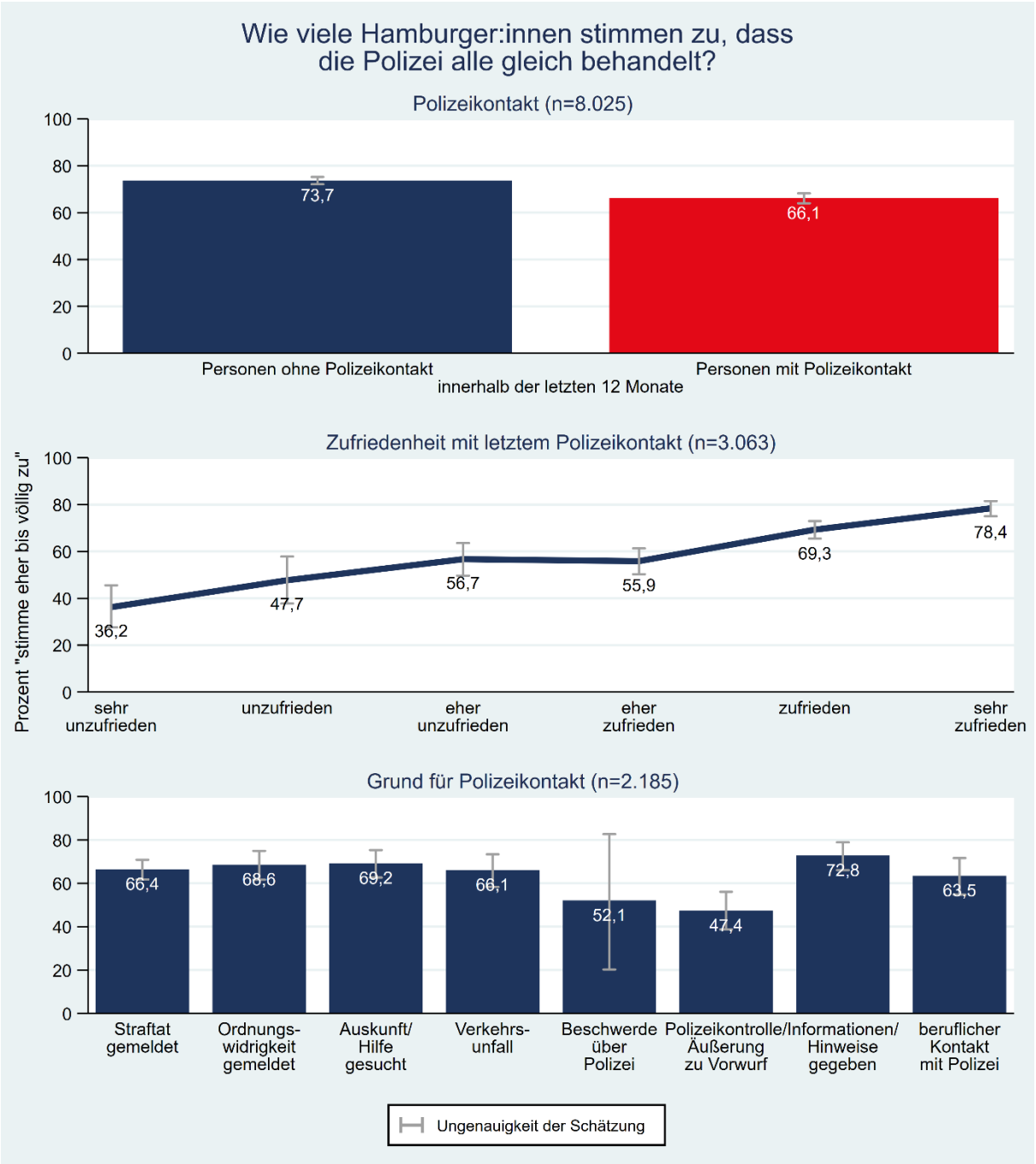
Mit 66,1 % bewerten Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Kontakt mit der Polizei hatten, die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei grundsätzlich seltener positiv als Personen ohne Polizeikontakt (73,7 %). Auch wenn die hier dargestellte Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit sich nicht auf den letzten Kontakt, sondern auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei bezieht, ist von einem prägenden Einfluss eines Polizeikontakts auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizeiarbeit und das Vertrauen in eine polizeilich gleiche Behandlung auszugehen (siehe Abbildung 16).

Wird das Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt betrachtet, zeigt sich ein deutlich positiver Effekt. Das Vertrauen in die polizeiliche Gleichbehandlung steigt mit zunehmender Zufriedenheit und überschreitet bei sehr hoher Zufriedenheit sogar das Vertrauen von Personen ohne Polizeikontakt. Die Häufigkeit der positiven Angaben bzgl. der Verteilungsgerechtigkeit wird im Vergleich zu einem sehr unzufriedenen Polizeikontakt (ca. 36,2 %) bei einem sehr zufriedenen Polizeikontakt (ca. 78,4 %) sogar mehr als verdoppelt. Im Bundes- und Großstadtvergleich wird deutlich, dass die Hamburger:innen sowohl mit als auch ohne Polizeikontakt und für jede Zufriedenheitsausprägung mit dem letzten Polizeikontakt ein geringeres Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei berichten als die Vergleichsgruppen in Gesamtdeutschland und Großstädten. Hier sind weiterführende Analysen unter Berücksichtigung der Wohnortgröße notwendig, um der grundsätzlich niedrigeren Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit in Hamburg auf den Grund zu gehen.

Die Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit nach Anlass des letzten Polizeikontakts zeigt erwartbare Unterschiede (siehe Abbildung 16). Am geringsten ist mit 47 % der Zustimmungsanteil zu einem Vertrauen in Verteilungsgerechtigkeit von Personen, die aufgrund einer Polizeikontrolle bzw. Aufforderung zu einer Äußerung zu einem Vorwurf mit der Polizei Kontakt hatten. Auch von den Personen, die den letzten Polizeikontakt aufgrund einer Beschwerde über die Polizei hatten, stimmten nur die Hälfte einer guten Verteilungsgerechtigkeit der Polizei zu. Allerdings ist dieser Wert aufgrund einer geringen Fallzahl und breitem Konfidenzintervall nicht signifikant und nur mit Vorsicht zu interpretieren. Die Tendenz der Ergebnisse auf Bundes- und Großstadtebene sowie zusätzliche T-Tests legen jedoch auch hier einen stark negativen Effekt nahe. Der deutliche geringere Anteil positiver Bewertungen nach der Aufforderung, sich zu einem Vorwurf zu äußern, sowie nach einer Beschwerde über die Polizei zeigt sich für den Gesamt-Index sowie auch die Einzelitems.

Die anderen Kontaktanlässe bewegen sich auf einem ähnlich hohen Niveau und auch im Mittelwertvergleich und Bundes- und Großstadtvergleich lassen sich keine weiteren Unterschiede erkennen.

Abbildung 16: Meinung über die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 7, 8)

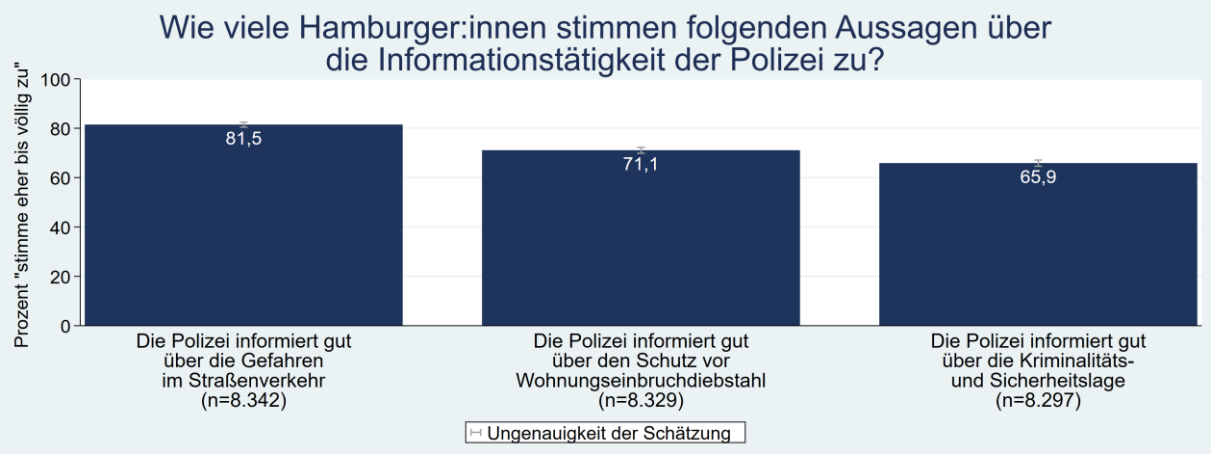
3.1.4 Informationstätigkeit der Polizei

Nicht nur zur Aufklärung von Straftaten, sondern insbesondere zur Prävention dieser ist in den letzten Jahren der Fokus der Polizeiarbeit in Richtung Aufklärung im Sinne der Informationsarbeit für die Bevölkerung gerückt. Eine informierte Bevölkerung verbessert das Vertrauensverhältnis zur Polizei, kann das Sicherheitsgefühl verbessern und Straftaten verhindern. Als Teil der v. a. durch die Digitalisierung gestärkten Informationsgesellschaft kann die Informationstätigkeit auch zunehmend als Qualitätsmerkmal der Polizeiarbeit betrachtet werden. Die Kommunikation zwischen Polizei und Bürger:innen umfasst ein komplexes Verhältnis. Die folgenden Auswertungen liefern zudem Rückschlüsse für die Polizei, inwiefern Informationstätigkeit wahrgenommen wird und in welchen Bereichen bspw. gruppenspezifische oder regionale Veränderungsbedarfe bestehen.

Zur Erfassung der Informiertheit der Bevölkerung wurden Befragte gebeten ihre Zustimmung zu folgenden drei Aussagen zu treffen:

- Die Polizei leistet gute Arbeit darin, über die Gefahren im Straßenverkehr zu informieren;
- Die Polizei leistet gute Arbeit darin, über den Schutz von Wohnungseinbruchdiebstahl zu informieren;
- Die Polizei leistet gute Arbeit darin, über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage zu informieren.

Abbildung 17: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei



(Siehe Anhang 1, Frage 3)

82 % der Hamburger:innen stimmen der Aussage zu, dass die Polizei gut über die Gefahren im Straßenverkehr informiert. Die Zustimmung fällt hinsichtlich der Informationen über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl (ca. 71 %) und über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage (ca. 66 %) deutlich geringer aus (siehe Abbildung 17). Die Bewertung der Informationstätigkeit der Polizei liegt in Hamburg dabei für alle Items geringfügig unter der Bewertung im Bundes- und Großstadtvergleich.

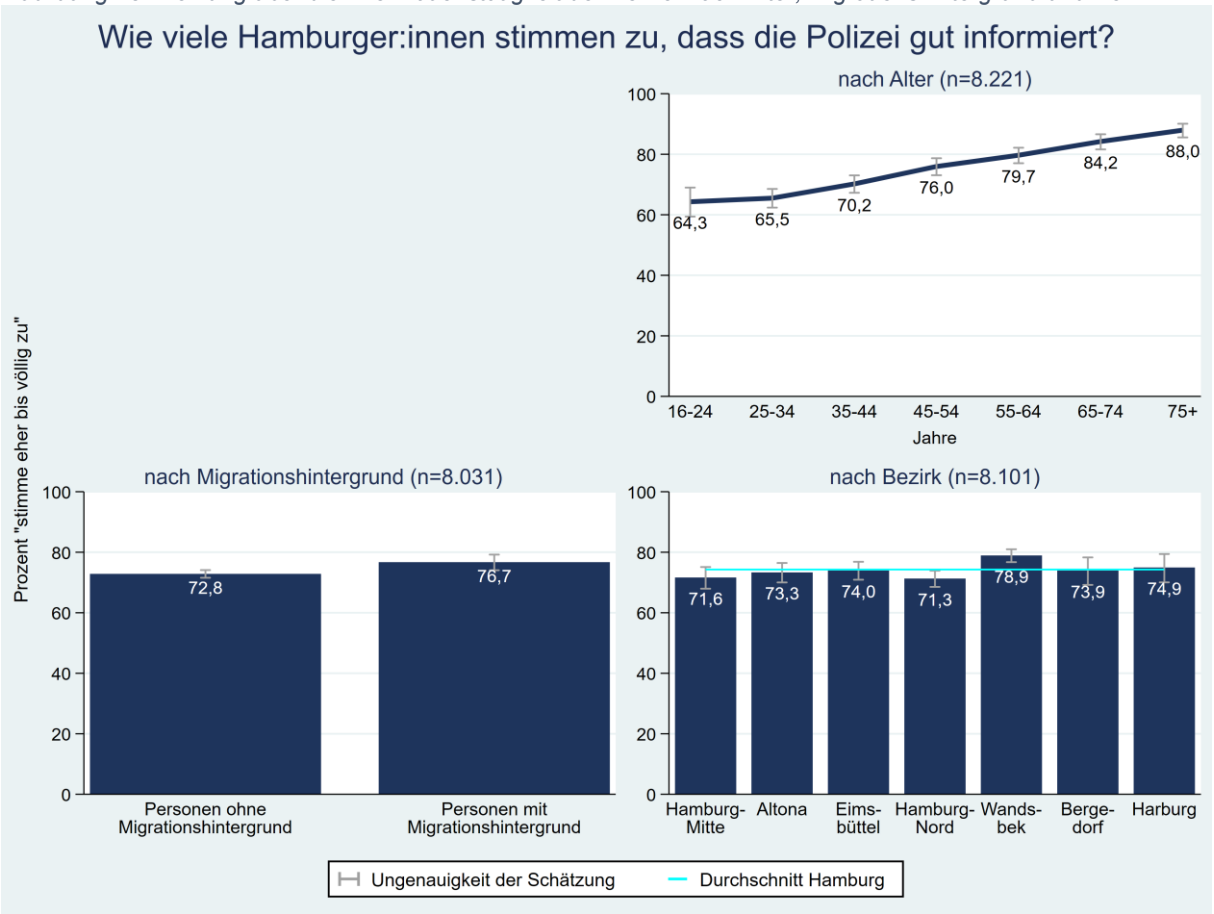
Für die nachfolgenden Gruppenvergleiche werden die drei Einzelitems zum Index „Informationstätigkeit“ zusammengefasst und analysiert.

In Hamburg zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Zustimmung zur polizeilichen Informationstätigkeit. Bei Betrachtung der Einzelitems sowie Mittelwertvergleichen anhand von T-Tests, auch unter Berücksichtigung der Bundes- und Großstadtergebnisse, lässt sich dennoch schlussfolgern, dass Frauen die Informationstätigkeit tendenziell geringfügig besser bewerten als Männer, insbesondere hinsichtlich der Kriminalitäts- und Sicherheitslage und des Schutzes vor Wohnungseinbruchdiebstahl.
In Hamburg steigt der Anteil positiver Bewertung der Informationstätigkeit mit dem Alter konstant an (siehe Abbildung 18). Bei differenzierter Betrachtung der Einzelitems zeigt sich, dass die Bewertung der Informationstätigkeit über Gefahren im Straßenverkehr auch bei jüngeren Menschen bereits vergleichsweise hoch ist und deshalb mit zunehmendem Alter ein Anstieg um 10 Prozentpunkte zu verzeichnen ist. Bei der Bewertung der Information zum Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl sowie der Information über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage zeigt sich, dass ältere Menschen die Informationstätigkeit der Polizei für alle Themenbereiche gleichermaßen gut bewerten, während jüngere Menschen stärker nach Informationsthema differenzieren: der Unterschied beläuft sich auf ca. 20 Prozentpunkte. Diese Ergebnisse finden sich auch im Bundes- und Großstadtvergleich.

Werden die rein deskriptiven Ergebnisse betrachtet, stimmen tendenziell mehr Hamburger:innen mit Migrationshintergrund als ohne Migrationshintergrund zu, dass die Polizei gut informiert (siehe Abbildung 18). Lediglich hinsichtlich der Informationstätigkeit zum Schutz vor

Wohnungseinbruchdiebstahl besteht dieser Unterschied in Hamburg nicht. Der Bundes- und Großstadtvergleich legt nahe, dass der Gruppenunterschied hierfür sogar umgekehrt, aber vergleichsweise gering, ausgeprägt sein könnte. Im multivariaten Regressionsmodell finden sich keine Gruppenunterschiede wieder, die sich nicht über die Alters- und Geschlechtsstruktur erklären lassen. Gleiches zeigt sich im Bund- und Großstadtvergleich. Für die genauere Erklärung gruppenspezifischer Trends sind daher vertiefende Analysen notwendig.

Abbildung 18: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk

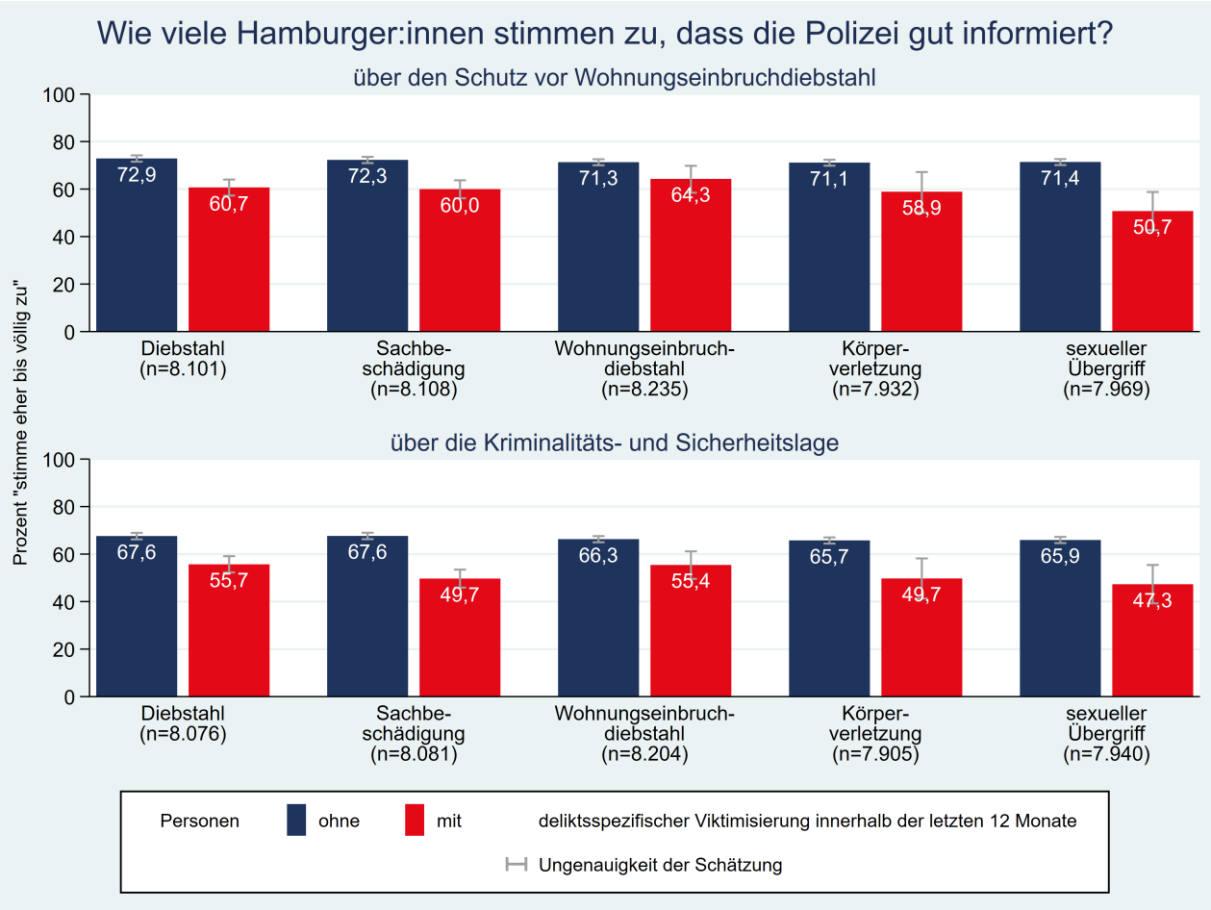


(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 43, 50-54, 55)

Wie in Abbildung 18 ebenfalls ersichtlich, bewerten Einwohnende in Wandsbek überdurchschnittlich häufig die Informationstätigkeit der Polizei als gut. Dabei sticht Wandsbek mit hoher Zustimmung hinsichtlich aller Informationstätigkeiten hervor. Die Bezirke Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord weisen eine unterdurchschnittliche Bewertung der Informationstätigkeit der Polizei auf, insbesondere in Bezug auf den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl und die Kriminalitäts- und Sicherheitslage. Zu letzterer Informationstätigkeit zeigt Eimsbüttel eine leicht unterdurchschnittliche Tendenz.
Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden. Es bedarf weiterer Analysen der Merkmalsstrukturen innerhalb der einzelnen Bezirke, um die Bezirksunterschiede erklären zu können.

Grundsätzlich zeigen sich signifikante Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Informationstätigkeit zwischen innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) viktimisierten und nicht viktimisierten Hamburger:innen über alle abgefragten Deliktsbereiche (siehe Abbildung 19). Die Auswertung der Bewertung der polizeilichen Informationstätigkeit nach Viktimisierung erfolgt hierbei getrennt für die Einzelitems ‚Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl' und ‚Kriminalitäts- und Sicherheitslage', da von einem jeweils unterschiedlichen Zusammenhang mit einer erlebten Viktimisierung auszugehen ist.

Abbildung 19: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



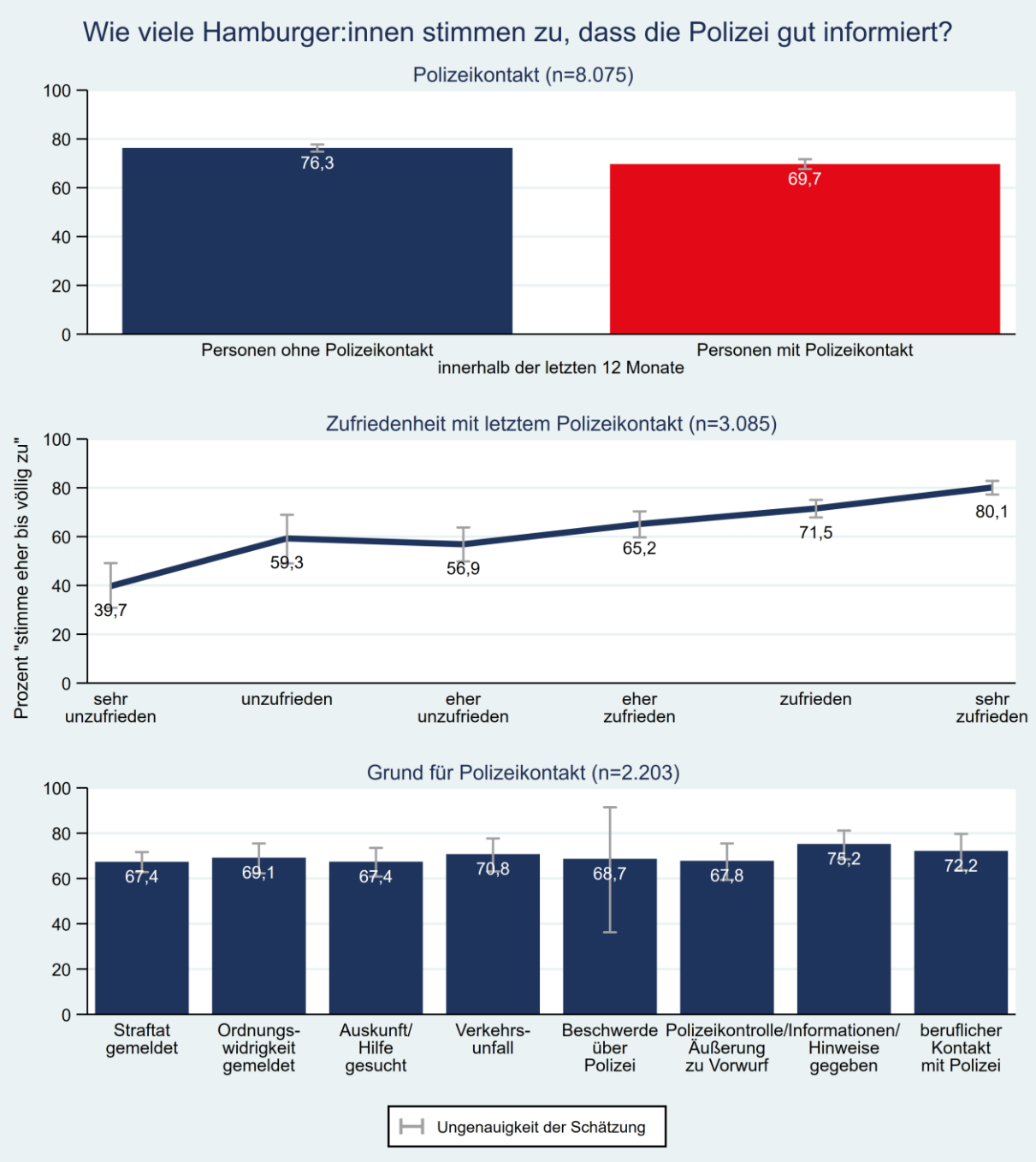
(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

Tendenziell wirkt sich eine Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate für die meisten Deliktsbereiche stärker auf die Bewertung der Information über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage aus als auf die Bewertung der Information über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl.
Umgekehrt ist dies nur nach dem Erleben eines sexuellen Übergriffs. Für dieses Delikt zeigt sich mit einem Unterschied von ca. 21 Prozentpunkten der stärkste Effekt einer Viktimisierung auf die Zufriedenheit mit der Informationstätigkeit zum Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl im Vergleich zu allen anderen Delikten. Da insbesondere ein sexueller Übergriff zu einer besonderen Beeinträchtigung des nächtlichen Sicherheitsgefühls, auch innerhalb der eigenen Wohnung, einer alle Deliktsbereiche betreffenden größeren Kriminalitätsfurcht und dem häufigen Ergreifen vieler Schutzmaßnahmen führt (vgl. Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023), kann dieses Ergebnis als ein weiterer Hinweis auf die gesteigerte Kriminalitätsfurcht interpretiert werden.

Bei der Bewertung der Informationstätigkeit über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl sticht zudem der Effekt eines erlebten Wohnungseinbruchdiebstahls hervor. Hier ist der Anteil der Hamburger:innen, die sich nach einer Viktimisierung gut informiert fühlen, höher als bei anderen Viktimisierungen, wenngleich auch geringer als bei nicht viktimisierten Personen. Der Hamburger Unterschied von durch Wohnungseinbruchdiebstahl viktimisierten zu nicht viktimisierten Personen ist im Vergleich zu den Bundes- und Großstadtdaten gering (ca. 7 Prozentpunkte). In den Bundes- sowie Großstadtdaten ist der Unterschied fast doppelt so groß. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Polizei Hamburg insbesondere bei viktimisierten Personen hinsichtlich Wohnungseinbruchsprävention gute Informationsarbeit leistet.

Bei einer erlebten Viktimisierung durch einen sexuellen Übergriff, eine Körperverletzung oder eine Sachbeschädigung sinkt der Anteil der Hamburger:innen, die sich gut über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage informiert fühlen, um rund 16-18 Prozentpunkte. In geringerer Ausprägung ist dieser Effekt auch nach einem erlebten Wohnungseinbruchdiebstahl sowie Diebstahl (ca. 11-12 Prozentpunkte) feststellbar.

Abbildung 20: Meinung über die Informationstätigkeit der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit mit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 8)

Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Kontakt mit der Polizei hatten, bewerten die Informationstätigkeit der Polizei grundsätzlich etwas schlechter als Personen ohne Polizeikontakt (siehe Abbildung 20). Wird die Bewertung der Informationstätigkeit in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt betrachtet, zeigt sich eine deutliche Zunahme positiver Bewertung mit zunehmender Zufriedenheit, welche die Bewertung von Personen ohne Polizeikontakt sogar

überschreitet. Diese Ergebnisse finden sich ebenfalls im Bundes- sowie Großstadtvergleich. Bei den Hamburger:innen, die sehr unzufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt waren, liegt der Anteil derer, welche mit der polizeilichen Informationstätigkeit grundsätzlich zufrieden sind, unterhalb des Bundes- und Großstadtanteils. Alle zufriedeneren Hamburger.innen unterschieden sich in der Einschätzung der Informationstätigkeit zu den Ergebnissen in Bund und Großstadt kaum.
Hamburger:innen, die einen Polizeikontakt in den letzten 12 Monaten hatten, zeigen kaum Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Informationstätigkeit in Abhängigkeit des Grundes ihres Polizeikontaktes. Auch Einwohnende, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei oder aufgrund Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf Kontakt mit der Polizei hatten, zeigen hier eine durchschnittliche Bewertung, im Gegensatz zu ihrer unterdurchschnittlichen Bewertung anderer Aspekte der Polizeiarbeit.

3.1.5 Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum

Wie Bürger:innen die polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum wahrnehmen ist keinem theoretisch übergeordnetem Konzept direkt zuzuordnen. Insbesondere im öffentlich politischem Diskurs wird häufig ein Zusammenhang zwischen polizeilicher Präsenz im öffentlichem Raum, einem gesteigerten Sicherheitsgefühl, Verhinderung von Straftaten sowie Abwendung von diversen Gefahrenlagen postuliert. Polizeipräsenz wird so einerseits zum tatsächlichen Schutz vor Gefahrenlagen eingesetzt, andererseits aber auch damit begründet, das diffuse Gefühl von Sicherheit im öffentlichem Raum bei Bürger:innen zu stärken. Dabei ist der häufig angenommene bzw. postulierte Effekt von polizeilicher Präsenz sowohl auf das Kriminalitätsaufkommen als auch auf das Sicherheitsempfinden kritisch zu hinterfragen. Bereits in den 1990ern zeigte Forschung, dass unfokussierte Streifentätigkeit der Polizei keinen kriminalpräventiven Effekt hat. Auch ein aktuelles Experiment aus Kassel scheint diese Ergebnisse zu bestätigen[2]. Dennoch wird der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz in Bevölkerungsumfragen zum Thema Sicherheit häufig geäußert.
Doch auch der Effekt polizeilicher Präsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl ist umstritten. Reuband (2009) postulierte bereits, dass polizeiliche Präsenzmaßnahmen nur kurzfristige Effekte für die subjektive Sicherheit liefern. Die Kasseler Studie zeigt laut Medienberichterstattung nun aufbauend auf Erkenntnissen aus internationalen Studien, dass die erhöhte Wahrnehmung von Polizei sowohl eigene Unsicherheitsgefühle als auch die eigene Wahrnehmung verunsichernder Desorganisationsanzeichen innerhalb der eigenen Wohngegend (z. B. Drogenabhängige, Betrunkene, Lärmbelästigungen) sogar verstärkt anstatt diese zu reduzieren. Dieses Paradoxon kann als Teufelskreis zwischen intensivierter Polizeipräsenz und Kriminalitätsfurcht sowie Problemwahrnehmung beschrieben werden.
Hinzu kommt auch, dass sich in Folge dieser Sicherheitslogik spezifische Gruppen in ihrer Freiheit und/oder Sicherheit gestört fühlen können und die Polizei als Gegnerin wahrnehmen. Das betrifft Gruppierungen, welche vom Großteil der Gesellschaft oder sogar von sich selbst als nicht zugehörig betrachtet werden (vgl. Oberwittler / Roché 2018b: 85f.; Murphy / Cherney 2018: 155f.). So sehen Obdachlose bspw. in der Polizei im öffentlichen Raum häufig keine Sicherheit per se, sondern sehen diese als Unsicherheitsaspekt für ihren Aufenthalt an bestimmten Orten an. Auch bestimmte Gruppen von Migrant:innen könnten, aufgrund korrupter staatlicher Institutionen in ihrem Herkunftsland, die Polizei nicht als Sicherheitsaspekt wahrnehmen. Insbesondere Jugendliche, v. a. aus sozial benachteiligten Wohngegenden, könnten sich in ihrer Freizeit, die vermehrt im öffentlichen Raum stattfindet, von der Polizei als überwacht und diese sodann als störend oder feindlich wahrnehmen.

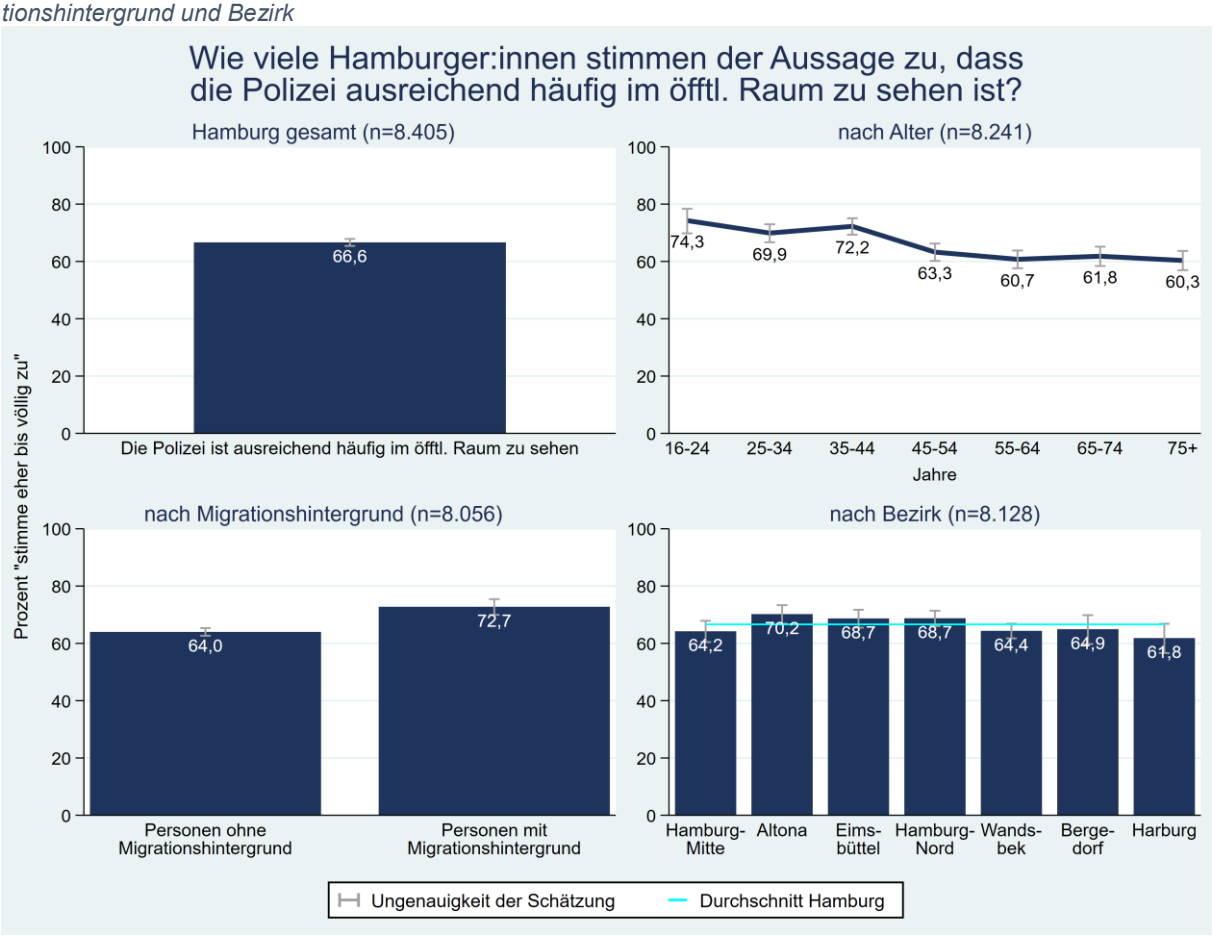
Die folgenden Auswertungen erfassen die Zustimmung von der Hamburger Bevölkerung zu folgender Aussage:

- Die Polizei ist ausreichend häufig im öffentlichen Raum (z. B. auf der Straße, im Park, in der Innenstadt) zu sehen.

[2] Die Veröffentlichung der bislang nur den Medien vorgestellten Studie soll im Laufe des Jahres 2024 erfolgen.

Rund zwei Drittel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist (siehe Abbildung 21). Auf den ersten Blick erscheinen diese Ergebnisse widersprüchlich zu den Ergebnissen anderer Studien, in denen ein ähnlich hoher Anteil sich mehr Polizeipräsenz wünscht (vgl. Küster 2024). Hierbei ist zu beachten, dass die Bewertung der polizeilichen Präsenz etwas anderes misst als die Frage nach dem Wunsch nach mehr polizeilicher Präsenz. Dennoch ist auffällig, dass der Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen, im Vergleich zur Bewertung der Verfahrensgerechtigkeit oder Effektivität als gering anzusehen ist. Allerdings liegen die Hamburger Ergebnisse mit jeweils rund 5 Prozentpunkten signifikant über dem Bundes- sowie Großstadtdurchschnitt.

Abbildung 21: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 43, 50-54, 55)

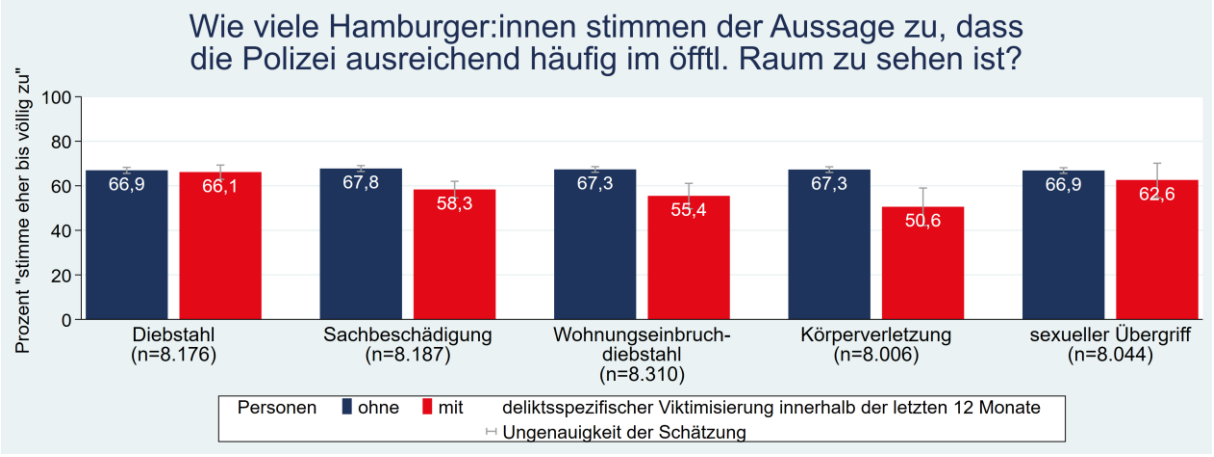
Zu beachten ist insbesondere die sprachliche Unbestimmtheit der Formulierung ‚ausreichend häufig'. Die abgefragte Aussage und berichtete Häufigkeiten sind in zweierlei Richtungen zu verstehen: Personen, die der Aussage nicht zustimmen, könnten entweder eine mangelnde oder eine übermäßige Präsenz zum Ausdruck bringen. Im abgefragten Kontext und vor dem Hintergrund anderer Forschungserkenntnisse zum Wunsch nach mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum ist i. d. R. eine Nicht-Zustimmung als Ausdruck eines Wunsches mach mehr Präsenz wahrscheinlicher.
Hinsichtlich der Bewertung der Präsenz sind keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen feststellbar.

Im Gegensatz zu allen anderen Items der Bewertung der Polizei nimmt der Anteil der Personen, welche die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum für ausreichend befinden, ab 25 Jahren mit zunehmendem Alter tendenziell ab (siehe Abbildung 21). Dieses Ergebnis findet sich auch auf Bundes- und Großstadtebene. Da mit zunehmendem Alter auch häufiger Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum sowie Vermeidungsverhalten zum Schutz vor Kriminalität berichtet werden (vgl. Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023) ist naheliegend, dass die als nicht

ausreichend bewertete Polizeipräsenz als gesteigertes Sicherheitsbedürfnis interpretiert werden kann. Dass gerade jüngere Altersgruppen die Präsenz häufiger als ausreichend bewerten, ist insofern erwartbar, da sich junge Menschen, aufgrund ihres erhöhten Aufenthalts im öffentlichen Raum, eher von der Polizei gestört fühlen und sich dort auch tendenziell sicherer fühlen als ältere Menschen.
Es zeigen sich Unterschiede zwischen Hamburger:innen mit und ohne Migrationshintergrund in der Zustimmung zur polizeilichen Präsenz (siehe Abbildung 21). So stimmen Einwohnende mit Migrationshintergrund häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund zu, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist. Der Unterschied ist in Hamburg dabei auf den ersten Blick etwas geringer ausgeprägt als im Bundes- und Großstadtvergleich. Multivariate Regressionsmodelle machen allerdings deutlich, dass etwaige Gruppenunterschiede ausführlich für verschiedene Migrationsgruppen analysiert werden müssen, wobei neben der Altersstruktur insbesondere die Herkunftsländer und die Migrationsgeneration berücksichtigt werden sollten. Die Bundes- sowie Großstadtdaten legen nahe, dass insbesondere Personen mit türkischem Migrationshintergrund und mit eigener Migrationserfahrung der ausreichenden polizeilichen Präsenz seltener zustimmen. Gerade hier ist die Interpretation dieses Ergebnisses nicht eindeutig. Zum einen kann dies Ausdruck dessen sein, dass diese Personengruppen häufiger in sozial schwachen Stadtteilen wohnen und häufiger mit Kriminalitäts- und Sicherheitsproblemen konfrontiert sind und deshalb ein größerer Anteil die polizeiliche Präsenz als nicht ausreichend bewertet. Zum anderen kann der geringere Anteil auch darauf zurückzuführen sein, dass diese Personengruppe die polizeiliche Präsenz aufgrund häufiger Konflikte nicht als ausreichend, sondern übermäßig empfinden. Hierfür sind vertiefte Analysen und weitere Forschung nötig.
Der Bezirk Altona weist einen überdurchschnittlich hohen Zustimmungsanteil zur ausreichenden Präsenz der Polizei auf, während in Harburg, tendenziell auch in Hamburg-Mitte und Wandsbek, vergleichsweise weniger Einwohnende die Präsenz als ausreichend bewerten (siehe Abbildung 21). Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden. Diese Unterschiede können sowohl durch die unterschiedliche Sozialstruktur als auch die ungleiche Verteilung von Kriminalitäts-, Sicherheits- und Ordnungsproblemen im Raum bedingt sein. Für die genaue Interpretation der Ergebnisse ist deshalb eine kleinräumige und den Kontext berücksichtigende Analyse notwendig.

Grundsätzlich zeigen sich in Hamburg für alle abgefragten Deliktsbereiche signifikante Unterschiede in der Bewertung der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum zwischen innerhalb der letzten 12 Monate viktimisierten und nicht viktimisierten Personen (siehe Abbildung 22).

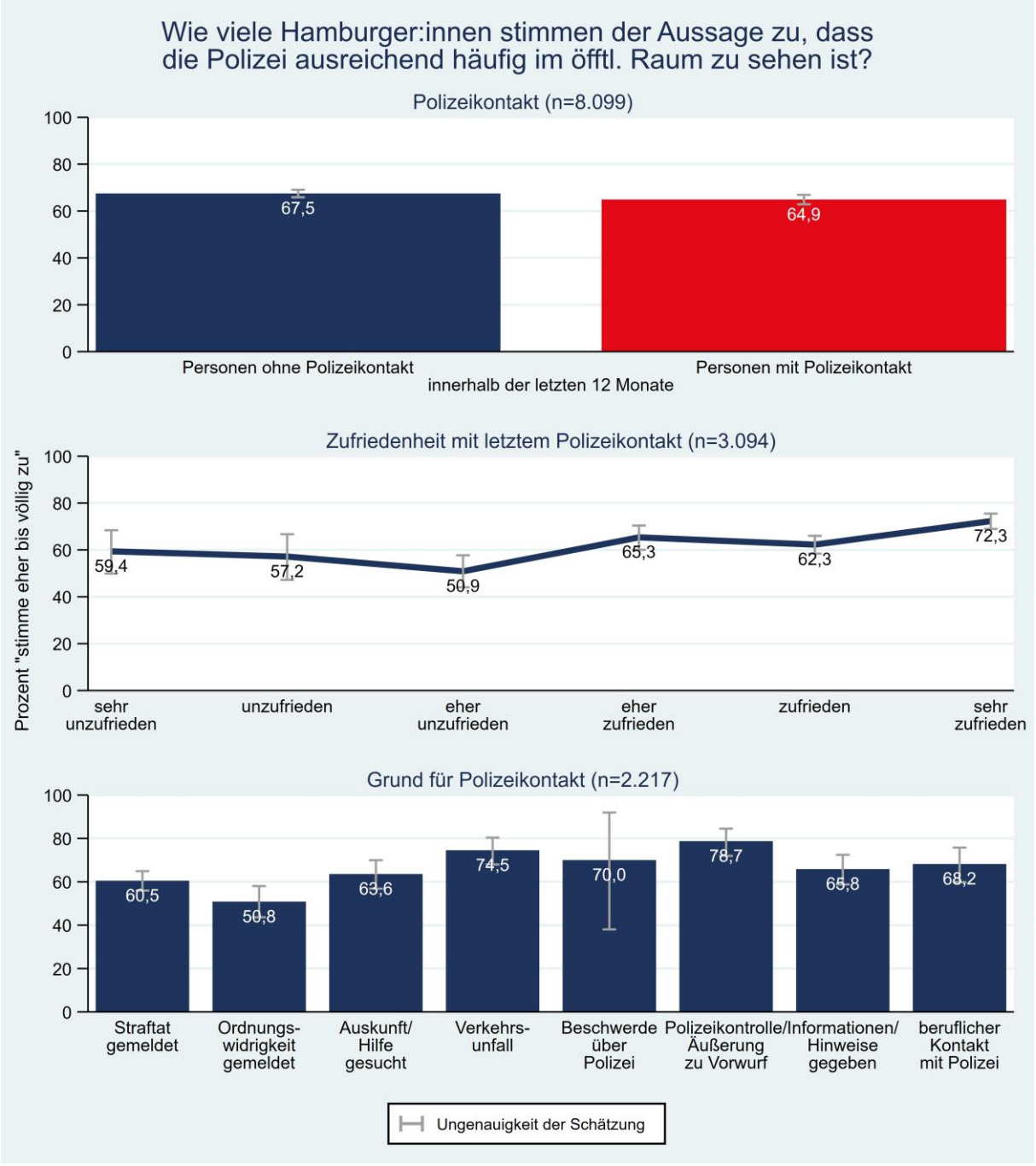
Abbildung 22: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

Am stärksten wird die Zustimmung zur ausreichenden Präsenz durch eine erlebte Körperverletzung reduziert (ca. 17 Prozentpunkte). Auch Sachbeschädigung und Wohnungseinbruchdiebstahl reduzieren die Bewertung um ca. 10 Prozentpunkte. Ähnliche Effekte zeigen sich im Bundes- und Großstadtvergleich. In Hamburg lässt sich zudem eine signifikante Reduktion nach sexuellen Übergriffen (ca. 4 Prozentpunkte) feststellen, diese ist jedoch für ganz Deutschland und Großstädte nicht auffindbar. Dieser nur in Hamburg auffindbare Unterschied sollte, auch aufgrund großer Schätzungenauigkeit, zurückhaltend interpretiert werden. Die geringeren Anteile viktimisierter Personen, welche die polizeiliche Präsenz als ausreichend bewerten, können als erhöhtes Sicherheitsbedürfnis dieser Personen interpretiert werden, da von dieser Personengruppe auch häufiger Unsicherheitsgefühle, Kriminalitätsfurcht und Maßnahmen zum Schutz vor Kriminalität berichtet werden.

Abbildung 23: Meinung über die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum der Polizei nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 7, 8)

Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Kontakt mit der Polizei hatten, stimmen einer ausreichenden Präsenz der Polizei grundsätzlich etwas weniger häufig zu als Personen ohne Polizeikontakt (siehe Abbildung 23). Angesichts dessen, dass Bürger:innen mit einem Polizeikontakt häufig direkt oder indirekt von einer Straftat betroffen sind, kann angenommen werden, dass die geringere Zustimmung eher ein Ausdruck im Sinne einer mangelnden, und nicht ausreichenden, polizeilichen Präsenz ist. In Hamburg bleibt die leicht höhere Zustimmungsrate als bundes- und großstadtweit dabei sowohl für Personen mit als auch Personen ohne Polizeikontakt bestehen.
Mit steigender Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt zeigt sich eine grundsätzliche Zunahme des Anteils der Personen, welche die polizeiliche Präsenz als ausreichend bewerten. Bei Hamburger:innen, die mit dem Polizeikontakt sehr zufrieden waren, wird sogar der Vergleichswert von Personen ohne Polizeikontakt überschritten. Dies würde nahelegen, dass Personen, die weniger zufrieden mit ihrem Polizeikontakt waren, sich mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum wünschen.
Ein Bruch dieses Trends lässt sich allerdings ab der Bewertung als ‚eher unzufrieden' feststellen. Stattdessen bewerten mehr Personen die polizeiliche Präsenz als ausreichend, die sehr unzufrieden bzw. unzufrieden waren, als Personen, die nur eher unzufrieden waren. Dies kann in diesem Kontext darauf hindeuten, dass mit zunehmender Unzufriedenheit weniger Personen für mehr polizeiliche Präsenz plädieren wollen. Diese Ergebnisse finden sich ebenfalls im Bundes- sowie Großstadtvergleich.
Bei der Betrachtung der Bewertung einer ausreichenden polizeilichen Präsenz in Abhängigkeit des Grundes für den letzten Polizeikontakt zeigen sich in Hamburg Unterschiede in der Bewertung nach Kontaktgrund (siehe Abbildung 23). Besonders auffallend ist dabei, dass nur noch die Hälfte der Hamburger:innen, die aufgrund einer Meldung einer Ordnungswidrigkeit Kontakt mit der Polizei aufgenommen haben, einer ausreichenden polizeilichen Präsenz zustimmt. Personen die aufgrund einer Meldung einer Straftat Kontakt hatten, geben ebenfalls weniger häufig (ca. 61 %) als bei anderen Gründen an, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist. Hier liegt die Interpretation nahe, dass diese Personen sich mehr Präsenz wünschen.
Hamburger:innen, die aufgrund einer Äußerung zu einem Vorwurf zuletzt einen Polizeikontakt hatten, geben mit ca. 79 % am häufigsten an, dass die Polizei ausreichend in der Öffentlichkeit zu sehen ist. Dies ist tendenziell auch bei Personen feststellbar, die sich über die Polizei beschwert haben, allerdings ist der Unterschied aufgrund hoher Schätzungenauigkeit nicht statistisch signifikant. Zu beachten ist allerdings, dass hier eine Zustimmung auch Ausdruck eines Wunsches nach weniger Präsenz bedeuten könnte und nicht Ausdruck einer grundsätzlichen Zufriedenheit mit der Intensität polizeilicher Präsenz im öffentlichen Raum. Im Bundes- und Großstadtvergleich zeichnen sich ähnliche Tendenzen wie in Hamburg ab.

3.1.6 Überlastung der Polizei

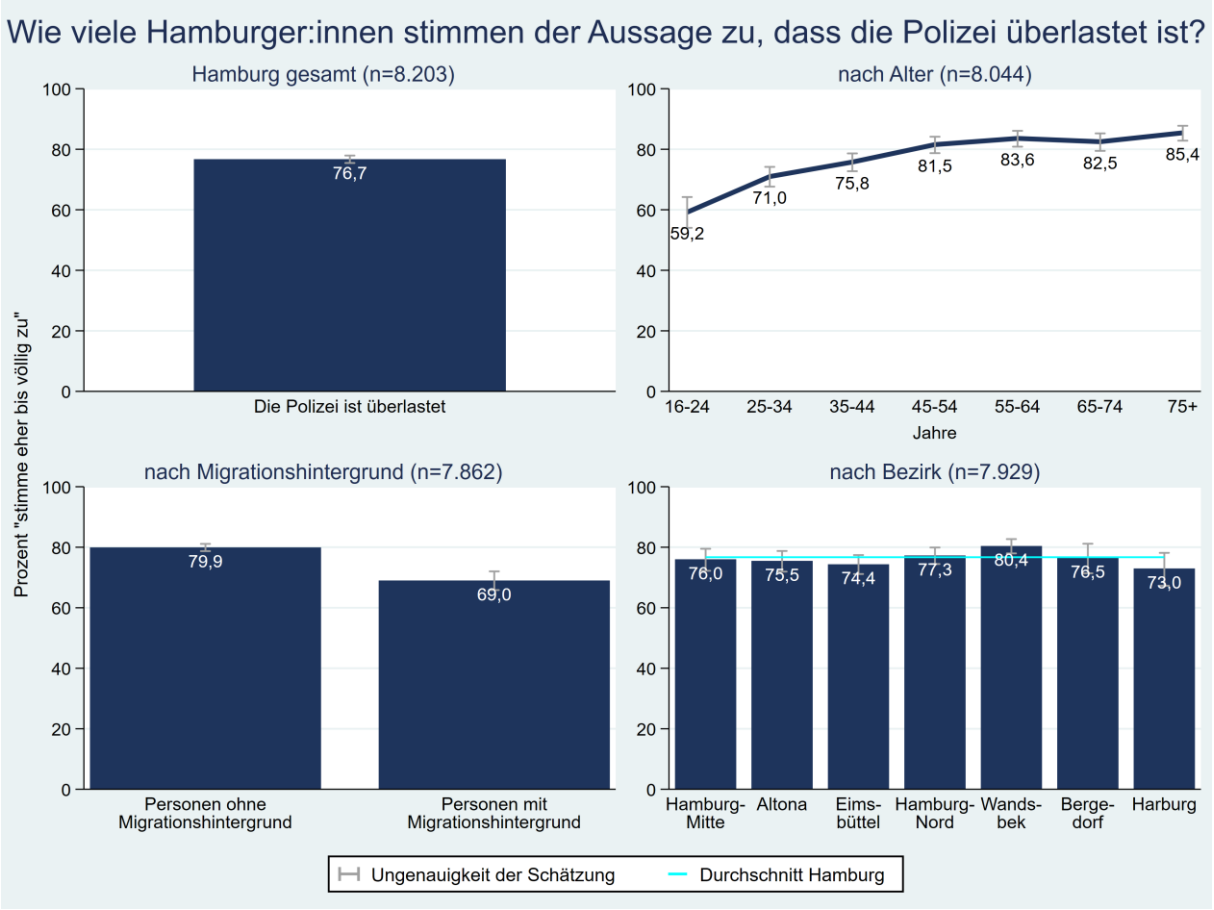
Wie im vorherigem Kapitel ist die bürgerliche Wahrnehmung der Überlastung der Polizei keinem theoretischem Konzept direkt zuzuordnen. Im öffentliche Diskurs steht beim Thema der öffentlichen Sicherheit zunehmend die Arbeitsüberlastung der Polizei im Vordergrund. Diskutiert wird in diesem Kontext häufig, nicht zuletzt aufgrund polizeigewerkschaftlicher Initiative, der Personalmangel bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs. Die Wahrnehmung der Polizei als überlastet kann daher stark durch die mediale Wahrnehmung geprägt sein.
Gleichzeitig können bei einer Zustimmung der polizeilichen Überlastung auch allgemeine kriminalitätsbezogene Einstellungen zum Ausdruck kommen. Vergleichbar hierfür sind Erkenntnisse zur Diskrepanz zwischen subjektiv wahrgenommener und tatsächlicher Kriminalitätsentwicklung. Dabei stimmt die subjektive Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung häufig nicht mit der tatsächlichen Entwicklung überein und die Diskrepanz ist bei Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht und geringem Institutionenvertrauen sowie hohem Strafbedürfnis ausgeprägter (Bolesta / Andershed et al. 2022). Es liegt die Hypothese nahe, dass Personen, welche von einem Anstieg der Kriminalität ausgehen, die Polizei auch eher für überlastet halten.

Die folgenden Auswertungen zeigen, inwiefern Hamburger:innen folgender Aussage zustimmen:

- Die Polizei ist überlastet.

Rund Dreiviertel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei überlastet ist (siehe Abbildung 24). Ein Drittel der Bürger:innen stimmt dieser Aussage sogar völlig zu. Der Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen, ist bspw. im Vergleich zur Bewertung der Präsenz im öffentlichen Raum als hoch anzusehen. Die Hamburger Ergebnisse entsprechen dabei in etwa dem Bundes- sowie Großstadtdurchschnitt sowie Erkenntnissen aus anderen Befragungen. Hinsichtlich der medialen, politischen und gewerkschaftlichen Diskussion über die Belastung der Polizei ist die subjektive Einschätzung der Bürger:innen nicht verwunderlich. Dennoch zeigt sich für Niedersachsen, dass der Zustimmungswert der Bevölkerung in Niedersachsen von 2021 (76,4 %) im Vergleich zu 2017 gesunken ist (Landeskriminalamt Niedersachsen 2022: 78).

Abbildung 24: Meinung zur Überlastung der Polizei für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 43, 50-54, 55)

Hinsichtlich der Bewertung der Überlastung der Polizei sind keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen feststellbar.

Wie in Abbildung 24 dargestellt, nimmt der Anteil der Hamburger:innen, welche die Polizei für überlastet halten, mit steigendem Alter um insgesamt gut 25 Prozentpunkte konstant zu. Übereinstimmend mit dem Trend einer allgemein positiveren Wahrnehmung der Polizei in älteren Altersgruppen könnte dies Ausdruck einer allgemein positiveren Grundeinstellung gegenüber der Polizei sein. Bezugnehmend auf die Annahme, dass diese Zustimmung Ausdruck eines subjektiv wahrgenommenen Kriminalitätsanstiegs ist, könnte hier auch ein Zusammenhang zwischen den in älteren Altersgruppen häufiger berichteten Unsicherheitsgefühlen sowie Vermeidungsverhaltensweisen im öffentlichen Raum und der wahrgenommenen Überlastung der

Polizei bestehen. Auch das unterschiedliche Medienverhalten kann hierbei ein wesentlicher Einflussfaktor sein.

Hamburger:innen mit Migrationshintergrund sind um 9 Prozentpunkte seltener der Meinung, dass die Polizei überlastet ist, als Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 24). Multivariate Regressionsmodelle legen nahe, dass etwaige Gruppenunterschiede zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund verschiedener Herkunftsländer ausführlich für die jeweilige Migrationsgruppe analysiert werden müssen, wobei neben der Altersstruktur insbesondere die Migrationsgeneration berücksichtigt werden sollte.

Im Bezirk Wandsbek empfindet ein etwas größerer Anteil der Einwohnenden die Polizei als überlastet, während in Harburg und Eimsbüttel tendenziell etwas weniger Einwohnende der Aussage zustimmen (siehe Abbildung 24). Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden. Inwieweit diese Unterschiede auf der soziostrukturellen Zusammensetzung des Wohnorts beruhen oder auch durch andere Faktoren beeinflusst werden, kann nur durch weitere Forschung beantwortet werden.

Abbildung 25: Meinung zur Überlastung der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 15, 24)

Die Unterschiede hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizei als überlastet zwischen Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) eine Viktimisierung erlebt haben, und Personen ohne Viktimisierungserfahrung sind im Vergleich zu allen anderen Facetten der Polizeibewertung vergleichsweise gering (siehe Abbildung 25). In Hamburg erreicht nur der Effekt einer Körperverletzung statistische Signifikanz. Hierbei stimmen mit 80,9 % der viktimisierten Bürger:innen geringfügig mehr einer Überlastung der Polizei eher bis völlig zu als nicht viktimisierte Personen (76,3 %). Sowohl für Hamburg, als auch im Bundes- und Großstadtvergleich zeigen jedoch unterschiedliche statistische Testverfahren unterschiedliche Ergebnisse, weshalb die hier festgestellten Unterschiede ohne weiterführende Analysen nicht überinterpretiert werden sollten.

Auch die Unterschiede hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizei als überlastet zwischen Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Kontakt mit der Polizei hatten, und Personen ohne Polizeikontakt sind im Vergleich zu allen anderen Facetten der Polizeibewertung vergleichsweise gering (siehe Abbildung 26). Der Vergleich der Zustimmungsanteile für Hamburg und Großstädte sowie ergänzende Mittelwertvergleiche legen nahe, dass Bürger:innen mit einem erlebten Polizeikontakt die Polizei geringfügig häufiger für überlastet halten als Personen ohne Polizeikontakt. Auch hier dürfen die festgestellten Unterschiede ohne weiterführende Analysen nicht überinterpretiert werden.

Abbildung 26: Meinung zur Überlastung der Polizei nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 3, 6, 8)

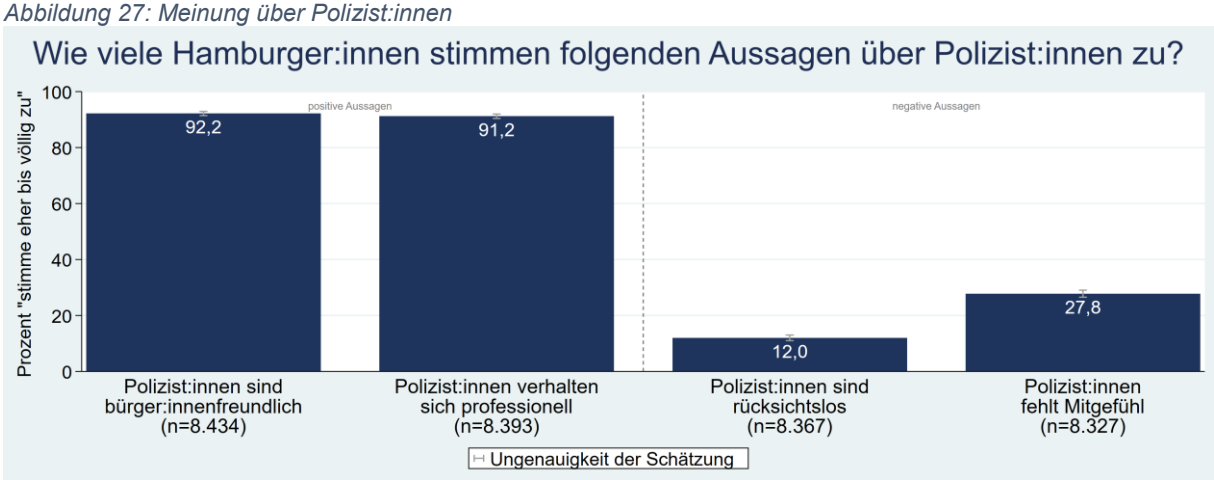
Hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Polizeikontakt sowie des Kontaktgrundes zeigen sich im Gegensatz zu den anderen Items keine eindeutigen Zusammenhänge mit der Zustimmung zur Überlastung der Polizei. Auffällig ist nur, dass Personen, die sehr unzufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt waren sowie Personen, die aufgrund einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf mit der Polizei Kontakt hatten, einer Überlastung der Polizei sowohl in Hamburg als auch in Bund und Großstädten am seltensten zustimmen.

3.1.7 Meinung über Polizist:innen

Auch wenn in den vorangegangenen Fragen häufig die Polizei als Ganzes bewertet wurde, stehen einzelne Mitarbeitende der Polizei in ihrem beruflichen Alltag sehr unterschiedlichen Aufgaben gegenüber. In jeder dieser konkreten einzelnen Situationen wird erwartet, dass die einzelnen Polizist:innen professionell und bürger:innenorientiert handeln.
Die im folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Einschätzung der Hamburger:innen hinsichtlich der folgenden vier Aussagen:

- Polizisten und Polizistinnen sind bürger:innenfreundlich;
- Polizisten und Polizistinnen sind rücksichtslos;
- Polizisten und Polizistinnen verhalten sich professionell;
- Polizisten und Polizistinnen fehlt Mitgefühl.

Abbildung 27: Meinung über Polizist:innen



(Siehe Anhang 1, Frage 4)

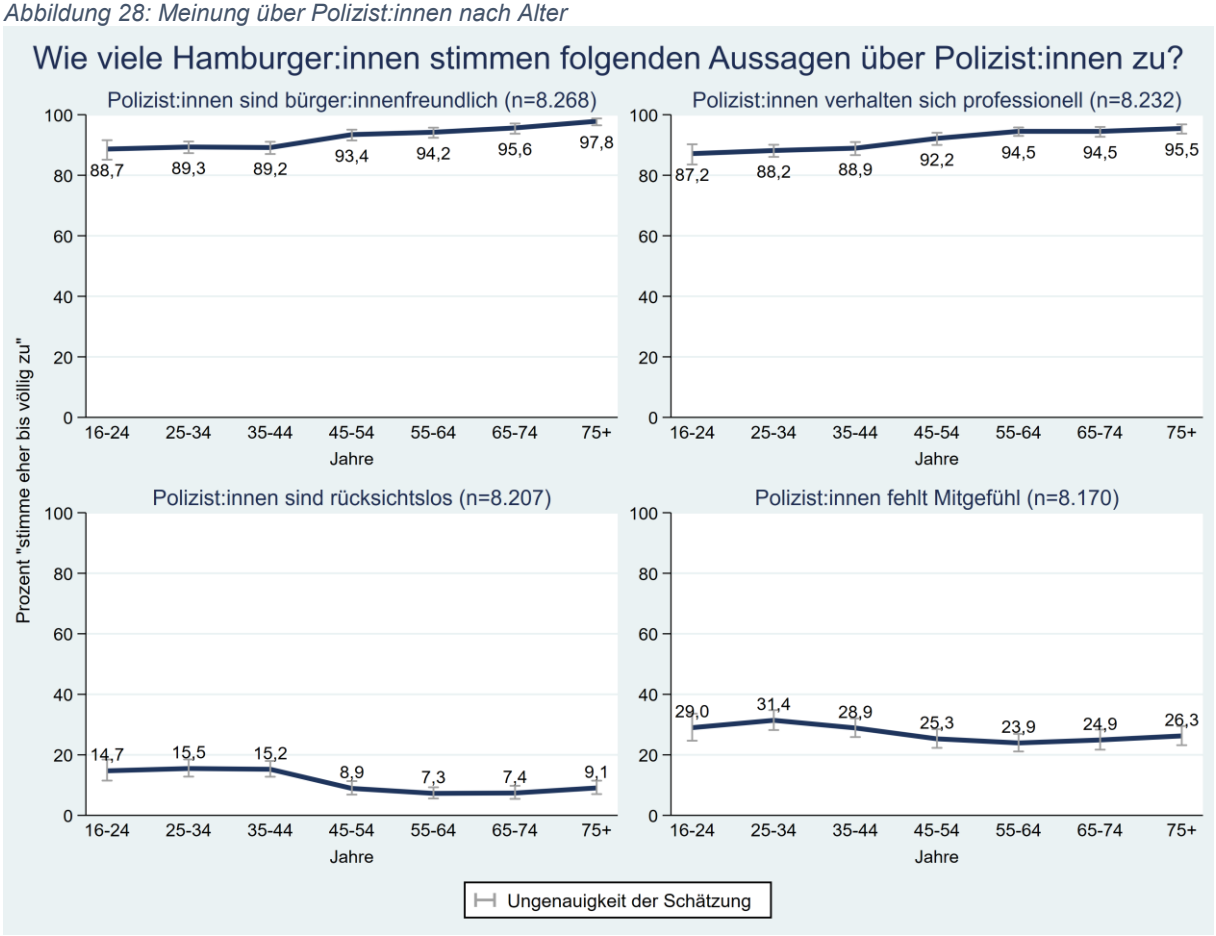
Wie in Abbildung 27 ersichtlich, stimmt der Großteil der Hamburger:innen eher bis völlig zu, dass Polizist:innen bürger:innenfreundlich sind (92,2 %) und sich professionell verhalten (91,2 %). Dennoch stimmen auch 27,8 % zu, dass Polizist:innen Mitgefühl fehlt. Damit äußern

Hamburger:innen im Vergleich zu den Bund- und Großstadtdaten etwas häufiger diese Meinung. Gleichzeitig stimmt etwas mehr als ein Zehntel der Personen zu, dass Polizist:innen rücksichtslos sind. Auch hier liegen Hamburger:innen über dem Bundes- und Großstadtdurchschnitt.

In Hamburg finden sich grundsätzlich keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der abgefragten Einschätzung von Polizist:innen. Bundesweit sowie in deutschen Großstädten zeigen sich geringe, aber signifikante Unterschiede zwischen Männer und Frauen in der Einschätzung der Bürger:innenfreundlichkeit und Professionalität, wobei Frauen den positiven Eigenschaften häufiger zustimmen. Diese Tendenz lässt sich auch in Hamburg erkennen, ist aber aufgrund der geringen Ausprägung und kleineren Fallzahl nicht statistisch signifikant. Da sich dieser schwach ausgeprägte Unterschied auch bei anderen Aspekten der Polizeibewertung zeigt, ist hier von einer grundsätzlich leicht positiveren Wahrnehmung der Polizei sowie von Polizist:innen durch Frauen auszugehen.

Mit steigendem Alter stimmen Bürger:innen häufiger zu, dass Polizist:innen bürger:innenfreundlich sind. Während dem 88,7 % der Einwohnenden zwischen 16 und 24 Jahren zustimmen, stimmen Bürger:innen über 74 Jahren sogar mit 97,8-prozentiger Häufigkeit zu. Auch der Aussage, dass sich Polizist:innen professionell verhalten, wird mit steigendem Alter häufiger zugestimmt.

Abbildung 28: Meinung über Polizist:innen nach Alter



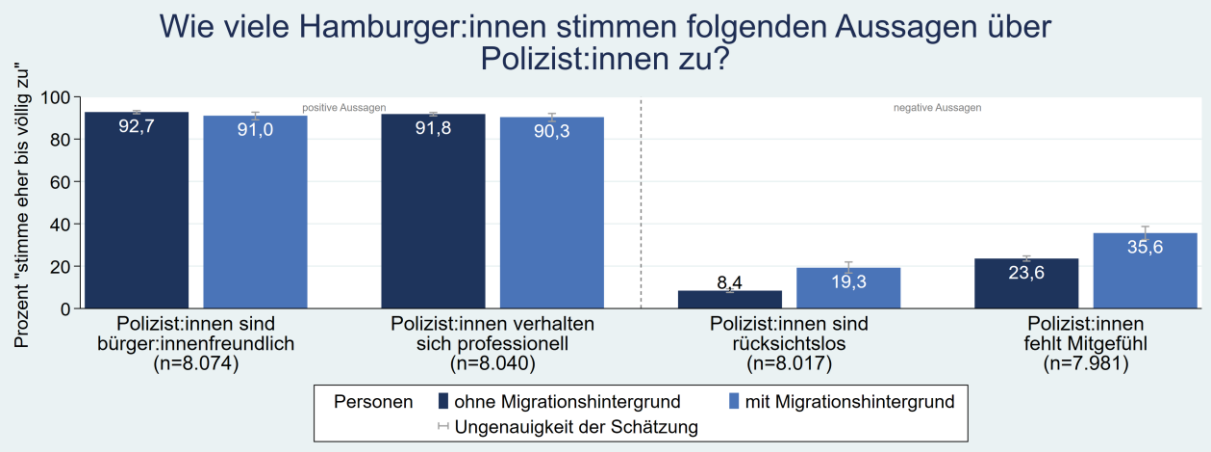
(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 43)

Ungefähr 15 % der 16- bis 44-jährigen Hamburger:innen stimmen zu, dass Polizist:innen rücksichtslos sind. Ab 45 Jahren stimmen dieser Aussage nur noch 7-9 % der befragten Personen zu. Auch im Bundes- und Großstadtvergleich zeigt sich ab dieser Altersgruppe ein geringerer Anteil als bei den jüngeren Altersgruppen. Für Hamburg fällt auf, dass gerade in den jüngeren

Altersgruppen der Aussage häufiger zugestimmt wird als im Bundes- und Großstadtvergleich, während sich die älteren Altersgruppen in dem Vergleich kaum unterscheiden.
Mit zunehmendem Alter nimmt ebenfalls tendenziell die Zustimmung zum fehlenden Mitgefühl der Polizist:innen zunächst zu. Ab 35 Jahren nimmt die Zustimmung in geringem Maße ab, ab 65 Jahre im geringerem Maße erneut ein wenig zu, aber bleibt auf einem niedrigeren Niveau als 44 Jahre und jünger (siehe Abbildung 28).

Personen ohne Migrationshintergrund geben geringfügig häufiger als Personen mit Migrationshintergrund an, dass Polizist:innen bürger:innenfreundlich und professionell sind und zugleich deutlich seltener, dass Polizist:innen rücksichtslos sind und ihnen Mitgefühl fehlt (siehe Abbildung 29).

Abbildung 29: Meinung über Polizist:innen nach Migrationshintergrund

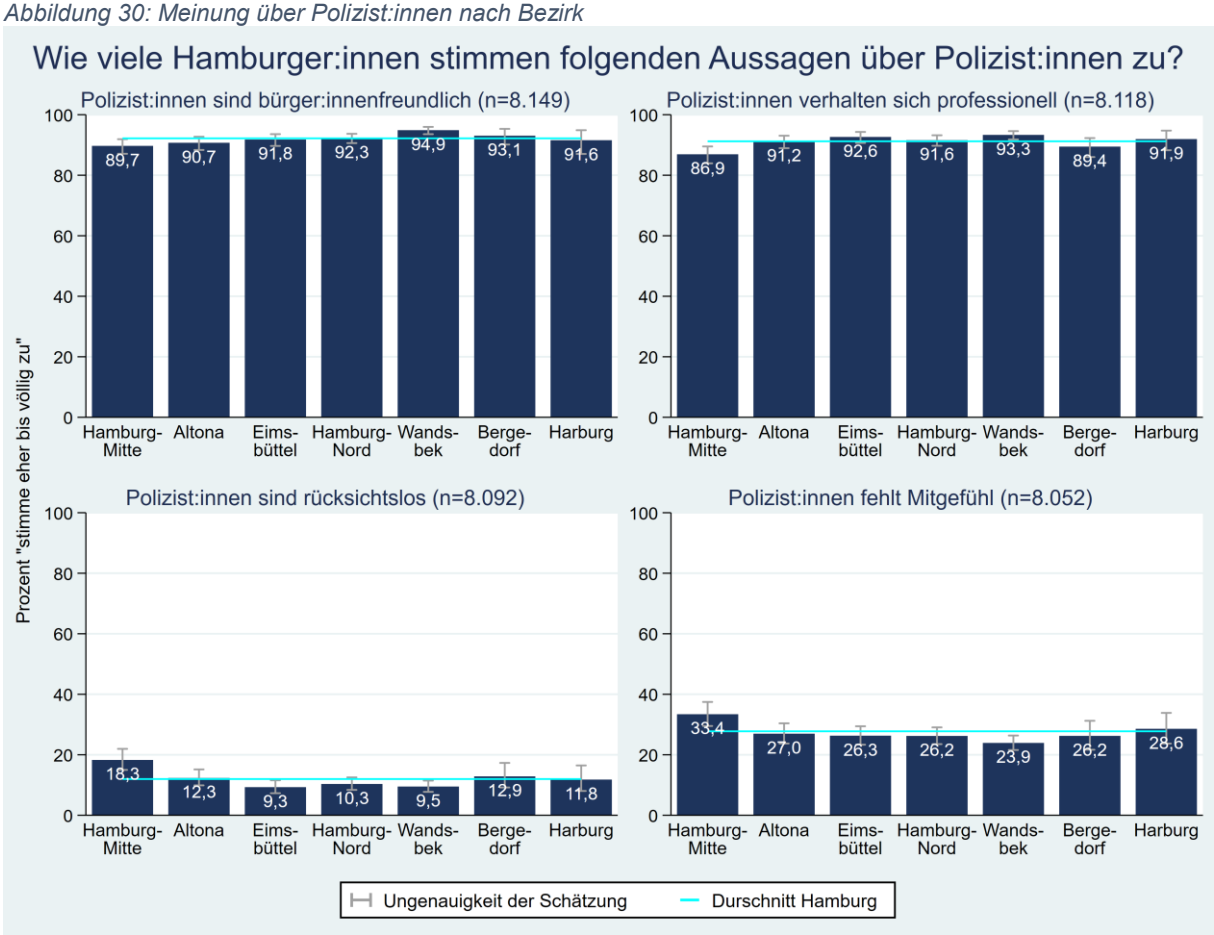


(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 50-54)

Im multivariaten Regressionsmodell deutet sich insbesondere beim Vergleich Hamburger Ergebnisse mit Bundes- und Großstadtdaten für einzelne Items an, dass Personen mit türkischem Migrationshintergrund Polizist:innen tendenziell schlechter wahrnehmen als Personen ohne Migrationshintergrund, während Personen mit polnischem oder ehem. sowjetischem Migrationshintergrund Polizist:innen tendenziell besser bewerten als Personen ohne Migrationshintergrund. Hier spielen neben der Alters- und Geschlechtsstruktur der Personengruppe auch die Migrationsgeneration eine Rolle. Es zeigt sich erneut, dass für die genauere Erklärung gruppenspezifischer Wahrnehmung von Polizist:innen vertiefende Analysen notwendig sind.

Bewohner:innen des Bezirkes Wandsbek äußern bei fast allen Aussagen eine bessere Meinung über Polizist:innen als andere Bezirke. Für den Bezirk Hamburg-Mitte lassen sich die geringste Zustimmung zu positiven und häufigste Zustimmung zu negativen Aussagen im Bezirksvergleich feststellen (siehe Abbildung 30).

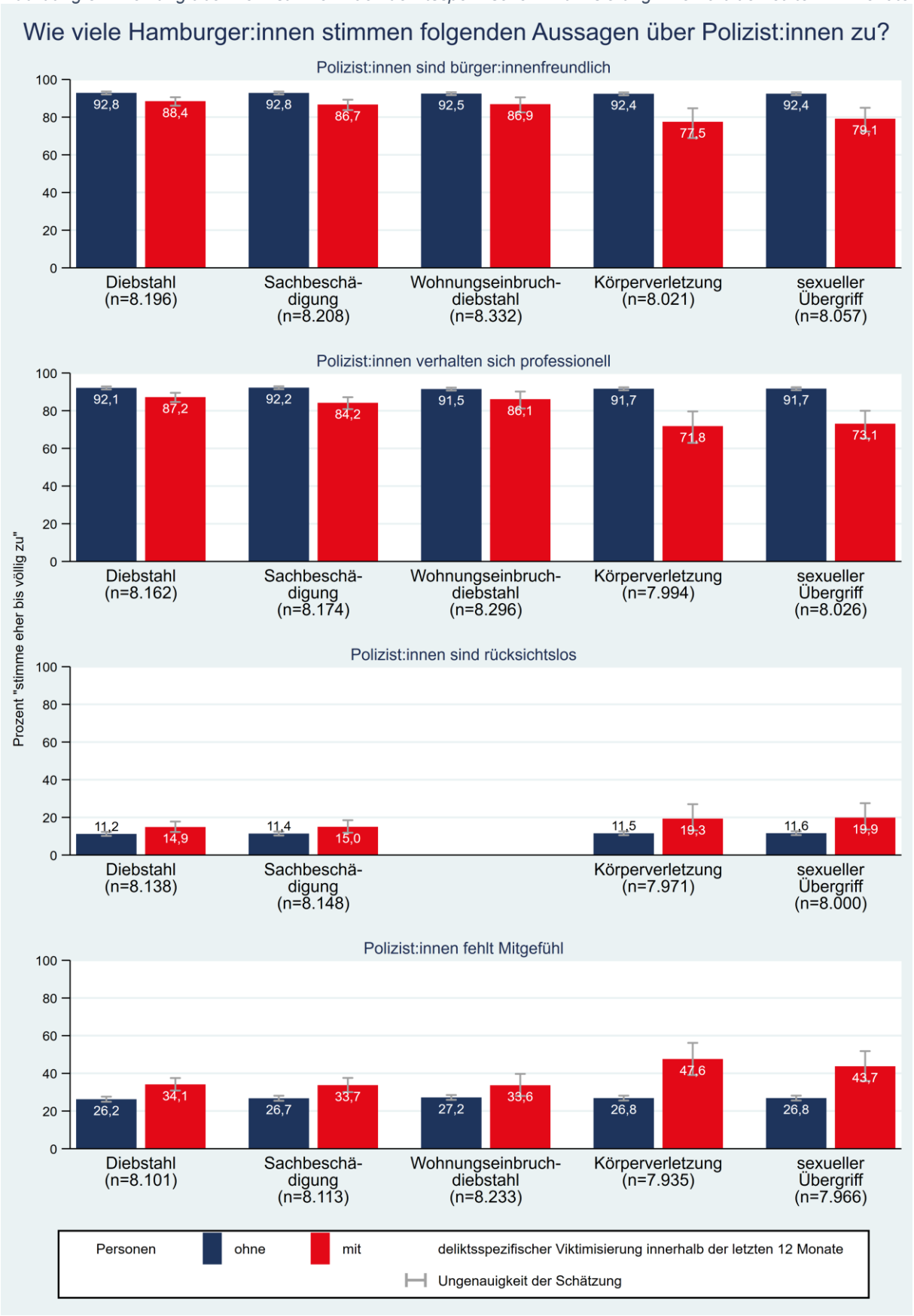
Abbildung 30: Meinung über Polizist:innen nach Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 55)

Es zeigt sich, dass die Bewertung von Polizist:innen nach einer Viktimisierungserfahrung in allen Deliktsbereichen etwas schlechter ausfällt als bei Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) nicht viktimisiert wurden (siehe Abbildung 31). Eine Viktimisierung durch Gewaltkriminalität wirkt sich dabei stärker aus (ca. 20 Prozentpunkte Unterschied) als eine Viktimisierung durch Eigentumskriminalität (ca. 5 Prozentpunkte Unterschied). Lediglich bei der Bewertung hinsichtlich der Rücksichtslosigkeit von Polizist:innen sind die Unterschiede zwischen Personen mit Viktimisierung und ohne Viktimisierung durch Gewalt- und Eigentumskriminalität geringer als bei anderen Aussagen. Aufgrund der geringer ausgeprägten Unterschiede erreicht die Differenz nach einem Wohnungseinbruch in Hamburg keine statistische Signifikanz, auch wenn der Abgleich mit Bund- und Großstadtdaten eine ähnliche Tendenz nahelegt.
Die schlechtere Wahrnehmung der Polizei nach einer Viktimisierung zeigt sich nicht nur bei der Bewertung von Polizist:innen, sondern auch bei der Bewertung der Polizeiarbeit im Allgemeinen (siehe vorherige Kapitel). Es ist demnach von einem allgemein negativen Effekt einer Opferwerdung auf das Polizeivertrauen auszugehen. Aufgrund der erhöhten Vulnerabilität von viktimisierten Bürger:innen, insbesondere nach erlebten Gewaltstraftaten, muss das Zustandekommen dieses Effekts weiter erforscht werden, um diesem ggf. durch Veränderung polizeilichen Umgangs mit Opfern von insbesondere Gewaltkriminalität entgegenwirken zu können.

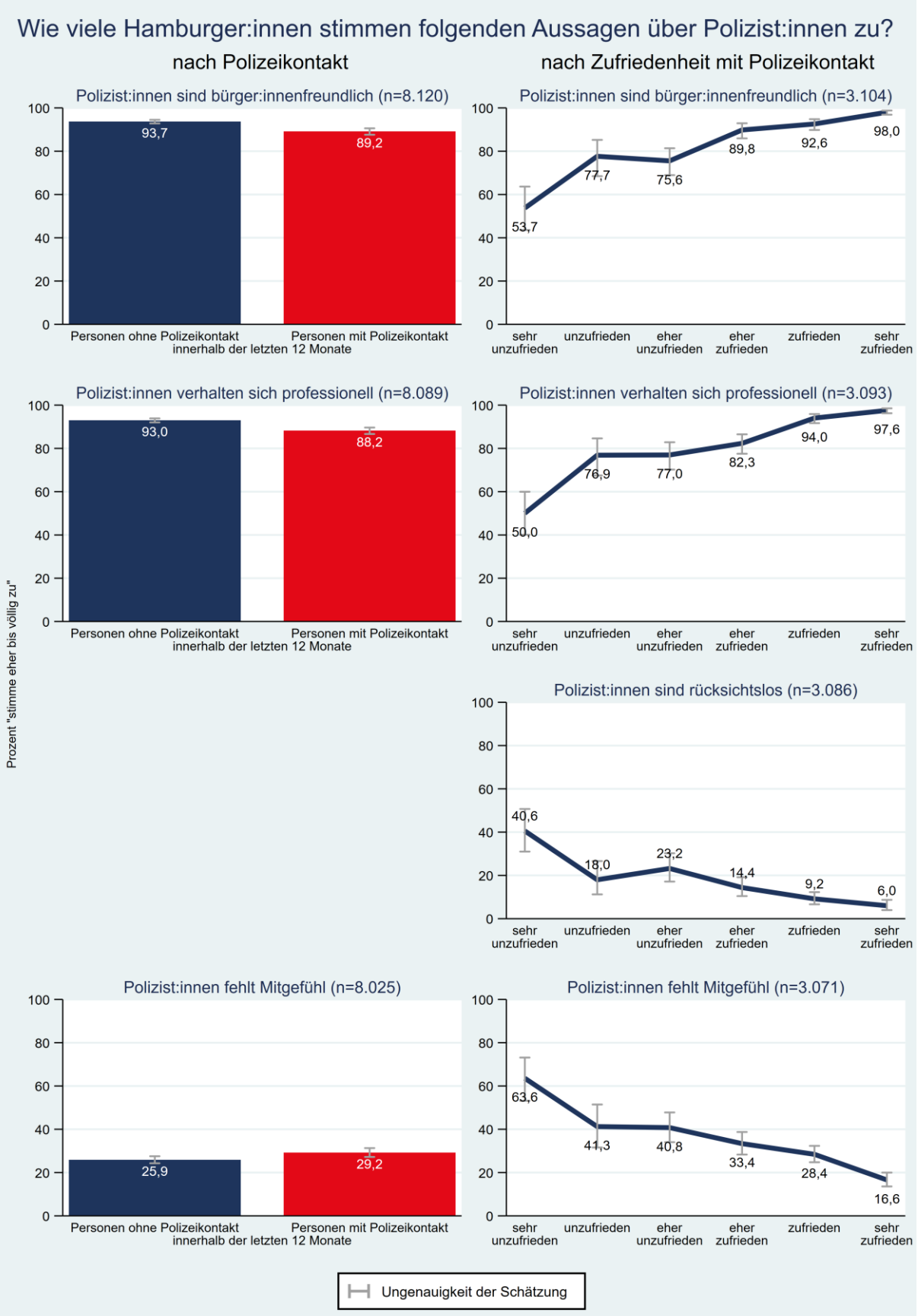
Abbildung 31: Meinung über Polizist:innen nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 15, 24)

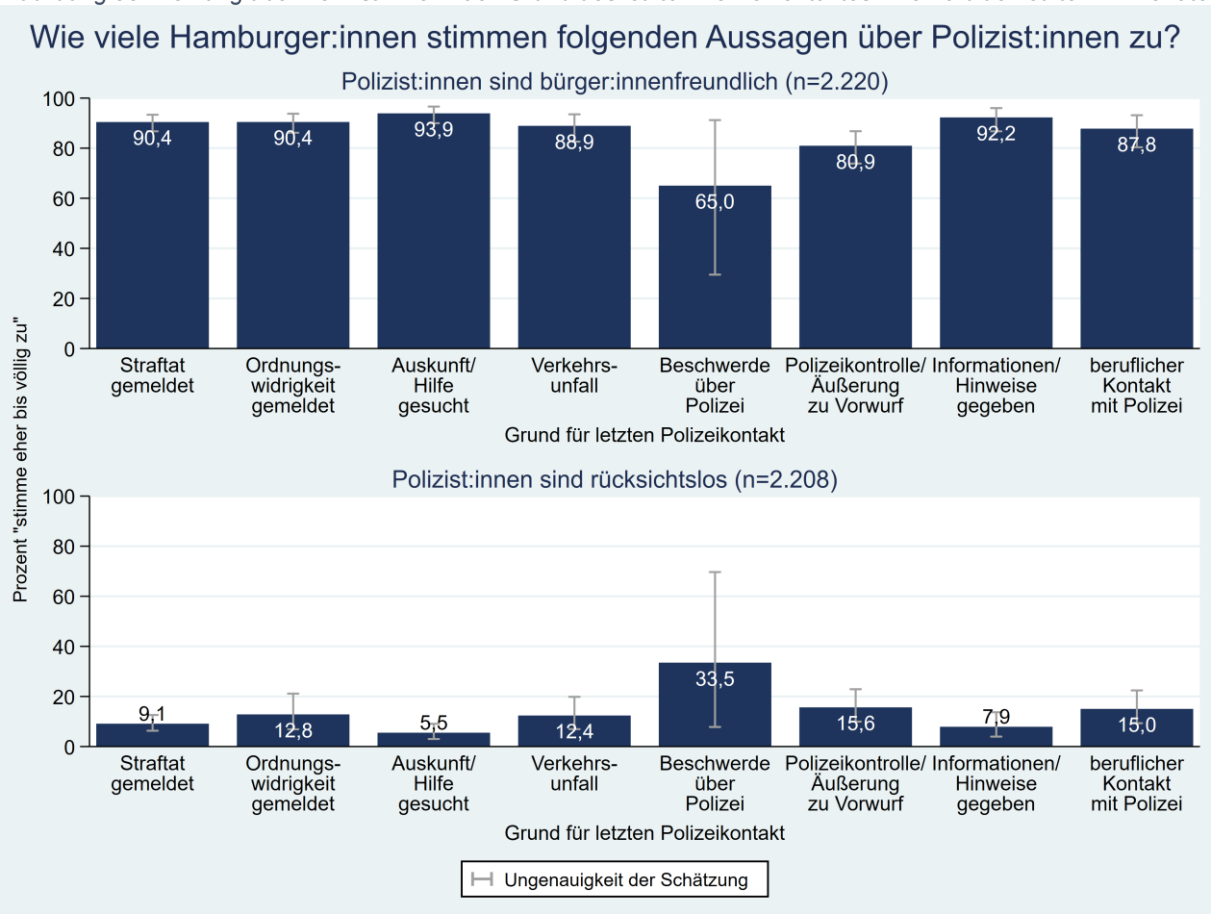
Es zeigt sich, dass die Bewertung von Polizist:innen nach einem Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) tendenziell etwas schlechter ausfällt als bei Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate keinen Polizeikontakt hatten (ca. 4 Prozentpunkte Unterschied; siehe Abbildung 32). Bei der Zustimmung zur Aussage ‚Polizist:innen sind rücksichtslos' sind die Unterschiede sowohl in Hamburg als auch auf Bundes- und Großstadtebene zu gering, um statistische Signifikanz zu erreichen.
Die differenzierte Analyse zeigt, dass je zufriedener Bürger:innen mit dem letzten Polizeikontakt waren, desto positiver bewerten sie Polizist:innen (siehe Abbildung 32). Hinsichtlich Bürger:innenfreundlichkeit und Professionalität läuft bei einem sehr zufriedenen Kontakt die Zustimmung gegen 100 %. Die Wahrnehmung von Polizist:innen als rücksichtslos und ohne Mitgefühl führt mit zunehmender Zufriedenheit zu geringerer Zustimmung. Bürger:innen, die mit ihrem Polizeikontakt sehr zufrieden waren, bewerten Polizist:innen über alle Items hinweg sogar besser als Personen ohne Polizeikontakt. Dennoch geben selbst nach einem sehr zufriedenem Polizeikontakt rund 17 % der Befragten an, dass Polizist:innen Mitgefühl fehlt.
Bei der differenzierten Betrachtung der Wahrnehmung von Polizist:innen in Abhängigkeit vom Anlass des letzten Polizeikontakts zeigt sich, dass Personen, die aufgrund einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf Kontakt mit der Polizei hatten, der Bürger:innenfreundlichkeit und Professionalität seltener zustimmen, jedoch häufiger Rücksichtslosigkeit und fehlendes Mitgefühl bejahen als andere Kontaktanlässe (siehe Abbildung 33). Ein ähnlicher Effekt ist für Personen, die Kontakt aufgrund einer Beschwerde über die Polizei hatten, feststellbar, dieser ist allerdings aufgrund geringer Fallzahlen nicht statistisch signifikant.

Abbildung 32: Meinung über Polizist:innen nach Polizeikontakt und Zufriedenheit mit Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 6, 8)

Abbildung 33: Meinung über Polizist:innen nach Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 4, 7)

3.2 Gehorsamspflicht

In Ergänzung zur Messung des Polizeivertrauens anhand der Meinung über die Polizeiarbeit im Allgemeinen wurde die deliktsbezogene Gehorsamspflicht der Bürger:innen gegenüber der Polizei erhoben. Die Gehorsamspflicht („obligation/duty to obey the police“) ist die Bereitschaft der einzelnen Bürger:innen, Entscheidungen der Polizei zu respektieren, anzuerkennen und polizeilichen Anweisungen Folge zu leisten.

Die Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei wird in der kriminologischen Literatur als Dimension der wahrgenommenen polizeilichen Legitimität betrachtet. „Der politisch-soziologische Begriff Legitimität bezeichnet den Glauben an bzw. das Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit politischer Herrschaft“ (Schubert / Klein Martina 2020c). In modernen Staaten beruht die legale Herrschaft auf dem Glauben an eine sachgemäß und rechtmäßig geschaffene Ordnung sowie rechtmäßig handelnde staatliche Institutionen und dem daraus folgenden Recht der Herrschenden, Gehorsam zu verlangen (Schubert / Klein Martina 2020b). Eine Behörde wird demnach zu einer Autorität, wenn es ihr gelingt, rechtmäßig anerkannten, als legitim wahrgenommenen Einfluss auf die Bürger:innen zu erringen (Schubert / Klein Martina 2020a).

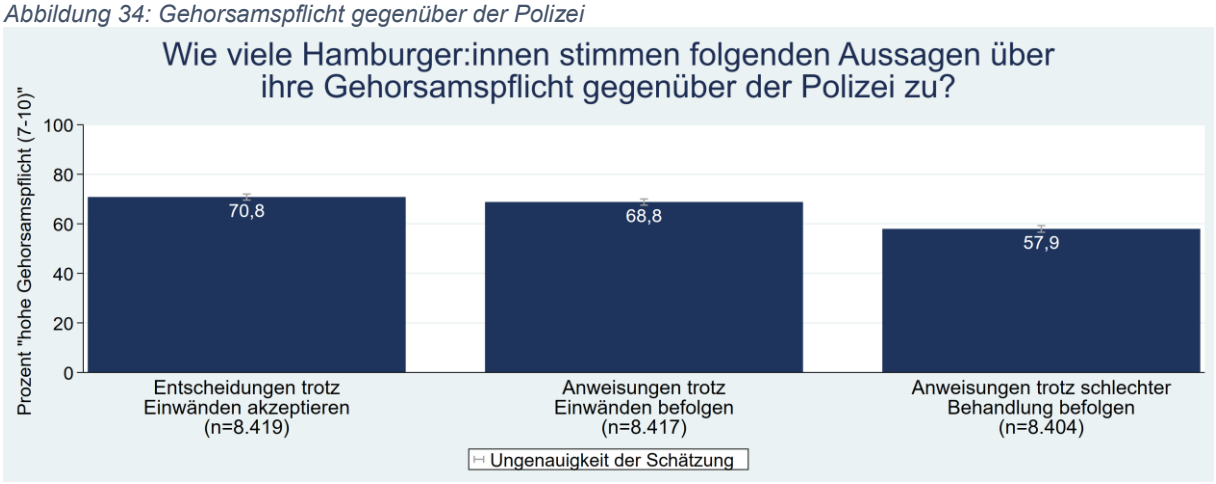
Basierend hierauf ist die individuell empfundene Gehorsamspflicht der Bürger:innen Ausdruck ihrer Bereitschaft zur Anerkennung einer Herrschaftsbeziehung als rechtmäßig. Legitimität stellt so eine Bedingung für die Anerkennung der Polizei als Autorität dar und gibt einen Hinweis auf die bürgerliche Bindung an gesellschaftliche Normen und Regeln (Bradford / Yesberg et al. 2020: 1506) Zur Messung der Gehorsamspflicht wurden die Befragten gebeten, drei Aussagen über ihr Pflichtbewusstsein gegenüber der Polizei zu bewerten[3]:

[3] Die Operationalisierung der Gehorsamspflicht über diese Fragen scheint auf eine 2002 in New York durchgeführte Untersuchung von Sunshine und Tyler zurückzugehen (vgl. Sunshine / Tyler 2003: 543).

- Es ist meine Pflicht die Entscheidungen der Polizei zu akzeptieren, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin;
- Es ist meine Pflicht zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe oder mit diesen nicht einverstanden bin;
- Es ist meine Pflicht zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Art und Weise, wie die Polizei mich behandelt, nicht gut finde.

Die Messung der Legitimität über die Gehorsamspflicht wird jedoch in neuerer Literatur kritisch diskutiert. Zu bedenken ist, dass die individuell empfundene Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei auch Ausdruck einer Angst vor Konsequenzen sein kann und nicht die reine Legitimation der Machtausübung bedeutet (vgl. Tankebe 2013: 105). Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass insbesondere die Polizei aufgrund der staatlichen ‚Gewaltlizenz' auch bei fehlender Legitimität Macht über die Bürger:innen ausüben kann. In Anbetracht dessen müssen die Itemformulierungen kritisch reflektiert werden, da hier die subjektiv empfundene Gehorsamspflicht für hypothetische Szenarien abgefragt wird, bei denen die Grundsätze der Verfahrensgerechtigkeit verletzt werden und die Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns in Zweifel gezogen werden könnte.[4]
Die im Folgenden berichteten Befragungsergebnisse bzw. Angaben der Befragten wurden im Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) erhoben und sind diesem gegenwärtigem Zeitpunkt entsprechend zu werten/ einzuordnen.

Abbildung 34: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei



(Siehe Anhang 1, Frage 5)

Wie Abbildung 34 zu entnehmen ist, stimmen 70,8 % der Hamburger:innen eher bis völlig zu, dass es ihre Pflicht ist, polizeiliche Entscheidungen zu akzeptieren, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind. Dass es ihre Pflicht ist zu tun, was die Polizei ihnen sagt, auch wenn sie die Gründe nicht verstehen oder mit diesen nicht einverstanden sind, geben 68,8 % der Befragten an. 57,9 % der Hamburger:innen stimmen zu, dass es ihre Pflicht ist zu tun, was die Polizei sagt, auch wenn sie die Art und Weise, wie die Polizei sie behandelt, nicht gut finden. Im Bundesvergleich stimmen Hamburger:innen dem signifikant seltener zu. Die in Hamburg berichtete Gehorsamspflicht liegt geringfügig unter den bundesweiten Vergleichswerten, unterscheidet sich jedoch nicht signifikant vom Großstadtvergleich.
Vergleicht man die Mittelwerte in Hamburg, Bund und Großstadt mit den Ergebnissen aus der Untersuchung „Vertrauen in der Stadt – Vertrauen in die Stadt" von Hecker (2019: 207) ist die in SKiD berichtete Gehorsamspflicht höher als in den Städten Stuttgart und Wuppertal. In zukünftigen Befragungen muss überprüft werden, ob eine systematische Verzerrung aufgrund geringerer Beteiligungsbereitschaft polizeikritischer Bürger:innen oder stärker ausgeprägtem

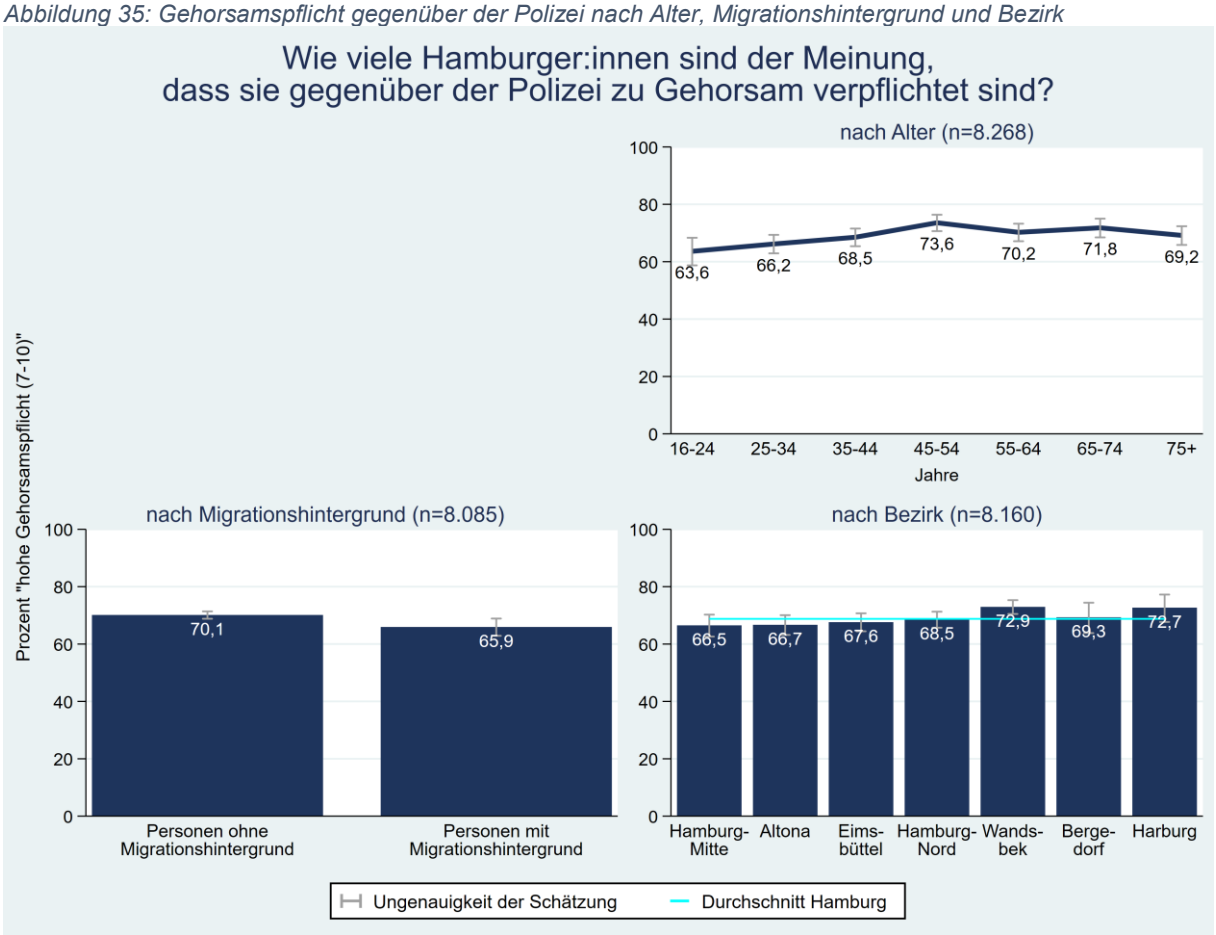
[4] Pósch / Jackson et al. (2020) plädieren deshalb für eine sorgfältige und trennscharfe Operationalisierung der normativen Gehorsamspflicht sowie nicht-normativer Gehorsamszwänge. Alternativ und/oder zusätzlich kann auch die Frage zur moralischen Übereinstimmung zwischen den eigenen Werten und den durch die Polizei vertretenen Werten ein Indikator für die Legitimität der Polizei und die von ihr vertretene staatliche Ordnung sein.

sozial erwünschten Antwortverhalten bei einer Befragung im Auftrag der Polizei vorliegt. Sollten sich die Werte zukünftig annähern, könnte auch ein zeitlich begrenzter Corona-Effekt die Gehorsamspflicht gegenüber staatlichen Institutionen kurzfristig erhöht haben.

Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei zwischen Männern und Frauen.

Es zeigen sich geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen hinsichtlich der wahrgenommenen Pflichten gegenüber der Polizei. Es ist von einem schwachen linearen Zusammenhang auszugehen: mit zunehmendem Alter bis ca. 45 Jahre stimmen Befragte häufiger zu, dass es ihre Pflicht ist, die Entscheidungen der Polizei zu akzeptieren, auch wenn sie nicht einverstanden sind, die Gründe nicht verstehen oder die Behandlung ihnen gegenüber durch die Polizei nicht gut finden. Ab 45 Jahren bleibt die Zustimmung auf einem ähnlichen, hohen Niveau (siehe Abbildung 35).

Abbildung 35: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



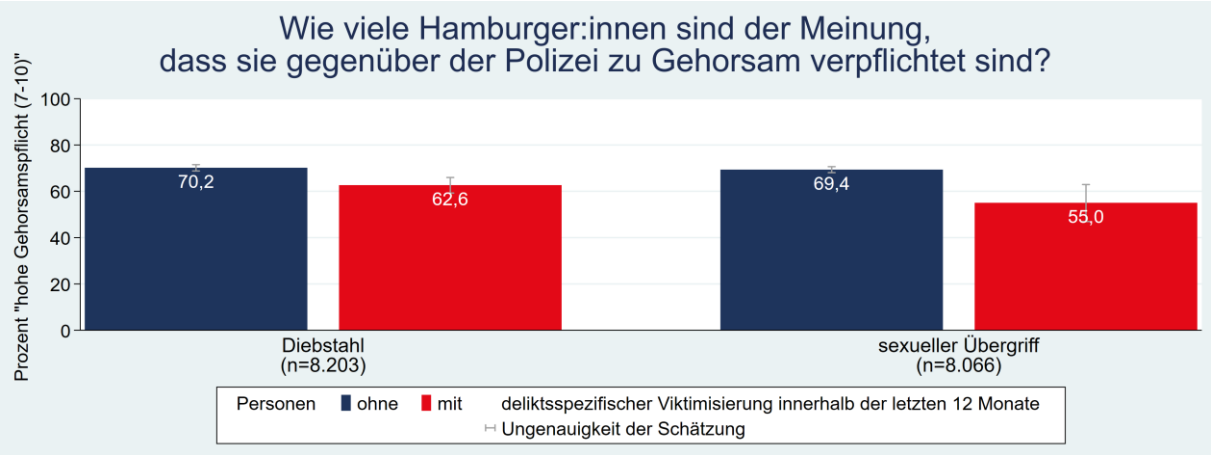
(Siehe Anhang 1, Fragen 5, 43, 50-54, 55)

In Hamburg liegt ein signifikanter Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund vor, wobei Personen mit Migrationshintergrund seltener zustimmen, dass sie der Polizei gegenüber zu Gehorsam verpflichtet sind (siehe Abbildung 35). Bei der Betrachtung der Einzelitems zur Gehorsamspflicht fällt auf, dass der Unterschied insbesondere bei der Aussage ‚Es ist meine Pflicht zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Art und Weise, wie die Polizei mich behandelt, nicht gut finde' deutlich wird. Anhand verschiedener Analysen und im Bundes- und Großstadtvergleich lassen sich dabei allerdings keine einheitlichen Trends feststellen. Es benötigt deshalb vertiefte Analysen für einzelne Migrationsgruppen, die neben soziodemographischen Merkmalen auch berücksichtigen, ob die Gehorsamspflicht bei schlechter Behandlung für Personen mit Migrationshintergrund etwas anderes bedeutet als für Personen ohne Migrationshintergrund.

Insbesondere im Bezirk Wandsbek, tendenziell auch in Harburg, wird eine höhere wahrgenommene Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei geäußert als in anderen Bezirken. In Hamburg-Mitte stimmen tendenziell etwas weniger Bürger:innen der Gehorsamspflicht zu (siehe Abbildung 35).
Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen ebenfalls leicht voneinander unterscheiden. Dies zeigt, dass vertiefende, kleinräumige Analysen notwendig sind, um diese Unterschiede erklären zu können.

Hamburger:innen, die in den letzten 12 Monaten Opfer von Diebstahl geworden sind, geben seltener an, dass sie gegenüber der Polizei zu Gehorsam verpflichtet sind als Personen, die nicht viktimisiert wurden (ca. 8 Prozentpunkte Unterschied). Bei Opfern sexueller Übergriffe ist der Unterschied noch deutlicher: 69,4 % der Personen, die nicht viktimisiert wurden, geben eine Gehorsamsflicht gegenüber der Polizei an, von den viktimisierten Einwohnenden nur 55 % (siehe Abbildung 36). Auf Bundes- und Großstadtebene findet sich ebenfalls bei Körperverletzung ein signifikanter, inhaltlich bedeutsamer Effekt.
Wie in den vorherigen Kapiteln deutlich wurde, hat eine Viktimisierung einen negativen Einfluss auf die Wahrnehmung der Polizei im Allgemeinen. Es liegt daher die Interpretation nahe, dass der Effekt einer Viktimisierung auf die Gehorsamspflicht über das Vertrauen in die Verfahrensgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Effektivität vermittelt wird. Dem genauen Zustandekommen dieses Effekts muss in weiteren Analysen auf den Grund gegangen werden.

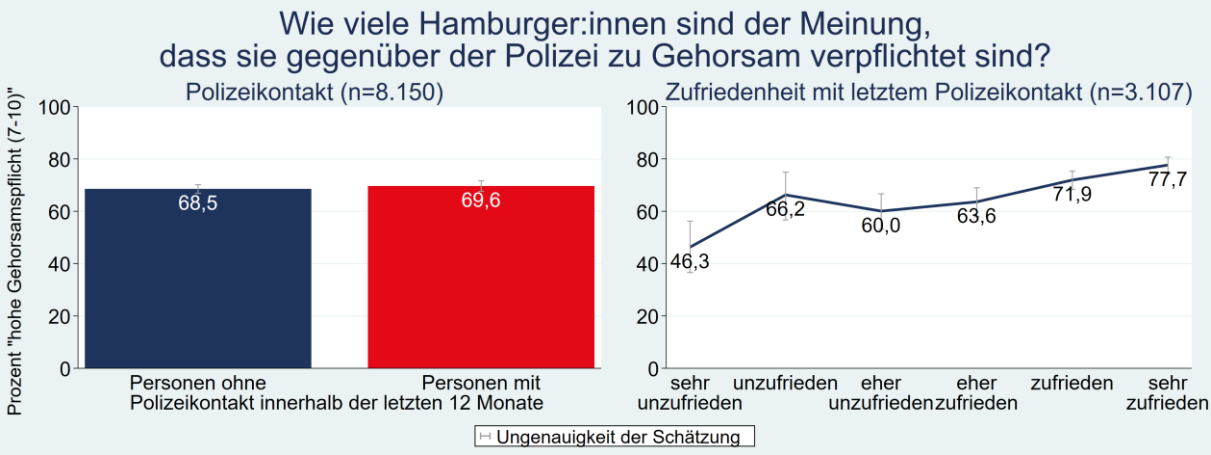
Abbildung 36: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 5, 15, 24)

Hamburger:innen mit Polizeikontakt stimmen geringfügig häufiger zu, dass sie gegenüber der Polizei zu Gehorsam verpflichtet sind, als Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) keinen Polizeikontakt hatten. Die Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt hat dabei positive Effekte auf die wahrgenommene Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei. Sehr deutlich wird der Effekt an den Rändern der Einschätzung (siehe Abbildung 37).
Gleichsam wie bei den Einflüssen von Viktimisierungserfahrungen ist hier davon auszugehen, dass der Effekt eines positiven oder negativen Polizeikontakts über die verschiedenen Vertrauensdimensionen vermittelt wird.

Abbildung 37: Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei nach Polizeikontakt sowie Zufriedenheit mit letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 5, 6, 8)

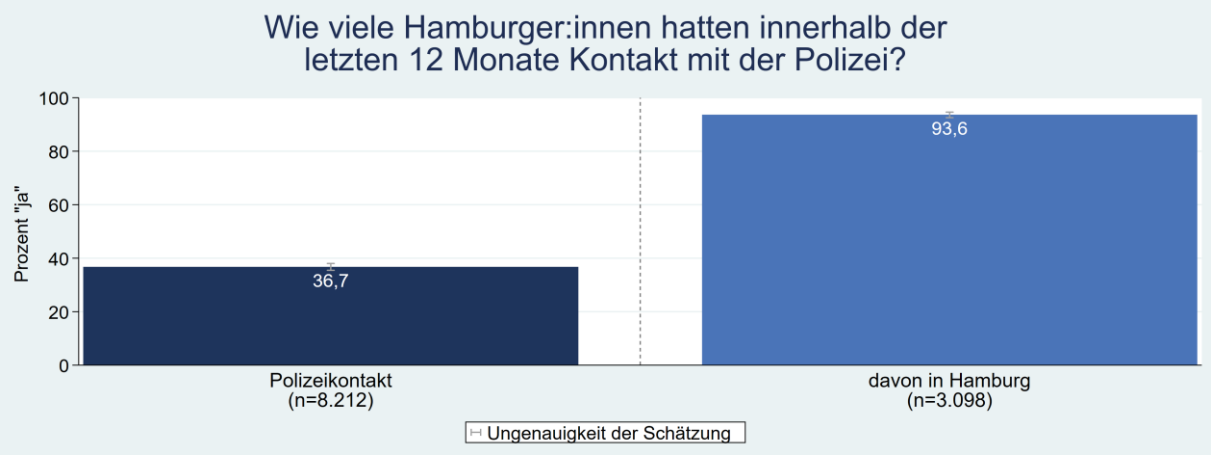
3.3 Kontakt mit der Polizei

In der kriminologischen Forschung wird dem persönlichen Kontakt mit der Polizei eine große Bedeutung zuteil. Die Procedural Justice Theory (Tyler 2006) attestiert dem Polizeikontakt wesentlichen erklärenden Einfluss auf das bürgerliche Polizeivertrauen und die wahrgenommene polizeiliche Legitimität. Dabei bestätigen unterschiedliche Studien, dass ein von den Bürger:innen als nicht gerecht empfundener Polizeikontakt sich negativ auf das polizeiliche Vertrauen sowie die wahrgenommene polizeiliche Legitimität auswirken kann. Der Grund des polizeilichen Kontaktes (selbst- oder polizeiinitiiert) sowie die Zufriedenheit der Bürger:innen mit diesem sind für diese Bewertung zentral (vgl. Skogan 2005). Zugleich liefert neuere Forschung Hinweise darauf, dass eine als gerecht empfundene polizeiliche Handlung kaum oder gar keine positive Auswirkung auf die polizeiliche Wahrnehmung hat (Oberwittler / Roché 2018a: 88).

Die im Folgenden berichteten Befragungsergebnisse bzw. Angaben der Befragten wurden im Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) erhoben und sind diesem gegenwärtigem Zeitpunkt entsprechend zu werten/einzuordnen. Die folgenden Auswertungen liefern Momentaufnahmen, wie Hamburger:innen kurz zuvor erlebte Polizeikontakte empfinden. Mit den zukünftigen Erhebungswellen von SKiD können Veränderungen sowie mittel- oder langfristige Auswirkungen von Veränderungen im polizeilichen Umgang ermittelt werden.

Zunächst wurden Bürger:innen gefragt, ob sie innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) aus irgendwelchen Gründen persönlichen, telefonischen oder schriftlichen Kontakt (auch per E-Mail / im Internet) mit der Polizei hatten. Diejenigen, die dies bejahten, wurden nach dem Hauptgrund, der Zufriedenheit sowie zur polizeilichen Effektivität und Fairness während des Kontaktes gefragt.

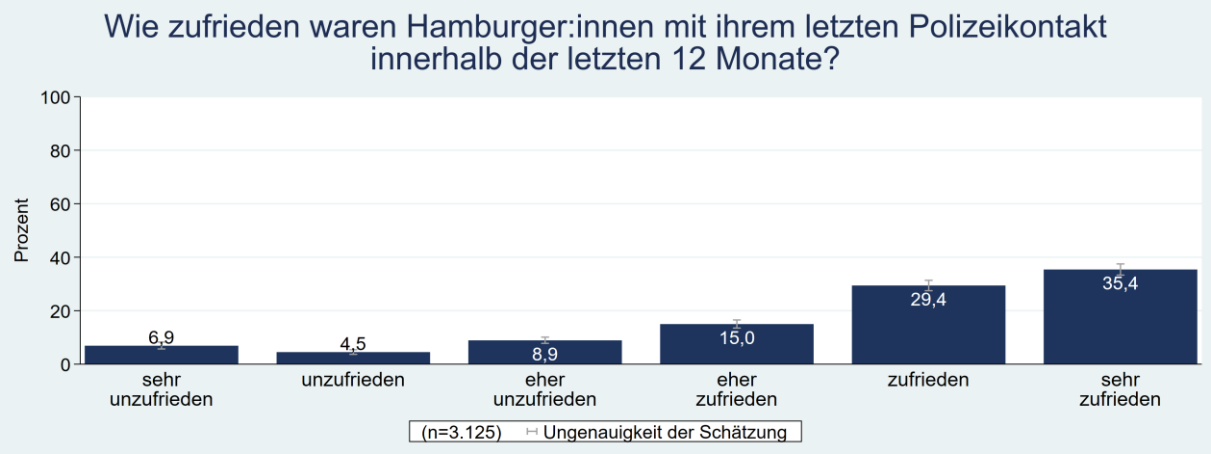
Abbildung 38: Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate mit der Polizei in Deutschland sowie anteilig in Hamburg



(Siehe Anhang 1, Frage 6)

Ca. ein Drittel der Hamburger:innen hatten im Zeitraum von November 2019 bis Oktober 2020 Kontakt mit der Polizei, fast alle davon in Hamburg. Ca. 80 % dieser Personen waren mit den Kontakten eher bis sehr zufrieden (siehe Abbildung 38 und 39).
Im Vergleich zum Bundes- und Großstadtdurchschnitt hatten mehr Hamburger:innen (ca. 5-8 Prozentpunkte) mindestens einen Polizeikontakt. Die Zufriedenheit mit diesem Polizeikontakt fällt im Vergleich in Hamburg etwas geringer aus. Dies deckt sich mit der Erkenntnis aus der Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen, dass mit zunehmender Wohnortgröße häufiger ein Kontakt stattfindet und die Zufriedenheit mit dem Kontakt sinkt (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen 2022: 83, 86f).

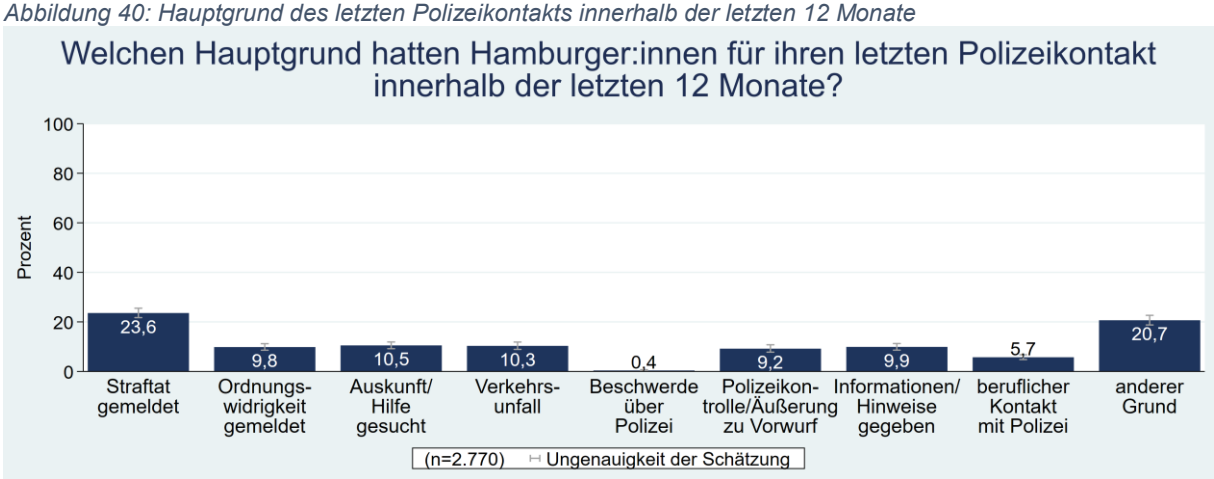
Abbildung 39: Zufriedenheit mit letztem Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Frage 8)

Der häufigste Grund für den Polizeikontakt waren das Melden einer Straftat (23,6 %) oder ein anderer Grund (20,7 %). Jeweils rund 10 % haben eine Ordnungswidrigkeit gemeldet, Auskunft oder Hilfe gesucht, Informationen oder Hinweise gegeben, wurden kontrolliert / haben sich zu einem Vorwurf geäußert oder hatten einen Verkehrsunfall. Am seltensten war mit 0,4-prozentiger Häufigkeit eine Beschwerde über die Polizei der Kontaktanlass des letzten Polizeikontaktes (siehe Abbildung 40).

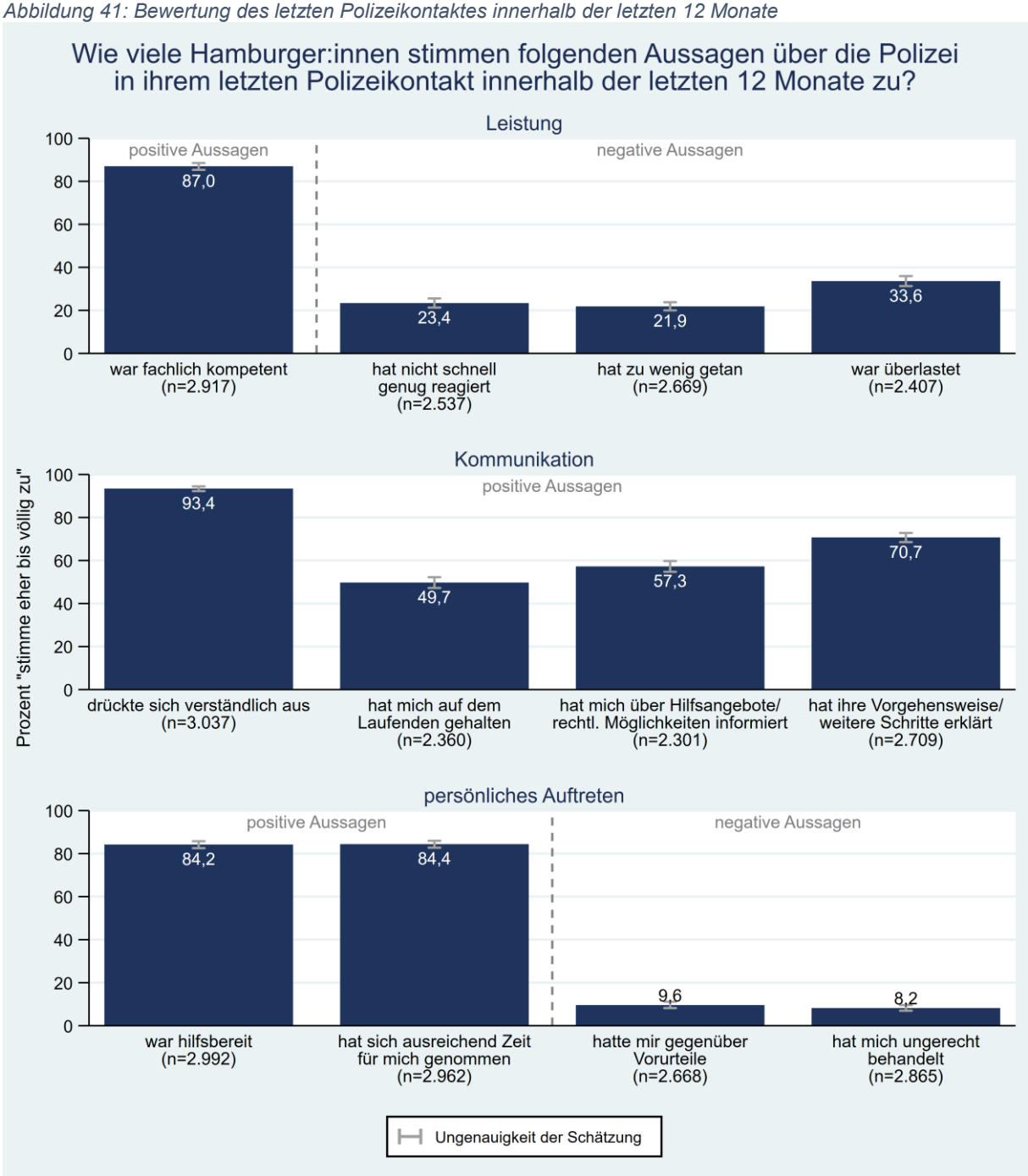
Abbildung 40: Hauptgrund des letzten Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Frage 7)

Wie in Abbildung 41 ersichtlich bewerten die meisten Hamburger:innen die Polizei in ihrem letzten Polizeikontakt als fachlich kompetent (87,0 %), verständlich in ihrem Ausdruck (93,4 %) sowie hilfsbereit (84,2 %) und stimmen zu, dass sie sich ausreichend Zeit genommen hat (84,4 %).
Optimierungspotenzial wird insbesondere hinsichtlich der Kommunikationsleistung deutlich. Nur 70,7 % der Hamburger:innen geben an, dass die Polizei beim Kontakt ihre Vorgehensweise bzw. weitere Schritte erklärt hat und noch weniger Bürger:innen berichten, dass sie über Hilfsangebote bzw. rechtliche Möglichkeiten informiert hat (57,3 %) und von der Polizei auf dem Laufenden gehalten wurden (49,7 %).
Ein Drittel der Hamburger:innen ist der Meinung, dass die Polizei bei ihrem letzten Kontakt überlastet war. Kongruent dazu gibt ca. ein Fünftel an, dass die Polizei zu wenig getan sowie nicht schnell genug reagiert hat. Dass die Polizei bei ihrem letzten Zusammentreffen ihnen gegenüber Vorurteile hatte, geben ca. 10 % der Hamburger:innen an und 8,2 % berichten, dass die Polizei sie ungerecht behandelt hat.

Abbildung 41: Bewertung des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Frage 9)

Abbildung 42: Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt



(Siehe Anhang 1, Fragen 8, 7)

Es finden sich signifikante Unterschiede hinsichtlich der Bewertung des letzten Polizeikontakts in Abhängigkeit vom Anlass des Kontakts.
Hamburger:innen, die aufgrund beruflicher Zusammenarbeit, Verkehrsunfällen, Informations- oder Hinweisgabe sowie Auskunft- bzw. Hilfegesuchen mit der Polizei Kontakt hatten, sind mit ca. 90-prozentiger Zustimmung am zufriedensten mit dem letzten Polizeikontakt. Etwas geringer ist der Anteil zufriedener Personen, die Straftaten (78,9 %) oder Ordnungswidrigkeiten (70,1 %) meldeten oder Kontakt aufgrund einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf hatten (67,9 %). Am wenigsten zufrieden sind Bürger:innen, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei Kontakt mit dieser aufgenommen haben. Dabei geben nur ca. 17 % der Hamburger:innen an mit dem Kontakt eher bis sehr zufrieden zu sein (siehe Abbildung 42).

Auch bei der differenzierten Bewertung des Polizeikontakts finden sich für die meisten Aussagen signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Kontaktanlässen (siehe Abbildung 43). Lediglich für die Aussagen ‚Die Polizei drückte sich verständlich aus' und ‚Die Polizei hat sich ausreichend Zeit für mich genommen' ist die Zustimmung für alle Kontaktgründe auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Im Folgenden werden die Aussagen, für die sich signifikante Unterschiede feststellen lassen, ausführlicher betrachtet. Die Ergebnisse und deren weitere Interpretation sind jedoch aufgrund geringer Fallzahl und hoher Schätzungenauigkeit in Hamburg sowie auf Bundes- und Großstadtebene insbesondere für den Kontaktgrund ‚Beschwerde über die Polizei' zurückhaltend zu interpretieren.

Abbildung 43: Bewertung der Leistung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt



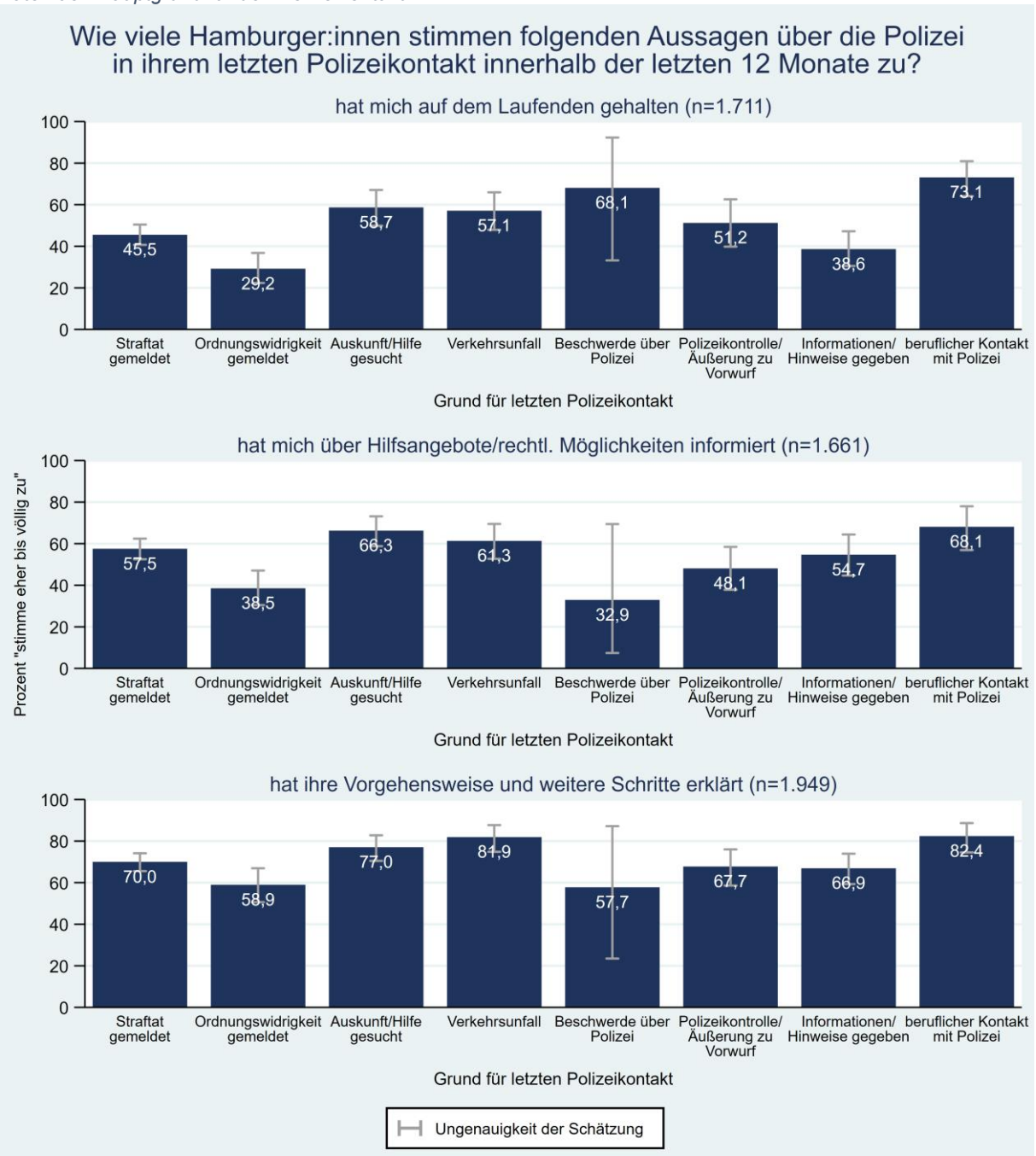
(Siehe Anhang 1, Frage 9, 7)

Die Bewertung der fachlichen Kompetenz der Polizei fällt bei ‚Verkehrsunfällen' (92,2 % Zustimmung), Kontakten um ‚Informationen bzw. Hinweise zu geben' (95,0 %) und ‚beruflichen Kontakt' (93,1 %) überdurchschnittlich hoch aus und nur ein geringer Anteil dieser Personen stimmt zu, dass die Polizei zu wenig getan hat (13-16 %). Die Bewertung der polizeilichen Reaktionszeit fällt für diese Kontaktanlässe durchschnittlich aus.
Bei Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten bei der Polizei gemeldet haben, sowie Personen, die Auskunft oder Hilfe gesucht haben, ist die Bewertung der fachlichen Kompetenz durchschnittlich hoch. Für die Aussagen ‚Die Polizei hat nicht schnell genug reagiert' und ‚Die Polizei hat zu wenig getan' lassen sich diese drei Kontaktanlässe jedoch stärker differenzieren. Während der Anteil der Auskunft- und Hilfe-Suchenden, die sich eine schnellere Reaktion oder mehr Einsatzbereitschaft gewünscht hätten, vergleichsweise gering ist, stimmen etwas mehr Personen, die eine Straftat gemeldet haben, der Aussage zu, dass die Polizei zu wenig getan hat. Personen, die eine Ordnungswidrigkeit gemeldet haben, stimmen mit rund 40 % am zweithäufigsten zu, dass die Polizei nicht schnell genug reagiert hat und zu wenig getan hat.
Die Zustimmung zu den Aussagen ‚Die Polizei hat nicht schnell genug reagiert' und ‚Die Polizei hat zu wenig getan' fällt bei Hamburger:innen, welche aufgrund einer Kontrolle oder Aufforderungen, sich zu einem Vorwurf zu äußern, mit der Polizei Kontakt hatten, im Vergleich zu allen anderen Kontaktanlässen mit weniger als 10 % am geringsten aus. Dies ist in dieser Kontaktsituation erwartbar, da die betroffene Personengruppe kein Interesse an einer Intensivierung polizeilicher Tätigkeit gegen sie hat. Dennoch bewerten von dieser Personengruppe immer noch 82,4 % die Polizei als fachlich kompetent.
Hinsichtlich der Bewertung der polizeilichen Kompetenz, Reaktionszeit und Einsatzbereitschaft zeigt sich, dass Bürger:innen, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei Kontakt mit der Polizei hatten, die Polizei schlechter bewerten als Einwohnende, die aufgrund anderer Anlässe zur Polizei gehen.

Die Zustimmung zur der Überlastung der Polizei fällt insbesondere bei Kontakten, um Ordnungswidrigkeiten zu melden (43,8 %), und bzgl. beruflicher Zusammenarbeit (ca. 44,6 %) überdurchschnittlich hoch aus, hingegen insbesondere bei Kontakten für ‚Beschwerden über die Polizei' (21,4 %) und ‚Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf' (15,9 %) unterdurchschnittlich.

Die tendenziell positivste Bewertung der Kommunikationsleistung der Polizei berichten Personen, die ‚beruflich mit der Polizei' zusammenarbeiteten. Von ihnen stimmen 68,1 % zu, dass die Polizei über Hilfsangebote/rechtl. Möglichkeiten informiert hat, 73,1 % stimmen zu, dass die Polizei sie auf dem Laufenden gehalten hat, und 82,4 % stimmen zu, dass die Polizei ihre Vorgehensweise und weitere Schritte erklärt hat. Auch Personen, die aufgrund eines ‚Verkehrsunfalls' Kontakt mit der Polizei hatten oder ‚Auskunft oder Hilfe' gesucht haben, bewerten die Kommunikationsleistung überdurchschnittlich häufig positiv (siehe Abbildung 44).
Personen, die bei der Polizei eine ‚Straftat gemeldet haben', sowie Personen, die aufgrund einer ‚Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf' Kontakt mit der Polizei hatten, bewerten die Kommunikationsleistung sowohl hinsichtlich des aktuellen Sachstands, der Beratung zu Hilfsangeboten und rechtl. Möglichkeiten und der Erklärung des weiteren Vorgehens durchschnittlich.
Personen, die der Polizei ‚Informationen oder Hinweise gegeben' haben, stimmen lediglich der Aussage 'Die Polizei hat mich auf dem Laufenden gehalten' mit 38,6 % vergleichsweise selten zu, während Personen, die Kontakt aufgrund der ‚Meldung einer Ordnungswidrigkeit' hatten, neben der Information zum Sachstand (29,2 %) auch bei den Aussagen ‚Die Polizei hat mich über Hilfsangebote oder rechtl. Möglichkeiten informiert' (38,5 %) und ‚Die Polizei hat ihre Vorgehensweise und weitere Schritte erklärt' (58,9 %) nur unterdurchschnittlich häufig zustimmen.
Für Personen, die anlässlich einer ‚Beschwerde über die Polizei' Kontakt mit der Polizei hatten, zeigt sich eine tendenziell unterdurchschnittliche Bewertung der Kommunikationsleistung der Polizei, die jedoch aufgrund der geringen Fallzahl häufig keine statistische Signifikanz erreicht. Auffällig ist hierbei nur, dass die negative Tendenz bei der Zustimmung zur Aussage ‚Die Polizei hat mich auf dem Laufenden gehalten' nicht feststellbar ist.

Abbildung 44: Bewertung der Kommunikation der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt



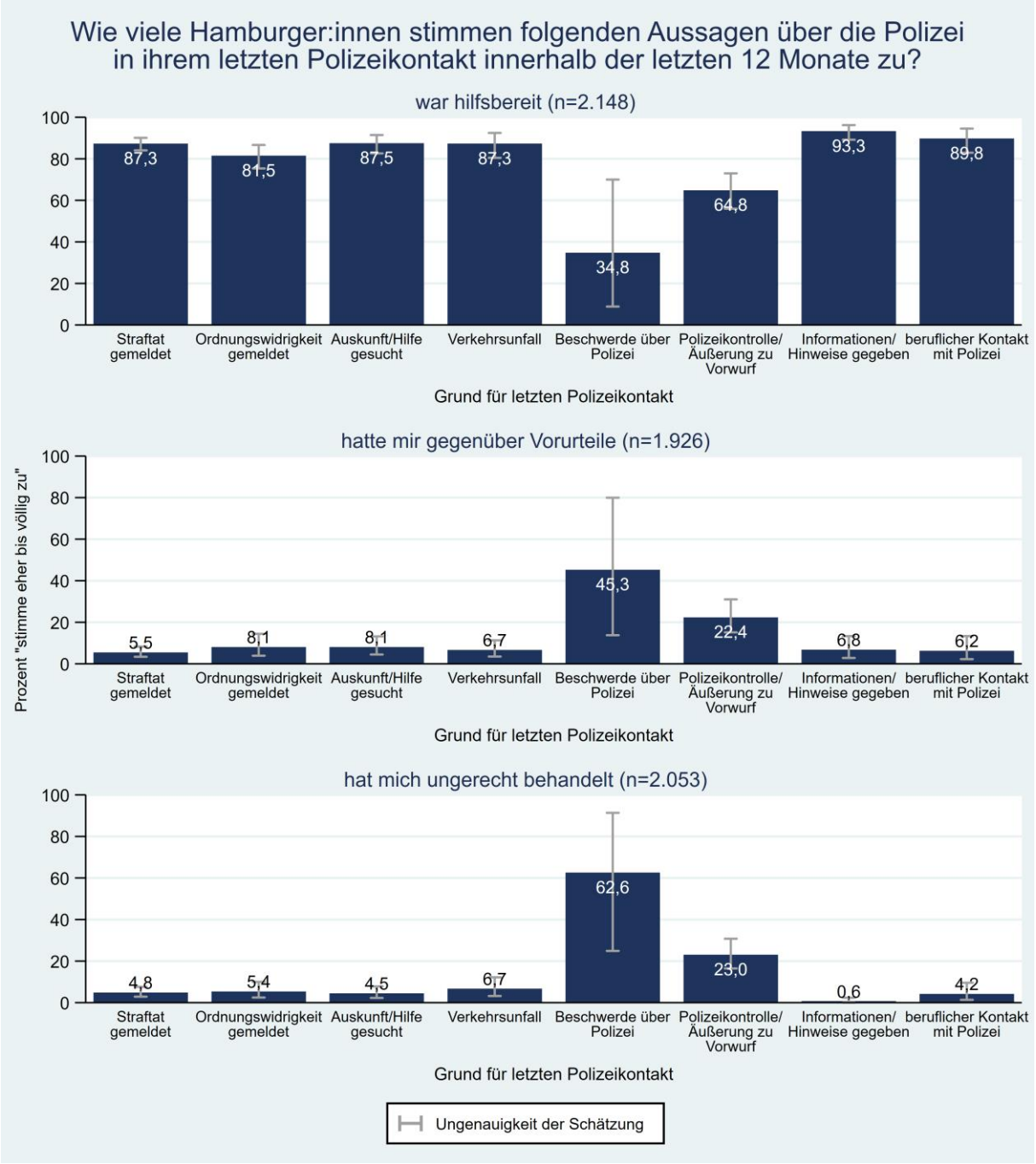
(Siehe Anhang 1, Frage 9, 7)

Von den Personen, die der Polizei ‚Informationen oder Hinweise gegeben' haben, stimmen mit 93,3 % überdurchschnittlich viele der Aussage zu, dass die Polizei hilfsbereit war, und mit 0,6 % unterdurchschnittlich viele, dass die Polizei sie ungerecht behandelt hat (siehe Abbildung 45). Personen, die aufgrund der ‚Meldung einer Straftat' Kontakt mit der Polizei hatten, bejahen vergleichsweise selten eine vorurteilsgeleitete (5,5 %) oder ungerechte (4,8 %) Behandlung.

Bei Personen, die Kontakt mit der Polizei hatten, um eine ‚Ordnungswidrigkeit zu melden' oder ‚Auskunft/Hilfe' zu suchen, die einen ‚Verkehrsunfall' hatten oder ‚beruflich' mit der Polizei zusammenarbeiteten, ist die Zustimmung zur Hilfsbereitschaft sowie zur vorurteilsgeleiteten und ungerechten Behandlung tendenziell durchschnittlich hoch bzw. niedrig.

Die Bewertung des persönlichen Auftretens der Polizei beim letzten Polizeikontakt anlässlich einer Beschwerde über die Polizei sowie anlässlich einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf fällt schlechter aus als bei anderen Kontaktanlässen. Diese Personen stimmen seltener zu, dass die Polizei hilfsbereit war (34,8 % bzw. 68,8 %), und stimmen häufiger zu, dass die Polizei ihnen gegenüber Vorurteile hatte (45,3 % bzw. 22,4 %) und sie ungerecht behandelt hat (62,6 % bzw. 23,0 %).

Abbildung 45: Bewertung des persönlichen Auftretens der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Hauptgrund für den Polizeikontakt



(Siehe Anhang 1, Frage 9, 7)

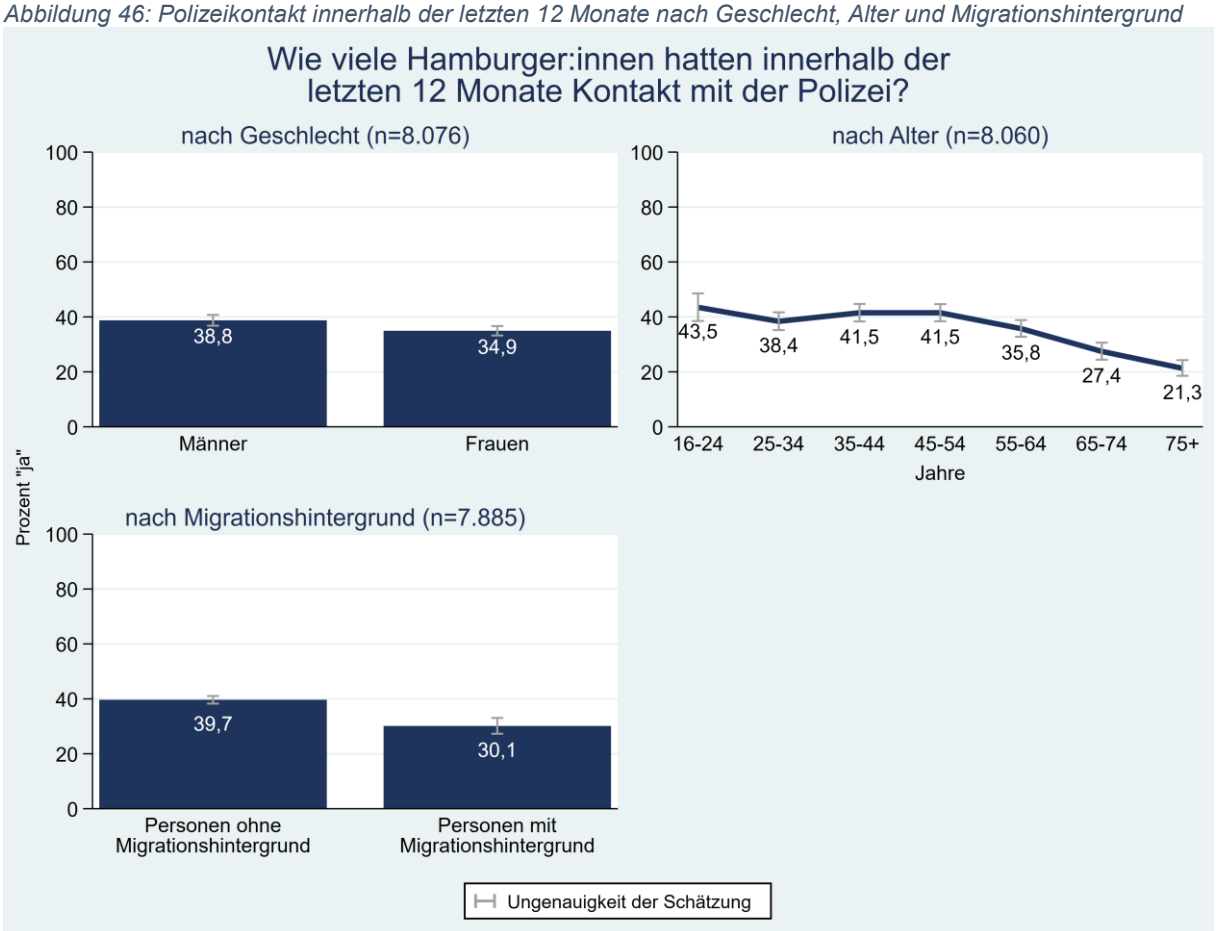
In Hamburg hatten mehr Männer als Frauen einen Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt (38,8 % vs. 34,9 %; siehe Abbildung 46). Im Bundes- und Großstadtvergleich lässt sich festhalten, dass in Hamburg sowohl mehr Männer als auch mehr Frauen Polizeikontakt hatten, als in den Vergleichsgruppen im Bundes- und Großstadtdurchschnitt.

Auch im Altersvergleich zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Ab einem Alter von 55 Jahren nimmt die Kontakthäufigkeit mit zunehmenden Alter kontinuierlich ab. Während um die 40 % der Hamburger:innen jungen bis mittleren Alters (16-54 Jahre) einen Polizeikontakt im letzten Jahr angeben, geben dies 75-Jährige und Ältere nur noch mit ca. 21-prozentiger Häufigkeit an (siehe Abbildung 46).
Im Bundesvergleich zeigt sich, dass der Anteil von Personen mit Polizeikontakt in allen Altersgruppen in Hamburg über dem Durchschnitt liegt. Die Großstadtwerte der Altersgruppen liegen i. d. R. zwischen den Bundes- und Hamburg-Werten.

Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund haben häufiger Polizeikontakt als Hamburger:innen mit Migrationshintergrund (39,7 % vs. 30,1 %). Im Bundes- und Großstadtvergleich zeigt sich erneut, dass in Hamburg beide Personengruppen häufiger Polizeikontakt haben als die Vergleichsgruppen im Bundes- und Großstadtdurchschnitt. In der multivariaten Analyse deutet sich jedoch an, dass diese Unterschiede über die Alters- und Geschlechtsstruktur erklärt werden – ein Migrationshintergrund also keinen pauschalen Einfluss auf die Kontakthäufigkeit hat. Auch das LKA Niedersachsen (2022: 83) findet bzgl. der Kontakthäufigkeit mit der Polizei keinen Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Für die genauere Analyse gruppenspezifischer Unterschiede sind daher vertiefende Auswertungen notwendig.

Zwischen den Hamburger Bezirken zeigen sich keine signifikanten Unterschiede bzgl. der Häufigkeit eines Polizeikontaktes der Bewohnenden im vergangenem Jahr.

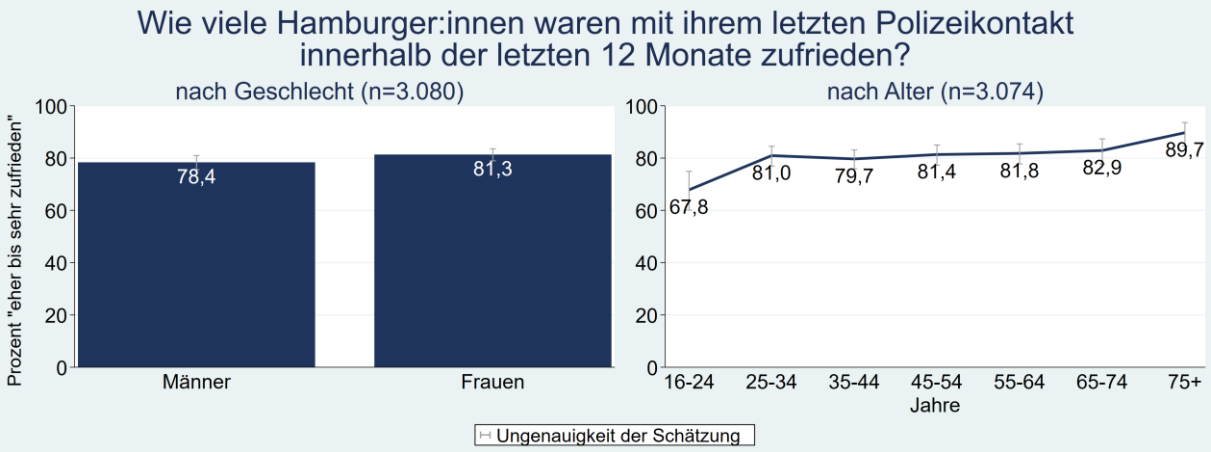
Abbildung 46: Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 6, 44, 43, 50-54)

Wie zufrieden Einwohnende mit dem letzten Polizeikontakt waren, steht in Hamburg mit dem Geschlecht sowie dem Alter in Zusammenhang (siehe Abbildung 47). Frauen geben geringfügig, aber signifikant häufiger als Männer an, eher bis sehr zufrieden mit dem letzten Polizeikontakt gewesen zu sein (ca. 3 Prozentpunkte Unterschied).

Abbildung 47: Zufriedenheit mit letztem Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht und Alter



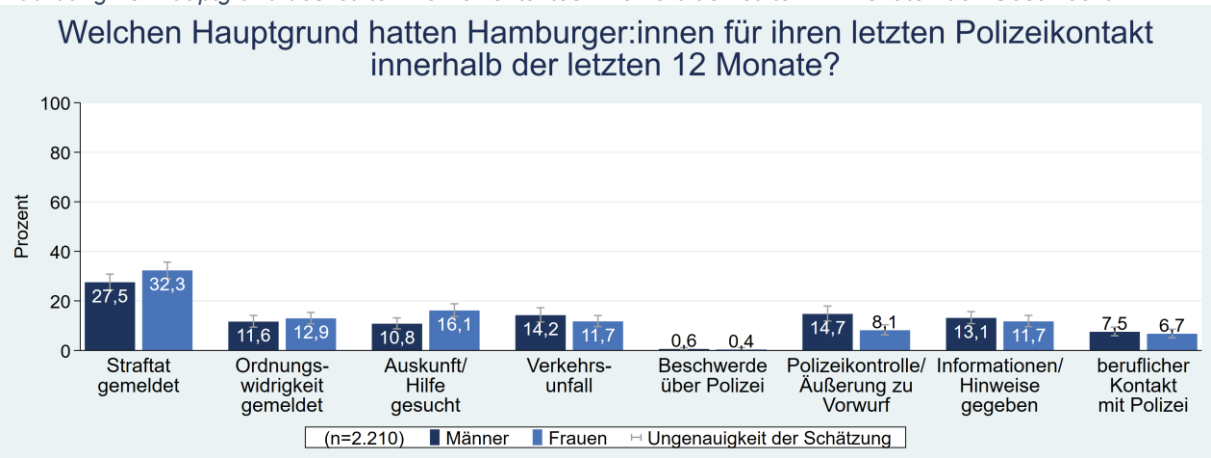
(Siehe Anhang 1, Fragen 8, 44, 43)

Im Altersgruppenvergleich wird ein Unterschied zwischen jungen und alten Hamburger:innen deutlich. 16- bis 24-Jährige sind mit 67,8 % Zustimmung am seltensten zufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt gewesen, während von den über 75-Jährigen mit Polizeikontakt ca. 90 % zufrieden waren. Die mittleren Altersgruppen (von 25-74 Jahre) bleiben mit rund 80 prozentiger Zufriedenheit auf einem relativ gleichen Niveau. Die größere Unzufriedenheit in jungen Jahren ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das kriminologisch gut untersuchte eher angespannte Verhältnis von Polizei und jungen Menschen zurückzuführen. So haben junge Menschen, aufgrund während der Jugendphase verstärkt auftretenden Neigung zu delinquentem Handeln, häufiger als Erwachsene mit der Polizei zu tun. Zudem werden in der Gesellschaft gerade Gruppierungen von jungen Menschen im öffentlichen Raum, welchen sie aufgrund des Abnabelungsprozesses vom Elternhaus und insbesondere in Großstädten als sozialen Raum nutzen, von Bewohnenden als störend wahrgenommen, wodurch die Polizei häufig als mahnende Instanz ihnen gegenüber auftritt.

Zwischen Hamburger:innen mit und ohne Migrationshintergrund sowie zwischen den Bezirken zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt.

Der häufigste Kontaktanlass war sowohl bei Männern als auch bei Frauen das Melden einer Straftat (siehe Abbildung 48). Dennoch zeigen sich in der Häufigkeitsverteilung der Kontaktgründe Unterschiede zwischen diesen beiden Geschlechtern. Hamburgerinnen hatten im abgefragten Zeitraum häufiger als Hamburger einen Polizeikontakt, weil sie eine Straftat gemeldet (32,3 % vs. 27,5 %) oder weil sie Auskunft bzw. Hilfe gesucht haben (16,1 % vs. 13,6 %). Männer hatten häufiger als Frauen ihren letzten Polizeikontakt aufgrund einer Polizeikontrolle oder Aufforderung, sich zu einem Vorwurf zu äußern (14,7 % vs. 8,1 %). Im Bundes- und Großstadtvergleich finden sich nur die Geschlechterunterschiede für die Kontaktgründe ‚Auskunft/Hilfe gesucht' und ‚Polizeikontrolle/Äußerung zu Vorwurf' wieder.

Abbildung 48: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht



(Siehe Anhang 1, Fragen 7, 44)

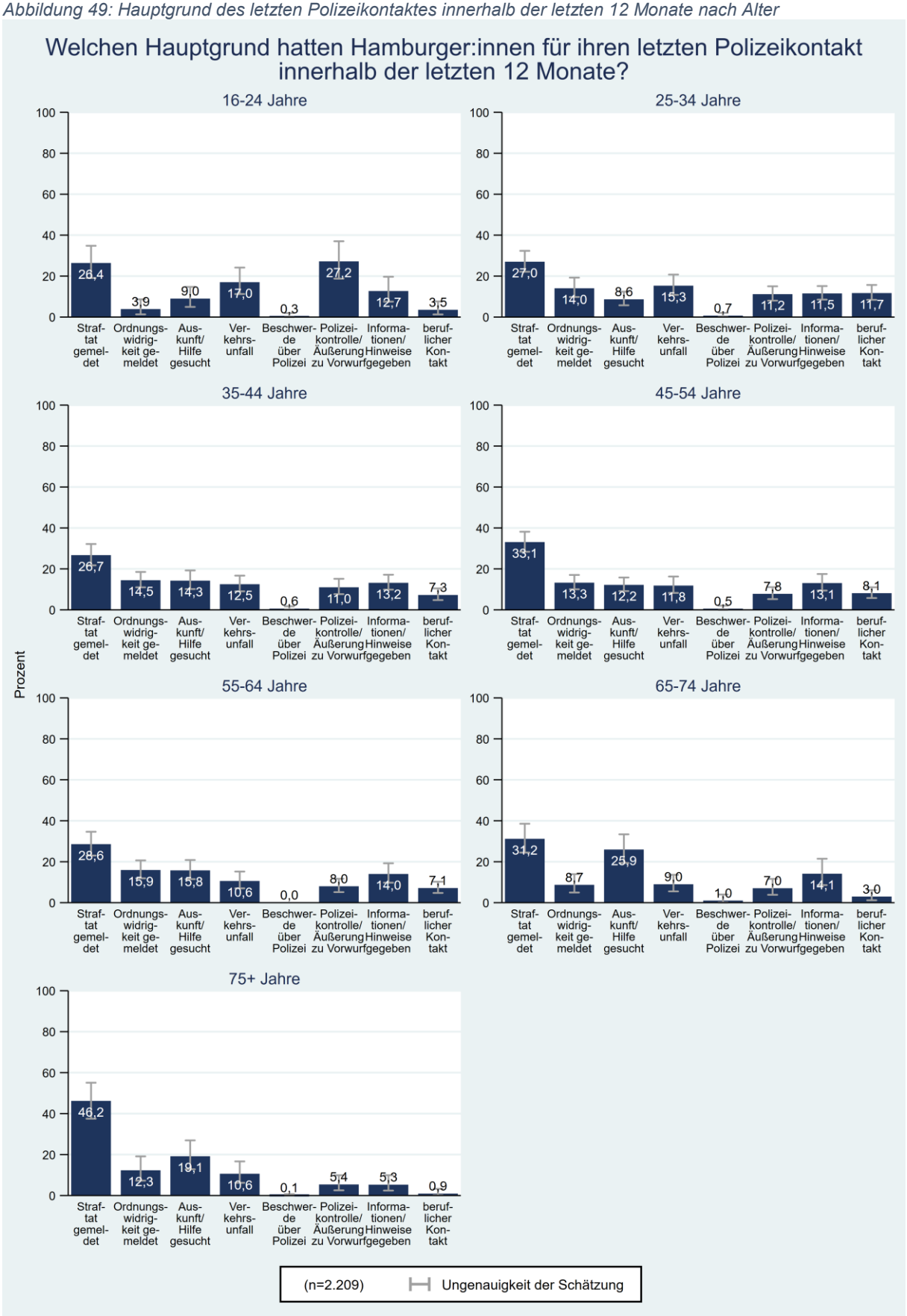
Wie in Abbildung 49 ersichtlich geben Hamburger:innen über fast alle Altersgruppen hinweg als Grund für ihren letzten Polizeikontakt am häufigsten an, dass sie eine Straftat gemeldet haben. Bei 75-Jährigen und Älteren gibt dies fast die Hälfte als Grund an (46,2 %). Bei den restlichen Altersgruppen wird das Melden einer Straftat von nur 26-33 % als Hauptgrund für den Kontakt genannt.

Nur in der jüngsten Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen ist der am häufigsten genannte Kontaktanlass eine Polizeikontrolle/Aufforderung, sich zu einem Vorwurf zu äußern. Der Anteil dieses Kontaktgrunds ist in der jüngsten Altersgruppe auch mehr als doppelt so hoch wie bei den restlichen Altersgruppen und nimmt mit steigendem Alter immer weiter ab. Das Melden einer Ordnungswidrigkeit ist in der jüngsten Altersgruppe (3,9 %) entsprechend deutlich seltener der Hauptgrund für den letzten Polizeikontakt als bei den restlichen Altersgruppen (9-14 %).

In den Altersgruppen ab 65 Jahren ist das Suchen von Auskunft oder Hilfe der am zweithäufigste genannte Anlass für den letzten Polizeikontakt, während dieser in jüngeren Altersgruppen seltener vorkommt.

Im Bundes- und Großstadtvergleich lassen sich nur die Trends der jüngeren Altersgruppe hinsichtlich ‚Polizeikontrolle/Äußerung zu Vorwurf' und ‚Ordnungswidrigkeit gemeldet' wiederfinden.

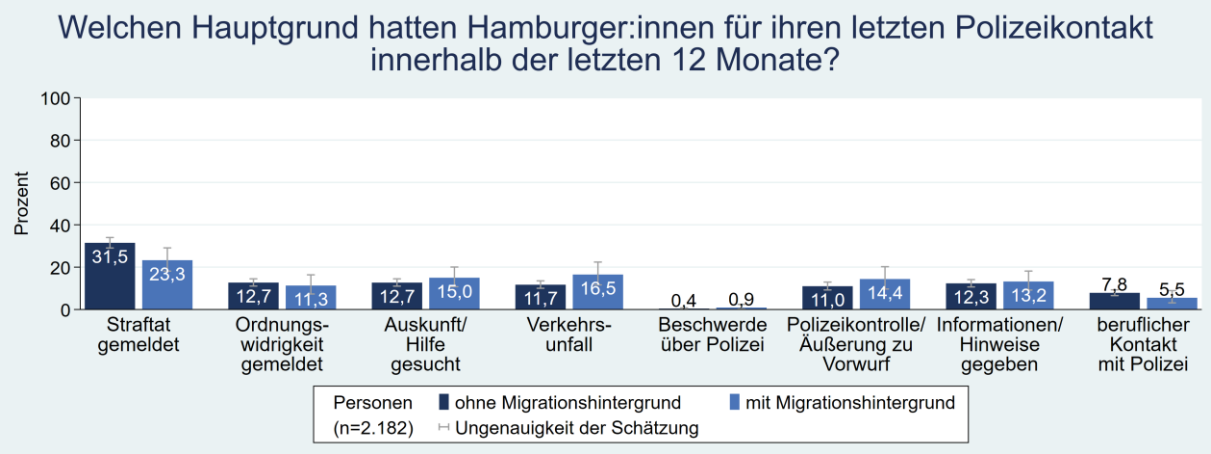
Abbildung 49: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 7, 43)

Der häufigste Kontaktanlass für den letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt war sowohl bei Hamburger:innen mit als auch ohne Migrationshintergrund das Melden einer Straftat (siehe Abbildung 50). Dennoch ist dieser Anlass bei Personen ohne Migrationshintergrund häufiger der Hauptgrund des Kontakts im Vergleich zu Personen mit Migrationshintergrund (31,5 % vs. 23,3 %). Die Unterschiede hinsichtlich anderer Kontaktanlässe sind statistisch nicht signifikant und auch im Bundes- und Großstadtvergleich lässt sich hierfür keine einheitliche Tendenz erkennen.

Abbildung 50: Hauptgrund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate nach Migrationshintergrund

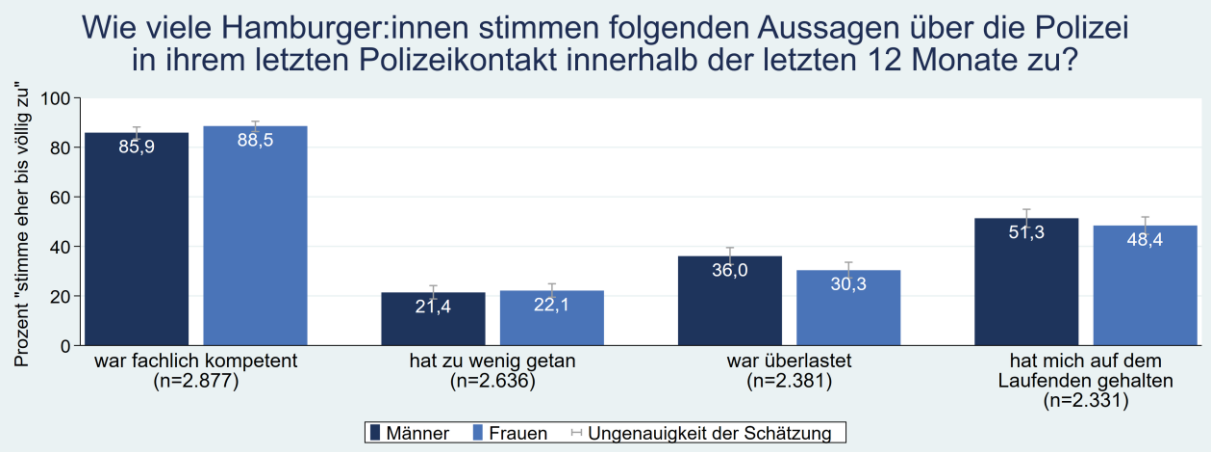


(Siehe Anhang 1, Fragen 7, 50-54)

Es zeigen sich ebenso keine signifikanten Unterschiede für den Anlass des letzten Polizeikontaktes in Abhängigkeit der Hamburger Bezirke.

Zwischen Hamburgerinnen und Hamburgern gibt es in ihrer Bewertung der Polizei bei ihrem letzten Polizeikontakt geringe, aber signifikante Unterschiede hinsichtlich der Bewertung der polizeilichen Kompetenz, Einsatzbereitschaft und Überlastung sowie der Information über den Sachstand (siehe Abbildung 51).

Abbildung 51: Bewertung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Geschlecht



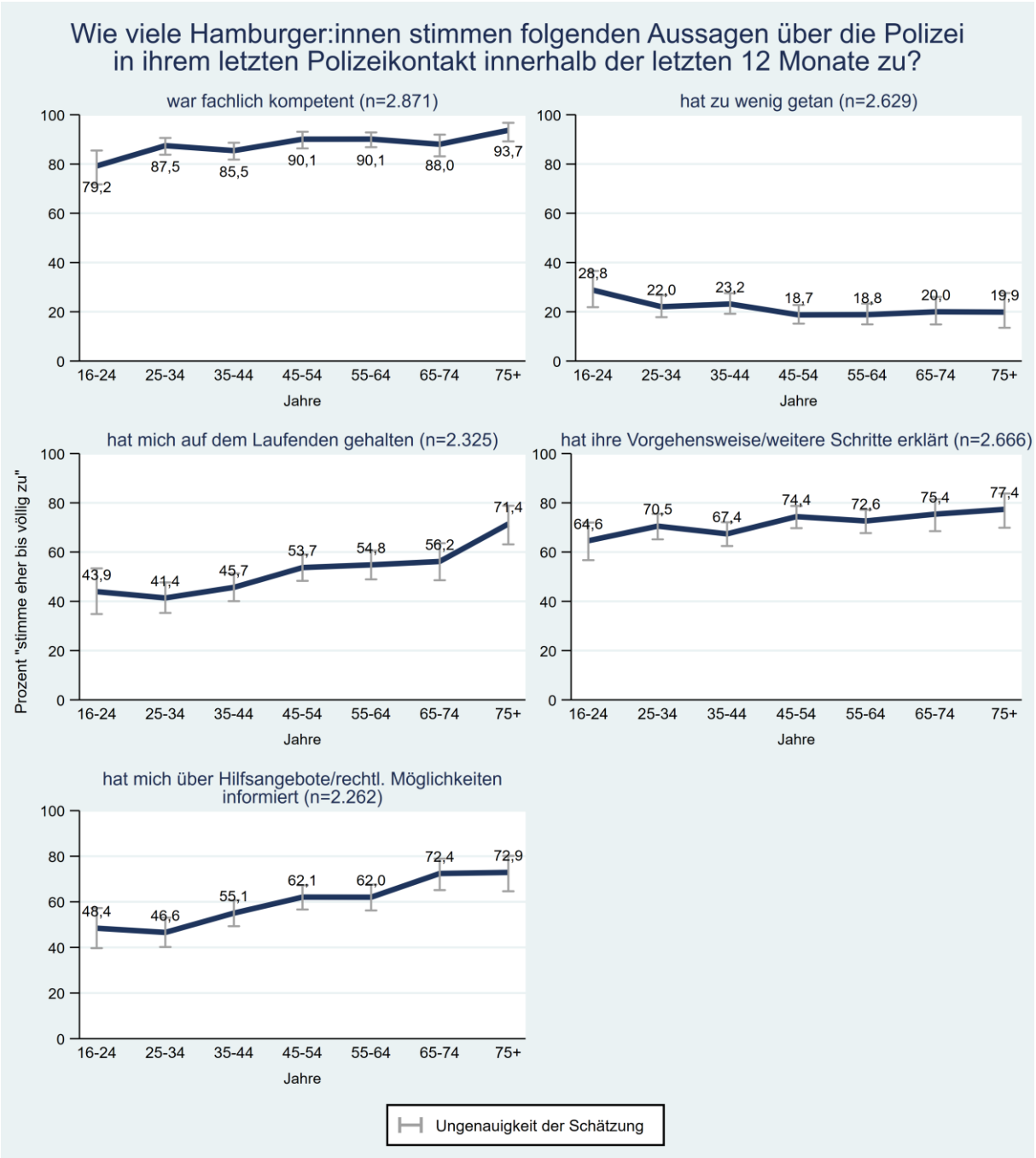
(Siehe Anhang 1, Fragen 9, 44)

So stimmen Frauen um ca. 3 Prozentpunkte häufiger als Männer zu, dass die Polizei bei ihrem letzten Kontakt fachlich kompetent war. Gleichzeitig geben Frauen geringfügig, aber signifikant häufiger als Männer an, dass die Polizei bei ihrem letzten Kontakt zu wenig getan hat (22,1 % vs. 21,4 %). Männer geben etwas häufiger als Frauen an, dass die Polizei überlastet war (36,0 % vs. 30,3 %) und dass sie von der Polizei auf dem Laufenden gehalten wurden (51,3 % vs. 48,4 %). Im Bundes-und Großstadtvergleich lassen sich zudem Unterschiede hinsichtlich

der Kompetenz und Überlastung wiederfinden, wobei diese signifikant, aber ähnlich schwach ausgeprägt sind, wie in den Hamburger Daten.

Hinsichtlich der Bewertung der Polizei als kompetent beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt lässt sich eine leichte Zunahme mit steigendem Alter feststellen (siehe Abbildung 52). In Hamburg zeigt sich die Tendenz, dass Menschen im Alter von 16-24 Jahren die Kompetenz um ca. 6 Prozentpunkte schlechter bewerten als im Bundes- und Großstadtvergleich, während sich die anderen Altersgruppen kaum vom Durchschnitt unterscheiden.

Abbildung 52: Bewertung der Leistung und Kommunikation der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter



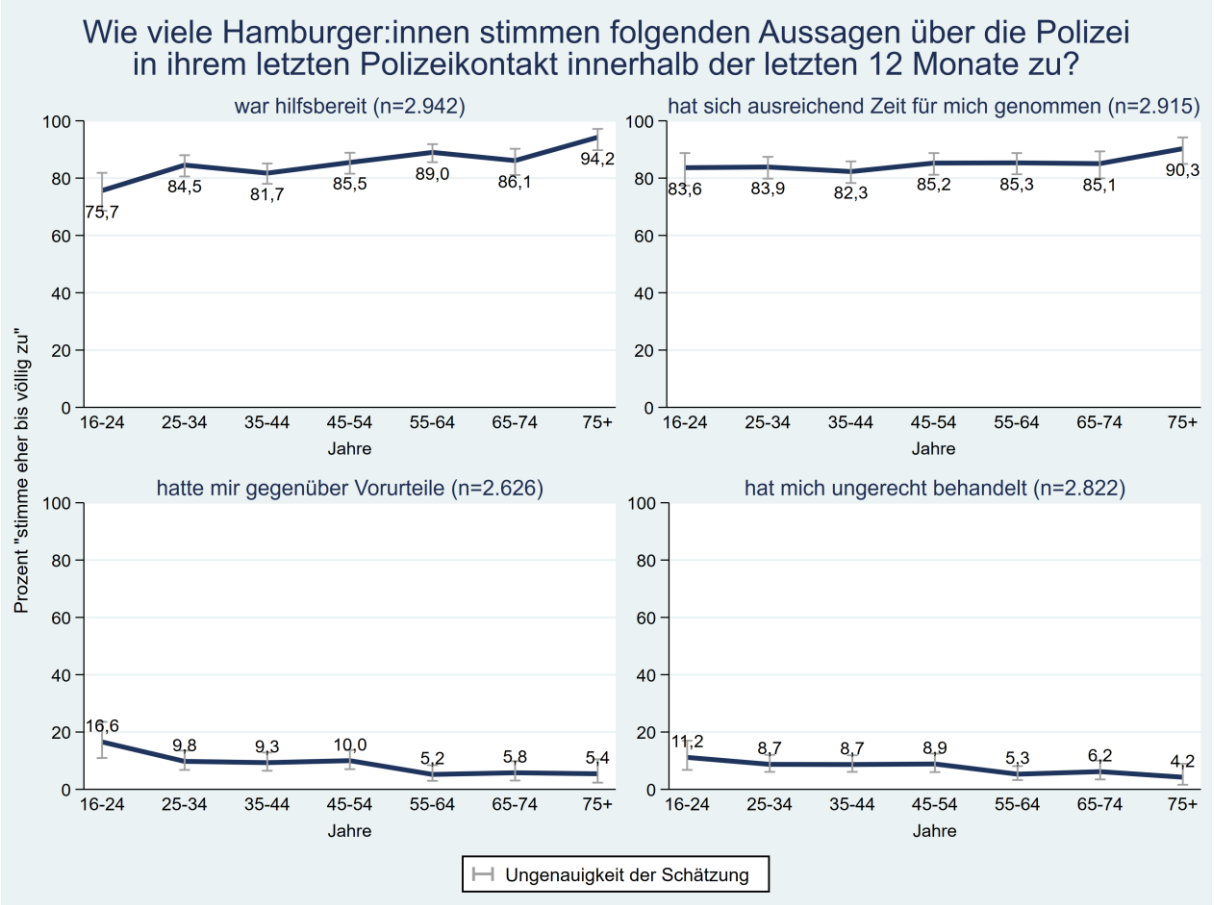
(Siehe Anhang 1, Fragen 9, 43)

Auch für die Bewertung der Information über den Sachstand, über die Vorgehensweise sowie über Hilfsangebote bzw. rechtl. Möglichkeiten zeigt sich ein positiver Zustimmungstrend mit

zunehmendem Alter. 43,9 % der 16- bis 24-Jährigen stimmen eher bis völlig zu, dass die Polizei sie bei ihrem letzten Kontakt auf dem Laufenden gehalten hat, während dem in der Altersgruppe der über 75-Jährigen 71,4 % zustimmen. Ebenso steigt mit dem Alter der Anteil der Personen, die zustimmen, dass die Polizei ihre Vorgehensweise und weitere Schritte erklärt hat, von 64,6 % auf 77,4 %. Ungefähr die Hälfte der jungen Menschen in Hamburg stimmt zu, dass die Polizei sie über Hilfsangebote oder rechtl. Möglichkeiten informiert hat, und bis zu einem Alter von 65 Jahren steigt dieser Zustimmungsanteil um ca. 20 Prozentpunkte an (siehe Abbildung 52).
Ca. ein Fünftel aller Hamburger:innen mit Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate stimmt der Aussage zu, dass die Polizei zu wenig getan hat. Dieser Anteil ist nur bei der jüngsten Altersgruppe etwas höher, allerdings ist dieser Wert aufgrund der geringen Fallzahlen mit hoher Schätzungenauigkeit behaftet.

Auch bei der Bewertung der Hilfsbereitschaft der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate zeigt sich ein positiver Trend im Altersverlauf (siehe Abbildung 53). Die in Hamburg feststellbare Tendenz, dass die Zustimmung insbesondere in der jüngsten Altersgruppe mit 75,7 % im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen niedriger ist, zeigt sich auch im Bundes- und Großstadtvergleich. Für die Aussage ‘Die Polizei hat sich ausreichend Zeit für mich genommen’ zeigt sich ebenfalls eine Zunahme der Zustimmung im Altersvergleich, wobei hier keine besonderen Ausschläge der jüngsten Altersgruppe feststellbar sind.

Abbildung 53: Bewertung des persönlichen Auftretens der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Alter



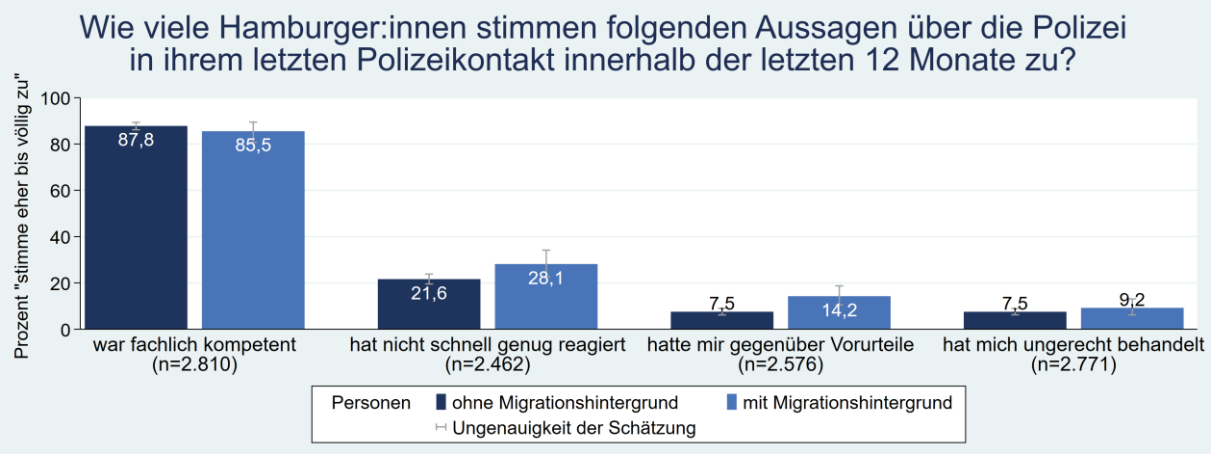
(Siehe Anhang 1, Fragen 9, 43)

Die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteter und ungerechter Behandlung durch die Polizei nimmt entsprechend im Altersverlauf tendenziell ab. So stimmen innerhalb der jüngsten Altersgruppe (14- bis 24-Jährige) 16,6 % der Hamburger:innen zu, dass die Polizei ihnen gegenüber Vorurteile hatte, und 11,2 % stimmen zu, dass die Polizei sie ungerecht behandelt hat. Bei den über 75-Jährigen sinken diese Anteile auf 5,4 % bzw. 4,2 %.

Der häufig feststellbare positive Alterseffekt auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei unabhängig von einem Polizeikontakt (siehe Kapitel 3.1) zeigt sich auch bei der Bewertung eines konkreten Polizeikontakts. Dies unterstützt die Annahme, dass die Wahrnehmung eines Polizeikontakts nicht unabhängig von der Wahrnehmung der Polizei im Allgemeinen erfolgt.

In Hamburg sind die Unterschiede zwischen Einwohnenden mit und ohne Migrationshintergrund bzgl. ihrer Einschätzung der fachlichen Kompetenz der Polizei, der Reaktionszeit, Vorurteilen sowie einer ungerechten Behandlung der Polizei beim letzten Polizeikontakt signifikant (siehe Abbildung 54). Einwohnende mit Migrationshintergrund stimmen geringfügig seltener als Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund zu, dass die Polizei bei ihrem letzten Polizeikontakt fachlich kompetent war (87,8 % vs. 85,5 %). Sie stimmen hingegen häufiger zu, dass die Polizei nicht schnell genug reagiert hat (ca. 6 Prozentpunkte Unterschied) sowie, dass die Polizei sie ungerecht behandelt hat (9,2 % vs. 7,5 %). Dass die Polizei bei ihrem letzten Kontakt ihnen gegenüber Vorurteile hatte, geben Hamburger:innen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig an (14,2 %) wie Personen ohne Migrationshintergrund (7,5 %). Insbesondere die Unterschiede hinsichtlich der vorurteilsgeleiteten und ungerechten Behandlung finden sich auch im Bundes- und Großstadtvergleich.

Abbildung 54: Bewertung der Polizei beim letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate nach Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 9, 50-54)

Im multivariaten Regressionsmodell finden sich schwache bis keine Unterschiede nach Migrationshintergrund. Hinsichtlich ungerechter Behandlung bewerten Personen mit ehem. sowjetischem, türkischem oder polnischen Migrationshintergrund ihren Polizeikontakt unter Kontrolle von Geschlechts-, Alters- und Migrationsgenerationseffekten besser als Personen ohne Migrationshintergrund. Hinsichtlich vorurteilsgeleiteter Behandlung finden sich keine signifikanten Effekte für einzelne Migrationsgruppen. Dieses Ergebnis ist auf den ersten Blick konträr zur deskriptiven Gegenüberstellung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Abbildung 54. Das Alter ist konstant der relevanteste Einflussfaktor auf die Bewertung des letzten Polizeikontakts. Weitere Analysen für einzelne Migrationsgruppen, die neben soziodemographischen Merkmalen auch den Hauptgrund des Kontakts und andere Kontextvariablen berücksichtigen, sind notwendig, um etwaige Unterschiede festzustellen und erklären zu können.

Hinsichtlich des Auftretens eines Polizeikontakts, der Hauptgründe für Polizeikontakte und der Zufriedenheit zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Bezirken. Bei der differenzierten Bewertung hinsichtlich der Verständlichkeit, der Information über Hilfsangebote bzw. rechtl. Möglichkeiten, der Hilfsbereitschaft, der vorurteilsgeleiteten Behandlung sowie der ungerechten Behandlung sind signifikante Unterschiede zwischen den Bezirken feststellbar.
Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der bewertete Polizeikontakt nicht zwingend innerhalb des Bezirks bzw. der Region stattgefunden haben muss, in der die befragte Person wohnhaft ist. Der Anteil der Kontakte innerhalb der eigenen Wohngegend kann aufgrund fehlender Er-

fassung nicht geschätzt werden. Es ist deshalb anhand dieser Auswertungen nicht auf einzelne örtliche Polizeidienststellen zu schließen. Die auffindbaren Unterschiede resultieren vermutlich eher aus einer unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur innerhalb der Bezirke bzw. Regionen und unterschiedlichen Kontaktanlässe. Es werden deshalb keine räumlichen Unterschiede näher ausgeführt.

3.4 Wahrnehmung der Polizei Hamburg

Fragen über die Wahrnehmung der Polizei Hamburg sind Teil des sogenannten Hamburger Sondermoduls. Die Fragen dieses Moduls haben in der ersten Befragungswelle von SKiD 2020 lediglich Teilnehmende aus Hamburg erhalten. Das zentrale Thema des Hamburger Sondermoduls ist die Wahrnehmung der und Reaktion auf die polizeiliche Tätigkeit. Schwerpunktmäßig abgefragt werden die Aspekte der Wahrnehmung polizeilicher Tätigkeit im Wohngebiet, der Wahrnehmung von Informationen über die Polizei und polizeiliche Themen sowie der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen und Zeug:innenerlebnisse der Bürger:innen. Generell bieten diese Fragen nur einen ersten Einblick in die verschiedenen Themenfelder und zeigen ggf. den Bedarf einer weiteren Befassung auf. Sie stellen keine umfassende Bewertung der Arbeit der Polizei Hamburg dar. Die im Folgenden berichteten Befragungsergebnisse bzw. Angaben der Befragten wurden im Befragungszeitraum (November 2020 bis Januar 2021) erhoben und sind diesem gegenwärtigem Zeitpunkt entsprechend zu werten/ einzuordnen.

3.4.1 Wahrnehmung der lokalen Polizeiarbeit in Hamburg

Um die Wahrnehmung der Hamburger Polizeiarbeit aus Sicht der Bürger:innen zu erfassen, wurde zunächst das Gefühl bzw. Vertrauen der Bevölkerung erhoben, dass sich die Polizei um ihre Anliegen und Fragen ausreichend kümmert. Die Frage misst nicht die Erfahrungen von Bürger:innen, die sich tatsächlich mit Fragen oder Anliegen an die Polizei gewandt haben. Es können deshalb keine Aussagen über die tatsächliche Arbeit der Polizei getroffen werden. Sie dient als Barometer für das Vertrauen in die Bürger:innenorientierung der Polizei und für das polizeiliche Image. Ergebnisse der Metropolitan Police Public Attitutes Survey in London legen nahe, dass die wahrgenommene Bürgerorientierung der Polizei sogar den stärksten Einfluss auf das Polizeivertrauen hat, gefolgt von Fairness- und Effektivitätswahrnehmung (Stanko / Bradford 2009: 327).

Weiterhin wurden Hamburger:innen gefragt, auf welchem Weg sie sich mit einem Anliegen an die Polizei Hamburg wenden würden. Mit dieser Frage soll ermittelt werden, welche Form der Erreichbarkeit bei Anliegen und Fragen für die Hamburger:innen am besten geeignet ist. Es wird davon ausgegangen, dass diese Aspekte besonders für die wahrgenommene Bürger:innennähe der Polizei eine Rolle spielen können.

Zudem wurden Fragen über die Wahrnehmung polizeilicher Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil thematisiert. Dies betrifft sowohl die Schutzpolizei als auch die regionalen Kriminalkommissariate. Zunächst wurde nach der Einschätzung der Bürger:innen gefragt, ob sie Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte erhalten haben, ob die Polizei die richtigen Schwerpunkte setzt und ob sie sich mehr Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte wünschen würden. Daraufhin wurden Hamburger:innen gefragt, worum sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte. Diese Fragen spiegeln keine Einschätzung der tatsächlichen Schwerpunktsetzung wider, sondern eher das Vertrauen der Befragten in die Schwerpunktsetzung der Polizei.

3.4.1.1 Wahrnehmung der Bürger:innenorientierung der Polizei Hamburg

81,5 % der Hamburger:innen sind eher bis völlig der Meinung, dass die Hamburger Polizei sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen in ihrer Wohngegend kümmert, wobei der Großteil der Befragten der Aussage eher zustimmt (57,8 %).

Zwischen Männern und Frauen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Zustimmung, ob sich die Polizei Hamburg in ihrem jeweiligen Stadtteil ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen kümmert.

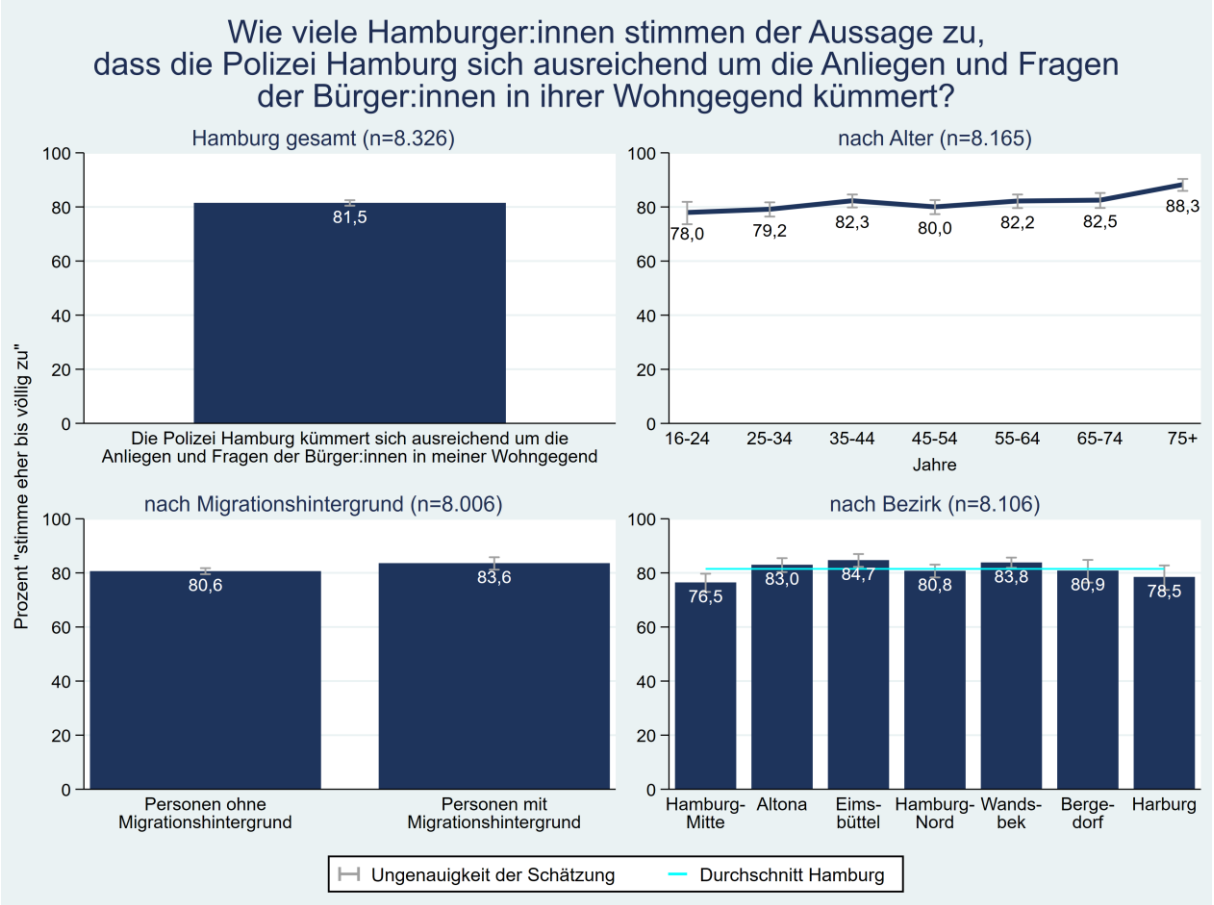
Mit Zunahme des Alters steigt der Anteil der Hamburger:innen, welche der Bürger:innenorientierung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil eher bis völlig zustimmen, von 78,0 % der

16- bis 24-Jährigen auf 88,3 % der über 75-Jährigen (siehe Abbildung 55). Der häufig feststellbare positive Alterseffekt auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei (siehe Kapitel 3.1) ist demnach auch hier feststellbar.

Hamburger:innen mit Migrationshintergrund stimmen um 3 Prozentpunkte häufiger als Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund eher bis völlig zu, dass sich die Polizei Hamburg ausreichend um die Anliegen und Fragen der Einwohnenden im eigenen Stadtteil kümmert (siehe Abbildung 55).
Werden die Unterschiede nach Migrationshintergrund in der Wahrnehmung der Polizei im multivariaten Regressionsmodell betrachtet, zeigt sich bei Hamburger:innen mit türkischer Migrationsgeschichte eine geringere Zustimmung im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund. Bei Personen mit Migrationsgeschichte anderer Herkunftsländer finden sich unter Kontrolle von Alters- sowie Geschlechtseffekten keine signifikanten Effekte eines Migrationshintergrunds.

Der Bezirk Wandsbek liegt mit ca. 84-prozentiger Zustimmung zur Bürger:innenorientierung der lokalen Polizeiarbeit über dem Hamburger Durchschnitt. Der Bezirk Hamburg-Mitte dagegen liegt mit ca. 76-prozentiger Zustimmung signifikant unter dem hamburgweiten Durchschnitt (siehe Abbildung 55). Bei der kleinräumigen Analyse zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede innerhalb der Bezirke.

Abbildung 55: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk

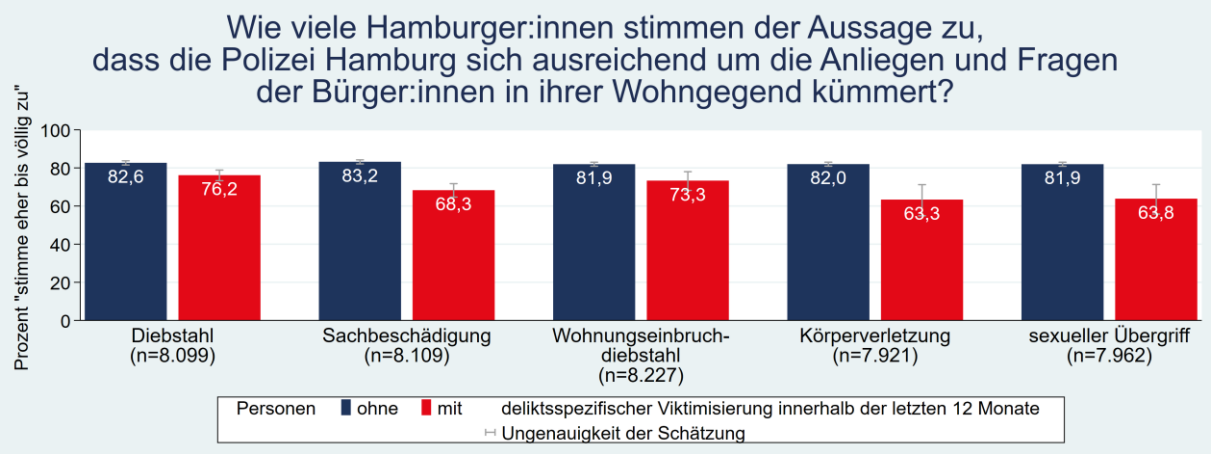


(Siehe Anhang 1, Fragen 56, 43, 50-54, 55)

Eine Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) wirkt sich negativ auf die Wahrnehmung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil aus (siehe Abbildung 56). Über alle Deliktskategorien hinweg zeigt sich, dass Hamburger:innen, welche innerhalb der letzten 12 Monate Opfer einer spezifischen Straftat wurden, signifikant seltener als Einwohnende ohne Viktimisierung zustimmen, dass sich die

Hamburger Polizei ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen kümmert. Dabei sind die größten Unterschiede zwischen viktimisierten und nicht viktimisierten Personen bei einer Opfererfahrung durch Körperverletzung (18,7 Prozentpunkte) und sexuellen Übergriff (18,1 Prozentpunkte) gefolgt von Sachbeschädigung (14,9 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Ein geringerer Unterschied zeigt sich bei einer Viktimisierung durch Wohnungseinbruchdiebstahl (8,6 Prozentpunkte) und Diebstahl (6,4 Prozentpunkte).

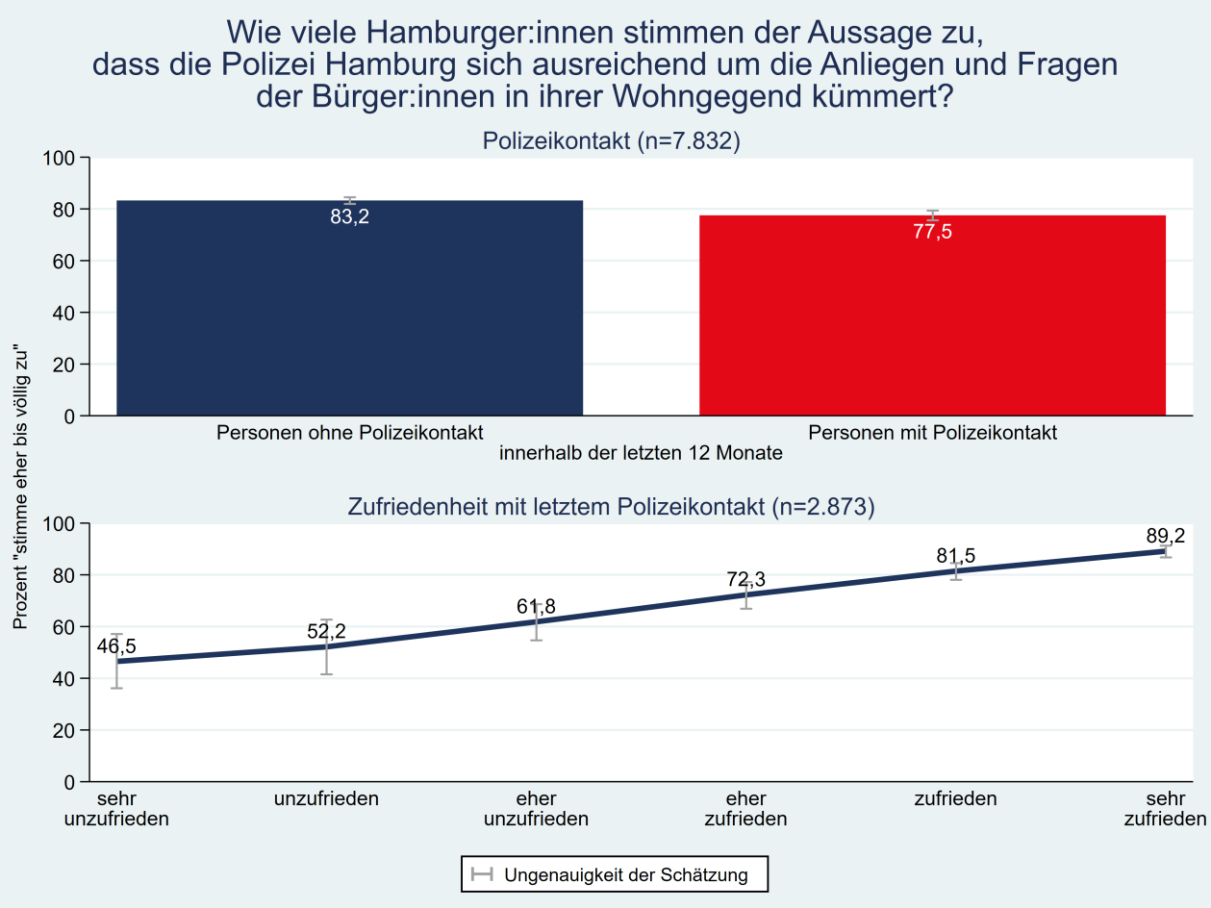
Abbildung 56: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 56, 15, 24)

Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) vor der Befragung Kontakt mit der Polizei in Hamburg hatten, stimmten mit 77,5-prozentiger Häufigkeit seltener der Bürger:innenorientierung der lokalen Polizeiarbeit zu als Personen ohne Polizeikontakt (83,2 %). Wie auch bei anderen Aspekten der Polizeibewertung (siehe Kapitel 3.1) zeigt sich auch hier, dass Personen, die mit ihrem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate sehr zufrieden waren, der Bürger:innenorientierung der Polizei sogar häufiger zustimmen als Personen ohne Polizeikontakt (siehe Abbildung 57).

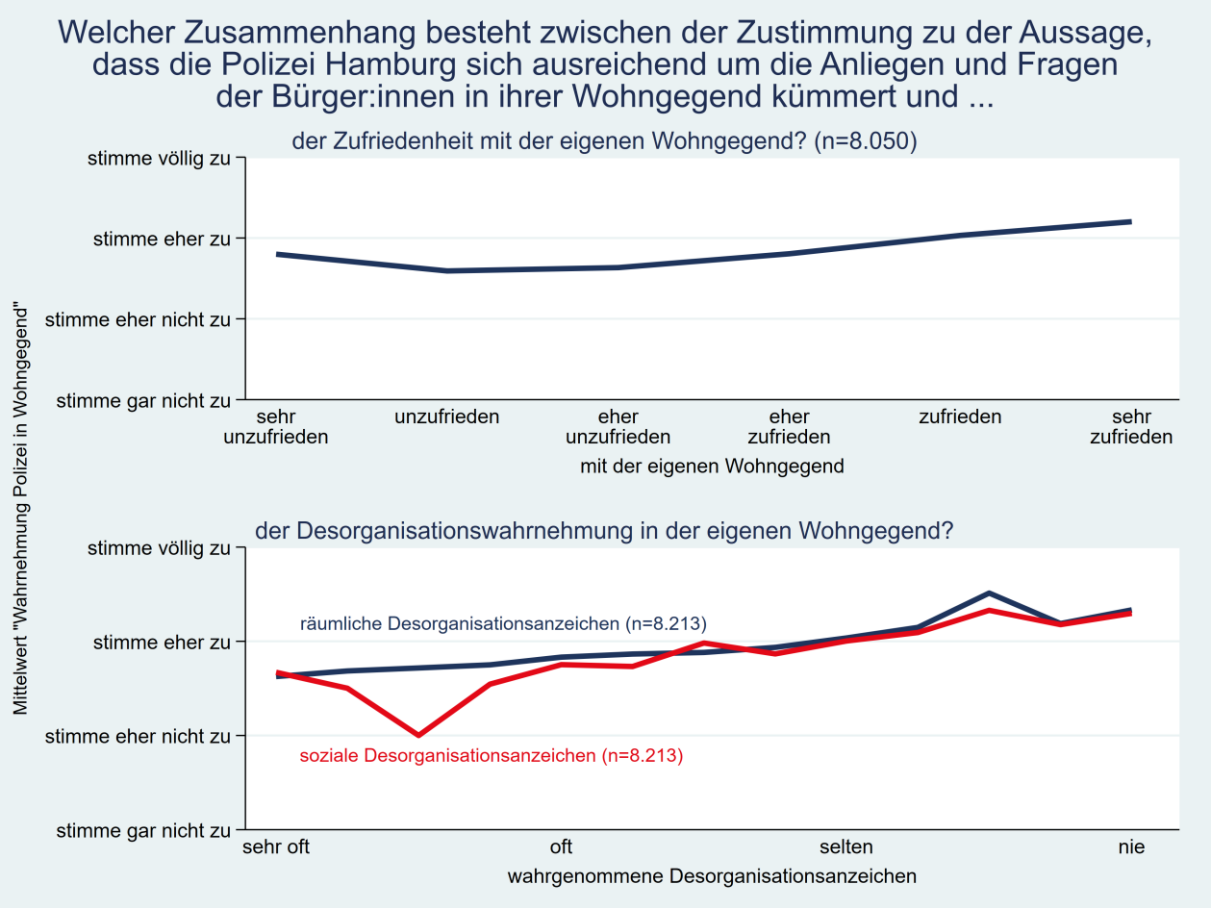
Abbildung 57: Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend nach Polizeikontakt, Zufriedenheit und Grund des letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 56, 6, 8)

Wie in Abbildung 58 ersichtlich, zeigt sich die grundsätzliche Tendenz, dass ein positiver Effekt zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend und der Zustimmung zu der Aussage besteht, dass sich die Polizei Hamburg ausreichend um Anliegen und Fragen der Bürger:innen in der eigenen Wohngegend kümmert. Ein negativer Zusammenhang besteht hinsichtlich der Wahrnehmung von Desorganisationanzeichen in der eigenen Wohngegend, z. B. Müll, Schmierereien, Lärm und Streitereien. Je häufiger Hamburger:innen diese räumlichen und sozialen Desorganisationsanzeichen in ihrer Wohngegend wahrnehmen, desto weniger stimmen sie zu, dass die Polizei sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen kümmert.

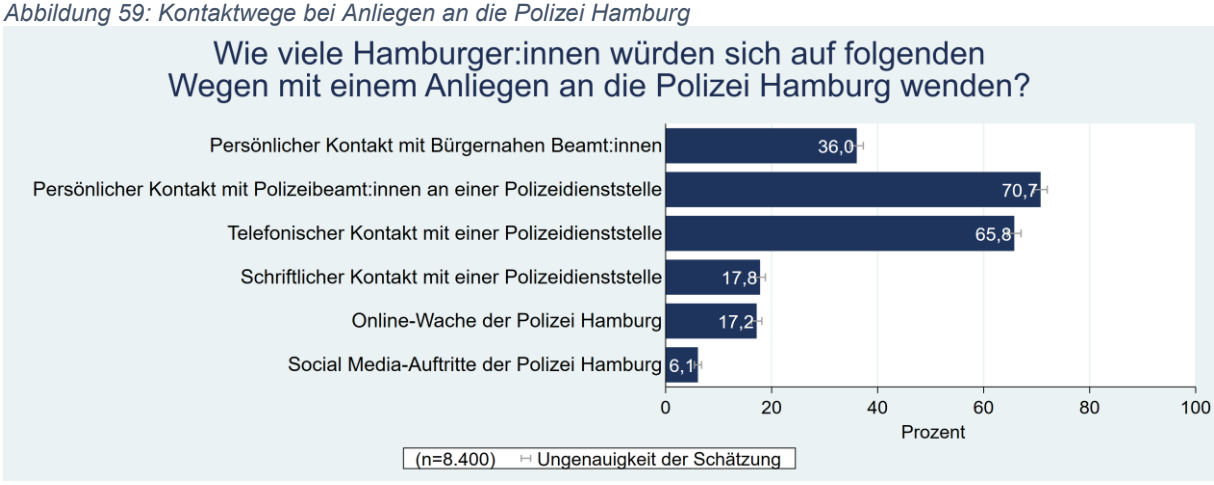
Abbildung 58: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Zufriedenheit mit sowie Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend



(Siehe Anhang 1, Fragen 56, 1, 2)

Der am häufigsten genannte Kontaktweg, um sich mit einem Anliegen an die Polizei Hamburg zu wenden, ist mit 70,7 % der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen an einer Polizeidienststelle. Am zweithäufigsten (65,8 %) geben Hamburger:innen an, dass sie sich über telefonischen Kontakt mit einer Polizeidienststelle (ohne den Notruf 110) an die Polizei Hamburg wenden würden. 36 % würden den persönlichen Kontakt mit Bürgernahen Beamt:innen wählen. Mit einer Häufigkeit von lediglich 6,1 % ist der Kontaktweg über Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg (Facebook, Twitter (heute: X), Instagram) am seltensten ausgewählt worden und auch der schriftliche Kontakt mit einer Polizeidienststelle sowie die Online-Wache der Polizei Hamburg werden mit rund 17 % der Befragten vergleichsweise selten als Kontaktweg für Anliegen genannt (siehe Abbildung 59).

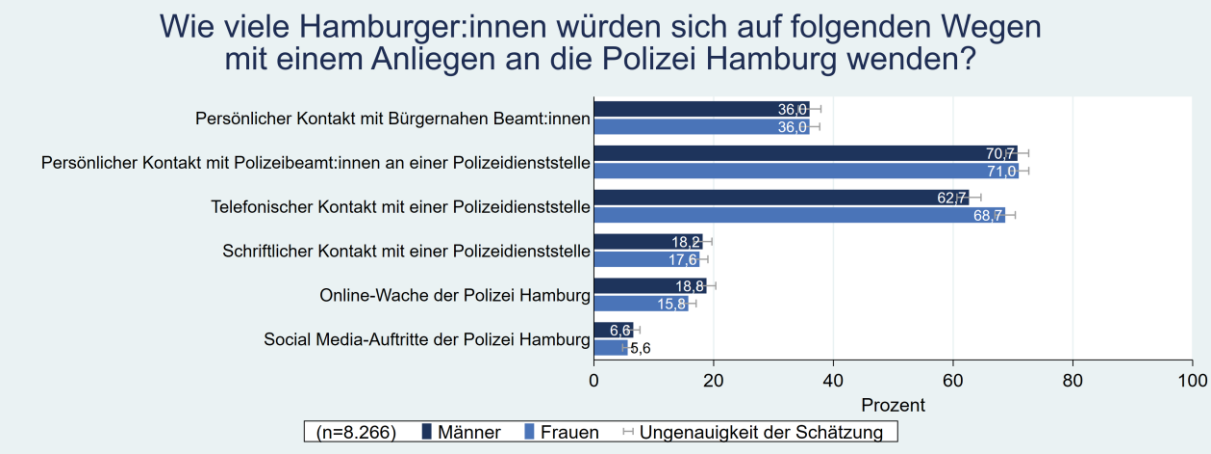
Abbildung 59: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg



(Siehe Anhang 1, Frage 57)

Der persönliche und telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle werden sowohl von Frauen als auch von Männern am häufigsten genannt, um sich mit Anliegen an die Polizei Hamburg zu wenden. Dennoch zeigt sich, dass der telefonische Kontakt von Frauen um 6 Prozentpunkte häufiger genannt wird als von Männern, wohingegen Männer die insgesamt seltener genannte Onlinewache der Polizei Hamburg um 3 Prozentpunkte häufiger nennen als Frauen (siehe Abbildung 60).

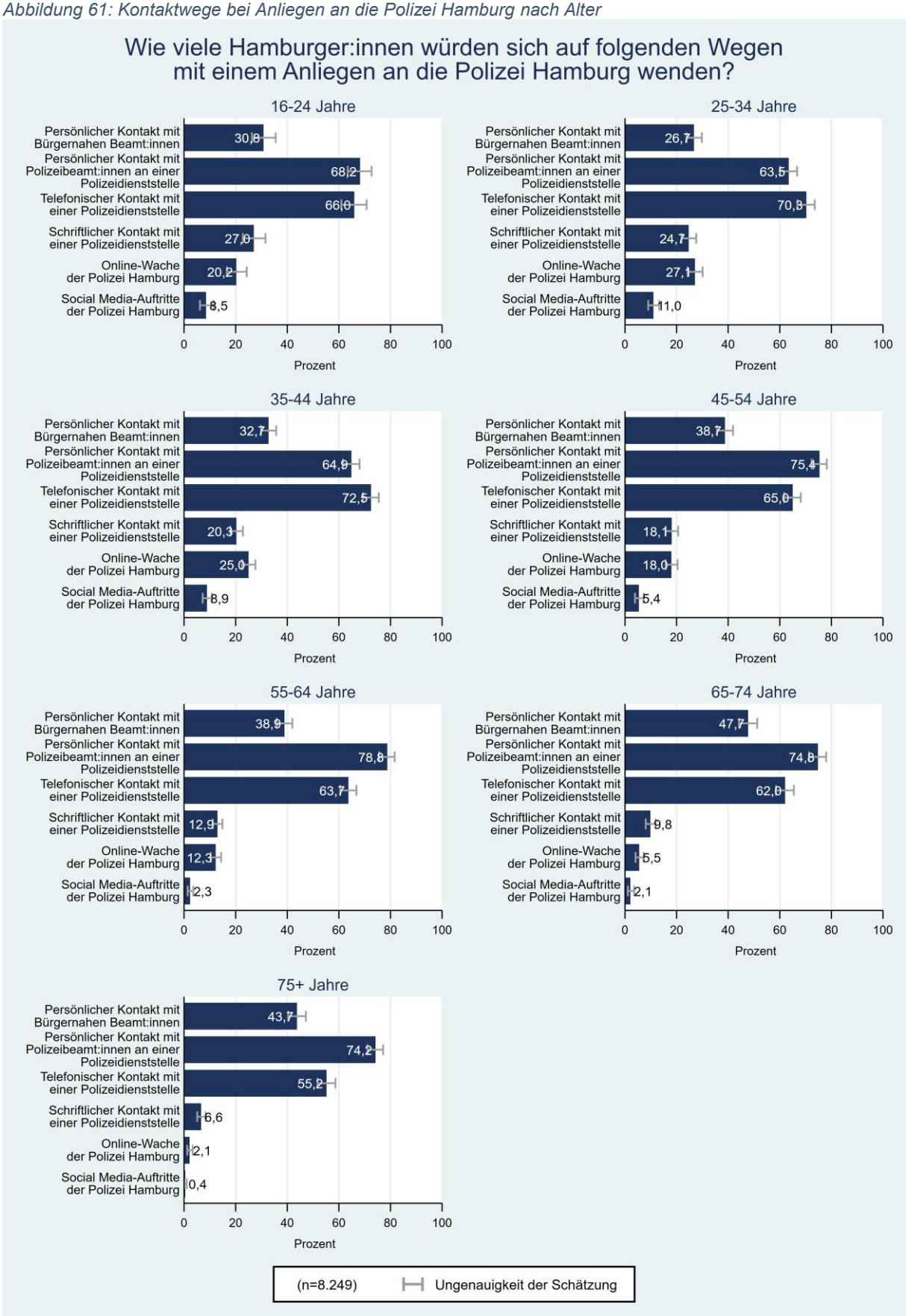
Abbildung 60: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Geschlecht



(Siehe Anhang 1, Fragen 57, 44)

Der persönliche und telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle, um sich mit Anliegen an die Polizei Hamburg zu wenden, werden in allen Altersgruppen am häufigsten genannt. Dennoch nimmt die Häufigkeit der Nennung des telefonischen Kontaktwegs von knapp über 70 % bei Personen von 25-44 Jahren auf 55,2 % bei Personen ab 75 Jahren deutlich ab, wohingegen der persönliche Kontakt bei den 25- bis 44-Jährigen mit ca. 64 % im Vergleich zu älteren Personen mit über 70 % als bevorzugter Kontaktweg zunimmt. Auch der persönliche Kontakt mit Bürgernahen Beamt:innen bei Anliegen wird mit zunehmendem Alter häufiger genannt. Die ohnehin schon geringere Häufigkeit der Nennung des schriftlichen Kontakts mit einer Polizeidienststelle, der Online-Wache sowie von Social Media-Auftritten der Polizei Hamburg, nimmt mit zunehmendem Alter zudem stetig ab (siehe Abbildung 61).

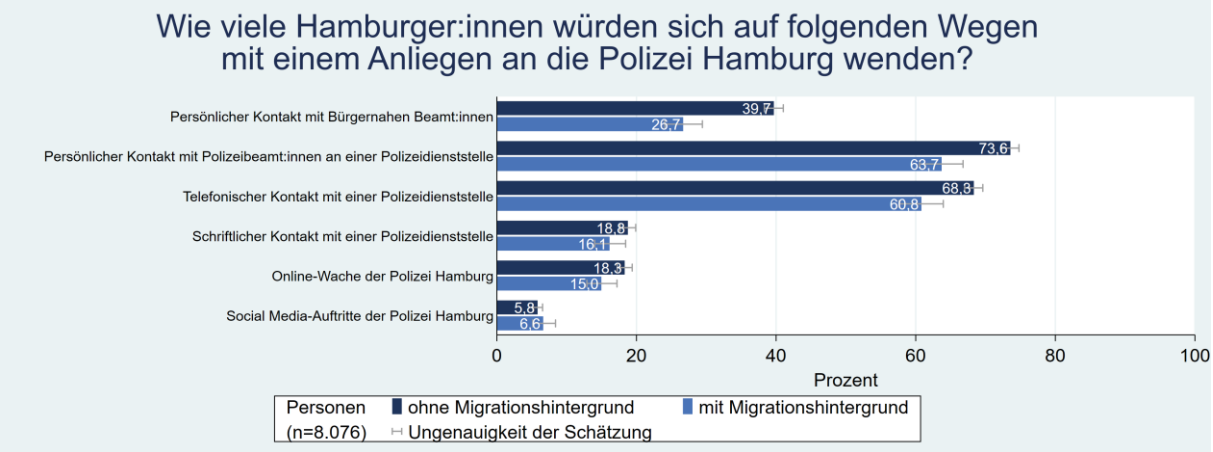
Abbildung 61: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 57, 43)

Fast alle Kontaktwege, um sich mit einem Anliegen an die Polizei zu wenden, werden von Hamburger:innen mit Migrationshintergrund signifikant seltener genannt als von Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 62). Grundsätzlich werden der persönliche und telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle in beiden Gruppen am häufigsten genannt. Insbesondere der persönliche Kontakt, z. B. mit Bürgernahen Beamt:innen (13 Prozentpunkte Unterschied) oder auf der Wache (10 Prozentpunkte Unterschied), wird von Personen mit Migrationshintergrund deutlich seltener genannt. Nur hinsichtlich des insgesamt am seltensten genannten Kontaktweges ‚Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg' zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Vertiefende Analysen für Hamburger:innen mit Migrationsgeschichte verschiedener Herkunftsländer unter Berücksichtigung soziodemographischer Merkmale sind notwendig, um die Unterschiede sinnvoll interpretieren zu können.

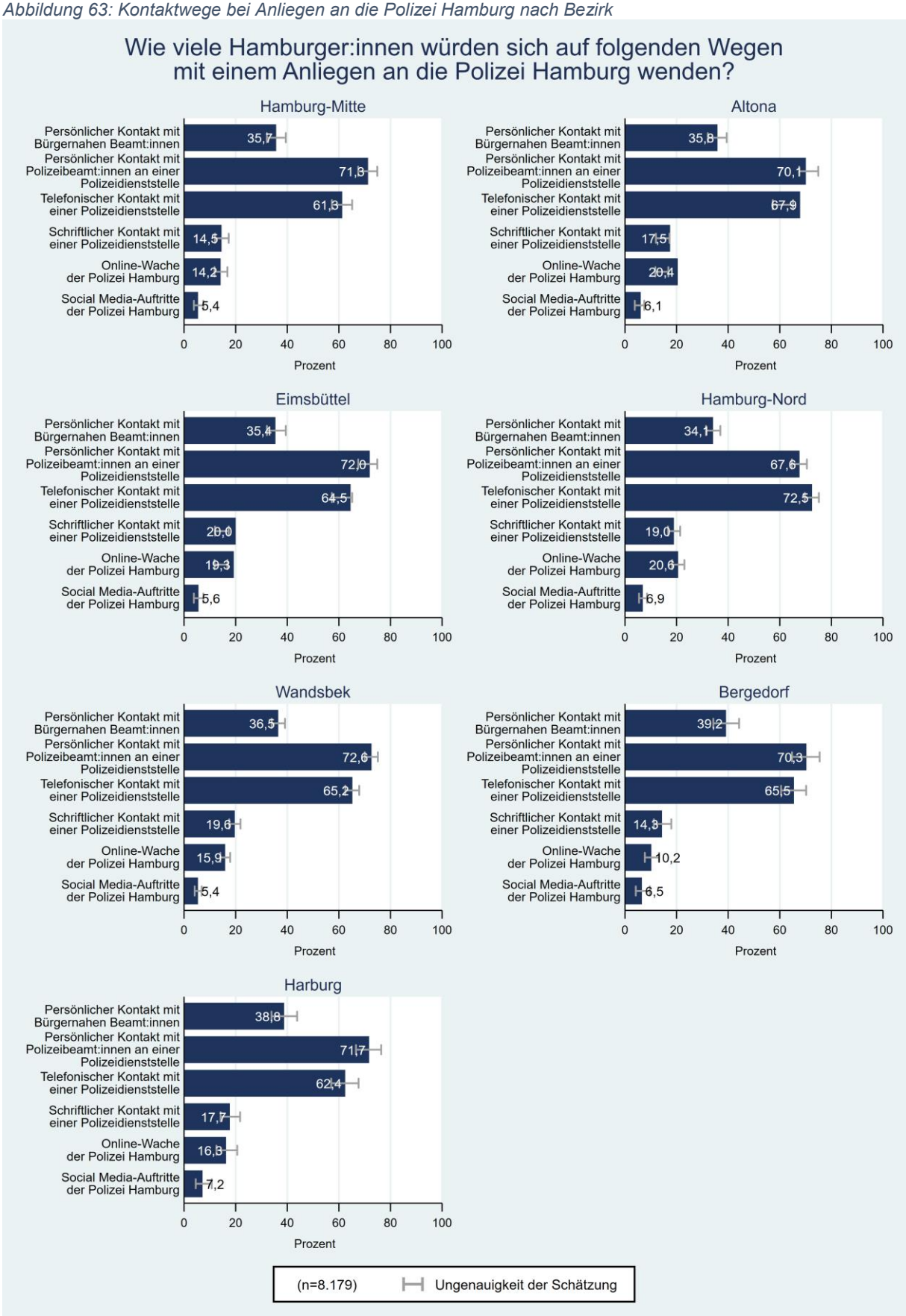
Abbildung 62: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 57, 50-54)

Der persönliche und der telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle, um sich mit Anliegen an die Polizei Hamburg zu wenden, werden in allen Bezirken am häufigsten genannt. Signifikante Unterschiede zwischen den Bezirken zeigen sich nur für die Kontaktwege ‚telefonischer Kontakt mit einer Polizeidienststelle', ‚schriftlicher Kontakt mit einer Polizeidienststelle' sowie ‚Online-Wache der Polizei Hamburg'. In Hamburg-Mitte werden diese drei Kontaktwege seltener genannt als im hamburgweiten Durchschnitt, in Hamburg-Nord tendenziell etwas häufiger. Hinsichtlich der Online-Wache ist auch die Zustimmung in Altona überdurchschnittlich hoch, während Einwohnende aus Bergedorf diesen Kontaktweg wiederum seltener als Kontaktweg angeben (siehe Abbildung 63). Tiefergreifende Analysen hinsichtlich der sozioökonomischen Merkmale der Bewohnenden der einzelnen Bezirke sind notwendig, um die Bezirksunterschiede näher erklären zu können.

Abbildung 63: Kontaktwege bei Anliegen an die Polizei Hamburg nach Bezirk

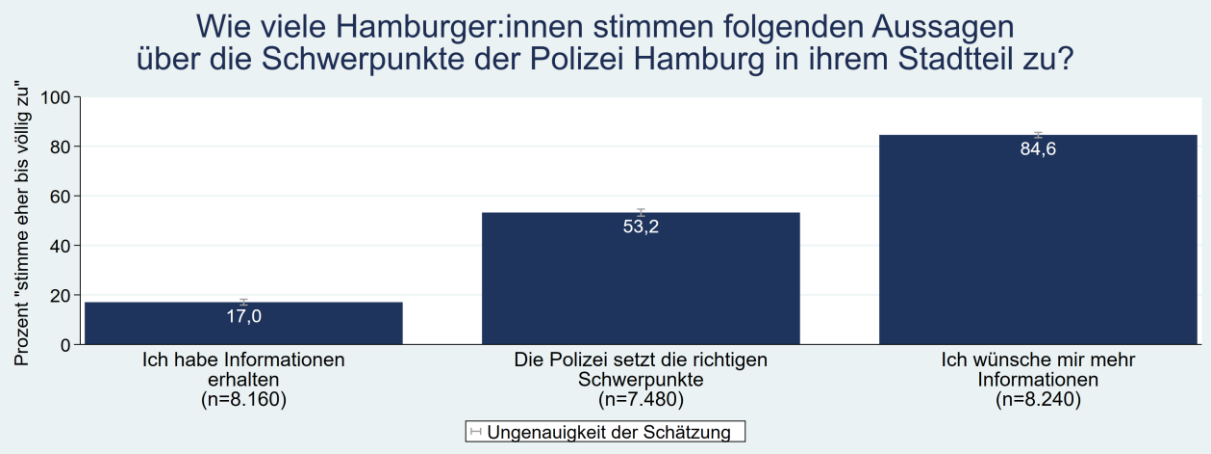


(Siehe Anhang 1, Fragen 57, 55)

3.4.1.2 Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg

Lediglich 17,0 % der Hamburger:innen stimmen eher bis völlig zu, Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in ihrem Stadtteil erhalten zu haben – 52,8 % stimmen dem gar nicht zu. Unabhängig vom Erhalt dieser Informationen stimmen 53,2 % der Wohnbevölkerung eher bis völlig zu, dass die Polizei Hamburg die richtigen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil setzt. 84,6 % der Hamburger:innen wünschen sich mehr Informationen über polizeiliche Schwerpunkte in ihrem Stadtteil (siehe Abbildung 64).

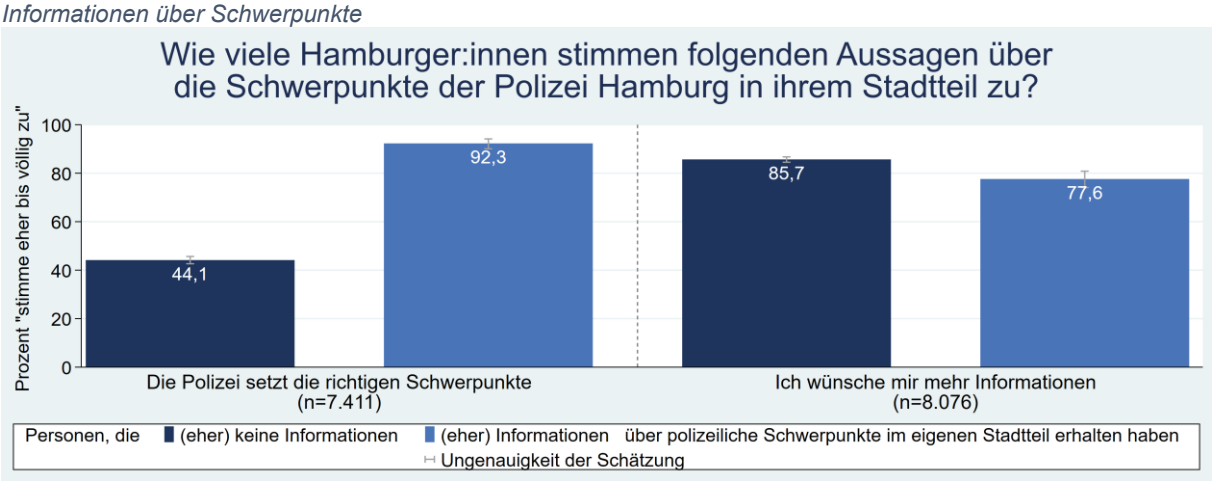
Abbildung 64: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil



(Siehe Anhang 1, Frage 58)

Abbildung 65 verdeutlicht, dass Hamburger:innen, die Informationen über die polizeiliche Schwerpunktsetzung erhalten haben, mehr als doppelt so häufig wie Bewohnende ohne Informationen zustimmen, dass die Polizei die richtigen Schwerpunkte setzt (92,3 % vs. 44,1 %). Auffällig ist gleichzeitig, dass der Wunsch nach mehr Informationen von Hamburger:innen, die bereits Informationen erhalten haben, nur etwas seltener bejaht wird als bei Personen, die noch keine Informationen erhalten haben (77,6 % vs. 85,7 %).

Abbildung 65: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Erhalt von Informationen über Schwerpunkte



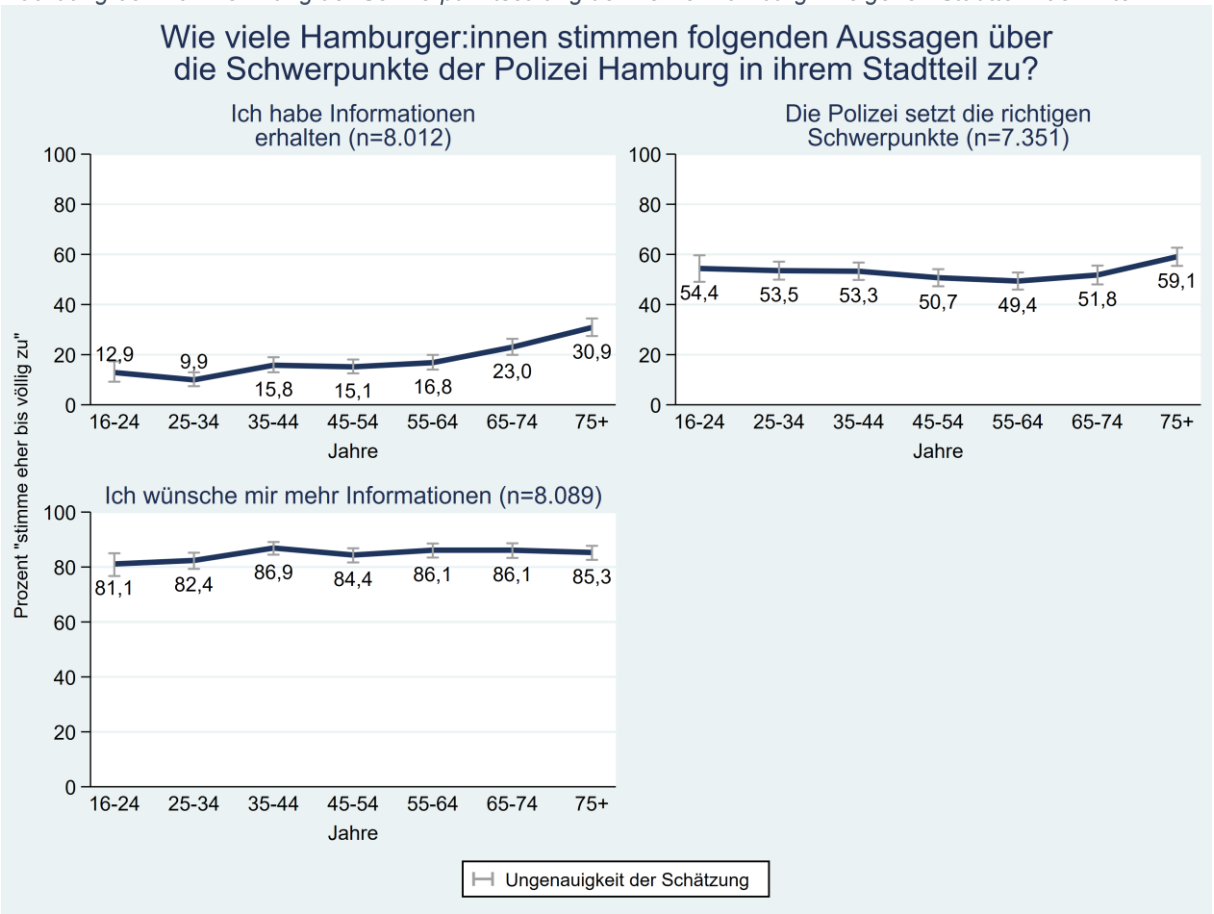
(Siehe Anhang 1, Frage 58)

Männer und Frauen unterscheiden sich in den Ansichten bzgl. der polizeilichen Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil unwesentlich. Ein signifikanter, aber geringer Unterschied besteht bzgl. des Wunsches nach mehr Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in ihrem Stadtteil, wobei Frauen diesen Wunsch um 3 Prozentpunkte häufiger äußern als Männer.

Ältere Hamburger:innen geben häufiger an, Informationen über polizeiliche Schwerpunkte in ihrem Stadtteil erhalten zu haben als jüngere Einwohnende (siehe Abbildung 66). Der Anteil

steigt von ca. 13-prozentiger Zustimmung in den jüngeren Altersgruppen bis 34 Jahre auf ca. 30 % in der ältesten Altersgruppe ab 75 Jahre an.
Ein weniger starker Anstieg zeigt sich hinsichtlich der Bewertung der Schwerpunktsetzung. Ungefähr die Hälfte der Einwohnenden zwischen 16 und 74 Jahren stimmt eher bis völlig zu, dass die Polizei Hamburgs in ihrem Stadtteil die richtigen Schwerpunkte setzt. Lediglich innerhalb der Altersgruppe 75 und älter stimmen die Befragten dieser Aussage um ca. 10 Prozentpunkte häufiger zu.
Auch beim Wunsch nach mehr Informationen sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen gering. Über alle Altersgruppen hinweg wünschen sich mehr als 80 % der Einwohnenden mehr Information über die polizeiliche Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil (siehe Abbildung 66).

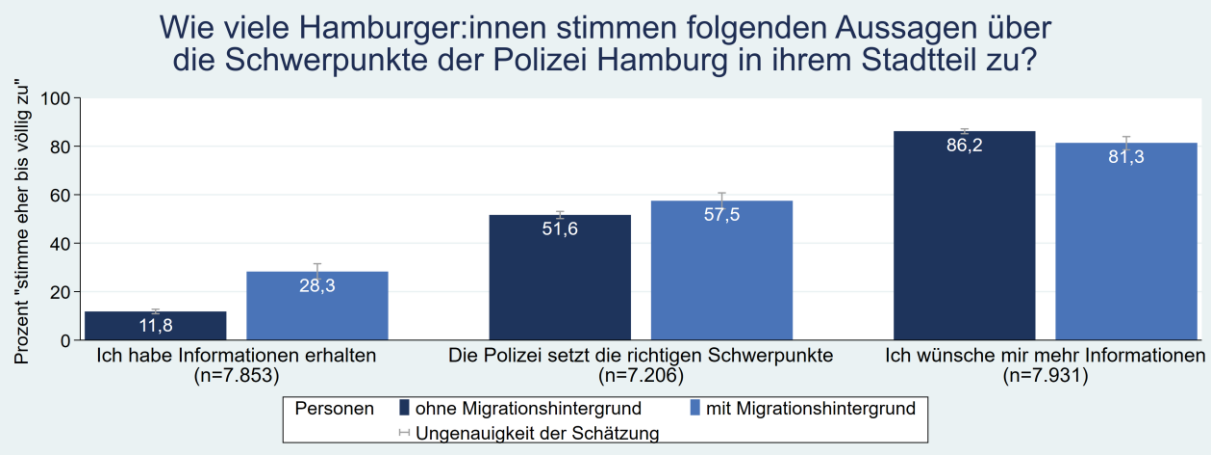
Abbildung 66: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 43)

Mehr als doppelt so viele Hamburger:innen mit Migrationshintergrund wie Einwohnende ohne Migrationshintergrund stimmen zu, Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil erhalten zu haben (28,3 % vs. 11,8 %). Ebenso stimmen sie etwas häufiger zu, dass die Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil die Schwerpunkte richtig setzt (57,5 % vs. 51,6 %). Signifikant seltener wünschen sich Einwohnende mit Migrationshintergrund mehr Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil als Einwohnende ohne Migrationshintergrund (81,3 % vs. 86,2 %; siehe Abbildung 67).
Im multivariaten Regressionsmodell finden sich keine Gruppenunterschiede wieder, die sich nicht über die Alters- und Geschlechtsstruktur erklären lassen.

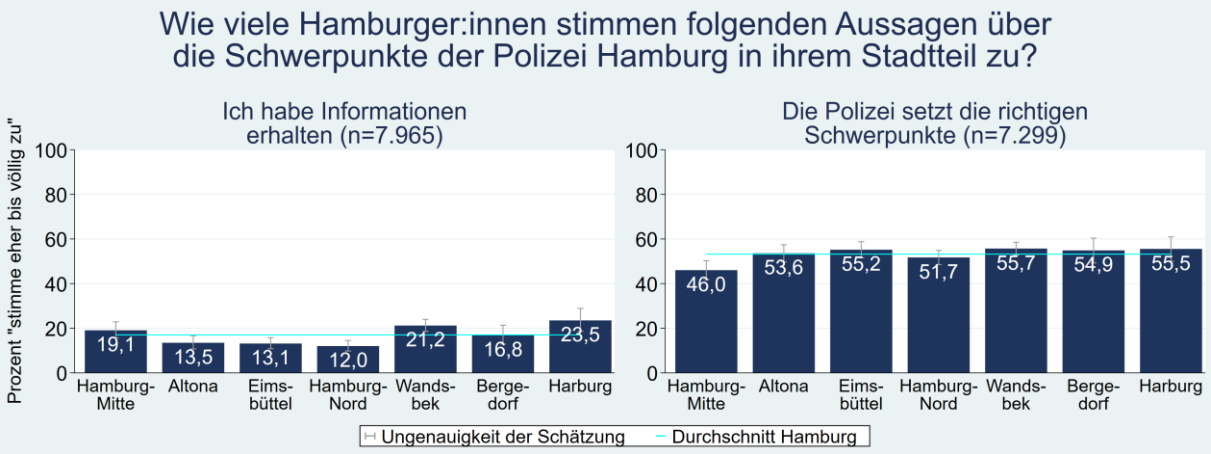
Abbildung 67: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 50-54)

Wie in Abbildung 68 deutlich wird, zeigt sich die größte Varianz zwischen den Bezirken hinsichtlich des Informationserhalts über polizeiliche Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil. Hierbei stimmen im Vergleich zum hamburgweiten Durchschnitt um 3 bis 5 Prozentpunkte weniger Einwohnende aus Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord der Aussage zu, dass sie Informationen über die Schwerpunkte der Polizei Hamburg erhalten haben, während die Zustimmung in Wandsbek und Harburg überdurchschnittlich ausfällt.
Hinsichtlich der Bewertung der Schwerpunktsetzung ist lediglich anzumerken, dass die Zustimmung zur Richtigkeit der polizeilichen Schwerpunktsetzung in Hamburg-Mitte signifikant geringer ausfällt als in den anderen Bezirken.
In allen Bezirken wünschen sich die Einwohnenden gleichermaßen mehr Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in ihrem Stadtteil (siehe Abbildung 68).

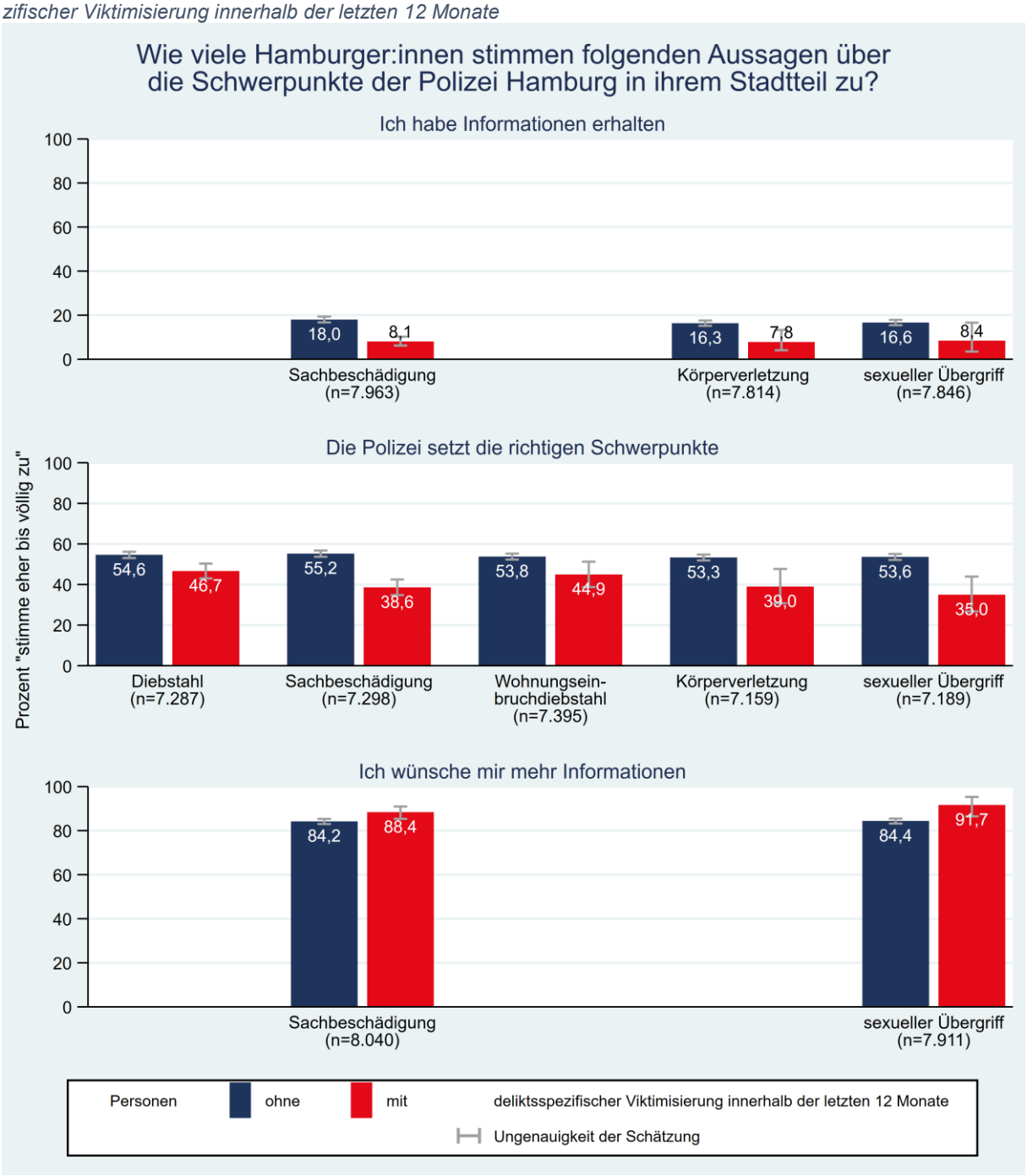
Abbildung 68: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 55)

Eine Opferwerdung innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) hat insbesondere Einfluss auf die Zustimmung zu der Aussage, dass die Polizei Hamburg die richtigen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil setzt. Hierbei zeigt sich für alle ausgewerteten Delikte, dass viktimisierte Personen seltener zustimmen als Personen ohne Viktimisierung. Die Stärke des Unterschieds ist dabei abhängig von der Deliktsart (siehe Abbildung 69). Nach einem Diebstahl bzw. Wohnungseinbruchdiebstahl sinkt die Zustimmung im Vergleich zu Personen ohne Viktimisierungserfahrung um 8-9 Prozentpunkte, nach einer Sachbeschädigung bzw. Körperverletzung um 14-17 Prozentpunkte und nach einem sexuellen Übergriff um 18,6 Prozentpunkte.

Abbildung 69: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



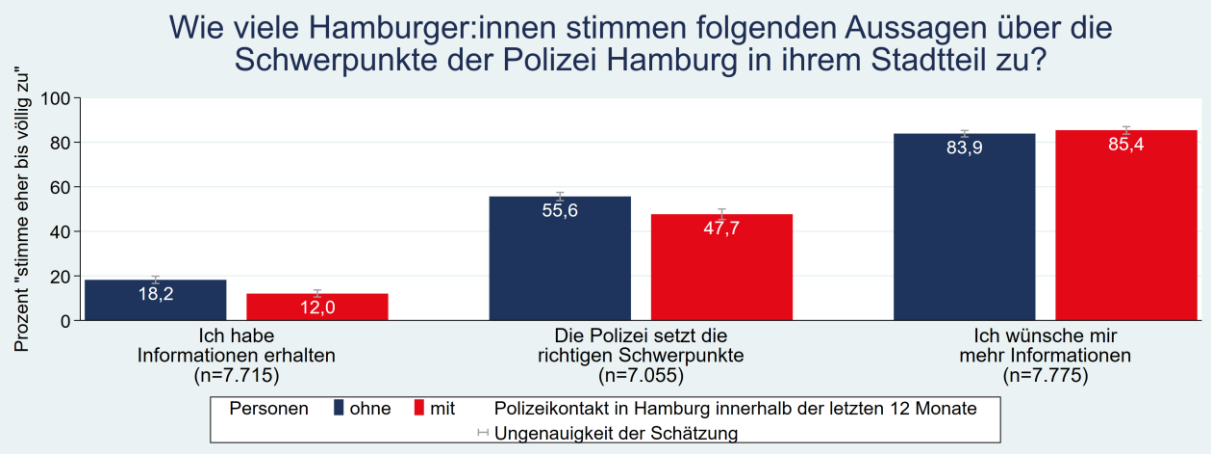
(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 15, 24)

Hinsichtlich des Informationserhalts zeigt sich nur ein Unterschied zu viktimisierten Hamburger:innen durch die Delikte Sachbeschädigung, Körperverletzung sowie sexueller Übergriff, welche um 8-10 Prozentpunkte seltener zustimmen als Personen ohne Viktimisierung.
Hinsichtlich des Wunsches nach mehr Informationen über die polizeiliche Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil fällt auf, dass sich insbesondere von Sachbeschädigung und sexuellen Übergriffen betroffene Hamburger:innen mehr Informationen über die polizeiliche Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil wünschen als Personen ohne diese deliktsspezifische Opferwerdung (siehe Abbildung 69).

Ein Kontakt mit der Polizei innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) hat einen ähnlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil wie eine Viktimisierung. Wie aus Abbildung 70 zu

entnehmen, stimmen Hamburger:innen mit Polizeikontakt seltener zu, dass sie Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte erhalten haben (6,2 Prozentpunkte Unterschied) und dass die Polizei die richtigen Schwerpunkte setzt (7,9 Prozentpunkte Unterschied). Sie wünschen sich zudem geringfügig, aber signifikant, häufiger als Personen ohne Polizeikontakt mehr Informationen über die polizeiliche Schwerpunktsetzung in ihrem Stadtteil (1,9 Prozentpunkte Unterschied).

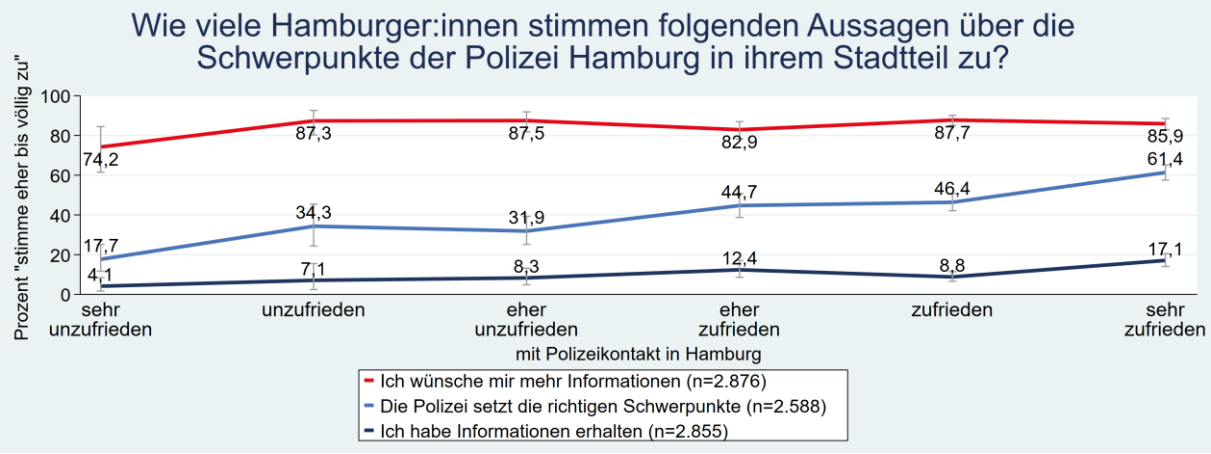
Abbildung 70: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 6)

Wie bei anderen Aspekten der Polizeibewertung zeigen sich Unterschiede in der Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate (siehe Abbildung 71). Für die Zustimmung zur Aussage, dass die Polizei Hamburg die richtigen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil setzt, ist der Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt am stärksten. Nur 17,7 % der Personen, die sehr unzufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt waren, stimmen dieser Aussage zu, während dieser Anteil bei sehr zufriedenen Personen 61,4 % beträgt. Auch hinsichtlich der Aussage, Informationen erhalten zu haben, zeigt sich ein positiver, aber schwach ausgeprägter Trend mit zunehmender Zufriedenheit. Der Wunsch nach mehr Informationen ist bei allen Personen, außer den sehr unzufriedenen Personen, gleichermaßen stark ausgeprägt.

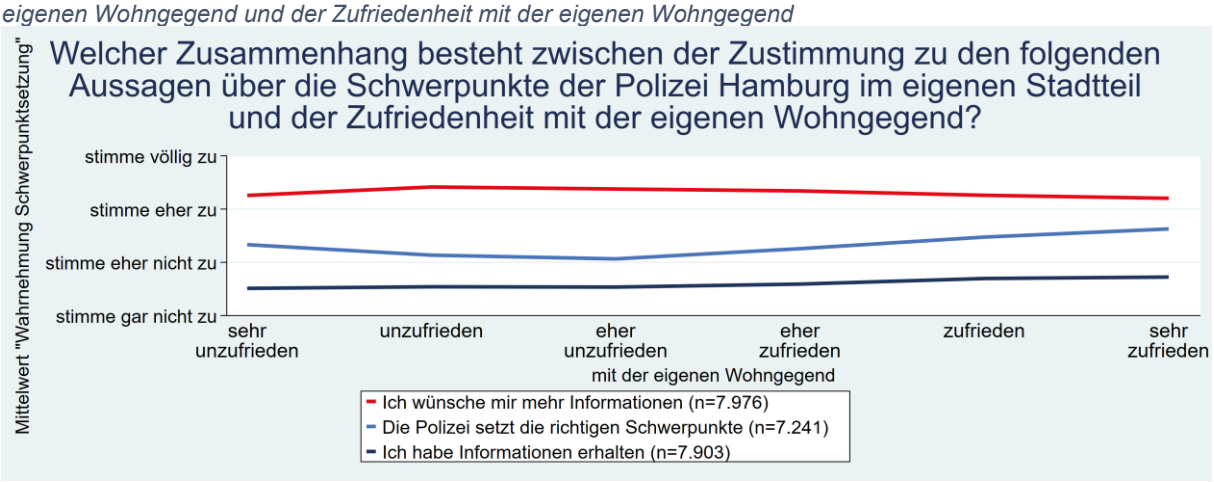
Abbildung 71: Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 8)

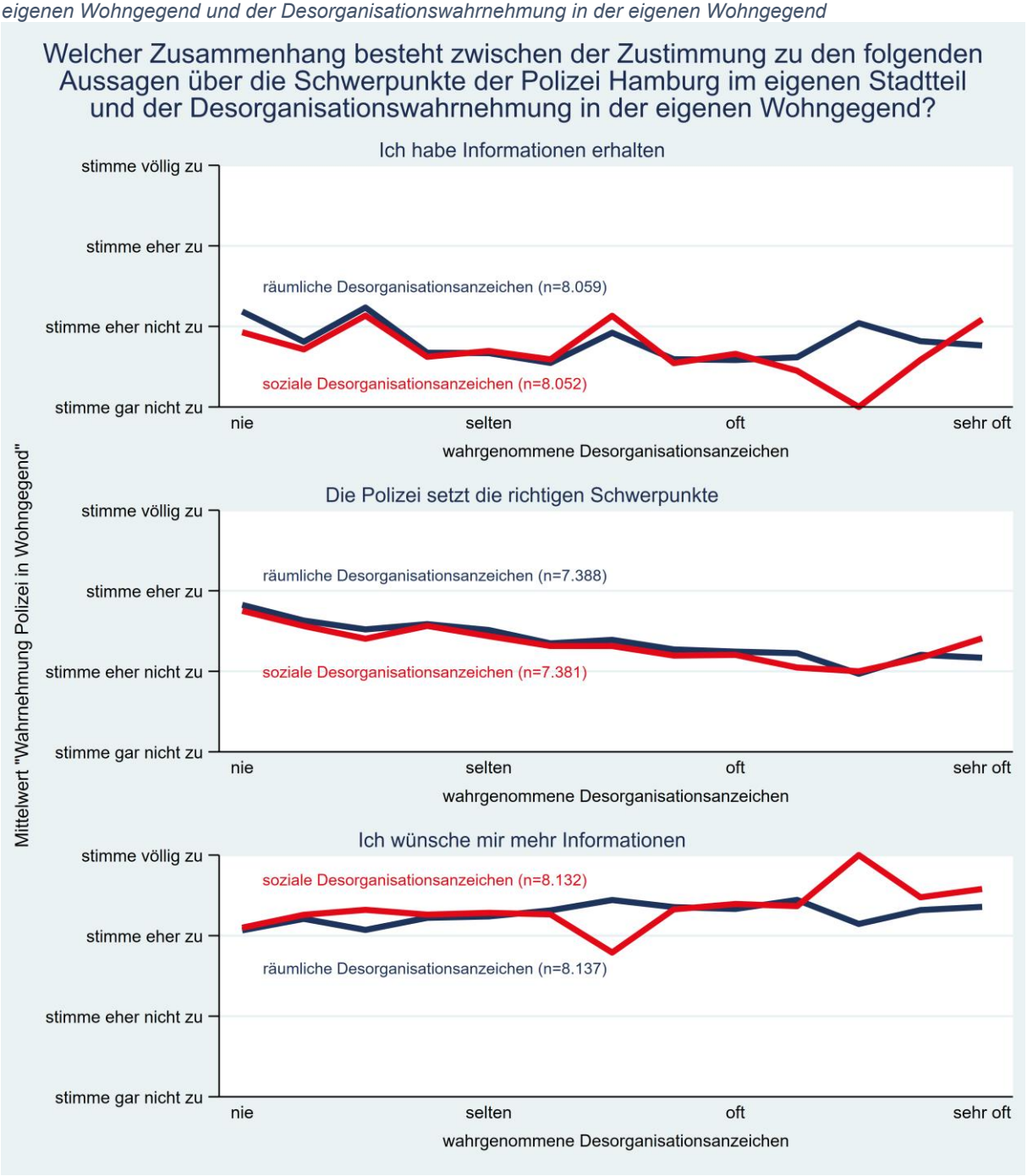
Grundsätzlich lässt sich für den Informationserhalt und den Wunsch nach mehr Informationen nur ein sehr geringer Zusammenhang mit der Wahrnehmung der eigenen Wohngegend feststellen. Prinzipiell steigt die Zustimmung zur Aussage, dass die Befragten Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in ihrem Stadtteil erhalten haben, mit zunehmender Zufriedenheit mit der Wohngegend, während der Wunsch nach mehr Informationen eher sinkt. Den umgekehrten Effekt hat Wahrnehmung räumlicher und sozialer Desorganisation in der eigenen Wohngegend (siehe Abbildung 72).
Hinsichtlich der Zustimmung zur richtigen Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil ist die positive Tendenz der Bewertung der Schwerpunktsetzung bei steigender Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend etwas stärker ausgeprägt. Auch für die Wahrnehmung sowohl räumlicher als auch sozialer Desorganisationsanzeichen lassen sich für diese Aussage stärkere Effekte feststellen (siehe Abbildung 73).
Grundsätzliche sind weiterführende Analysen notwendig, die neben der Wahrnehmung der Wohngegend auch das Sicherheitsempfinden, die allgemeine Polizeiwahrnehmung, Viktimisierungserlebnisse und soziodemographische Merkmale berücksichtigen, um die Zusammenhänge ausreichend interpretieren zu können.

Abbildung 72: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend



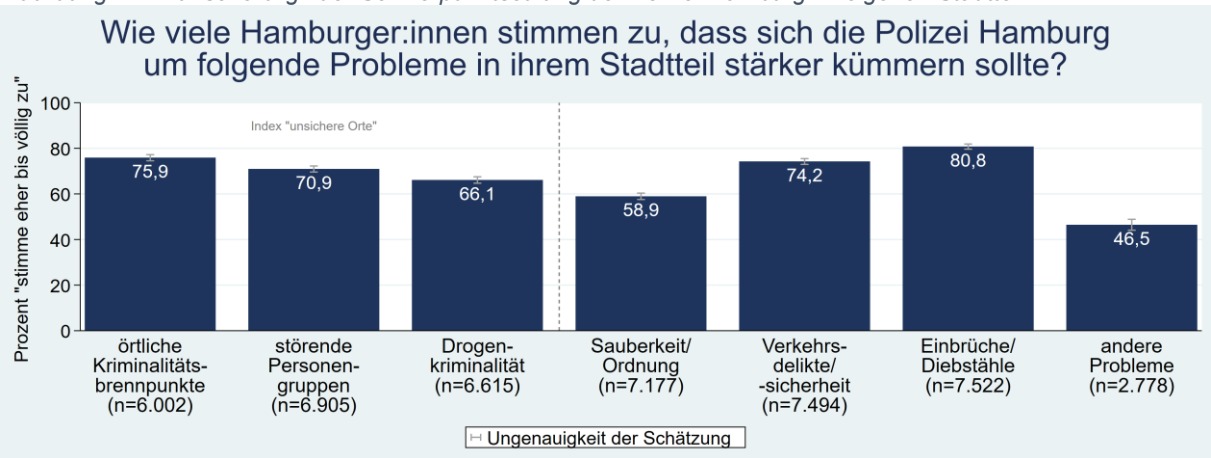
(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 1)

Abbildung 73: Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg in der eigenen Wohngegend und der Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend



(Siehe Anhang 1, Fragen 58, 2)

Abbildung 74: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil



(Siehe Anhang 1, Frage 59)

Um die Wahrnehmung der polizeilichen Schwerpunktsetzung und konkrete Wünsche seitens der Hamburger Bevölkerung differenzierter erfassen zu können, wurden die Hamburger Befragungsteilnehmenden gebeten anzugeben, worum die Polizei Hamburg sich in ihrem Stadtteil stärker kümmern sollte. Hierbei konnten neben geschlossen abgefragten Sicherheits- und Ordnungsproblemen auch offene Angaben gemacht werden. Zudem stand für alle Probleme die Antwortoption ‘trifft auf meinen Stadtteil nicht zu’ zur Verfügung. Diese Angaben werden separat analysiert.

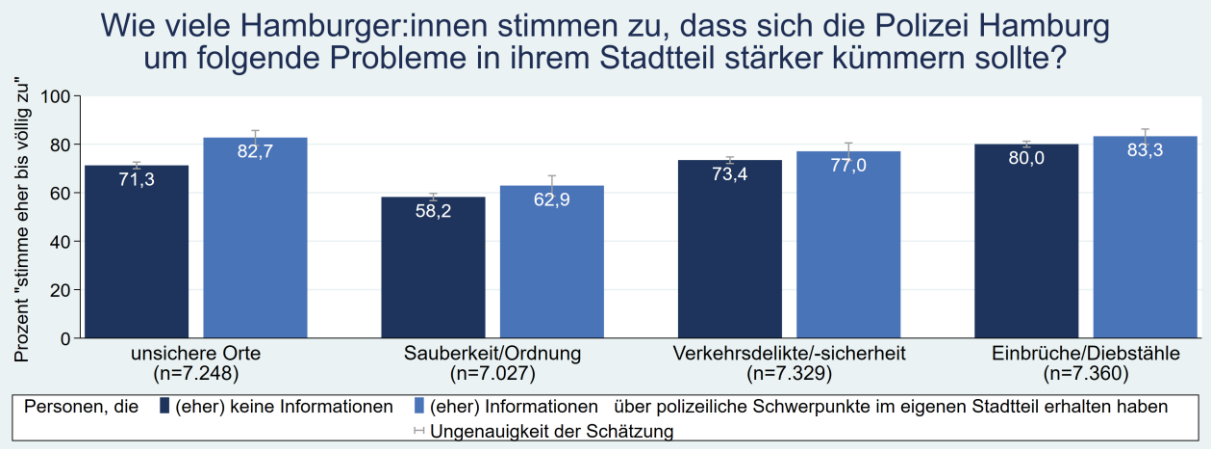
Zunächst ist festzustellen, dass die Zustimmung, dass sich die Polizei Hamburg um alle aufgeführten Probleme im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte, bei über 50 % liegt (siehe Abbildung 74). Auch die Ergebnisse der Metropolitan Police Public Attitudes Survey zeigen für eine ähnlich gelagerte Frage nach der Effektivität der Polizei bei der Bekämpfung spezifischer Sicherheitsprobleme, dass die Antworten für die einzelnen Probleme hoch miteinander korrelieren und interpretieren dies dahingehend, dass sich die Polizeibewertung hinsichtlich spezifischer Problemfelder an einer dahinterliegenden allgemeinen Polizeiwahrnehmung orientiert (ebd.: 324). Die hohe Zustimmung zu allen abgefragten Sicherheits- und Ordnungsproblemen ist daher nicht pauschal gleichbedeutend mit der Aussage, dass die Polizei sich nicht ausreichend kümmert, sondern indiziert gleichzeitig die örtliche Problemwahrnehmung, Schwereeinstufung und das allgemeine Bedürfnis, dass die Polizei sich um alle Sicherheits- und Ordnungsprobleme in der Stadt kümmert. Dennoch zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Priorisierung.
80,8 % der Hamburg:innen stimmen zu, dass die Polizei sich stärker um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern sollte. Ebenfalls vergleichsweise häufig wird den Problemfeldern ‚örtliche Kriminalitätsbrennpunkte‘ (75,9 %), ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit‘ (74,2 %) und ‚störende Personengruppen‘ (70,9 %) zugestimmt. 66,1 % der Hamburger Bevölkerung stimmen zu, dass die Polizei sich stärker um Drogenkriminalität in ihrem Stadtteil kümmern sollte, während dies 58,9 % für ‚Sauberkeit und Ordnung‘ (z. B. herumliegender Müll, kaputte Parkbänke) bejahen. Da letzteres nicht originär im polizeilichen Zuständigkeitsbereich liegt, ist die vergleichsweise niedrige, aber immer noch hohe Zustimmung hierfür als Ausdruck zu lesen, dass die Polizei für viele Sicherheits- und Ordnungsprobleme der Bevölkerung als Anlaufstelle gesehen wird.
Werden ergänzend hierzu die Personen betrachtet, welche angegeben haben, dass die genannten Probleme nicht zutreffen, ist festzustellen, dass ‚Einbrüche und Diebstähle‘ sowie ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit‘ am seltensten von rund 8,5 % der Befragten als „nicht zutreffend“ angegeben werden, ‚Sauberkeit und Ordnung‘ von 12,2 %, ‚störende Personengruppen‘ von 15,2 %, ‚Drogen‘ von 18,3 % und ‚örtliche Kriminalitätsbrennpunkte‘ von 24,3 %. Vergleicht man dies mit den oben aufgeführten Zustimmungsanteilen wird deutlich, dass die Themen ‚Einbrüche und Diebstähle‘ sowie ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit‘ insgesamt die größte Rolle bei den Bürger:innen für die Sicherheit in ihren Stadtteilen spielen. Für die häufig auf

wenige Orte konzentrierten Sicherheits- und Ordnungsprobleme ‚örtliche Kriminalitätsbrennpunkte', ‚störende Personengruppen' und ‚Drogenkriminalität' ist feststellbar, dass hierfür die höchsten „trifft nicht zu"-Angaben zu verzeichnen sind, die Probleme aber von den übrigen Personen ebenfalls hoch priorisiert werden. Dies legt eine stärker differenzierte Problemwahrnehmung innerhalb der Bevölkerung hierfür nahe.
Mit 46,5% wird auch der Antwortoption ‚andere Probleme in meinem Stadtteil' vergleichsweise häufig zugestimmt. 1.118 Personen haben im verfügbaren offenen Antwortfeld zusätzliche Angaben gemacht. Aufgrund der Fülle und Breite der hier genannten Themen wird diese Frage am Ende des Kapitels ausführlicher separat behandelt.

Basierend auf einer Faktorenanalyse wurde sich dazu entscheiden, dass die drei Einzelitems ‚örtliche Kriminalitätsbrennpunkte', ‚störende Personengruppen' und ‚Drogenkriminalität' für die nachfolgenden Gruppenvergleiche zum Index ‚unsichere Orte' zusammengefasst werden, da naheliegend ist, dass diese Probleme verschiedene Ausprägungen einer räumlichen Konzentration von Sicherheits- und Ordnungsproblemen an bestimmten lokal eingrenzbaren Orten darstellen.

Hamburger:innen, welche eher keine bis keine Informationen über die Schwerpunkte der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil erhalten haben, geben für alle abgefragten Probleme seltener an, dass sich die Polizei Hamburg in ihrem Stadtteil jeweils stärker darum kümmern sollte, als Hamburger:innen, die einem Informationserhalt eher oder völlig zustimmen (siehe Abbildung 75). Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die höhere Zustimmung zu den Einzelproblemen bei Informationserhalt kein Indikator für das Vorhandensein dieser Probleme in den jeweiligen Stadtteilen ist, sondern, dass die Problemwahrnehmung und -priorisierung seitens der Befragten Ausdruck ihres subjektiven Sicherheitsbedürfnisses ist.
Am stärksten ist dieser Unterschied mit 11,4 Prozentpunkten für ‚unsichere Orte' ausgeprägt, während er bei den Problemen ‚Sauberkeit und Ordnung', ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit', und ‚Einbrüche und Diebstähle' deutlich geringer zwischen 3 bis 5 Prozentpunkten liegt.

Abbildung 75: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Informationserhalt über polizeiliche Schwerpunktsetzung

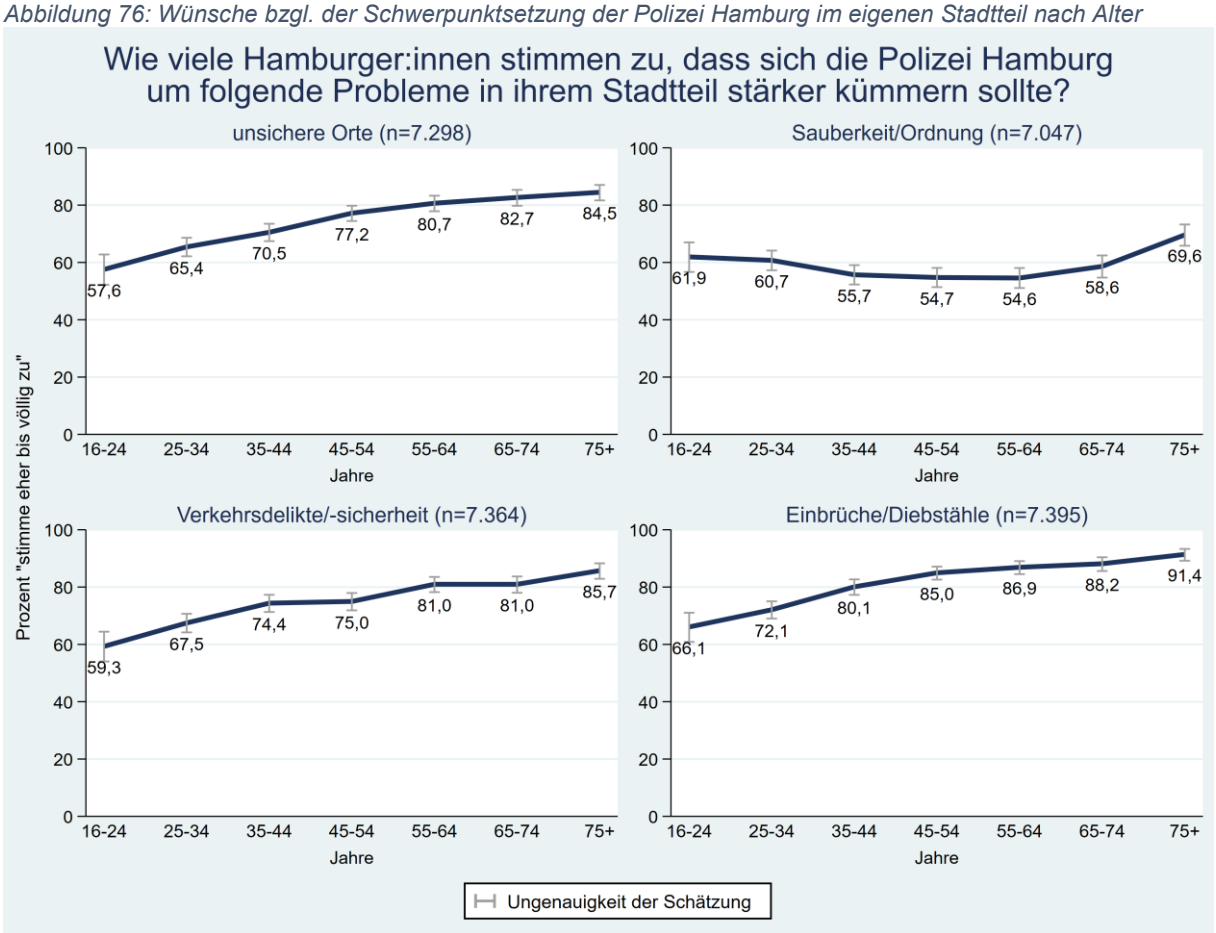


(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 58)

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum in den Ansichten, um welche Probleme sich die Polizei Hamburg stärker in ihrem Stadtteil kümmern sollte. 'Verkehrsdelikte und -sicherheit' sowie 'Drogenkriminalität' werden von Frauen signifikant, aber nur geringfügig häufiger genannt als von Männern.
Gleichzeit geben ca. 3-4 Prozentpunkte mehr Frauen als Männer an, dass in ihrem Stadtteil keine örtlichen Kriminalitätsbrennpunkte und Drogenkriminalität (z. B. Handel) existieren. Die Geschlechterunterschiede sollten demnach ohne tiefergehende Analysen zurückhaltend interpretiert werden.

Für die meisten abgefragten Probleme steigt mit ansteigendem Alter das Bedürfnis, dass sich die Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil stärker darum kümmern sollte (siehe Abbildung 76). Es stimmen bei den Personen ab 75 Jahren ca. 25-27 Prozentpunkte mehr Hamburger:innen eher bis völlig zu, dass sich die Polizei stärker um unsichere Orte, Verkehrsdelikte und -sicherheit sowie Drogenkriminalität kümmern sollte, als in der jüngsten Altersgruppe zwischen 16-24 Jahren. Dies könnte im Zusammenhang mit steigenden Unsicherheitsgefühlen und selteneren Aufenthalt älterer Personen im öffentlichen Raum stehen.
Die geringsten Zustimmungsanteile zu der Aussage, dass sich die Polizei stärker um Sauberkeit und Ordnung im eigenen Stadtteil kümmern sollte, zeigt sich in den Altersgruppen von 35-64 Jahren mit rund 55 %. Jüngere Hamburger:innen von 16-34 Jahren stimmen dieser Aussage mit rund 61 % etwas häufiger zu, während die Zustimmung bei Hamburger:innen ab 75 Jahren mit 69,9 % am höchsten ist. Dies lässt sich nicht über die altersabhängige Wahrnehmung nachbarschaftlicher Desorganisationsanzeichen erklären, sondern bedarf weiterführender Analysen.
Insbesondere ältere Personen (75 Jahre und älter) geben an, dass die angegebenen Probleme in ihrem Stadtteil „nicht zutreffend“ sind. Dies hängt wahrscheinlich mit den veränderten Alltagroutinen im Alter und dem damit verbundenen selteneren Aufenthalt im öffentlichen Raum im hohen Alter zusammen.

Abbildung 76: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Alter



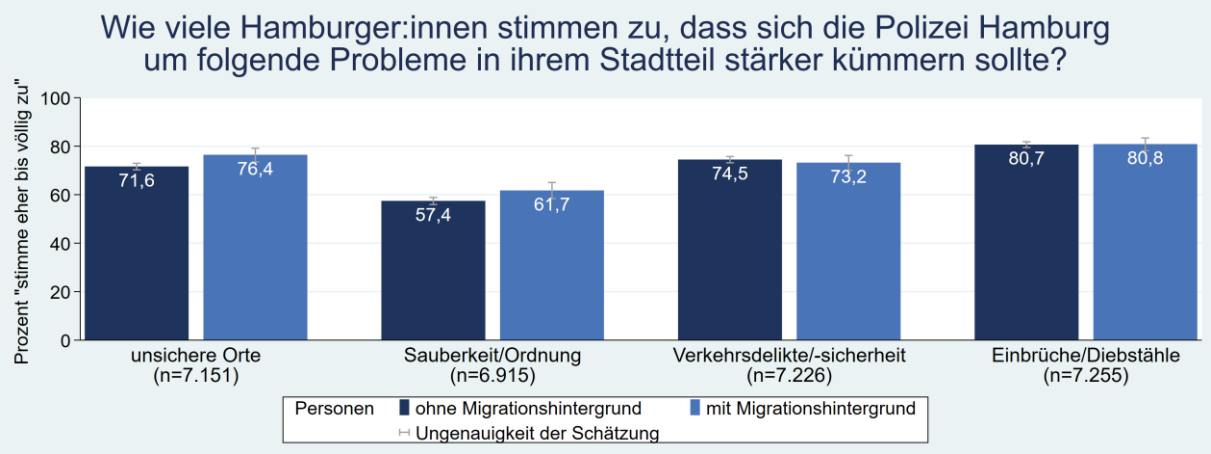
(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 43)

Es zeigen sich Unterschiede in der Zustimmung von Hamburger:innen mit und ohne Migrationshintergrund bzgl. der Zustimmung, dass sich die Polizei Hamburg um bestimmte Probleme im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte (siehe Abbildung 77). Hinsichtlich ‚unsicherer Orte‘ sowie ‚Sauberkeit und Ordnung‘ im eigenen Stadtteil stimmen Hamburger:innen mit Migrationshintergrund um 4-5 Prozentpunkte häufiger eher bis völlig zu, dass sich die Polizei stärker darum kümmern sollte, als Einwohnende ohne Migrationshintergrund. Der Anteil von Personen, die eher bis völlig zustimmen, dass sich die Polizei stärker um Einbrüche und Diebstähle

kümmern soll, ist bei beiden Gruppen gleich hoch, wobei die Zustimmung bei Personen mit Migrationshintergrund im Mittelwertvergleich etwas stärker ausgeprägt ist. Die geringen Unterschiede hinsichtlich Verkehrsdelikten und -sicherheit sind zwar statistisch signifikant, jedoch vernachlässigbar.

Werden die ‚trifft nicht zu'-Anteile nach Migrationshintergrund betrachtet, fällt auf, dass Hamburger:innen mit Migrationshintergrund bei Sauberkeit und Ordnung, Verkehrsdelikten und -sicherheit sowie Einbrüchen und Diebstählen um 3-5 Prozentpunkte häufiger angeben, dass diese Sicherheits- und Ordnungsprobleme auf ihren Stadtteil nicht zutreffen, und Personen ohne Migrationshintergrund dies nur für örtliche Kriminalitätsbrennpunkte häufiger angeben. Diese Diskrepanz in der Problemwahrnehmung bedarf vertiefender Analysen, die neben der spezifischen Migrationsgeschichte auch die soziodemografischen Besonderheiten der jeweiligen Gruppen berücksichtigen.

Abbildung 77: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 50-54)

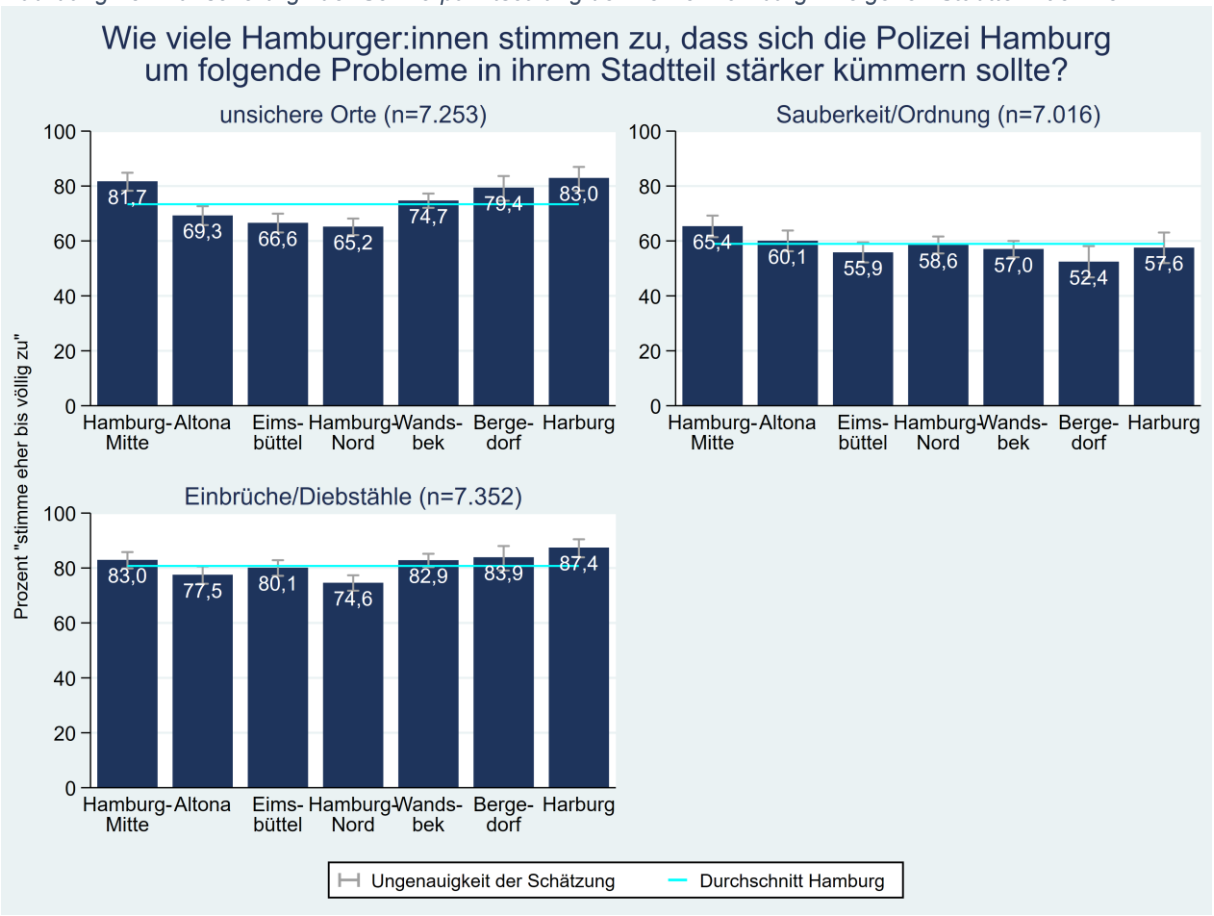
Einwohner:innen aus Hamburg-Mitte, Bergedorf und Harburg stimmen mit ca. 80 % überdurchschnittlich häufig zu, dass sich die Polizei um unsichere Orte in ihrem Stadtteil kümmert sollte (siehe Abbildung 78).
Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord stimmen dem seltener zu als der Hamburger Gesamtdurchschnitt.
Hamburger:innen aus Altona und Hamburg-Mitte geben dabei deutlich seltener als Bewohnende anderer Stadtteile an, dass örtliche Kriminalitätsbrennpunkte, Personengruppen, von denen Störungen ausgehen sowie Drogenkriminalität in ihren Stadtteilen nicht zutrifft. Kontrastiert man dies mit den Anteilen der Bevölkerung, die sich wünschen, dass sich die Polizei stärker um unsichere Orte in der eigenen Wohngegend kümmert, legt dies eine unterschiedliche Problemwahrnehmung der Bewohnenden von Hamburg-Mitte und Altona nahe.

Hinsichtlich der Problemwahrnehmung bzgl. Sauberkeit und Ordnung entsprechen die meisten Bezirke dem Hamburger Durchschnitt (siehe Abbildung 78). In Bergedorf und tendenziell auch in Eimsbüttel stimmen weniger Einwohnende zu, dass die Polizei sich stärker um Sauberkeit und Ordnung in den Stadtteilen kümmern sollte, während dieser Aussage in Hamburg-Mitte überdurchschnittlich häufig zugestimmt wird. Hierbei geben außerdem in Hamburg-Mitte und Altona am wenigsten Personen (ca.10 %) an, dass dieses Problem auf ihren Stadtteil nicht zutrifft, während dies in Bergedorf und Harburg im Bezirksvergleich am häufigsten angegeben wird (ca. 14,5 %).
Hamburger:innen aus dem Bezirk Hamburg-Mitte stimmen häufiger als der Hamburger Durchschnitt zu, dass sich die Polizei stärker um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern sollte. Bewohner:innen aus Hamburg-Nord stimmen dem mit 74,6 % am seltensten von allen Bezirken zu, gefolgt von Altona mit 77,5 % (siehe Abbildung 78). Insbesondere Einwohnende aus dem Bezirk Harburg geben häufiger als Bewohnende anderer Bezirke an, dass

Einbrüche als zu lösendes polizeiliches Problem in ihrem Stadtteil nicht zutreffend sind. Auch hierfür zeigt sich kein eindeutiges Bild zwischen dem Anteil derer, die dieses Problem für ihren Stadtteil als nicht zutreffend kategorisieren und dem Wunsch nach intensivierter Kriminalitätsbekämpfung seitens der Polizei.

Es lassen sich ebenso regionale Unterschiede bzgl. der Zustimmung, um was sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte ausmachen. Vertiefende und kleinräumige Analysen sind daher notwendig, um die Problemwahrnehmung auf Stadtteilebene nachvollziehen und erklären zu können.

Abbildung 78: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Bezirk

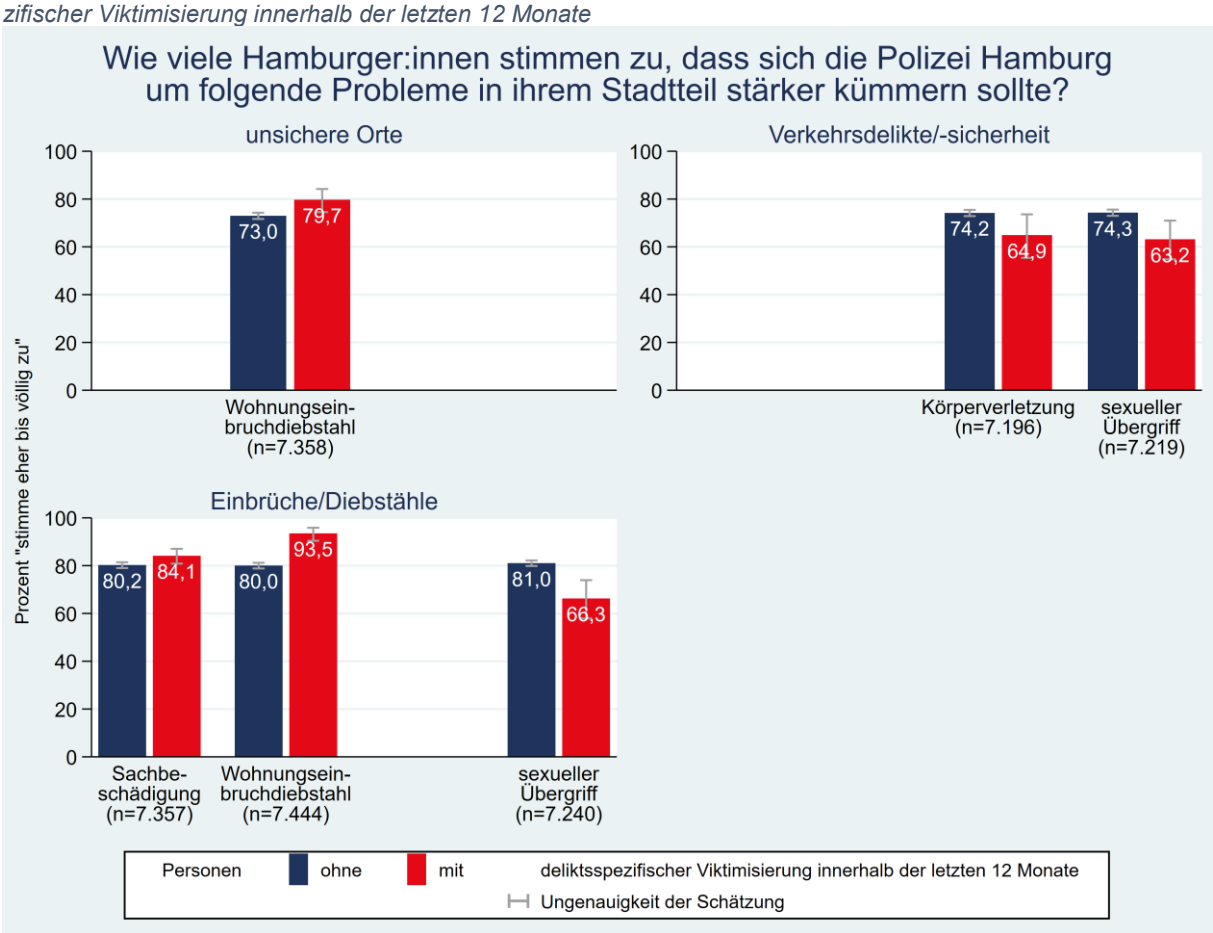


(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 55)

Eine deliktsspezifische Viktimisierung hat unterschiedliche Auswirkungen auf das Empfinden der Bürger:innen, ob sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker um bestimmte Probleme kümmern sollte (siehe Abbildung 79). Durch Wohnungseinbruchdiebstahl viktimisierte Einwohnende stimmen im Vergleich zu nicht viktimisierten Personen signifikant häufiger eher bis völlig zu, dass sich die Polizei in ihrem Stadtteil stärker um unsichere Orte (79,7 % vs. 73,0 %) sowie Einbrüche und Diebstähle (93,5 % vs. 80,0 %) kümmern sollte. Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Opfer einer Sachbeschädigung wurden, stimmen ebenfalls häufiger zu, dass sich die Polizei stärker um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern sollte (84,1 % vs. 80,2 %).
Hamburger:innen, die Opfer einer Körperverletzung oder eines sexuellen Übergriffs wurden, stimmen hingegen um 9-15 Prozentpunkte seltener als nicht viktimisierte Personen zu, dass sich die Polizei stärker um Verkehrsdelikte und -sicherheit sowie um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern soll, während hinsichtlich der anderen aufgeführten Sicherheits- und Ordnungsprobleme keine signifikanten Effekte vorliegen. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass die beiden Problemfelder in der Problemwahrnehmung und -priorisierung

der Opfer von Gewaltkriminalität im Vergleich zu nicht viktimisierten Personen nachrangig sind.
Zu bedenken ist auch, dass insbesondere sexuelle Übergriffe häufig nicht im öffentlichen Raum stattfinden. Für die Anteile derer, die für die genannten Probleme „trifft auf meinen Stadtteil nicht zu" angegeben haben, zeigen sich bei Opfern von sexuellen Übergriffen auch keine signifikanten Unterschiede zu nicht viktimisierten Personen. Bei den Personen, die durch Diebstahl, Sachbeschädigung, Wohnungseinbruchdiebstahl und Körperverletzung viktimisiert wurden, zeigt sich hingegen die Tendenz, dass für alle Problemfelder seltener „trifft nicht zu“ angegeben wurde. Die Zusammenhänge zwischen einer Viktimisierungserfahrung und der Problemwahrnehmung und -priorisierung müssen daher erst ausführlicher erforscht werden, um die vorliegenden Ergebnisse ausreichend interpretieren zu können.

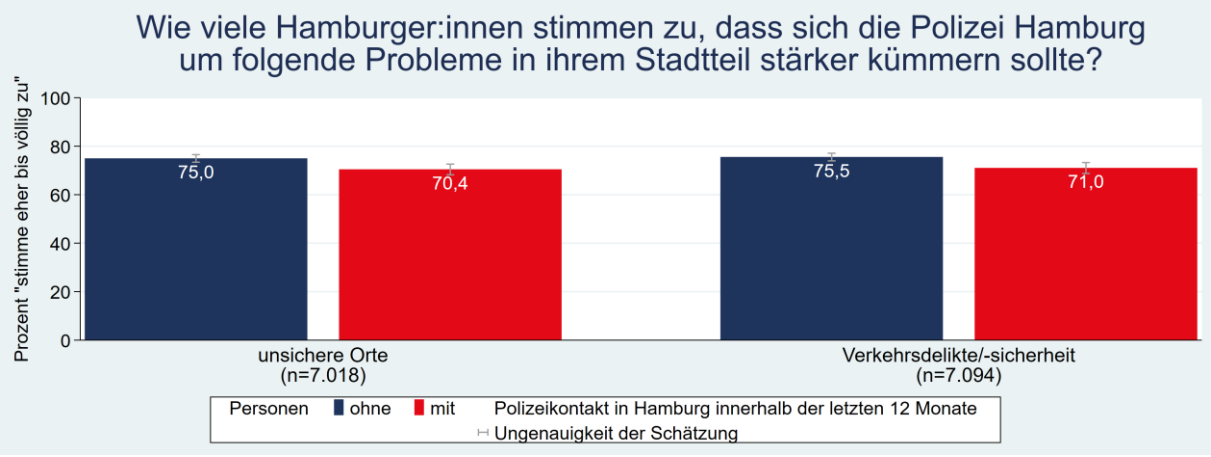
Abbildung 79: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach deliktsspezifischer Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 15, 24)

Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Polizeikontakt hatten, stimmen rund 4,5 Prozentpunkte seltener als Personen ohne Polizeikontakt eher bis völlig zu, dass die Polizei sich in ihrem Stadtteil stärker um unsichere Orte sowie Verkehrsdelikte und -sicherheit kümmern soll (siehe Abbildung 80).

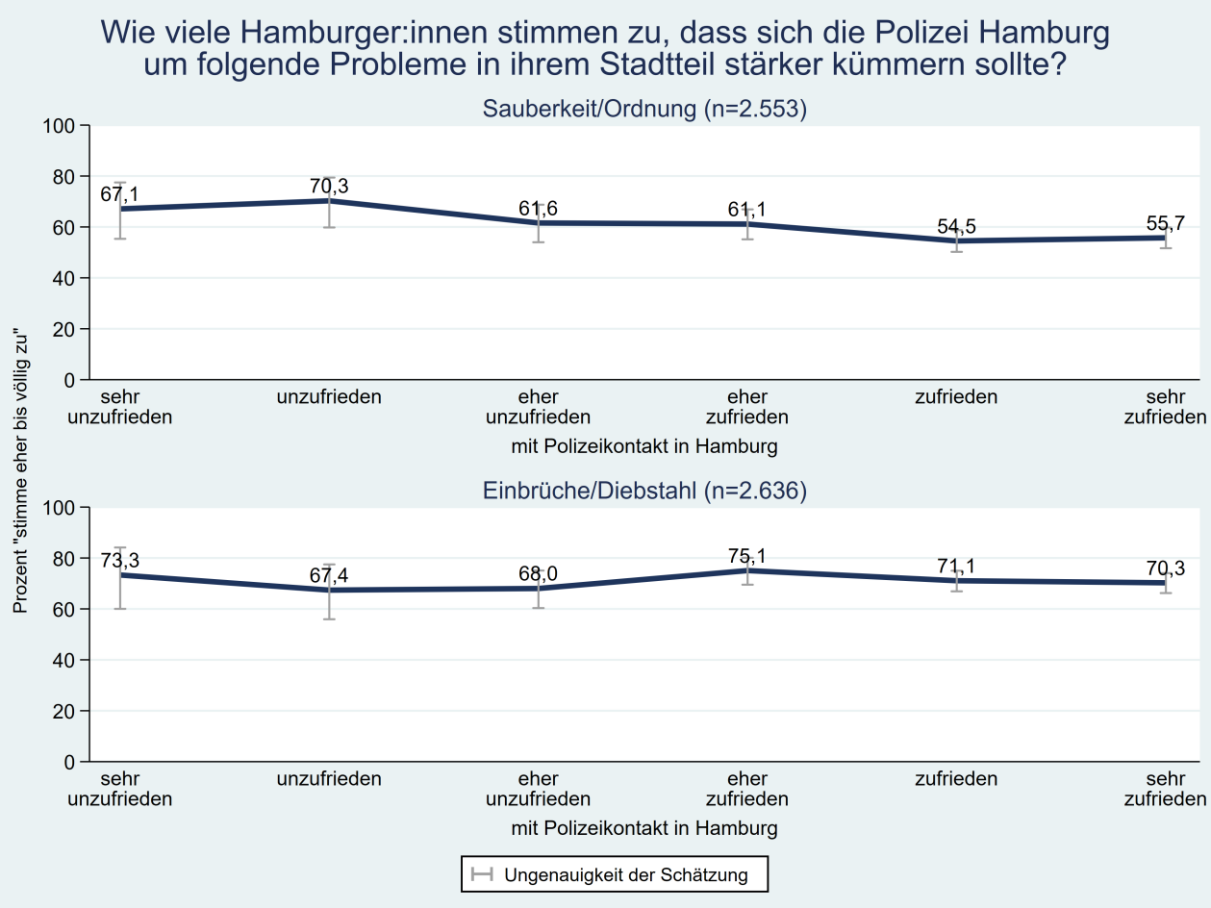
Abbildung 80: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 1)

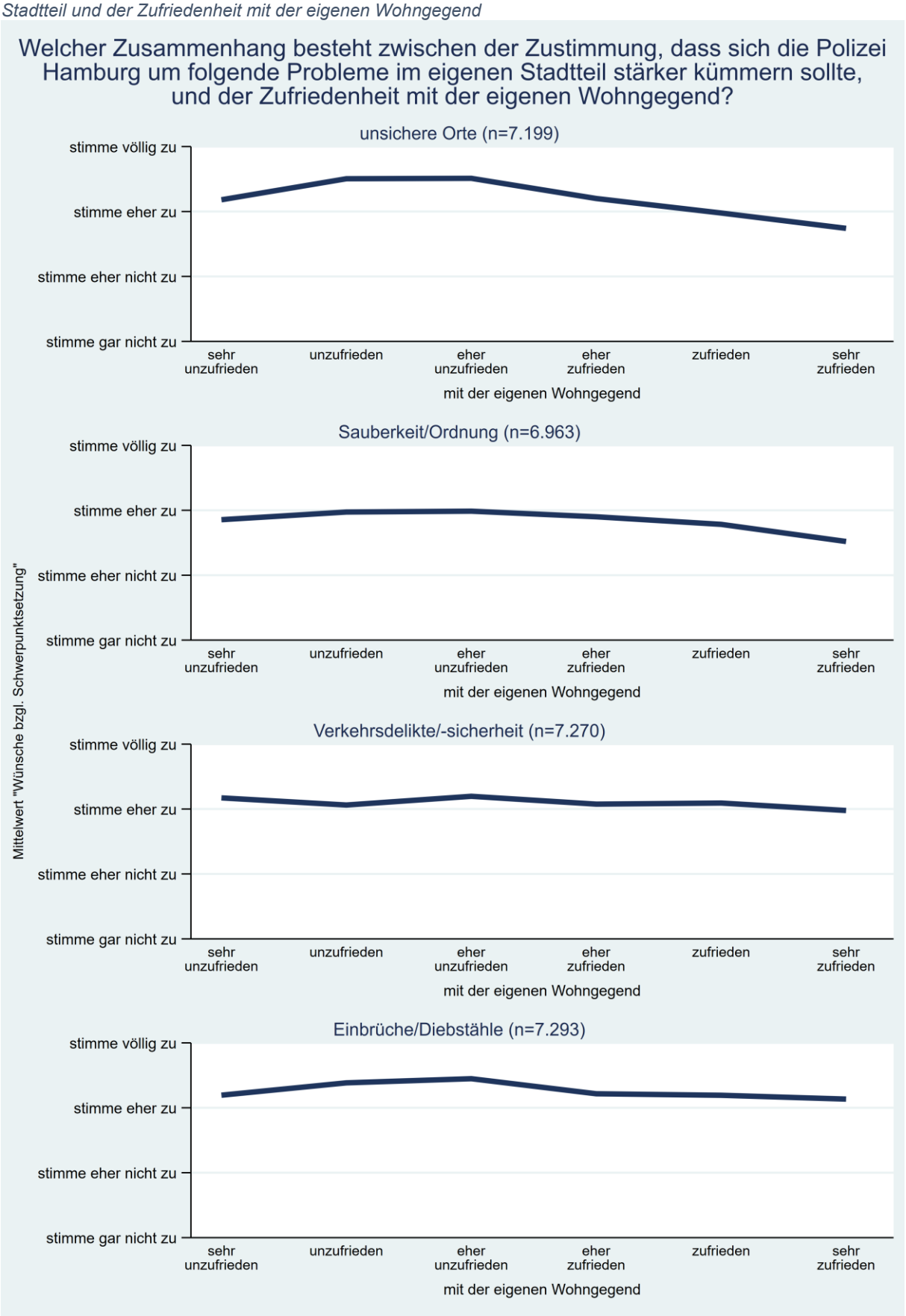
Betrachtet man die Anteile derer, die für die aufgeführten Problemfelder „trifft auf meinen Stadtteil nicht zu“ angegeben haben, wird deutlich, dass Hamburger:innen mit Polizeikontakt für alle Probleme seltener angeben, dass diese nicht auf ihren Stadtteil zutreffen. Dies kann ein Indikator dafür sein, dass Personen mit Polizeikontakt die genannten Probleme in ihrem Stadtteil eher wahrnehmen. Eine mögliche Erklärung für die geringere Zustimmung, dass die Polizei sich stärker kümmern sollte, und gleichzeitig geringerer „trifft nicht zu“-Anteile wäre, dass Personen mit Polizeikontakt eher andere Probleme priorisieren als die im Fragebogen genannten, insbesondere da Personen mit Polizeikontakt auch seltener zustimmen, dass die Polizei in ihrem Stadtteil die richtigen Schwerpunkte setzt.
Jedoch wäre die geringere Zustimmung auch als Ausdruck einer im Polizeikontakt wahrgenommenen Priorisierung der genannten Problemfelder seitens der Polizei denkbar. Ein Hinweis für diesen möglichen Zusammenhang, zumindest für einzelne Problemfelder, ist der für Sauberkeit und Ordnung feststellbare Trend, dass Personen, die mit ihrem letzten Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate zufriedener waren, seltener zustimmen, dass die Polizei sich in ihrem Stadtteil hierum stärker kümmern sollte (siehe Abbildung 81).
Darüber hinaus kann dieser Unterschied durch einen indirekten Zusammenhang mit Alters-, Wohnorts- oder weiteren Effekten bedingt sein. Auch hier ist weitere Forschung notwendig, um die Unterschiede erklären zu können.

Abbildung 81: Wünsche bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil nach Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontaktes innerhalb der letzten 12 Monate



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 2)

Abbildung 82: Zusammenhang zwischen Wünschen bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil und der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 1)

Es zeigt sich für die Problemfelder ‚unsichere Orte' und ‚Sauberkeit und Ordnung' eine vergleichsweise hohe Zustimmung zu der Aussage, dass sich die Polizei stärker im eigenen Stadtteil darum kümmern soll, für Personen die unzufrieden bis eher unzufrieden mit ihrer eigenen Wohngegend sind. Ab diesem Punkt nimmt die Zustimmung mit steigender Zufriedenheit mit der Wohngegend ab. Passend hierzu nimmt ab diesem Zufriedenheitspunkt auch der Anteil derer, die für diese Problemfelder ‚trifft auf meinen Stadtteil nicht zu' ankreuzen, um mehr als 20 Prozentpunkte zu.
Bei den Problemfeldern ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit' sowie ‚Einbrüche und Diebstähle' zeigen sich kaum Unterschiede nach der Zufriedenheit mit der Wohngegend und auch die ‚trifft nicht zu'-Anteile haben keinen stark ansteigenden Trend. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass diese beiden Problemfelder weniger stark örtlich konzentriert auftreten, sondern alle Wohngegenden betreffen können (siehe Abbildung 82).

Je häufiger Hamburger:innen räumliche Desorganisationsanzeichen (z. B. Schmierereien an Hauswänden, beschädigte Briefkästen, Müll und Abfall auf Straßen, Gehwegen oder Grünflächen) oder soziale Desorganisationsanzeichen (Gruppe ‚herumhängende' Menschen, Lärm auf der Straße, öffentliche Streitereien, Schlägereien) in ihrer eigenen Wohngegend wahrnehmen, desto stärker stimmen sie zu, dass sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker um die aufgeführten Probleme kümmern sollte (siehe Abbildung 83).
Die feststellbaren Zusammenhänge legen wiederum nahe, dass die Zustimmung zu den Einzelproblemen kein Indikator für das Vorhandensein dieser Probleme in den jeweiligen Stadtteilen ist. Stattdessen ist davon auszugehen, dass die Problemwahrnehmung und -priorisierung seitens der Befragten ähnlich wie bei der Wahrnehmung von Anzeichen nachbarschaftlicher Desorganisation Ausdruck eines Sicherheitsbedürfnisses ist (vgl. Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023: 41).

Abbildung 83: Zusammenhang zwischen Wünschen bzgl. der Schwerpunktsetzung der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil und der Desorganisationswahrnehmung in der eigenen Wohngegend



(Siehe Anhang 1, Fragen 59, 2)

Die Frage, um was sich die Polizei Hamburg in Ihrem Stadtteil stärker kümmern sollte, umfasste ebenso die Möglichkeit für die Befragten konkret andere Probleme schriftlich anzugeben. 1.118 Hamburger:innen nutzten diese Option, wobei sich die Antwortbereitschaft nicht wesentlich zwischen verschiedenen Personengruppen oder Bezirken unterscheidet. Die Auswertung erfolgte nach qualitativer Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022). Zur Strukturierung der Daten diente das Sozialraumkonzept von Läpple (1992), konkret die darin spezifizierten Merkmalskategorien eines gesellschaftlichen Raums.
Einen ersten Einblick in die am häufigsten genannten Begrifflichkeiten bietet nachstehende Abbildung 84.

Abbildung 84: 30 am häufigsten genannte Wörter innerhalb der Antworten, worum die Polizei Hamburg sich im eigenen Stadtteil stärker kümmern sollte



Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Polizei, wie sie sich in den Antworten widerspiegelt, häufig auf konkrete Orte, Dinge oder Personengruppen sowie Vorstellungen von regelwidrigem bzw. -konformem Verhalten bezieht. Darüber hinaus ist feststellbar, dass der Themenkomplex Verkehr den größten Stellenwert einnimmt und sich in der Analyse durch alle Auswertungskategorien aus verschiedensten Blickwinkeln wiederfindet. Im Abgleich mit den Zustimmungsanteilen zu den geschlossenen Antwortkategorien wird auch deutlich, dass die in den offenen Nennungen feststellbaren Trends nur begrenzt mit dem Antwortverhalten für die geschlossen abgefragten Ordnungs- und Sicherheitsprobleme in Verbindung gebracht werden. Deutlicher zeigen sich in den offenen Nennungen Bezüge zum Sicherheitsgefühl bzw. zur Kriminalitätsfurcht.

In Nennungen mit Bezug auf Orte, Dinge und Personen (= Merkmalskategorie 1: physisch-materielle Substrate) ist bereits erkennbar, dass v. a. der Verkehr ein hohe Relevanz für Bürger:innen hat. Dies schließt sowohl Verkehrsobjekte als auch -teilnehmende ein. Seltener, aber auch mehrfach, wurden Personengruppen genannt, um die sich die Polizei Hamburg stärker kümmern soll, insb. Obdachlose und Minderjährige. Auch Tiere wurden angegeben, wobei es sich hier hauptsächlich um Hunde und Hundekot handelt. Suchtmittel und Parks sind ebenfalls ein Anliegen.

Auch hinsichtlich bestimmter Verhaltensweisen (= Merkmalskategorie 2: gesellschaftliche Interaktions- und Handlungsstrukturen) wurden am häufigsten Verweise auf regelwidriges Handeln mit Verkehrsbezug gegeben, also Verkehrsverstöße und Geschwindigkeitsdelikte. Mehrfach genannt wurden außerdem störende Verhaltensweisen in Bezug auf Verunreinigung und Belästigung, welche sowohl Lärmbelästigung als auch sexuelle Belästigung einschließen. Des

Weiteren wurden konkrete kriminelle Problemlagen von Diebstahl, Gewalt, Sachbeschädigung und Sexualstraftaten angegeben sowie vereinzelt polizeiliches Fehlverhalten genannt. Neben unerwünschten Verhaltensweisen wurden auch Erwartungshaltungen gegenüber der Polizei formuliert. Diese beziehen sich insbesondere auf die Stärkung von polizeilicher Präsenz, bürger:innennaher Polizeiarbeit und polizeilicher Kontrolltätigkeit.

Zudem werden Erwartungshaltungen in Bezug auf gesellschaftliche Normen, Werte, Regeln und Gesetze (= Merkmalskategorie 3: institutionalisiertes und normatives Regulationssystem) formuliert. Hierbei finden wiederum häufig Aspekte im Hinblick auf (Un-)Sicherheit und Verkehr Erwähnung. Konkret benannt werden dabei Themen wie Verkehrssicherheit, Schutz von Kindern und Tieren, Corona-Schutzmaßnahmen und Prävention von Extremismus. Seltener, aber auch mehrfach, werden ordnungsbezogene Wertvorstellungen und Regulierungserwartungen, insbesondere mit Bezug auf Suchtmittel, Ruhe und Beleuchtung, genannt.
Auch in den Nennungen, die sich auf Elemente zur Beeinflussung von Verhaltensweisen im Raum (= Merkmalskategorie 4: Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem) beziehen, werden überwiegend Elemente mit Verkehrsbezug angegeben (z. B. Verkehrsregelungen, Verkehrsschilder), aber auch Verweise auf Ruhezeiten und Werbung.

Werden Nennungen betrachtet, die sich nicht diesem Kategorienschema zuordnen lassen, werden hier häufig Bewertungen wie falsch und illegal vorgenommen und Zeitangaben, v. a. nachts und abends, gemacht.

Es lassen sich einige Unterschiede hinsichtlich der genannten Themenfelder zwischen verschiedenen Personengruppen ausmachen.

Sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen Befragten ist der Verkehr das meistgenannte Anliegen. Die Sicherheit im öffentlichen Raum als Problemlage im eigenen Stadtteil hat für Frauen allerdings eine größere Bedeutung als für Männer. So geben weibliche Befragte häufiger Schlagworte wie Betrunkene, aggressives Verhalten, Beleuchtung, Kriminalität im öffentlichen Personennahverkehr abends und nachts und häusliche Gewalt an, wohingegen Männer diese selten bis nie nennen. Bei den sowohl bei Männern als auch Frauen häufiger vorkommenden Verweisen auf Belästigung zeigt sich, dass bei männlichen Befragten größtenteils Lärmbelästigung und bei weiblichen Befragten eher sexuelle Belästigung gemeint ist. Diese Daten geben einen tieferen Einblick in die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bezogen auf die Wahrnehmung von Sicherheit im öffentlichen Raum (Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023).

Die Erwartung, dass sich die Polizei Hamburg stärker um die Einhaltung von Verkehrsregeln sowohl durch Auto- als auch Fahrradfahrer:innen kümmert, wird deutlich öfter von älteren Personen angegeben, wohingegen jüngere Altersgruppen dies selten nennen. Dies lässt sich ggf. über die abnehmende Verkehrsroutine mit steigendem Alter erklären, da die Gefahreneinschätzung von Situationen im Straßenverkehr niedriger ausfällt, wenn Personen häufiger aktiv an diesem teilnehmen (Ullmann 2023: 25).
Auch beim Wunsch nach mehr Polizeipräsenz und -kontrollen wird innerhalb der offenen Nennung eine Zunahme mit steigendem Alter erkennbar. Dies deckt sich mit der im Alter abnehmenden Zustimmung, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist (siehe Kapitel 3.1.5) und könnte unter anderem mit der zunehmenden Kriminalitätsfurcht mit steigendem Alter erklärt werden (Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023: 15f).
Bei den Schlagworten Rassismus und illegale Polizeigewalt bei G20 ist ein gegensätzlicher Schwerpunkt erkennbar, da diese zwar insgesamt selten, aber ausschließlich von 16- bis 34-Jährigen, angegeben werden. Diese Clusterung ist nicht überraschend, da Polizeigewalt in erster Linie im Rahmen von Großveranstaltungen wie Demonstrationen oder Fußballveranstaltungen verzeichnet wird und das Durchschnittsalter der Betroffenen 25,9 Jahre beträgt (Abdul-Rahman / Grau et al. 2023: 3). Auffällig ist, dass sich v. a. die 16- bis 24-Jährigen (in denen ein hoher Frauenanteil vorliegt) mehr polizeiliche Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Sexualstraftaten wünschen.

Dass sich die Polizei stärker um öffentlichen Drogenkonsum und -handel kümmern soll, wird v. a. von 25-54-Jährigen erwartet. Dies könnte durch die verschiedenen Alltagsroutinen von jungen, mittelalten und älteren Personen erklärt werden. Ältere Generationen bewegen sich weniger häufig im öffentlichen Raum und nehmen den Konsum und Handel von Drogen somit seltener wahr (Lüdemann / Peter 2007: 37). Außerdem können auch generationsbedingte Einflüsse (z. B. 60er Jahre) die Akzeptanz gegenüber illegaler Drogen verändern (Popp / Savaskan 2021: 97).

Hamburger:innen mit Migrationshintergrund erwarten häufiger, dass die Polizei Hamburg stärker gegen Drogenkonsum und -handel, Rassismus sowie Diebstahl vorgeht. Bezogen auf ihren Stichprobenanteil formulieren mehr Personen mit Migrationshintergrund die Erwartungshaltung, dass sich die Polizei Hamburg stärker um die Sicherheit der Bürger:innen kümmern sollte, als Personen ohne Migrationshintergrund (13,9 % vs. 4,9 %). Die Ergebnisse des ersten Hamburger Teilberichtes bekräftigen dies, da Personen mit Migrationshintergrund eine höhere Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung aufweisen (Hauber / Rabitz-Suhr et al. 2023: II).

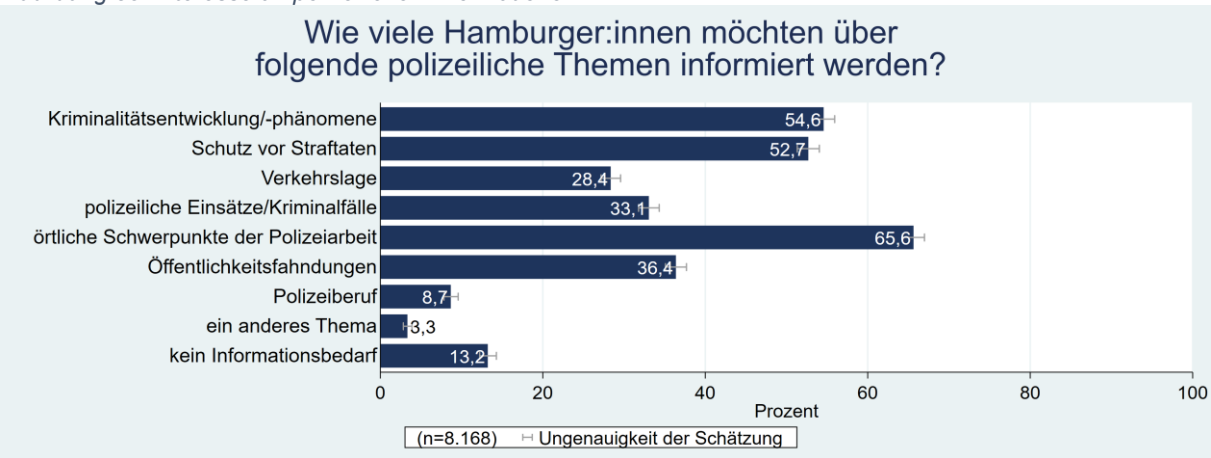
In Hinblick auf die Hamburger Bezirke zeigt sich, dass der Verkehr in allen Stadtteilen gleichermaßen ein Anliegen darstellt. In Eimsbüttel werden jedoch auffällig oft Verkehrsdelikte durch Fahrrad- und Rennradfahrer:innen angegeben, in Hamburg-Nord sowie Wandsbek mehrheitlich Raserei und Geschwindigkeitsdelikte.
Bewohner:innen aus Altona nennen im Vergleich zu anderen Bezirken häufiger, dass sich die Polizei stärker um Obdachlose kümmern soll, wobei nicht immer klar ist, ob soziale oder ordnungspolizeiliche Maßnahmen erwartet werden. Auch Schmierereien und Graffiti werden v. a. in Altona als Problem benannt, wohingegen dies in anderen Stadtteilen selten der Fall ist.
Kriminalitätsfurcht wird hauptsächlich von Bewohner:innen in Harburg, Bergedorf und Altona geäußert. Deliktspezifisch lässt sich feststellen, dass die Angst vor Diebstahl am häufigsten in Eimsbüttel genannt wird, wobei es mehrheitlich um Fahrraddiebstahl geht. Der Wunsch nach stärkerem Vorgehen gegen Gewaltdelikte wird v. a. von Befragten aus Hamburg-Mitte angegeben, was die Ergebnisse des ersten Hamburger SKiD-Berichtes widerspiegelt, da Bürger:innen aus Harburg und Hamburg-Mitte häufiger angegeben, dass sie ihren Stadtteil als unsicher bewerten (ebd.: 51).

3.4.2 Informationstätigkeit der Polizei Hamburg

Um Impulse für die Ausrichtung der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit zu ermöglichen, wurden Hamburger:innen Fragen zu ihrem Interesse an und ihrer Wahrnehmung von polizeilichen Informationen gestellt. Dabei wurden die Teilnehmenden gefragt, ob und über welche polizeilichen Themen sie informiert werden wollen und auf welchem Weg sie diese Informationen erhalten möchten.

Am häufigsten wünschen sich die befragten Hamburger:innen mehr Informationen über örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit in ihrem Stadtteil (65,6 %), die Kriminalitätsentwicklung und neue Kriminalitätsphänomene (54,6 %) sowie über den Schutz vor Straftaten (52,7 %). Seltener möchten Bürger:innen über Öffentlichkeitsfahndungen (36,4 %), Einsätze und Kriminalfälle (33,1 %) oder die Verkehrslage (28,4 %) informiert werden. Am seltensten werden Informationen über den Polizeiberuf (8,7 %) oder andere Themen (3,3 %) gewünscht. 13,2 % der Befragten haben überhaupt keinen Informationsbedarf (siehe Abbildung 85).

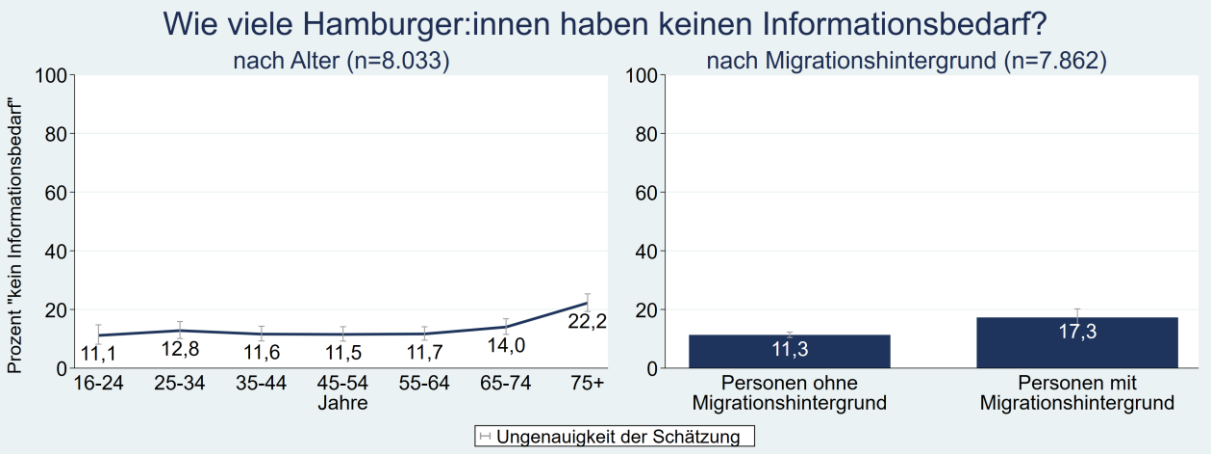
Abbildung 85: Interesse an polizeilichen Informationen



(Siehe Anhang 1, Frage 60)

Der Anteil der Hamburger:innen, die keine Informationen erhalten wollen, ist bei Personen zwischen 65-74 Jahren bereits leicht, und bei Personen ab 75 Jahren deutlich höher als bei jüngeren Altersgruppen. Zudem geben Personen mit Migrationshintergrund um 6 Prozentpunkte häufiger an keine Informationen erhalten zu wollen, als Personen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 86).

Abbildung 86: Fehlendes Interesse an polizeilichen Informationen



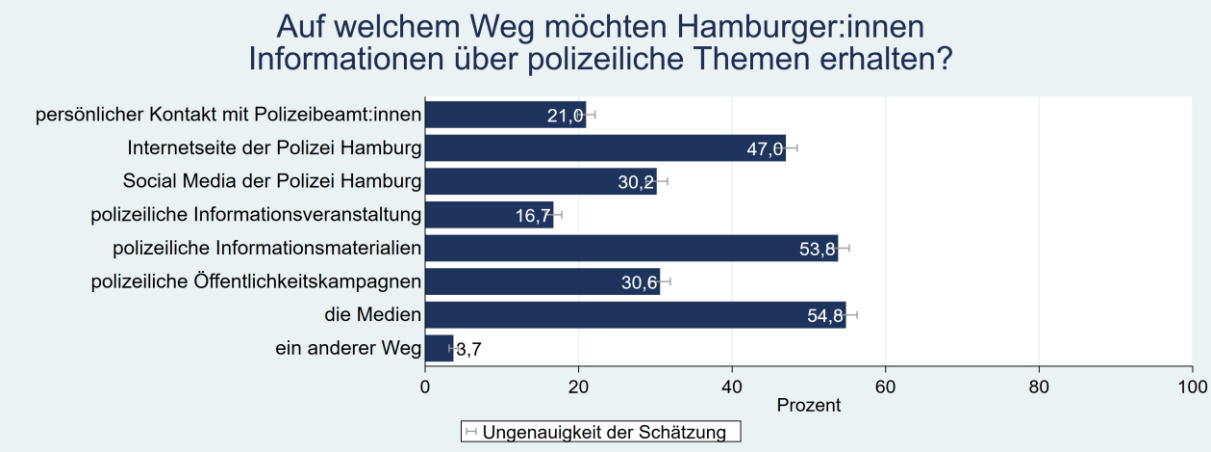
(Siehe Anhang 1, Fragen 60, 44, 43, 50-54)

25 Befragte, die ein anderes Thema angekreuzt haben, geben im offenen Antwortfeld nähere Angaben: Die meisten Nennungen sind Konkretisierungen der bereits geschlossen abgefragten Kategorien, insbesondere ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene' und ‚Schutz vor Straftaten'. Fünf Personen haben ergänzende Themenwünsche genannt, die sich auf Verfehlungen der Polizei beziehen, konkret die Themen Rassismus, Sexismus sowie Polizeigewalt bei G20.

Die Medien (z. B. Print- und Onlinemedien, Radio, Fernsehen, Social Media) (54,8 %) sowie polizeiliche Informationsmaterialien (53,8 %), gefolgt von der offiziellen Internetseite der Polizei Hamburg (47,0 %) sind die am häufigsten bevorzugten Kommunikationskanäle, um über polizeiliche Themen informiert zu werden. Seltener werden Öffentlichkeitskampagnen (z. B. Plakatwerbung, Fahrgastfernsehen, Kinospots) (30,6 %) sowie die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg (30,2 %), der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen (21,0 %) oder polizeiliche Informationsveranstaltungen (16,7 %) genannt. Am seltensten wurde mit einer Häufigkeit von 3,7 % ein anderer Weg gewünscht (siehe Abbildung 87).
Dieses Ranking der Vermittlungswege zeigt sich über alle Themenfelder, an denen die befragten Hamburger:innen Interesse haben, hinweg.

Anzumerken für die Interpretation ist, dass hier nicht die Wirksamkeit der Kommunikation, sondern die Präferenz der Vermittlungswege seitens der Bevölkerung abgefragt wird. Insbesondere für Öffentlichkeitskampagnen müssen diese Ergebnisse zurückhaltend interpretiert werden, da deren Wirksamkeit in der Regel nicht auf bewusster Rezeption basiert.

Abbildung 87: Vermittlungswege polizeilicher Informationen



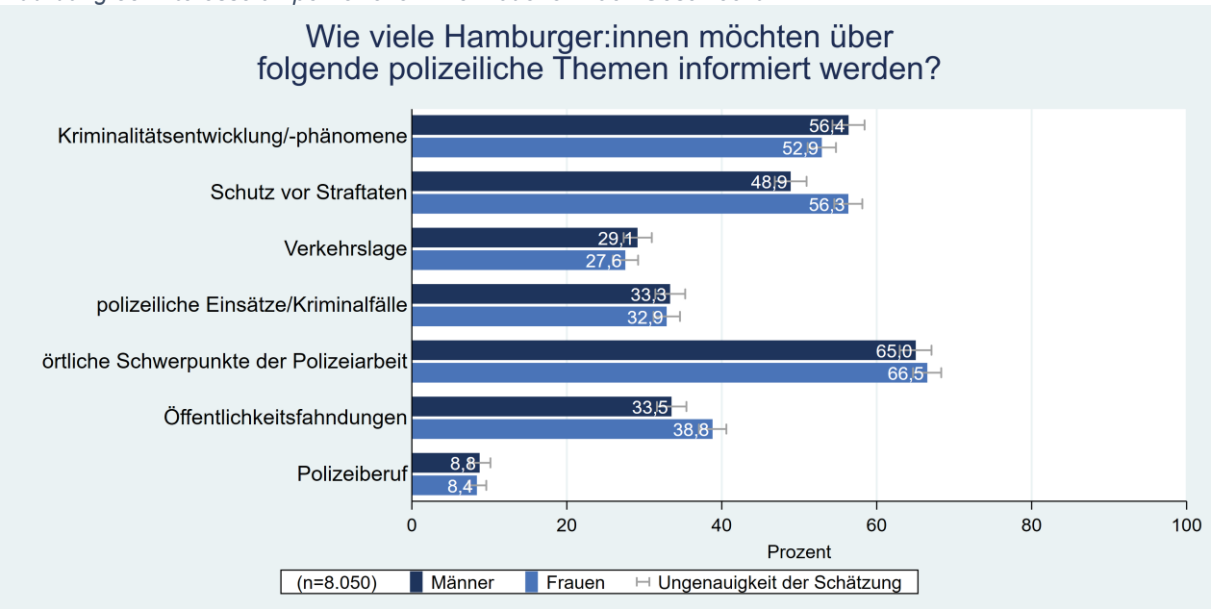
(Siehe Anhang 1, Frage 61)

Bei Hamburger:innen, welche polizeiliche Informationen über einen anderen Weg erhalten möchten und dies näher ausgeführt haben, ist auffallend, dass von den 14 Ausführungen acht Bürger:innen, jeder Altersgruppe sowie mit und ohne Migrationshintergrund, (E-Mail-)Newsletter als zusätzlichen Informationsweg wünschen. Sechs Personen machen in ihren Anmerkungen auch die Bedeutsamkeit lokaler Bezüge deutlich, über lokale Themenschwerpunkte oder lokale Medien.

Die meisten Unterschiede im Interesse an polizeilichen Informationen zwischen Männern und Frauen sind gering (siehe Abbildung 88). Männer möchten etwas häufiger über die Kriminalitätsentwicklung bzw. neue Phänomene informiert werden (3,5 Prozentpunkte Unterschied), Frauen hingegen etwas häufiger über Öffentlichkeitsfahndungen (5,3 Prozentpunkte Unterschied). Der größte Unterschied findet sich hinsichtlich Informationen zum Schutz vor Straftaten. Dies geben 56,3 % der Frauen, aber nur 48,9 % der Männer an. Hierbei kommen vermutlich die Unterschiede im Sicherheitsgefühl zwischen Männern und Frauen zum Ausdruck, insbesondere hinsichtlich der subjektiven Sicherheit und Vermeidungsverhalten zum Schutz vor Kriminalität im öffentlichen Raum (vgl. ebd.: II).

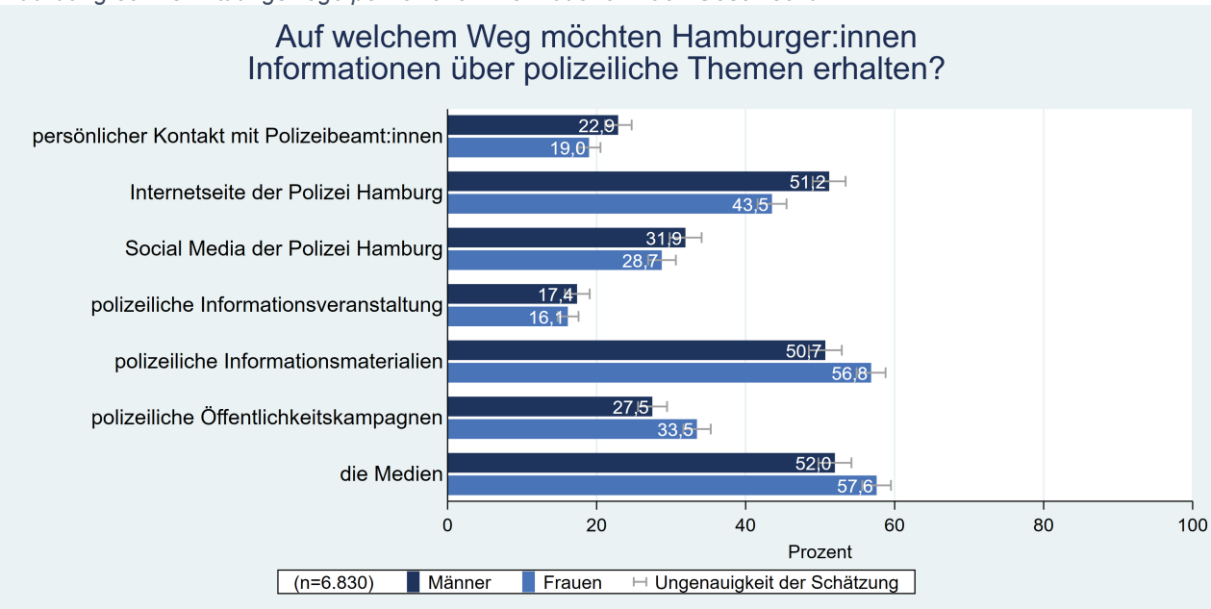
Grundsätzlich sind die Medien, polizeiliche Informationsmaterialien und die Internetseite der Polizei Hamburg die sowohl von Männern und Frauen am häufigsten genannten Informationskanäle, dennoch sind geringe Unterschiede feststellbar (siehe Abbildung 89). Männliche Befragte geben etwas häufiger die offizielle Internetseite (7,7 Prozentpunkte Unterschied), den persönlichen Kontakt (3,9 Prozentpunkte Unterschied) sowie Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg (3,2 Prozentpunkte Abweichung) an als weibliche Befragte. Diese hingegen nennen um ca. 6 Prozentpunkte häufiger als Männer polizeiliche Informationsmaterialien, Öffentlichkeitskampagnen und die Medien als gewünschte Kommunikationswege.

Abbildung 88: Interesse an polizeilichen Informationen nach Geschlecht



(Siehe Anhang 1, Fragen 60, 44)

Abbildung 89: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Geschlecht



(Siehe Anhang 1, Fragen 61, 44)

Der Anteil der Befragten, die ‚keinen Informationsbedarf' haben, ist bei Personen ab 75 Jahren fast doppelt so hoch wie in den anderen Altersgruppen. Dementsprechend werden in dieser Altersgruppe allgemein seltener Themen genannt, zu denen sich Informationen gewünscht werden.

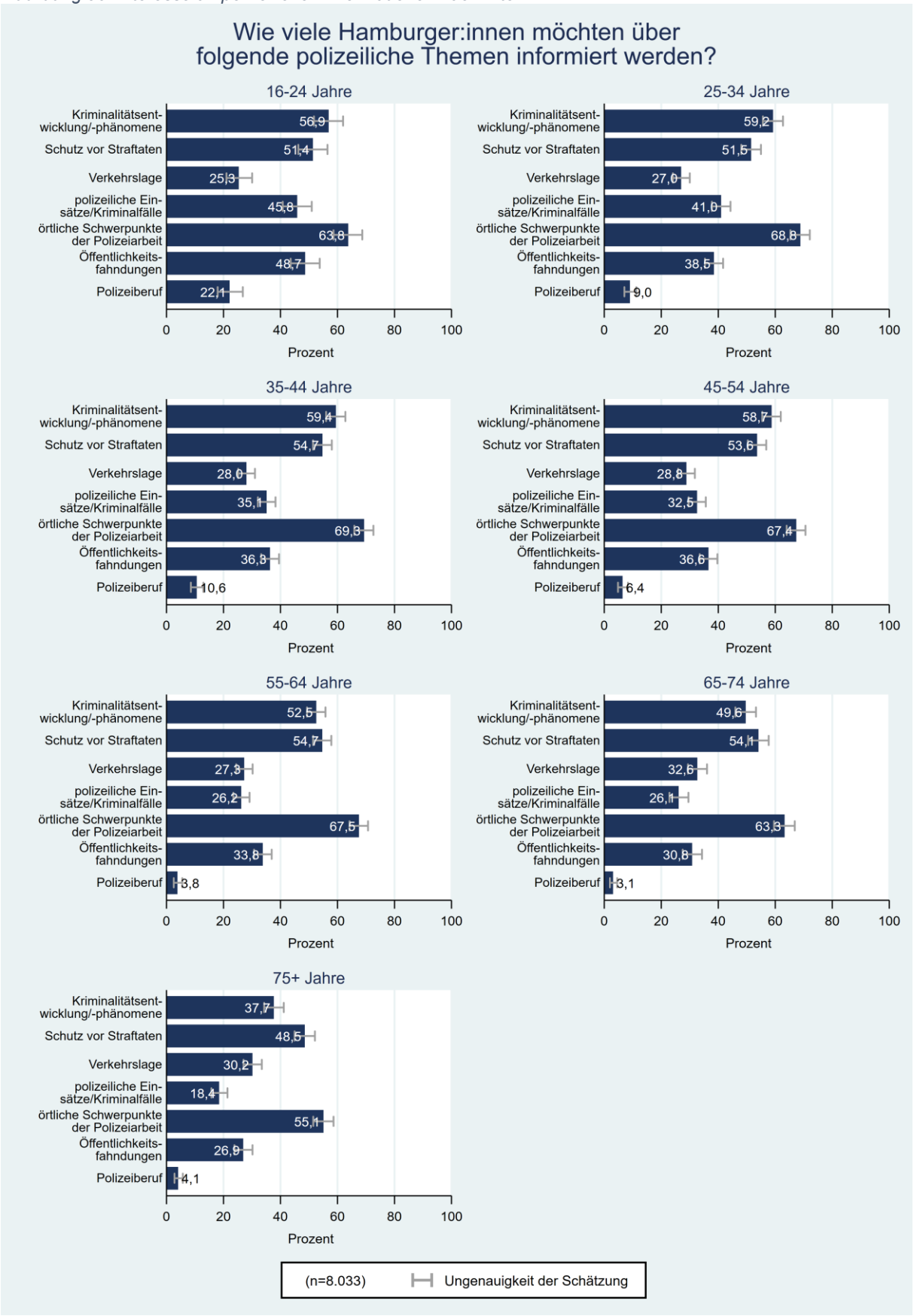
Rund zwei Drittel aller Hamburger:innen der Altersgruppen unter 75 Jahren möchten Informationen zu ‚örtlichen Kriminalitätsschwerpunkten' erhalten. Im Vergleich zu anderen Themen wird dieser Informationswunsch am häufigsten genannt, auch wenn sich geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen zeigen. Personen im Alter von 25-64 Jahren geben diesen Informationswunsch um ca. 4-6 Prozentpunkte häufiger an als Personen unter 25 Jahren oder zwischen 65 und 74 Jahren.

Das am zweithäufigsten genannte polizeiliche Thema, zu dem Hamburger:innen sich Informationen wünschen, wechselt von ‚Kriminalitätsentwicklung bzw. -phänomenen' bei Personen unter 55 zu ‚Schutz vor Straftaten' bei Personen ab 55 Jahren. Dennoch sind die Unterschiede

hinsichtlich des Themas ‚Schutz vor Straftaten' so gering, dass sie keine statistische Signifikanz erreichen. Gleiches gilt für den Wunsch nach Informationen zur Verkehrslage.
Für den Wunsch nach mehr Informationen zu polizeilichen Öffentlichkeitsfahndungen fällt auf, dass er von fast der Hälfte der 16- bis 24-Jährigen angegeben wird und die Häufigkeit in den Altersgruppen von 25-74 Jahren von 38,5 % auf 30,8 % sinkt. Ein ähnlich absinkender Trend zeigt sich für den Informationswunsch zum Thema ‚polizeiliche Einsätze und Kriminalfälle'.
Den Wunsch nach mehr Informationen zum Polizeiberuf geben mit einem Fünftel der Befragten deutlich am häufigsten junge Menschen (16- bis 24-Jahre) an, während der Anteil bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren bei rund einem Zehntel und ab 55 Jahren unter 5 % liegt. Dieser Verlauf ist hinsichtlich des Verlaufs der Berufstätigkeit und eines potentiellen Berufseinstiegs in die Polizei erwartbar (siehe Abbildung 90).

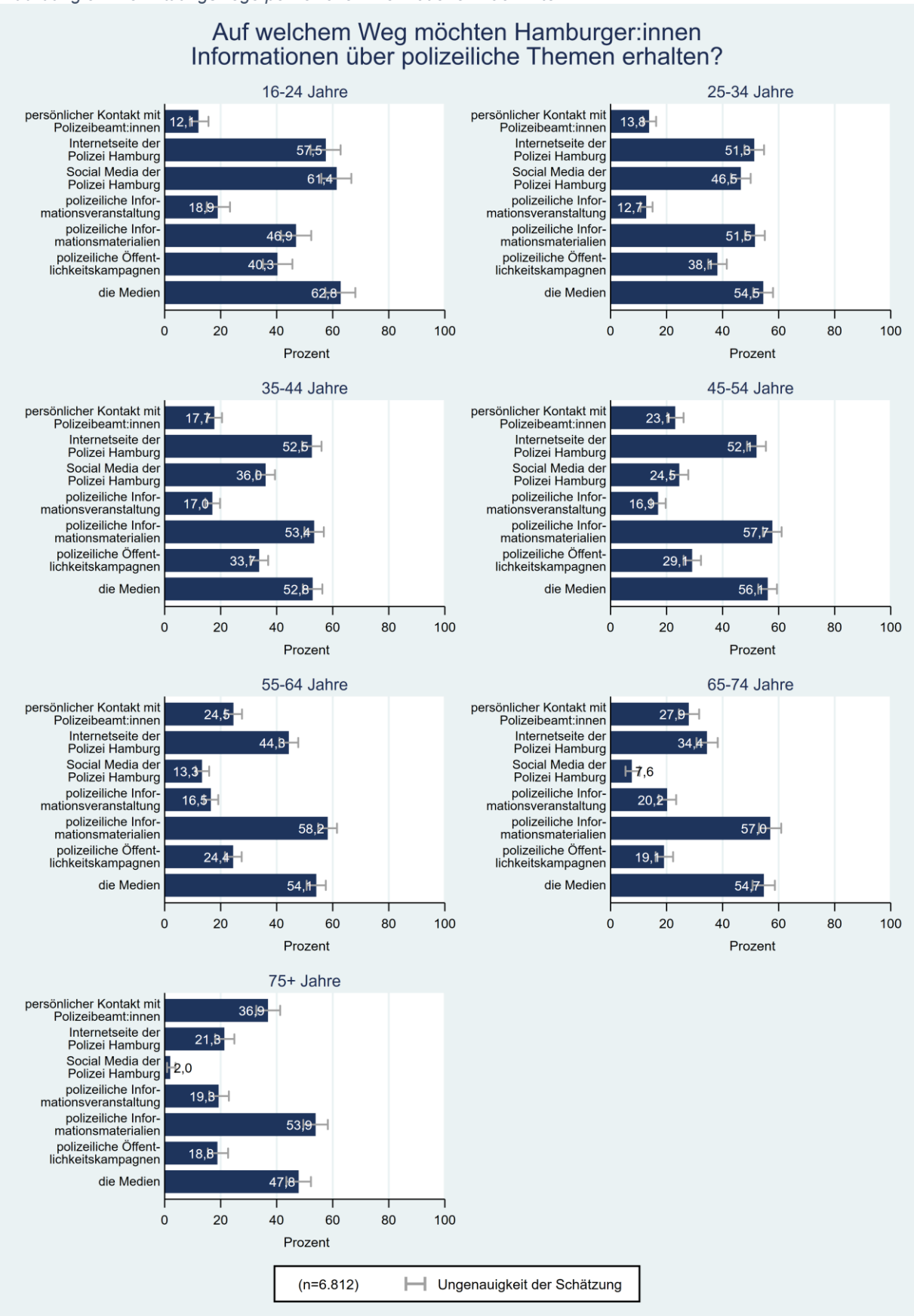
Generell werden die Vermittlungswege ‚Medien' und ‚polizeiliche Informationsmaterialien' in allen Altersgruppen vergleichsweise relativ häufig genannt und liegen in der Häufigkeit der Nennung nah beieinander. Dennoch lassen sich gewisse Trends im Altersverlauf erkennen (siehe Abbildung 91). Die Medien werden von Personen im Alter von 16-34 Jahren am häufigsten und von Personen ab 35 Jahren am zweithäufigsten als Informationskanal für Informationen zu polizeilichen Informationen genannt. Bei den Altersgruppen ab 35 hingegen sind ‚polizeiliche Informationsmaterialien' das am häufigsten gewünschte Vermittlungsmedium.
Bei Hamburger:innen zwischen 16 und 24 Jahren werden die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg bereits am zweithäufigsten genannt und liegen mit 61,4 % Zustimmung nur geringfügig unterhalb der Medien. Im Altersverlauf sinkt dieser Anteil stark auf nur 2,0 % der Personen ab 75 Jahren. Auch die ‚Internetseite der Polizei Hamburg' sowie ‚polizeiliche Öffentlichkeitskampagnen' werden mit zunehmendem Alter von immer weniger Hamburger:innen als gewünschter Informationskanal angegeben, wobei die Internetseite von allen Altersgruppen unter 75 Jahren noch am dritthäufigsten genannt wird.
Im Gegensatz hierzu steigt der Anteil der Personen, die sich Informationen über den ‚persönlichen Kontakt mit Polizeibeamt:innen' wünschen, von 12,1 % in der jüngsten Altersgruppe auf 36,9 % in der ältesten Altersgruppe an. Dennoch hat dieser Vermittlungsweg im Vergleich mit den häufigsten Informationskanälen eine eher geringe bis mittelmäßige Bedeutung. ‚Polizeiliche Informationsveranstaltungen' sind mit einer Häufigkeit zwischen 12 und 20 % für alle Altersgruppen von vergleichsweise geringer Bedeutung.

Abbildung 90: Interesse an polizeilichen Informationen nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 60, 43)

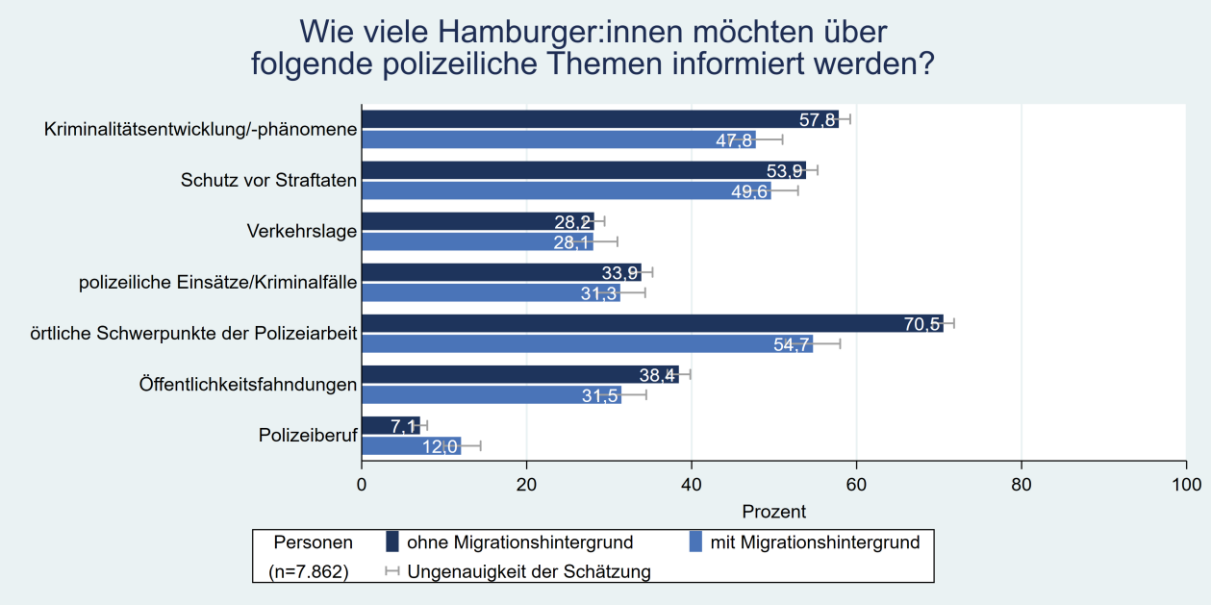
Abbildung 91: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 61, 43)

Bei den meisten Themen stimmen mehr Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund zu, Informationen erhalten zu wollen, als Hamburger:innen mit Migrationshintergrund (siehe Abbildung 92). Erstere wollen signifikant häufiger über ‚örtliche Schwerpunkte', ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene', ‚Schutz vor Straftaten' sowie ‚Öffentlichkeitsfahndungen' informiert werden als Befragte mit Migrationshintergrund. Auch wenn das Thema ‚örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit' bei beiden Gruppen am häufigsten im Vergleich zu anderen Themen genannt wird, zeigt sich hier jedoch der größte Unterschied mit 70,5 % der Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund, die hierzu Informationen wünschen, und 54,7 % der Hamburger:innen mit Migrationshintergrund.

Abbildung 92: Interesse an polizeilichen Informationen nach Migrationshintergrund

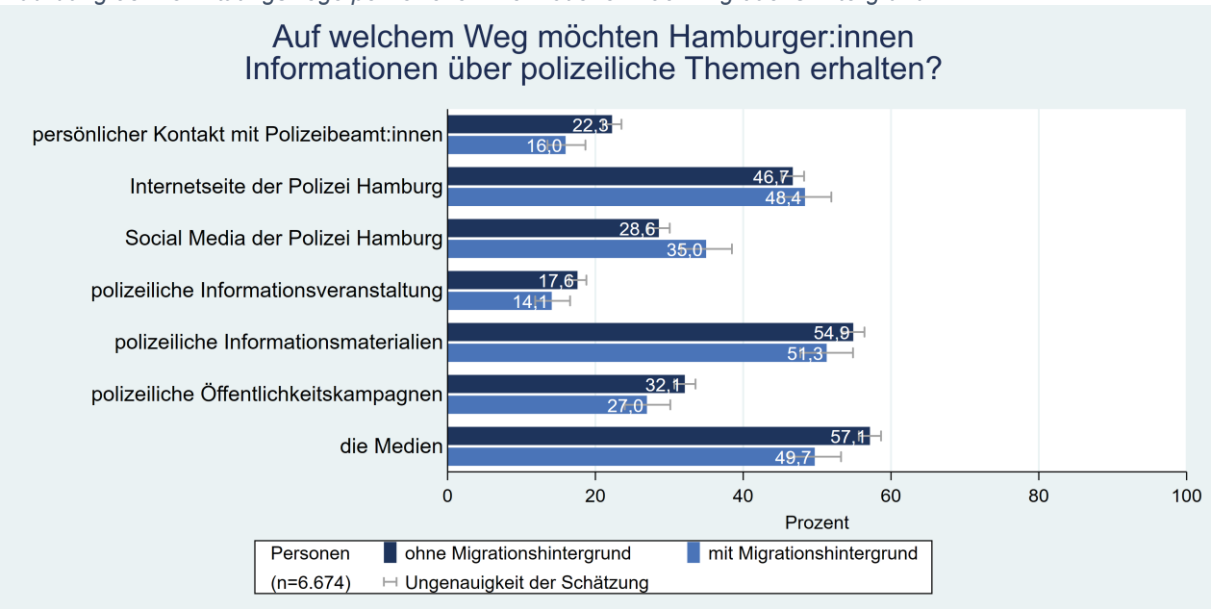


(Siehe Anhang 1, Fragen 60, 50-54)

Bei Hamburger:innen mit Migrationshintergrund liegt jedoch auch der Anteil derer, die keine Informationen erhalten möchten, mit 17,3 % um 6 Prozentpunkte höher als bei Bürger:innen ohne Migrationshintergrund. Das einzige Thema, bei denen Bürger:innen mit Migrationshintergrund mehr Informationen erhalten möchten als Personen ohne Migrationshintergrund, ist der Polizeiberuf (12,0 % vs. 7,1 %). Hierbei ist zu prüfen, ob dieser Unterschied auch bestehen bleibt, wenn die Altersstruktur der Gruppen bei der Gegenüberstellung berücksichtigt werden würde.

Sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund sind die Medien sowie polizeiliche Informationsmaterialien die am häufigsten genannten Kommunikationswege, über die Hamburger:innen Informationen über polizeiliche Themen erhalten wollen. Dennoch werden die Medien von 7,4 Prozentpunkten mehr Personen ohne Migrationshintergrund genannt als mit Migrationshintergrund. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch hinsichtlich der insgesamt seltener genannten Vermittlungswege ‚persönlicher Kontakt mit Polizeibeamt:innen' und ‚polizeiliche Öffentlichkeitskampagnen'. Nur ‚Social Media' wird häufiger von Personen mit Migrationshintergrund als bevorzugter Kommunikationsweg für Informationen zu polizeilichen Themen angegeben als von Bürger:innen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 93). Auch hierbei bedarf es vertiefender Analysen, inwieweit diese Ergebnisse durch die Altersstruktur sowie die Migrationsgeneration beeinflusst sind.

Abbildung 93: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Migrationshintergrund



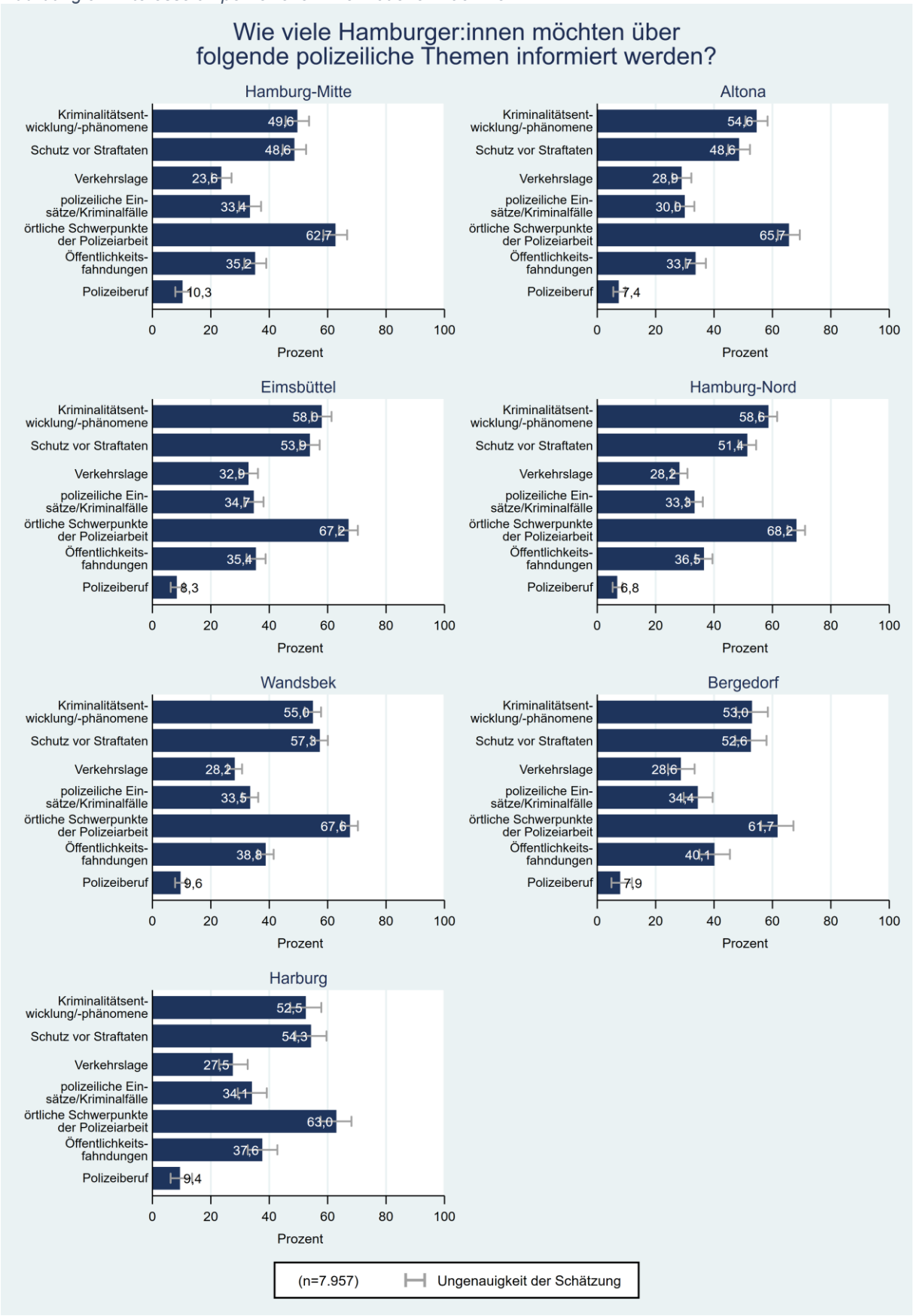
(Siehe Anhang 1, Fragen 61, 50-54)

‚Schwerpunkte der örtlichen Polizeiarbeit' sind das in allen Hamburger Bezirken am häufigsten genannte Thema, zu dem Hamburger:innen sich Informationen wünschen. Unterschiede zwischen den Bezirken zeigen sich für die Themen ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene', ‚Schutz vor Straftaten' und ‚Verkehrslage' (siehe Abbildung 94). Signifikant mehr Einwohnende aus Eimsbüttel wünschen sich Informationen zur Verkehrslage als im hamburgweiten Durchschnitt. In Hamburg-Nord sticht das Thema ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene' und in Wandsbek der Wunsch nach Informationen zum ‚Schutz vor Straftaten' hervor. Von Einwohnenden aus dem Bezirk Hamburg-Mitte werden diese drei Themen im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt signifikant seltener genannt, in Altona wird nur das Thema ‚Schutz vor Straftaten' seltener genannt.

Die Unterschiede zwischen den Bezirken hinsichtlich der gewünschten Vermittlungswege für polizeiliche Informationen sind gering (siehe Abbildung 95). Auffällig ist nur, dass die ‚Internetseite der Polizei Hamburg' in Bergedorf signifikant seltener genannt wird als im hamburgweiten Durchschnitt und ‚die Medien' signifikant häufiger.

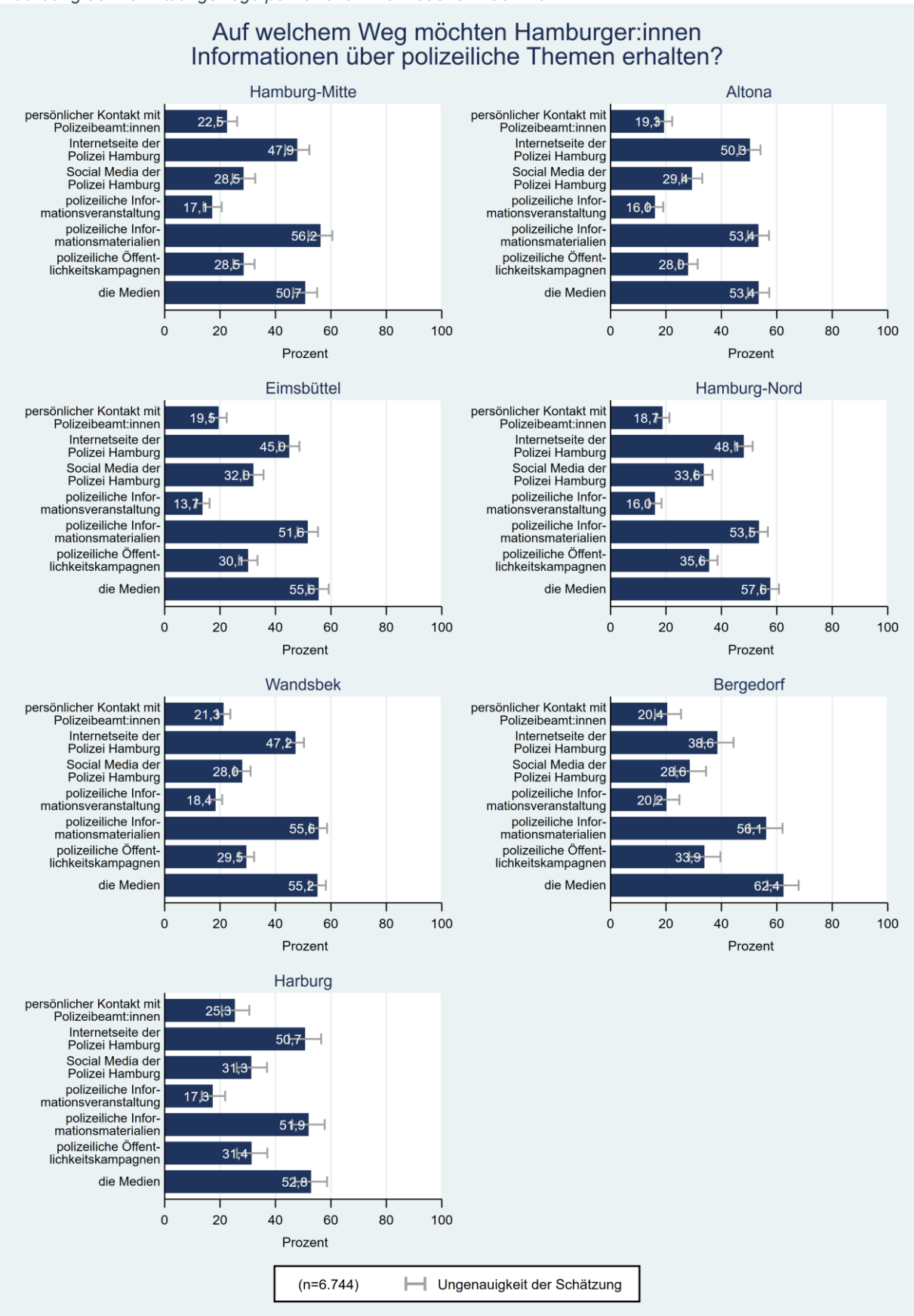
Sowohl für die Themenwünsche als auch für die Kommunikationswege finden sich auch regionale Unterschiede innerhalb der Bezirke. Weiterführende Analysen müssen daher kleinräumige Unterschiede sowie die soziodemographische Zusammensetzung der Gebiete berücksichtigen.

Abbildung 94: Interesse an polizeilichen Informationen nach Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 60, 55)

Abbildung 95: Vermittlungswege polizeilicher Informationen nach Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 61, 55)

3.4.3 Hamburger:innen als Zeug:innen von Straftaten

Für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung ist die Polizei zum Großteil auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen, weshalb Fragen zu Zeug:innenerlebnissen der Hamburger Bevölkerung in das Sondermodul integriert wurden.
Zeug:innen sind Personen, „die in einem nicht gegen sie selbst gerichteten Strafverfahren über Wahrgenommenes aussag[en]. Die Zeugenaussage stellt eines der wichtigsten Beweismittel dar“ (Ackermann / Clages et al. 2011: 224).
„Die Bedeutung der Ermittlung von Zeugen und des Zeugenbeweises ist darin begründet, dass:

- der Zeuge oft die einzige Informationsquelle darstellt,
- Zeugen oft die einzigen sind, die Kenntnis vom gesamten Tatablauf, von Ursachen, Bedingungen und Folgen sowie Teilhandlungen haben können,
- Zeugen Hinweise geben können auf die Persönlichkeit des Täters,
- unter Umständen ihre eigenen individuellen Interessen (Zeuge als Geschädigter bzw. Opfer) durch die Straftat angegriffen worden sind.

[…] Die Ermittlung von Zeugen ist somit eine wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe für die polizeiliche Tätigkeit, denn Zeugen melden sich oft nicht freiwillig bei der Polizei.“ (ebd.: 224)

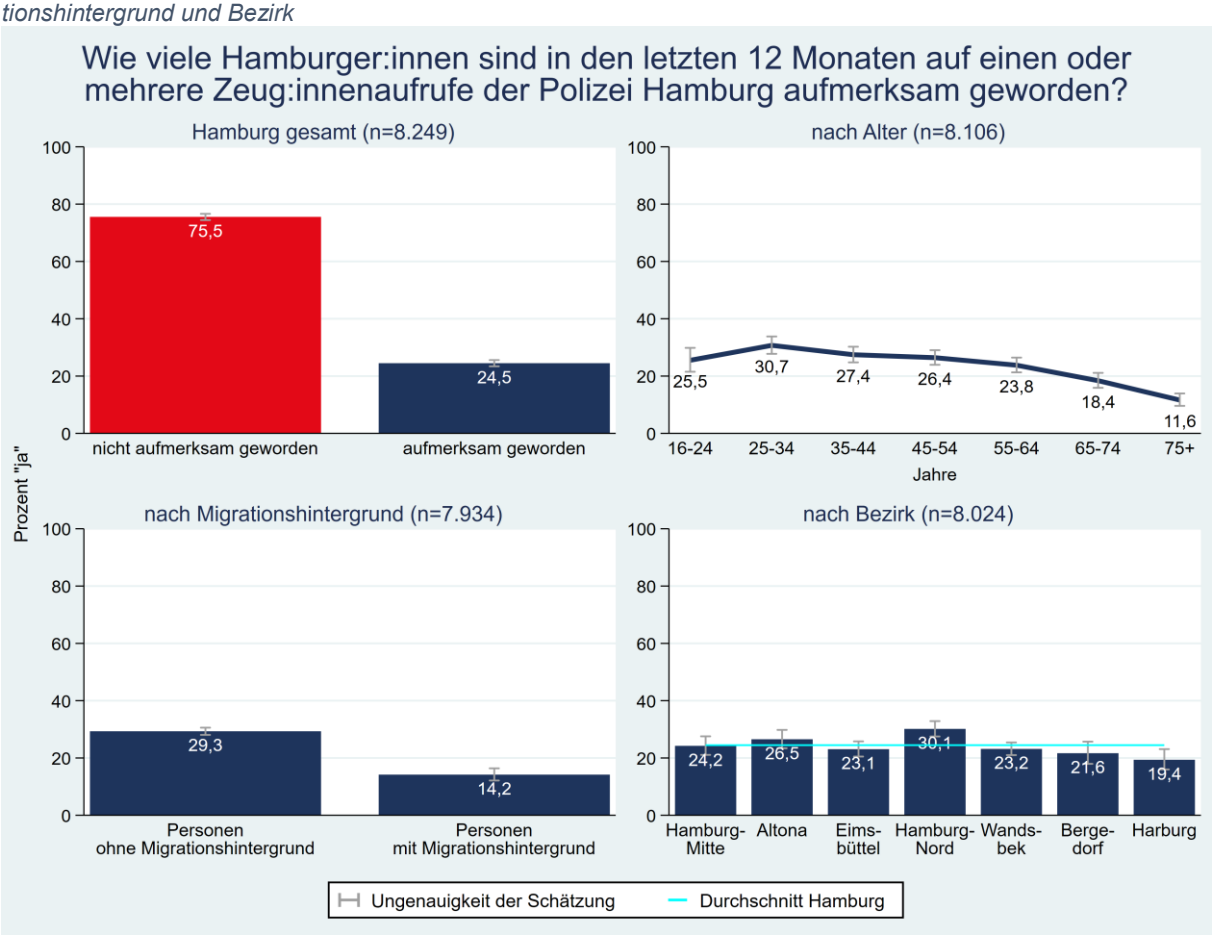
Um Erkenntnisse über Zeug:innengewinnung für die polizeiliche Arbeit zu generieren, wurden Teilnehmende zunächst gefragt, ob sie sich daran erinnern, innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Befragung auf einen Zeug:innenaufruf aufmerksam geworden zu sein. Dies misst nicht zwingend die Reichweite der Zeug:innenaufrufe, sondern v. a. die gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu diesem Thema.

Die weiteren Fragen zielen auf eigene Zeug:innenerlebnisse ab, woraus Ansatzpunkte zur Erhöhung der Kooperationsbereitschaft bei zukünftigen Zeug:innenaufrufen abgeleitet werden können. Befragte, die angeben, Zeug:innen einer Straftat geworden zu sein, werden um die Beantwortung weiterer Fragen gebeten. Dafür wurde nach der Deliktsart und den Gründen für (k)eine Zeug:innenaussage bei der Polizei gefragt, um hieraus Unterschiede hinsichtlich des Zeug:innenverhaltens überprüfen zu können. Eine abschließende Frage erfasste die Situation, die zur Informationsweitergabe geführt hat.

3.4.3.1 Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen

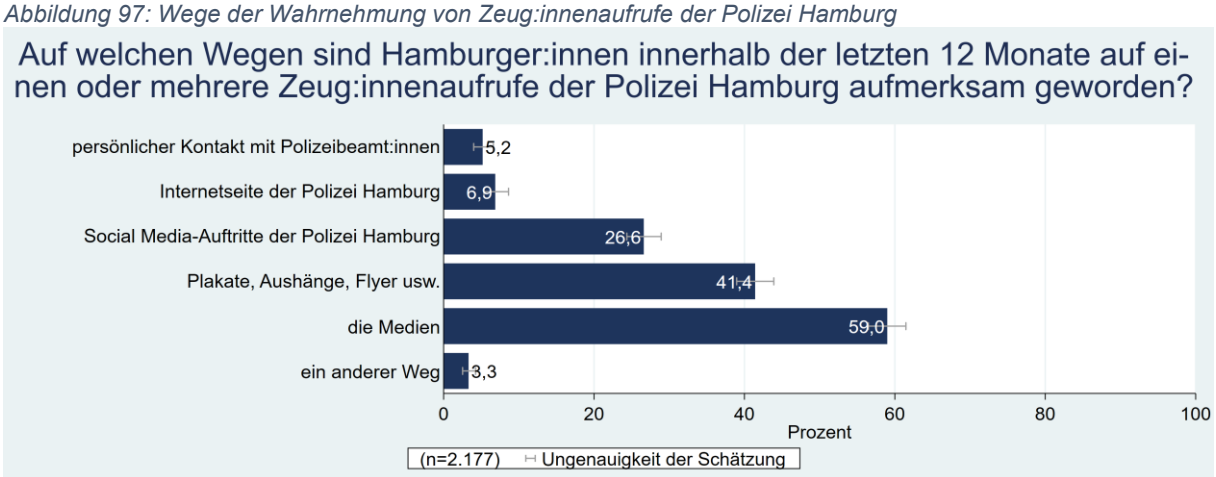
Rund ein Viertel der Befragten wurde innerhalb der letzten 12 Monate auf einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe aufmerksam (siehe Abbildung 96). 59,0 % dieser Personen wurden durch Zeug:innenaufrufe über die Medien erreicht, gefolgt von Plakaten/Aushängen/Flyern (41,4 %) sowie Social Media-Posts (26,6 %). Vergleichsweise selten wurden Hamburger:innen durch die Internetseite der Polizei, den persönlichen Kontakt mit Polizeibeamt:innen oder einen anderen Weg auf Zeug:innenaufrufe aufmerksam (siehe Abbildung 97).

Abbildung 96: Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufe der Polizei Hamburg für Hamburg gesamt, nach Alter, Migrationshintergrund und Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 62, 43, 50-54, 55)

Abbildung 97: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufe der Polizei Hamburg



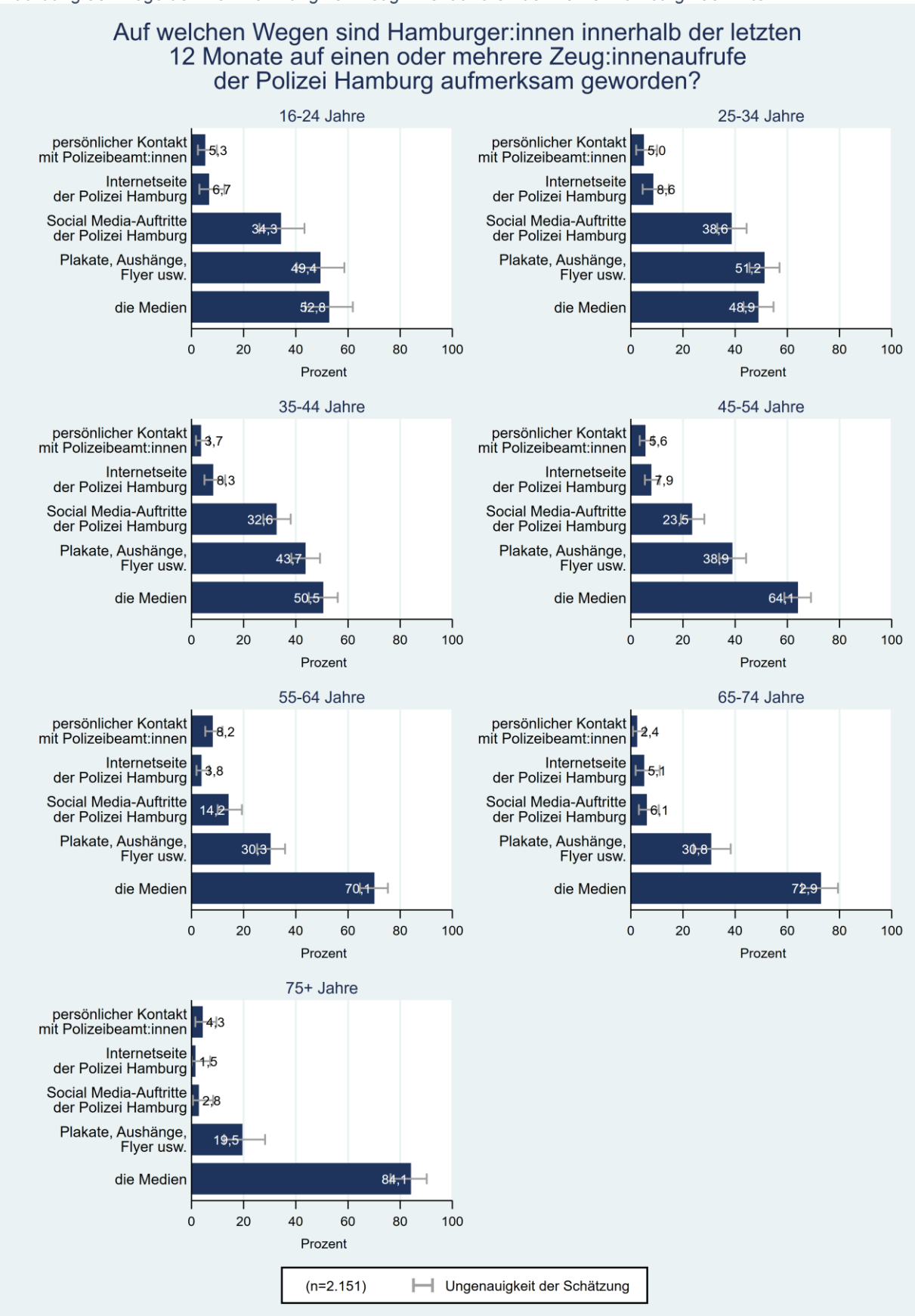
(Siehe Anhang 1, Frage 63)

Es finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen.

Im Altersvergleich zeigt sich, dass Hamburger:innen zwischen 25 und 34 Jahren mit 30,7 % am häufigsten berichten, einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe wahrgenommen zu haben, während dies jeweils ein Viertel der Hamburger:innen unter 25 und zwischen 35 und 64 Jahren berichten. Am seltensten wurden Zeug:innenaufrufe von Menschen ab 75 Jahren wahrgenommen (11,6 %; siehe Abbildung 96).

Die Medien spielen dabei bei fast allen Altersgruppen die größte Rolle, gefolgt von Aushängen/Plakaten/Flyern. Letztere werden mit zunehmendem Alter deutlich seltener wahrgenommen, was mit veränderten Alltagsroutinen im höheren Alter erklärt werden könnte. So geben ca. 50 % der 16- bis 24-jährige Hamburger:innen an, dass sie Zeug:innenaufrufe im letzten Jahr über Aushänge/Plakate/Flyer wahrgenommen haben. Von den über 75-Jährigen geben dies nur noch ca. 20 % an. Ebenso werden Zeug:innenaufrufe über die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg von jüngeren Personen deutlich häufiger wahrgenommen (ca. 34 % der 16- bis 24-Jährigen vs. ca. 3 % der über 75-Jährigen). Ab einem Alter von 45 Jahren steigt die Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei in den Medien kontinuierlich. Im hohen Alter werden Zeug:innenaufrufe am stärksten über Medien (z. B. Print- und Onlinemedien, Radio, Fernsehen, Social Media) wahrgenommen: Von den Hamburger:innen, die in den letzten 12 Monaten Zeug:innenaufrufe wahrgenommen haben, geben ca. 84 % der 75-Jährigen und Älteren als Vermittlungsweg die Medien an, während dies nur für ca. 50 % der 16- bis 44-Jährigen zutrifft (siehe Abbildung 98).

Abbildung 98: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Alter



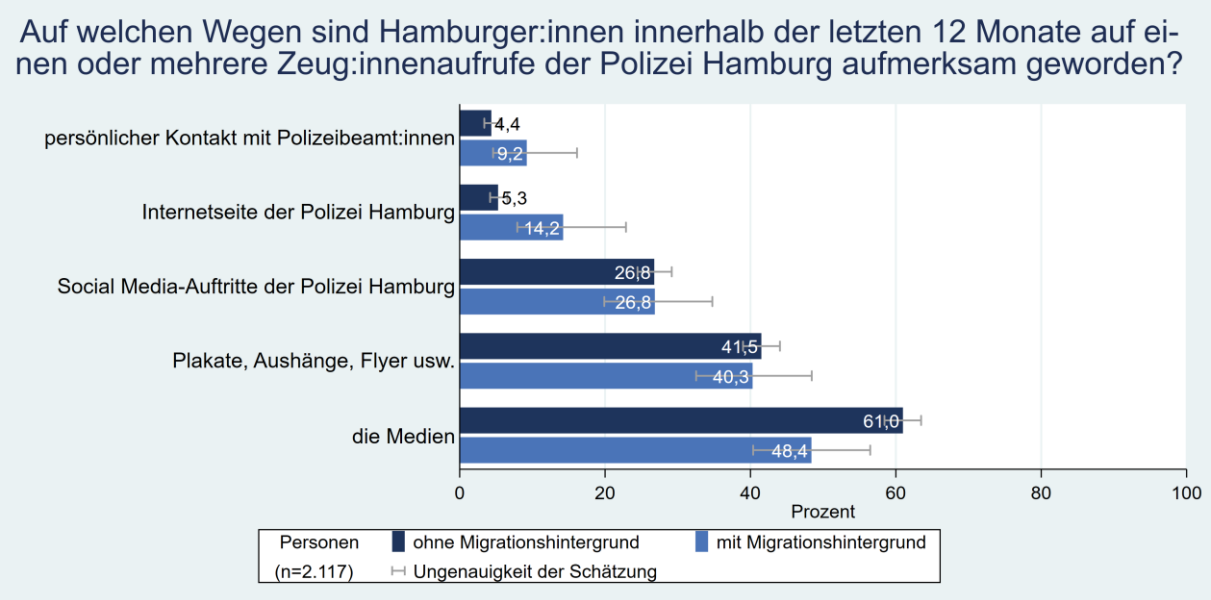
(Siehe Anhang 1, Fragen 63, 43)

Personen mit Migrationshintergrund nehmen deutlich seltener Zeug:innenaufrufe wahr als Personen ohne Migrationshintergrund (14,2 % vs. 29,3 %; siehe Abbildung 96).

Aufgrund sehr geringer Fallzahlen lassen sich nur tendenzielle Aussage über Unterschiede in den Wegen der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen gewinnen. Auch wenn die Medien sowohl von Personen mit und ohne Migrationshintergrund am häufigsten genannt werden, finden sich dennoch signifikante Unterschiede. Die Medien werden von 61,0 % der Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund als Weg, über den sie auf einen Zeug:innenaufruf aufmerksam geworden sind, genannt, jedoch nur von 48,4 % der Hamburger:innen mit Migrationshintergrund. Hingegen zeigt sich, dass der persönliche Kontakt mit Polizeibeamten (ca. 5 Prozentpunkte Unterschied) sowie die Internetseite der Polizei Hamburg (ca. 9 Prozentpunkte Unterschied) bei Personen mit Migrationshintergrund etwas häufiger von Relevanz sind als bei Personen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 99).

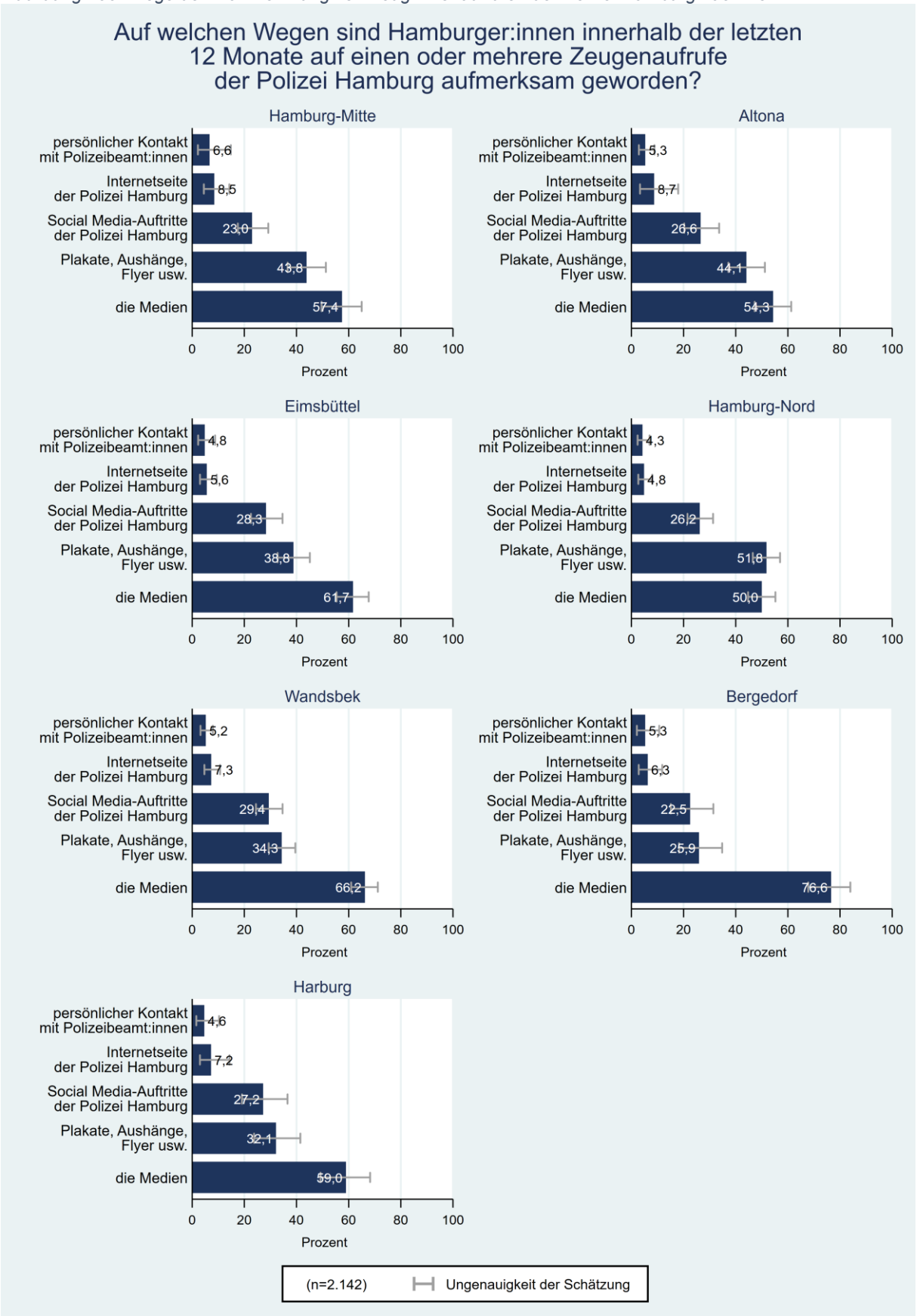
Es ist feststellbar, dass die Einwohnenden der verschiedenen Bezirke nicht gleichermaßen häufig auf polizeiliche Zeug:innenaufrufe aufmerksam werden (siehe Abbildung 96). Überdurchschnittlich häufig berichten Personen aus Hamburg-Nord (30,1 %), einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe innerhalb der letzten 12 Monate wahrgenommen zu haben, während vergleichsweise wenig Einwohnende aus Harburg (19,4 %) dies berichten.
In Hamburg-Nord ist zudem auffällig, dass dort überdurchschnittlich häufig Zeug:innenaufrufe durch Plakate/Aushänge/Flyer (51,8 %) wahrgenommen werden, während die Medien dort seltener genannt werden als in anderen Bezirken (50,0 %). Die genau umgekehrte Tendenz ist für die Bezirke Wandsbek und Bergedorf feststellbar.
Da die meisten Zeug:innenaufrufe in den Medien wahrgenommen werden, lassen sich die Unterschiede zwischen den Bezirken vermutlich durch die in den verschiedenen Bezirken unterschiedliche Bevölkerungsstruktur erklären. Zu klären wäre darüber hinaus jedoch, ob es in den verschiedenen Bezirken unterschiedlich häufig polizeiliche Zeug:innenaufrufe gab, welche sich in Unterschieden in lokal eingrenzbaren Maßnahmen wie Plakaten/Aushängen/Flyern widerspiegeln würden, da sich insbesondere hier signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung der Einwohnenden zwischen den Bezirken zeigen (siehe Abbildung 100).

Abbildung 99: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Migrationshintergrund



(Siehe Anhang 1, Fragen 63, 50-54)

Abbildung 100: Wege der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei Hamburg nach Bezirk

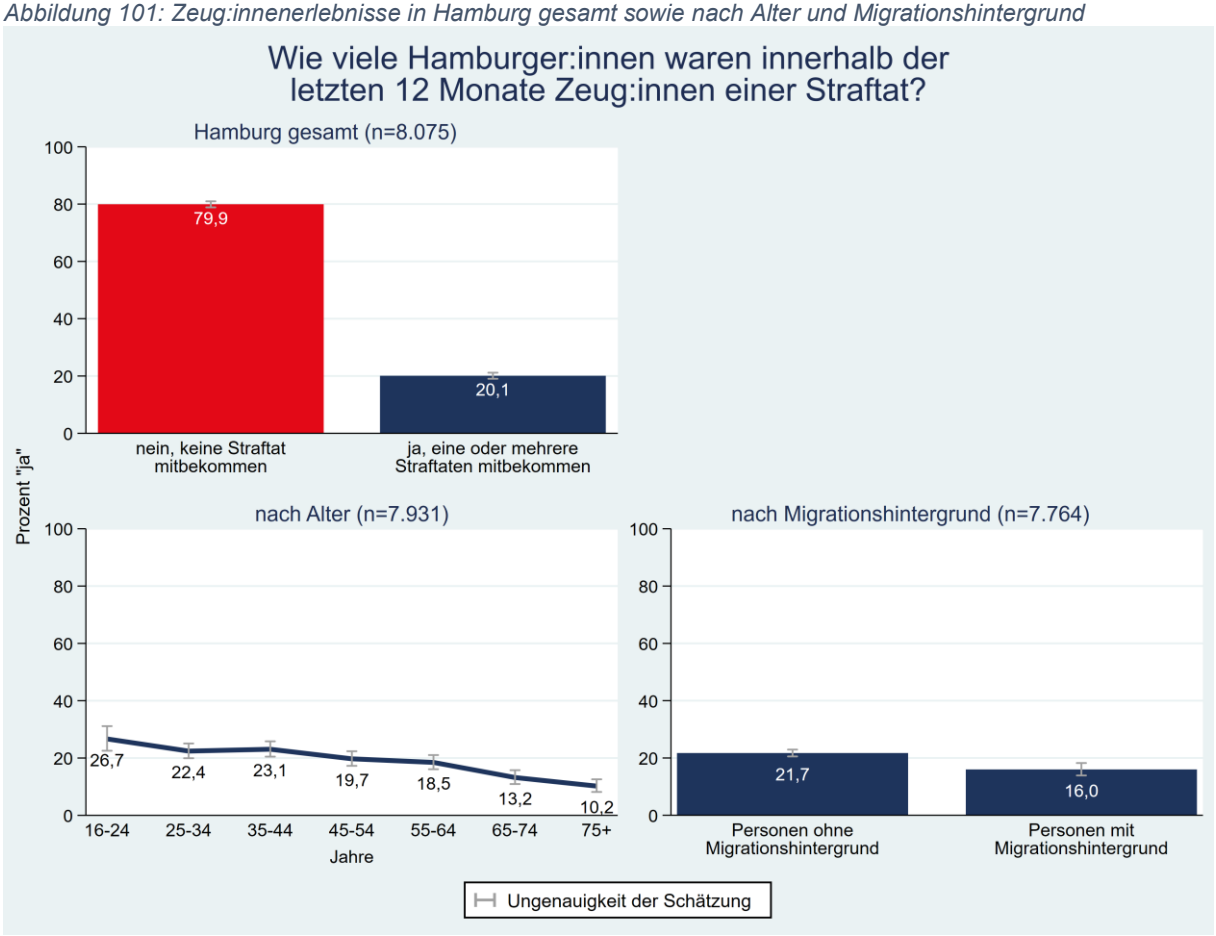


(Siehe Anhang 1, Fragen 63, 55)

3.4.3.2 Zeug:innenerlebnisse in Hamburg

Neben der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen wurde erhoben, ob die befragten Personen innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Zeug:innen einer Straftat wurden und der Polizei hierzu Hinweise gegeben haben.
Kritisch anzumerken ist, dass die Zielrichtung des Fragenblocks nicht von allen Befragten eindeutig verstanden wurde. Es finden sich insbesondere in den Nennungen der offenen Antwortkategorien Hinweise darauf, dass Personen hier auch Straftaten berichten, von denen sie lediglich über Dritte erfahren haben und somit nicht selbst Zeug:innen waren. Diese Unschärfe muss bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden.

Abbildung 101: Zeug:innenerlebnisse in Hamburg gesamt sowie nach Alter und Migrationshintergrund



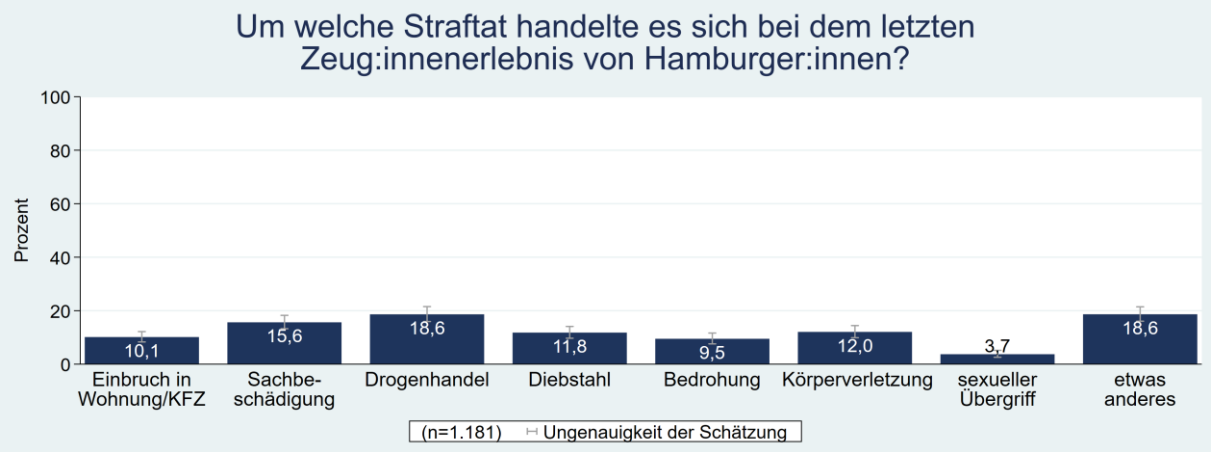
(Siehe Anhang 1, Fragen 64, 43, 50-54)

Rund ein Fünftel der Hamburger:innen wurde innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Zeuge/Zeugin einer Straftat (siehe Abbildung 101).
Relevante Gruppenunterschiede lassen sich dabei nur nach Alter und Migrationshintergrund feststellen (siehe Abbildung 101). Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil derer, die eine Straftat persönlich mitbekommen haben, konstant ab. Dies ist vermutlich durch selteneren Aufenthalt im öffentlichen Raum und andere Freizeitaktivitäten zurückzuführen. Zudem berichten weniger Personen mit Migrationshintergrund von Zeug:innenerlebnissen innerhalb der letzten 12 Monate als Personen ohne Migrationshintergrund. Eine Erklärung dieses Ergebnisses kann ohne weitere Analysen und Forschung aus dem bisherigem Kenntnisstand nicht hergeleitet werden.

Wie in Abbildung 102 ersichtlich, wurden Hamburger:innen am häufigsten Zeug:innen eines Drogenhandels, gefolgt von Sachbeschädigungen. Am seltensten berichteten Hamburger:innen davon, einen sexuellen Übergriff persönlich mitbekommen zu haben. Hierbei gilt zu beachten, dass der Konsum von Cannabis zum Befragungszeitpunkt noch nicht legalisiert war.

Die Auswirkungen der Legalisierung (April 2024) auf den Straßenhandel können zu einer Verschiebung des Phänomens führen.

Abbildung 102: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg

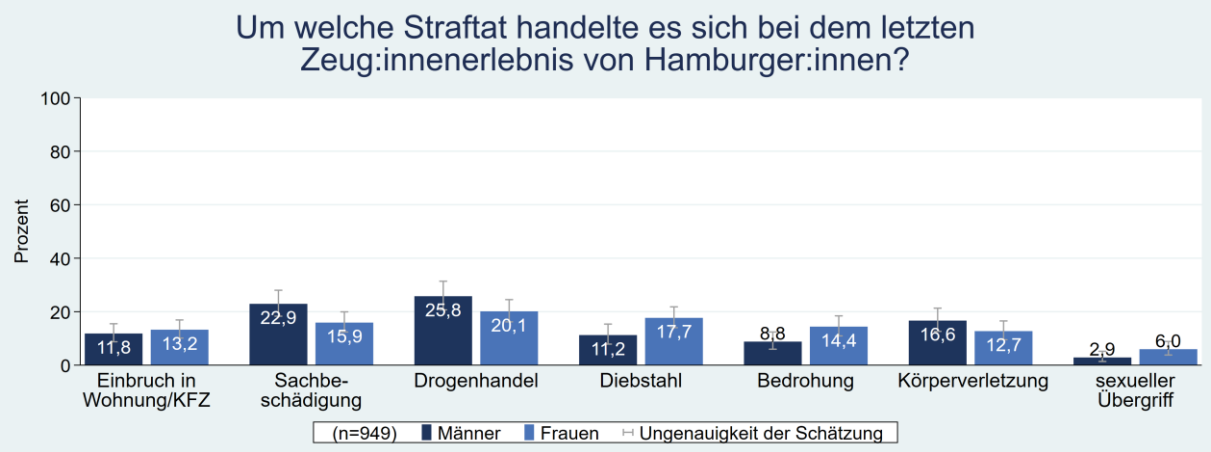


(Siehe Anhang 1, Frage 65)

Die besonders häufig genannte Antwortkategorie ‚etwas anderes' macht die zusätzliche Analyse der dort ausgeführten offenen Antworten erforderlich. Die meisten unter ‚etwas anderes' angegebenen Straftaten konzentrieren sich auf den öffentlichen Raum, insbesondere im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr. Hierbei wird Fahrer:innenflucht von einem Drittel der 223 Beiträge explizit benannt. Es zeigt sich auch, dass Phänomene nachbarschaftlicher Desorganisation berichtet werden, welche von den Befragten mit Straftaten gleichgesetzt werden. Aufgrund dessen und der starken Abstraktion bleibt bei einem Großteil der berichteten wahrgenommenen Straftaten fraglich, ob es sich um strafrechtlich relevante Situationen oder lediglich um Ordnungswidrigkeiten handelt. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass, wie bereits erwähnt, ein Teil der genannten Vorfälle nicht von den Befragten selbst beobachtet, sondern ihnen berichtet wurde. Dies ist vermutlich auf die Unschärfe der Frageformulierung zurückzuführen. Für die weiteren Analysen wird die Kategorie ‚etwas anderes' deshalb nicht weiter berücksichtigt.

Es finden sich signifikante Gruppenunterschiede zwischen dem Deliktstyp der zuletzt mitbekommenen Straftat für die Merkmale Geschlecht, Alter sowie Bezirk.
Auch wenn Drogenhandel sowohl von Männern und Frauen am häufigsten genannt wurde, zeigen sich relevante Unterschiede in der Häufigkeitsverteilung der Delikte (siehe Abbildung 103). Männer waren dabei häufiger Zeuge eines Drogenhandels, einer Sachbeschädigung und Körperverletzung als Frauen, während Frauen häufiger Zeuginnen eines Diebstahls, einer Bedrohung, eines Einbruchs und eines sexuellen Übergriffes waren als Männer.

Abbildung 103: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Geschlecht

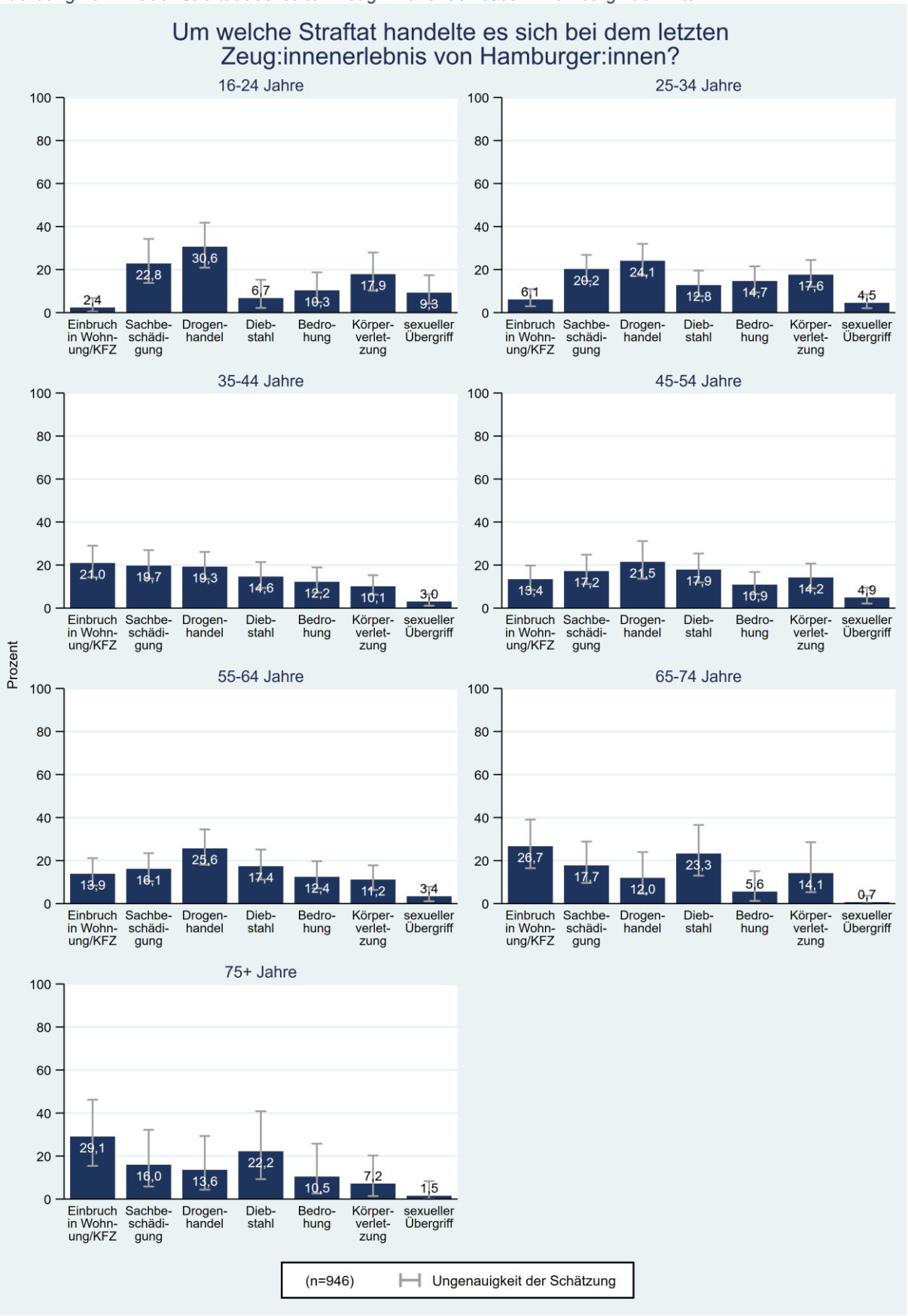


(Siehe Anhang 1, Fragen 65, 44)

Für verschiedene Altersgruppen lässt sich feststellen, dass Drogenhandel in den Altersgruppen von 16-64 Jahren fast immer am häufigsten als Deliktstyp des Zeug:innenerlebnisses angegeben wurde. Bei den Hamburger:innen ab 65 Jahren wird dies erst als viert-/ bzw. fünfthäufigstes Delikt genannt. Hierfür ist vermutlich der seltenere Aufenthalt im öffentlichen Raum, insbesondere an für Drogenkonsum einschlägigen Orten, ursächlich. Auch der Anteil der Personen, die einen sexuellen Übergriff mitbekommen haben, sinkt in dieser Altersgruppe stark ab, während er insbesondere bei den 16- bis 24-Jährigen besonders hoch ist. Dies ist neben unterschiedlichem Freizeitverhalten ggf. auch auf ein unterschiedliches Deliktsverständnis bzw. eine unterschiedliche Sensibilisierung zurückzuführen. In den älteren Altersgruppen ab 65 Jahren werden hingegen Einbrüche und Diebstähle besonders häufig genannt (siehe Abbildung 104).

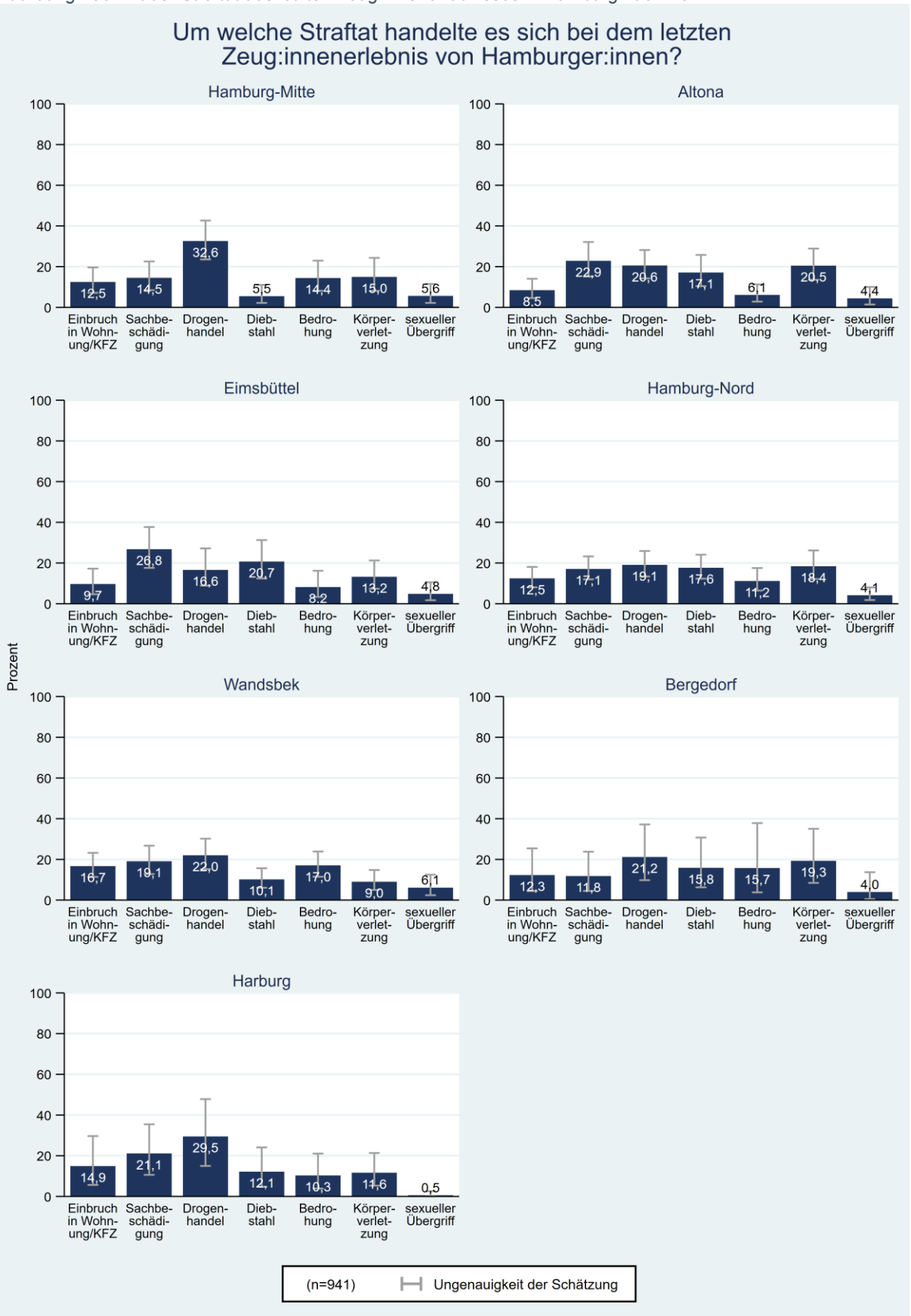
Im Bezirksvergleich fällt insbesondere auf, dass Drogenhandel als mitbekommene Straftat in allen Bezirken vergleichsweise häufig genannt wird, in Mitte und Harburg jedoch besonders im Vergleich zu anderen Straftaten hervorsticht (siehe Abbildung 105). Anzumerken ist jedoch, dass aus den Angaben nicht hervorgeht, ob die Zeug:innenerlebnisse der Befragten auch in ihrem Stadtteil stattgefunden haben.

Abbildung 104: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 65, 43)

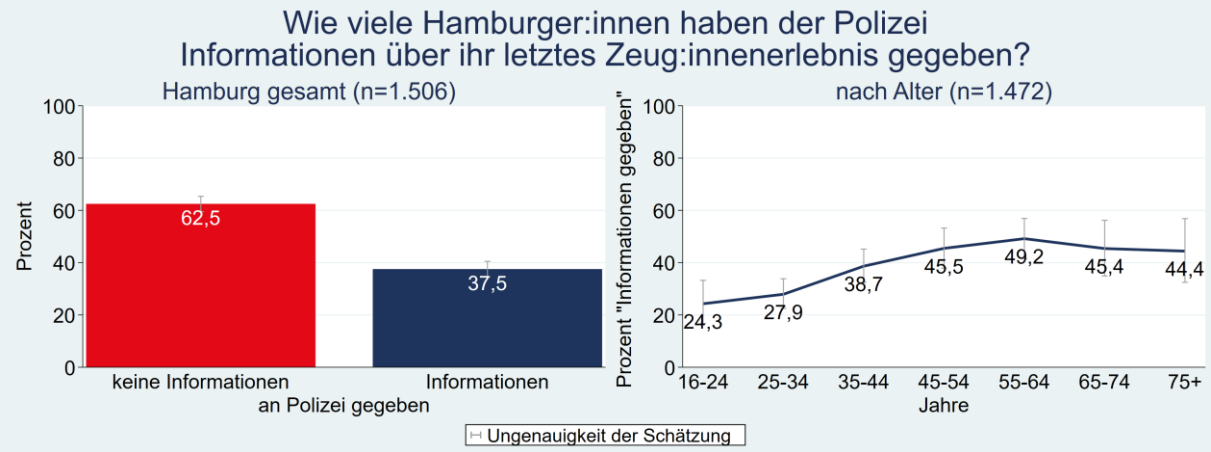
Abbildung 105: Art der Straftat des letzten Zeug:innenerlebnisses in Hamburg nach Bezirk



(Siehe Anhang 1, Fragen 65, 55)

37,5 % der Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate eine Straftat persönlich mitbekamen, haben der Polizei Informationen dazu gegeben. Die Bereitschaft zur Informationsweitergabe nimmt dabei mit steigendem Alter von 24,3 % in der jüngsten Altersgruppe ab 16 Jahren auf 45-50 % in den Altersgruppen ab 45 Jahren zu (siehe Abbildung 106).

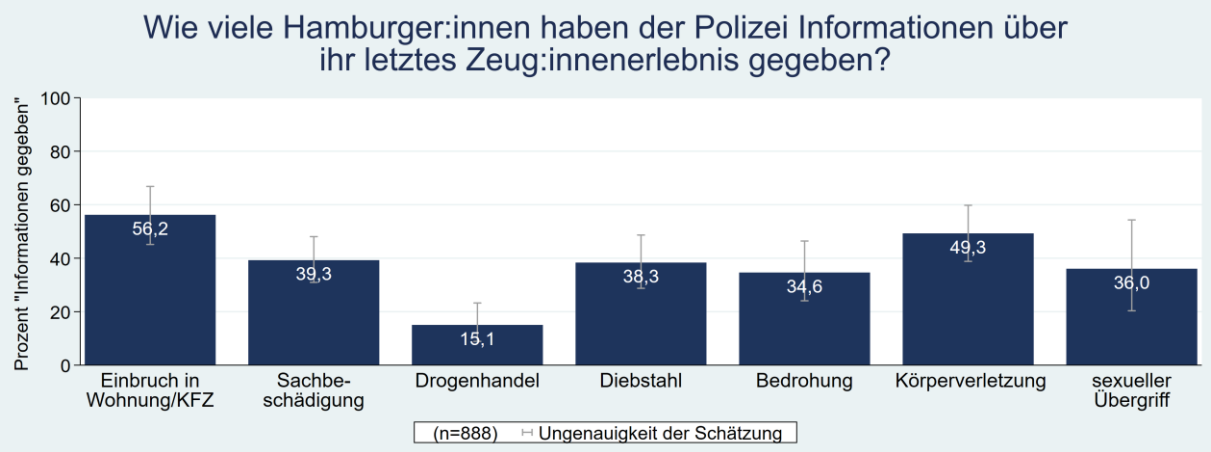
Abbildung 106: Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis für Hamburg gesamt und nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 66, 43)

Deutliche Unterschiede im Anteil derer, die der Polizei Informationen zu ihrem Zeug:innenerlebnis gegeben haben, zeigen sich zwischen verschiedenen Deliktstypen. Am häufigsten haben Hamburger:innen, die Zeug:innen eines Einbruchs oder einer Körperverletzung wurden der Polizei Informationen hierzu gegeben. Von den Zeug:innen eines Drogenhandels haben die wenigsten Personen der Polizei Hinweise gegeben (siehe Abbildung 107).

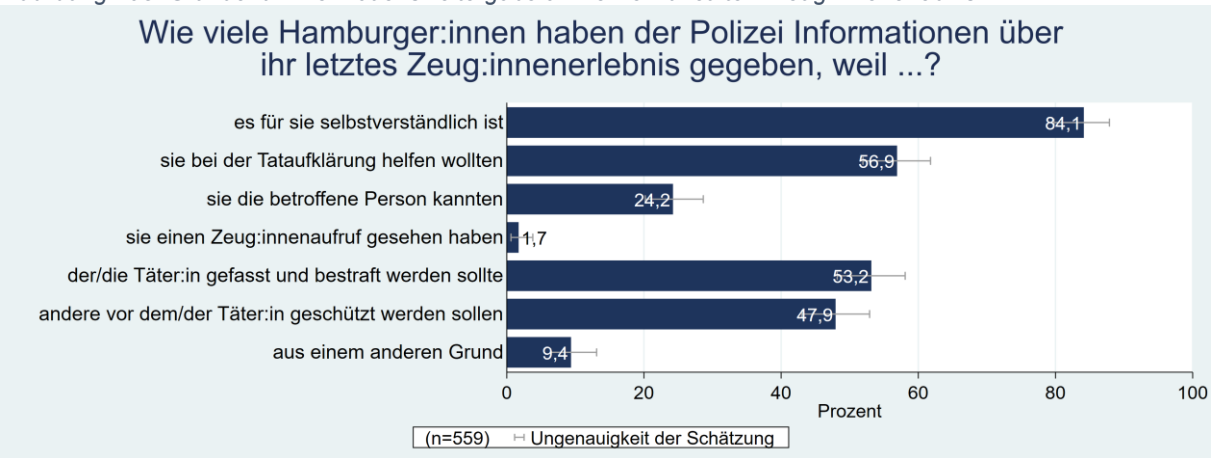
Abbildung 107: Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat



(Siehe Anhang 1, Fragen 66, 65)

Einen tieferen Einblick in die unterschiedliche Motivation für die Informationsweitergabe geben die Antworten auf die Nachfrage, warum die Zeug:innen der Polizei Informationen bzw. keine Informationen zu ihrem letzten Zeug:innenerlebnis gegeben haben (siehe Abbildungen 108 und 109).

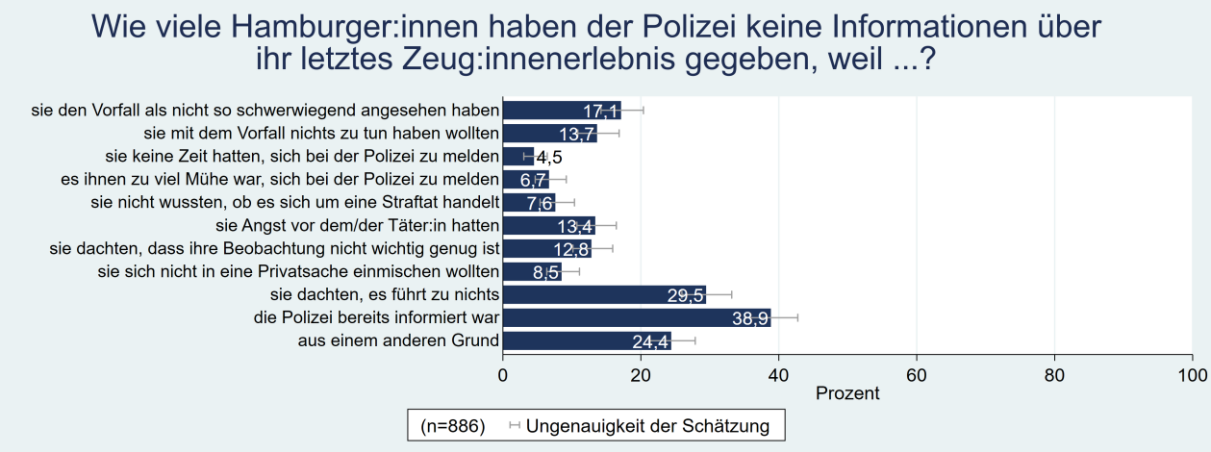
Abbildung 108: Gründe für Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis



(Siehe Anhang 1, Frage 66)

Von 84,1 % der betroffenen Hamburger:innen wurde angegeben, dass es für sie selbstverständlich ist, der Polizei Informationen zu Straftaten zu geben, die sie persönlich mitbekommen haben. Rund die Hälfte der Bürger:innen, die der Polizei Hinweise zu ihrem letzten Zeug:innenerlebnis gegeben haben, geben als Motivation hierfür außerdem an, dass sie bei der Tataufklärung helfen wollte, dass der/die Täter:in gefasst und bestraft werden sollte und andere vor dem/der Täter:in geschützt werden sollten.
Bei einem Großteil der Nennungen der offenen Kategorie von anderen Gründen für (k)eine Hinweisgabe handelt es sich um Konkretisierungen der geschlossenen Antwortmöglichkeiten. Hervorzuheben sind ausschließlich wiederholte Nennungen, in denen Befragte berichten, dass die Weitergabe von Informationen zu einer Straftat an die Polizei aufgrund beruflicher Verpflichtung erfolgte, z. B. aufgrund der Tätigkeit im Einzelhandel oder als Polizist:in. Aufgrund der Heterogenität der Antwortbeiträge wird die Kategorie ‚aus einem anderen Grund' für die weiteren Analysen nicht berücksichtigt.

Abbildung 109: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis



(Siehe Anhang 1, Frage 66)

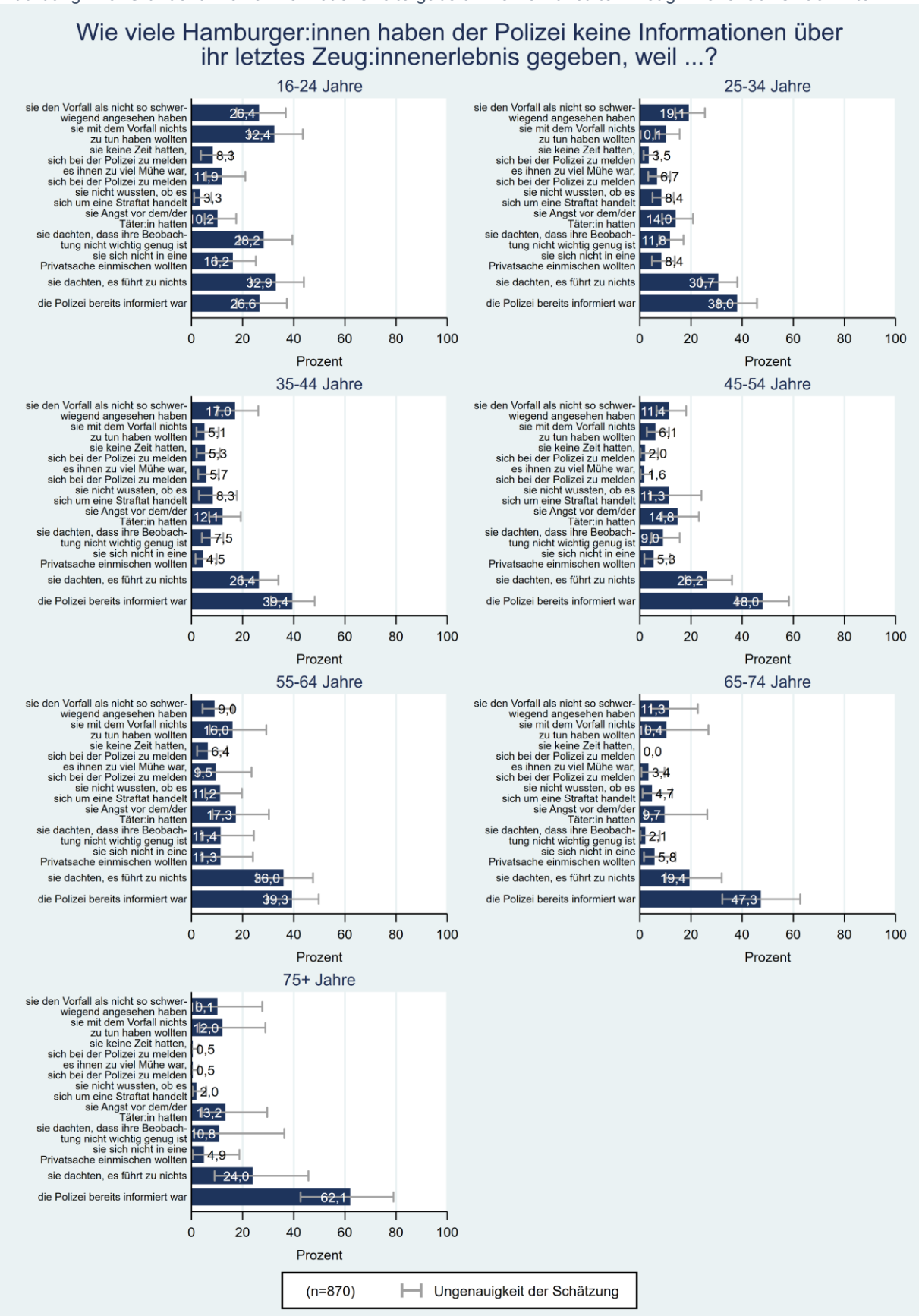
Die wenigsten Hamburger:innen geben an, dass ein Zeug:innenaufruf der Grund war, dass sie der Polizei Informationen zu ihrem Zeug:innenerlebnis gegeben haben. Dies ist auch der einzige Grund, für den sich ein signifikanter Unterschied im Gruppenvergleich zeigt. Personen im Alter von 25-34 Jahren geben diesen Grund für die Informationsweitergabe mit 6,3 % mindestens dreimal so oft an, wie die anderen Altersgruppen. Es ist jedoch auch für diese Gruppe der am seltensten genannte Grund. Personen von 25-34 Jahren geben auch unabhängig von einem Zeug:innenerlebnis am häufigsten an, innerhalb der letzten 12 Monate auf einen Zeug:innenaufruf aufmerksam geworden zu sein. Warum Zeug:innenaufrufe in dieser Altersgruppe häufiger wahrgenommen werden, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht erklären.

Für die restlichen Gründe zeigen sich keine Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk.

Der mit 38,9 % am häufigsten genannte Grund, warum Hamburger:innen nach einem Zeug:innenerlebnis keine Informationen an die Polizei weitergegeben haben, war, dass die ‚Polizei bereits informiert' war. 29,5 % geben als ausschlaggebend an, dass sie ‚dachten, es führt zu nichts'.
Bei einem Großteil der Nennungen der offenen Kategorie von Gründen für keine Informationsweitergabe handelt es sich um Konkretisierungen der geschlossenen Antwortvorgaben. Wie bereits bei den geschlossenen Antwortmöglichkeiten gibt auch bei den offenen Nennungen ein Großteil der Befragten an, dass die Polizei bereits benachrichtigt wurde. Explizit wird dabei auf andere Zeug:innen, Geschädigte, Nachbarn oder den Befragten nahestehende Personen hingewiesen. Ein weiterer Grund, dass die Befragten der Polizei keine Informationen zu Zeug:innenerlebnissen mitteilen ist, dass die Zeug:innen dachten, dass diese zu alltäglich seien oder der Polizei bekannt sind. Es wird nicht deutlich, ob es sich bei diesen Taten um tatsächliche Straftaten oder um Ordnungswidrigkeiten handelt. Ein Bruchteil der Antworten bezieht sich explizit auf Drogenkonsum und -handel. Einige Befragte führen in den geschlossenen Antwortkategorien auch noch nicht genannte Gründe für das Unterlassen einer Informationsweitergabe an. Sechs Personen geben an, dass sie ohne das Hinzuziehen der Polizei ihre Situation klären konnten, zehn Personen geben an, dass die geschädigte Person nicht wollte, dass die Polizei Informationen über die erlebte Straftat erhält. Zehn Personen geben fehlendes Vertrauen in die Polizei an und begründeten dies u. a. mit schlechten Erfahrungen, der Sorge nicht ernst genommen zu werden und dem Hören-Sagen von Bekannten oder den Betroffenen der Straftat. Aufgrund der Heterogenität der Antwortbeiträge wird die Kategorie ‚aus einem anderen Grund' für die weiteren Analysen nicht berücksichtigt.

Es zeigen sich nur für einzelne Gründe signifikante Gruppenunterschiede nach Geschlecht und Alter. So geben Männer mit 20,3 % etwas häufiger als Frauen (mit 14,2 %) an, dass sie den ‚Vorfall als nicht so schwerwiegend angesehen' haben.
Wie Abbildung 110 zu entnehmen, zeigt sich im Altersvergleich, dass der Grund ‚Die Polizei war bereits informiert' von allen Altersgruppen ab 25 Jahren am häufigsten genannt wird, wobei die Häufigkeit der Nennung und der Abstand zur Häufigkeit anderer Gründe mit steigendem Alter zunimmt. Hingegen wird der Grund, dass der ‚Vorfall als nicht so schwerwiegend' angesehen wurde, mit zunehmendem Alter von immer weniger Personen genannt. Nur bei den 16- bis 24-Jährigen wird der Grund, dass die Polizei bereits informiert war, erst als zweithäufigstes genannt. Stattdessen geben in dieser Altersgruppe mit 32,4 % am meisten Personen an, dass sie ‚mit dem Vorfall nichts zu tun haben wollten', während dieser Grund in den anderen Altersgruppen deutlich seltener genannt wird. Auch die Gründe, dass sie ‚dachten, dass ihre Beobachtung nicht wichtig genug ist' (28,2 %), dass sie sich ‚nicht in eine Privatsache einmischen wollten' (16,2 %), und, dass es ihnen ‚zu viel Mühe war, sich bei der Polizei zu melden' (11,9 %), wird in der jüngsten Altersgruppe deutlich häufiger angegeben als von allen anderen Altersgruppen. Da die jüngste Altersgruppe etwas häufiger als ältere Menschen Drogendelikte persönlich mitbekommen hat, kann ein Teil dieser unterschiedlichen Gründe für keine Informationsweitergabe auch mit der Besonderheit von Drogenkriminalität in diesem Kontext (siehe Abbildung 104) zusammenhängen. Hierfür bedarf es jedoch weitergehender Analysen. Grundsätzlich ist auch vorstellbar, dass die geringere Kooperationsbereitschaft jüngerer Menschen mit der Polizei auch hier zum Tragen kommt (Farren / Hough et al. 2018: 181; Murphy 2015: 66).

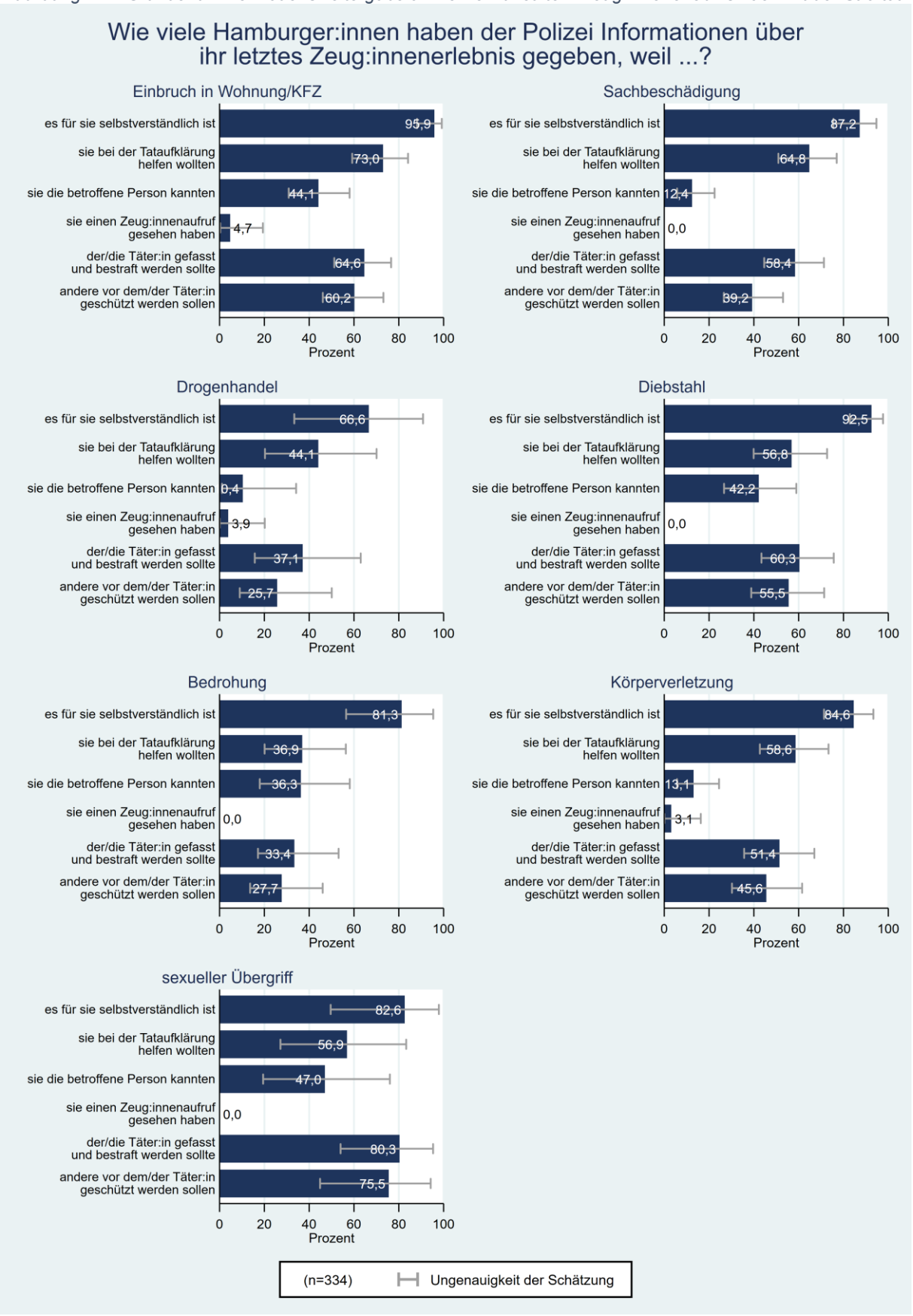
Abbildung 110: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 66, 43)

Unterschiede in den Gründen für (k)eine Informationsweitergabe an die Polizei zeigen sich insbesondere für verschiedene Straftaten (siehe Abbildungen 111 und 112).

Abbildung 111: Gründe für Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat



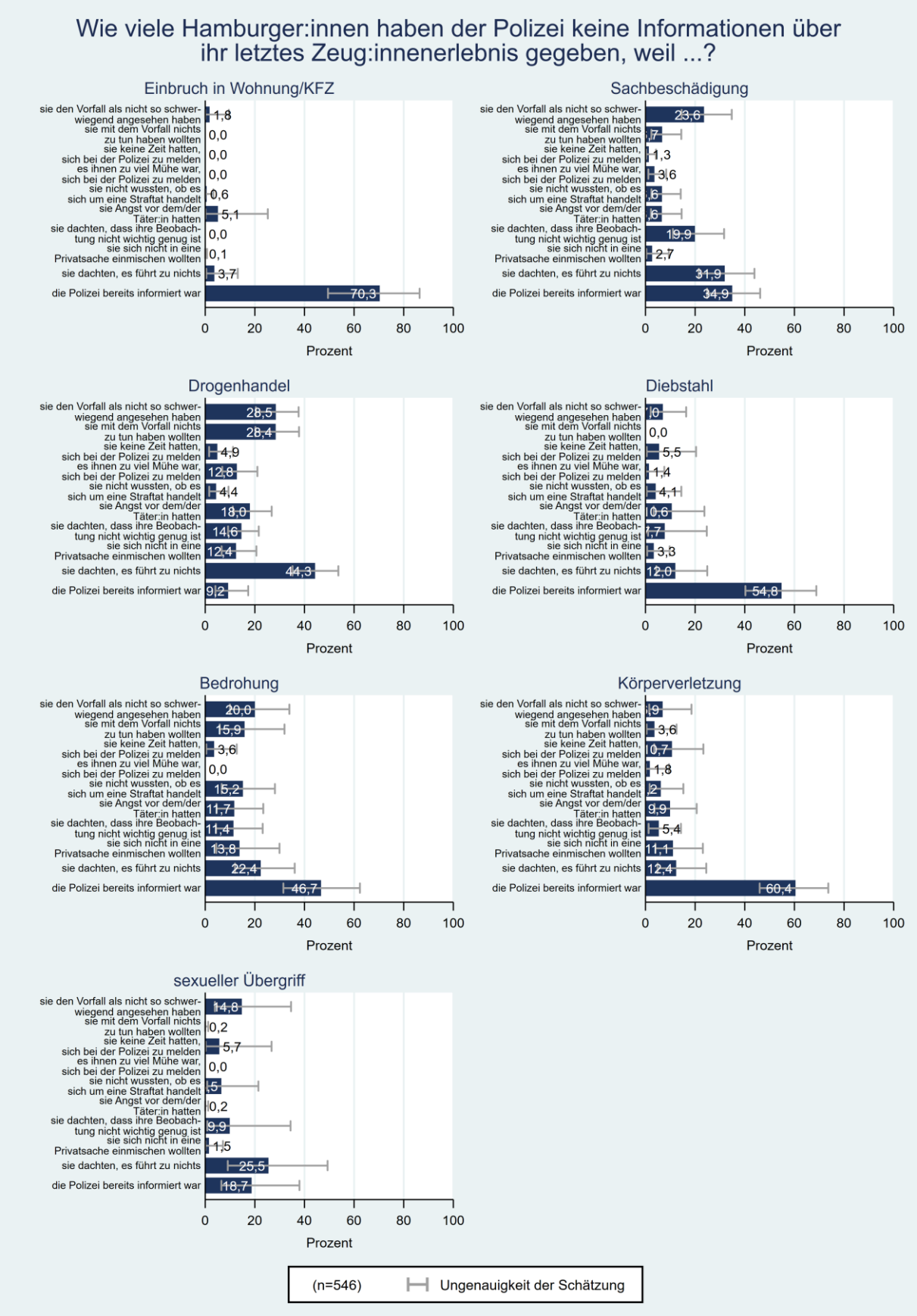
(Siehe Anhang 1, Fragen 66, 65)

Über alle Delikte hinweg wird der Grund ‚weil es für mich selbstverständlich ist' am häufigsten und der Grund ‚weil ich einen Zeug:innenaufruf gesehen habe' am seltensten genannt. Dass die Befragten die betroffene Person ihres Zeug:innenerlebnisses kannten, ist bei Einbrüchen, Bedrohungen und sexuellen Übergriffen häufiger ausschlaggebend für die Informationsweitergabe als bei Sachbeschädigungen, Drogenhandel und Körperverletzungen. Die Gründe, dass ‚der/die Täter:in gefasst und bestraft werden sollte' und, dass ‚andere vor dem/der Täter:in geschützt werden sollten', wird zudem bei sexuellen Übergriffen deutlich häufiger angegeben als bei anderen Delikten. Bei Sachbeschädigung und Bedrohung werden diese beiden Gründe zudem seltener genannt als bei den anderen Deliktsarten.

Für den insgesamt am häufigsten genannten Grund für keine Informationsweitergabe ‚Die Polizei war bereits informiert' zeigt sich, dass dieser insbesondere bei Drogenhandel, aber auch bei sexuellen Übergriffen deutlich seltener genannt wird als bei anderen Delikten. Bei Einbrüchen hingegen scheint dies sogar der überwiegend einzig ausschlaggebende Grund für das Unterlassen der Informationsweitergabe zu sein. Dieses Ergebnis passt zu Erkenntnissen, dass ein Großteil der Drogenhandelsdelikte, aber auch der sexuellen Übergriffe im polizeilichen Dunkelfeld verbleiben, während Einbrüche häufig polizeilich registriert werden.
Bei Drogenhandelsdelikten geben die meisten Personen, die diese Tat persönlich mitbekommen haben, an, dass sie dachten, dass es zu nichts führt, der Polizei Informationen hierzu zu geben. Auch bei Sachbeschädigungen, sexuellen Übergriffen und Bedrohungen wird dieser Grund häufiger angegeben als bei Diebstählen, Körperverletzungen und Einbrüchen. Drogenhandel, Bedrohungen und Körperverletzungen wurden dabei häufiger als Privatsache gesehen als andere Delikte.
Bei Drogenhandelsdelikten werden die Gründe, dass die Zeug:innen ‚den Vorfall als nicht so schwerwiegend' angesehen haben, ‚mit dem Vorfall nichts zu tun haben wollten', und dass es ihnen ‚zu viel Mühe war, sich bei der Polizei zu melden', häufiger angegeben als bei anderen Straftaten.
Dass bei Drogenhandel eine Vielzahl an Gründen für keine Informationsweitergabe vergleichsweise häufig genannt wird, während der Grund, dass die Polizei bereits informiert war, kaum eine Rolle spielt, deckt sich mit der Erkenntnis, dass bei Drogenhandel am wenigsten Personen Informationen an die Polizei gegeben haben (15,1 %) im Vergleich zu anderen Delikten. Bei Einbrüchen in Wohnungen und Kraftfahrzeuge hingegen haben mit 56,2 % am meisten Hamburger:innen mit entsprechendem Zeug:innenerlebnis angegeben, der Polizei hierzu Informationen weitergegeben zu haben. Diese Besonderheit ist vor dem Hintergrund der vergleichsweise hohen gesellschaftlichen Akzeptanz von Drogenhandel nicht überraschend. Da Drogenhandel etwas häufiger von Personen aus der jüngsten Altersgruppe mitbekommen wurde, kann hier auch die allgemein geringere Kooperationsbereitschaft jüngerer Menschen mit der Polizei zum Tragen kommen (Farren / Hough et al. 2018: 181; Murphy 2015: 66).

In Übereinstimmung mit anderen Forschungsergebnissen zur Kooperationsbereitschaft der Bürger:innen mit der Polizei (Tankebe / Reisig et al. 2016: 17; Tankebe 2013: 121, 123; Murphy / Hinds et al. 2008: 152) zeigt sich auf den ersten Blick, dass Personen, die zustimmen, dass die Polizei alle gleichbehandelt, und Personen, die der Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei zustimmen, etwas häufiger nach einem Zeug:innenerlebnis Informationen an die Polizei geben, als Personen, die der Verteilungsgerechtigkeit und der Gehorsamspflicht nicht zustimmen. Erste multivariate Analysen legen nahe, dass diese Unterschiede ausführlicher analysiert werden müssen, um ggf. indirekt wirkende Alters- und Bildungseffekte überprüfen zu können.

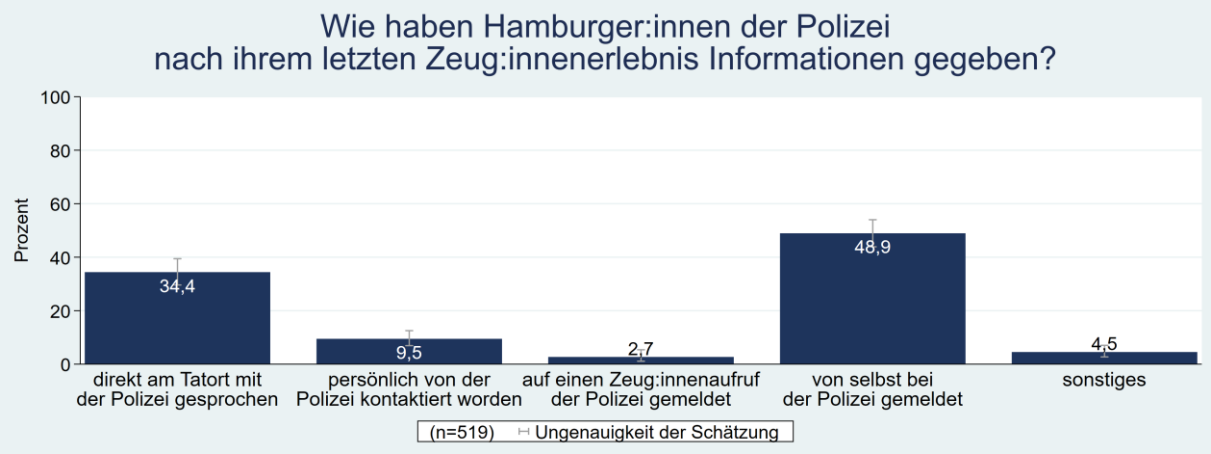
Abbildung 112: Gründe für keine Informationsweitergabe an Polizei zu letztem Zeug:innenerlebnis nach Art der Straftat



(Siehe Anhang 1, Fragen 66, 65)

Hinsichtlich der Frage, wie genau es zur Informationsweitergabe an die Polizei bzgl. eines Zeug:innenerlebnisses gekommen ist, zeigt sich, dass sich ca. die Hälfte dieser Hamburger:innen von selbst bei der Polizei gemeldet hat und ca. ein Drittel der Personen bereits direkt am Tatort mit der Polizei gesprochen hat (siehe Abbildung 113). Nur wenige Personen wurden persönlich von der Polizei bzgl. Informationen zu einer Straftat kontaktiert (9,5 %) oder haben sich auf einen Zeug:innenaufruf gemeldet (2,7 %). Unter ‚Sonstiges' werden häufig Situationen beschrieben, bei denen die Informationsweitergabe an die Polizei über Dritte (z. B. die geschädigte Person, zuständige Stelle im Betrieb) erfolgt ist, andere Personen bei ihrer Zeug:innenaussage unterstützt wurden (z. B. durch Übersetzung oder Begleitung) oder es werden geschlossene Antwortkategorien noch konkretisiert. Aufgrund der Heterogenität der Antwortbeiträge wird die Kategorie ‚sonstiges' für die weiteren Analysen nicht berücksichtigt.

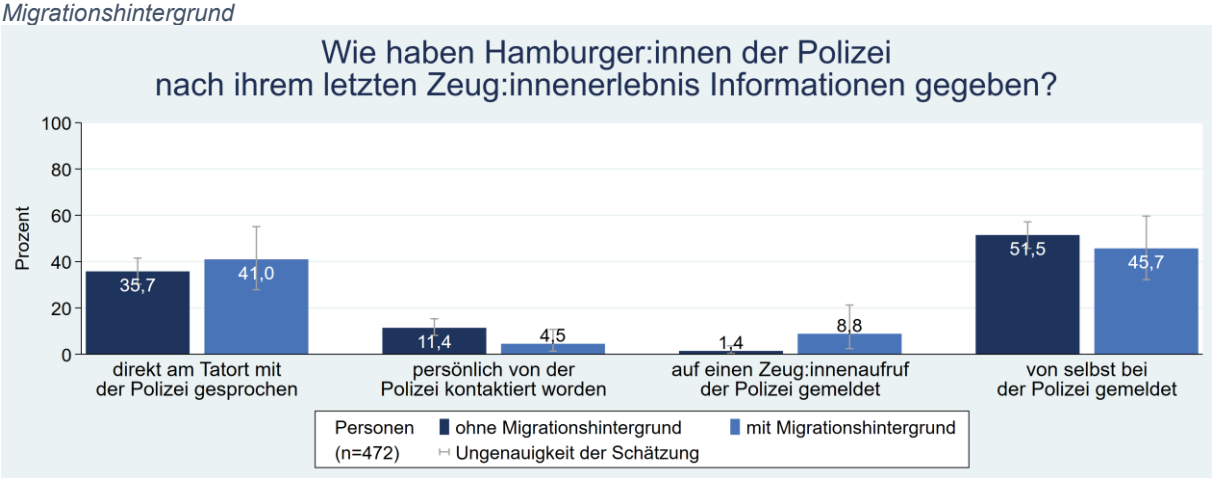
Abbildung 113: Zustandekommen der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis



(Siehe Anhang 1, Frage 67)

Für das Zustandekommen der Zeug:innenaussage zeigen sich weder Unterschiede nach Art der mitbekommenen Straftat noch nach Alter, Geschlecht und Bezirk. Lediglich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zeigen sich signifikante Gruppenunterschiede (siehe Abbildung 114).

Abbildung 114: Zustandekommen der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis nach Migrationshintergrund



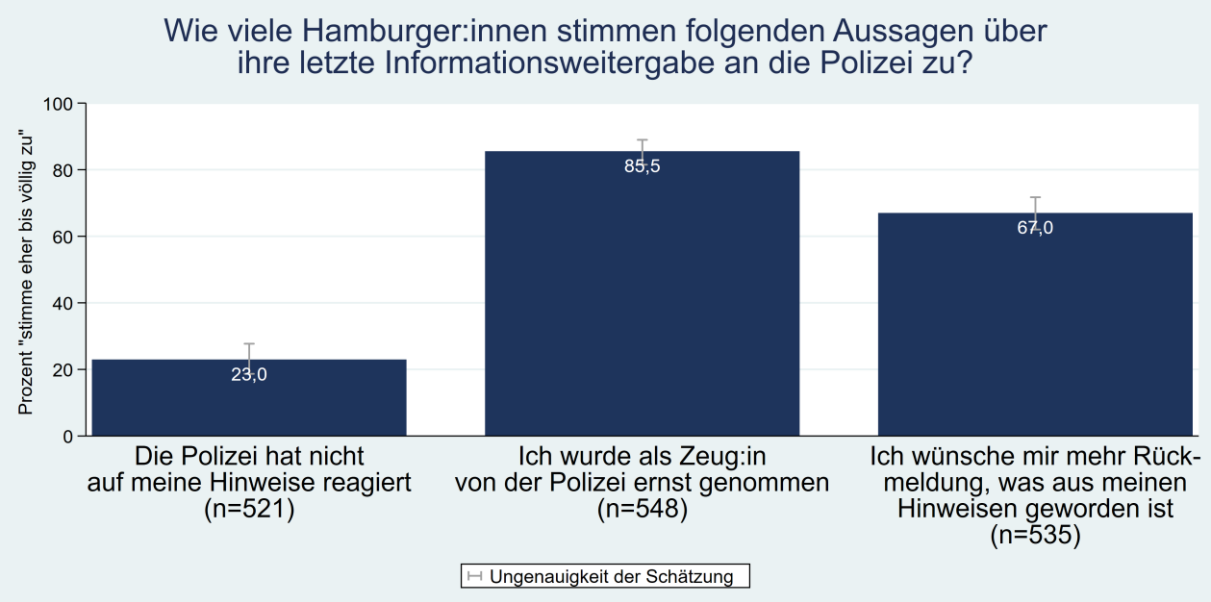
(Siehe Anhang 1, Fragen 67, 50-54)

Sowohl Zeug:innen mit als auch ohne Migrationshintergrund haben sich am häufigsten von selbst bei der Polizei gemeldet (45,7 % bzw. 51,5 %) oder direkt am Tatort mit der Polizei gesprochen (41,0 % bzw. 35,7 %). Hinsichtlich der seltener genannten Situationen zum Zustandekommen der Informationsweitergabe zeigen sich jedoch Unterschiede. So geben 8,8 % der Personen mit Migrationshintergrund, aber nur 1,4 % der Personen ohne Migrationshintergrund, an, sich auf einen Zeug:innenaufruf der Polizei gemeldet zu haben. Umgekehrt wurden

11,4 % der Personen ohne Migrationshintergrund persönlich von der Polizei kontaktiert, während dies nur auf 4,5 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf.

Abschließend sollten die Hamburger:innen, die der Polizei Informationen zu ihrem letzten Zeug:innenerlebnis innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung gegeben haben, angeben, wie sehr sie verschiedenen Aussagen über die polizeiliche Reaktion auf die Informationsweitergabe zustimmen (siehe Abbildung 115). 85,5 % der in Frage kommenden Hamburger:innen stimmen dabei eher bis völlig zu, dass sie als Zeug:innen von der Polizei ernst genommen wurden, 67,0 % wünschen sich jedoch auch mehr Rückmeldung, was aus ihren Hinweisen geworden ist. Fast ein Viertel der Befragten stimmen jedoch auch eher bis völlig der Aussage zu, dass die Polizei nicht auf ihre Hinweise reagiert hat.

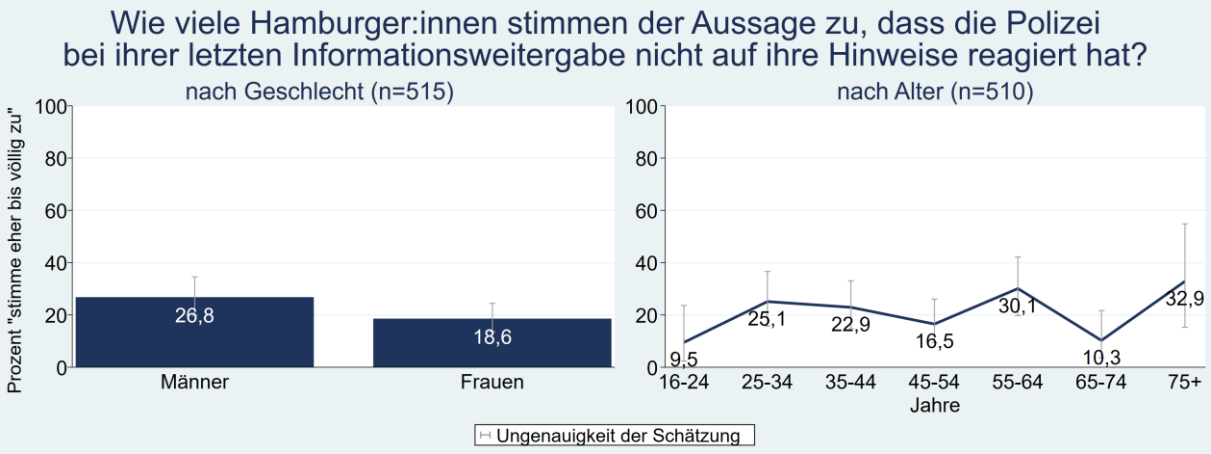
Abbildung 115: Wahrnehmung der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis



(Siehe Anhang 1, Frage 68)

Für die Aussage, dass die Polizei nicht auf die Hinweise reagiert hat, zeigen sich auch signifikante Unterschiede nach Geschlecht und Alter (siehe Abbildung 116). So stimmen 26,8 % der Männer dieser Aussage eher bis völlig zu und nur 18,6 % der Frauen. Auch der Vergleich der Altersgruppen zeigt einen tendenziellen Anstieg des Anteils der Personen, die dieser Aussage eher bis völlig zustimmen.

Abbildung 116: Wahrnehmung der Informationsweitergabe an Polizei beim letztem Zeug:innenerlebnis nach Geschlecht und Alter



(Siehe Anhang 1, Fragen 68, 44, 43)

4 Zusammenfassung

Die Polizei wird von vielen Hamburger:innen grundsätzlich positiv wahrgenommen. Fast 90 % der Hamburger:innen stimmen den Aussagen zu, dass die Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung arbeitet, dass sie da ist, wenn man sie braucht, und dass die Polizei Menschen im Allgemeinen mit Respekt behandelt. Ca. 80 % stimmen zu, dass die Polizei faire Entscheidungen trifft und Gewalt nur gerechtfertigt einsetzt. Rund zwei Drittel haben ein hohes Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei, wobei rund 77 % der Befragten der Aussage zustimmen, dass die Polizei arme und reiche Menschen gleich behandelt, während dieser Aussage bezogen auf Deutsche und Ausländer:innen 70 % zustimmen. Rund 67 % stimmen zu, dass die Polizei ohne Vorurteile handelt. Dieses Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit liegt unter dem Vertrauen in faires und effektives Handeln der Polizei.
Über 90 % der Hamburger:innen stimmen zu, dass Polizist:innen bürgerfreundlich sind und sich professionell verhalten. Gleichzeitig stimmen ca. 28 % zu, dass Polizist:innen Mitgefühl fehlt und 12 %, dass Polizist:innen rücksichtslos sind.
Rund 82% der Bürger:innen stimmen der Aussage zu, dass die Polizei gut über die Gefahren im Straßenverkehr informiert. Die Zustimmung fällt hinsichtlich der Informationen über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl (ca. 71 %) und über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage (ca. 66 %) geringer aus.
Rund zwei Drittel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist. Rund drei Viertel der Hamburger:innen sind der Meinung, dass die Polizei überlastet ist. Dabei kann die Bewertung aufgrund subjektiver Einschätzungen nach erlebten Polizeikontakt, aber auch aufgrund der medialen Präsenz der Thematik auf dieses Ergebnis einwirken.

Rund 70 % de Hamburger:innen stimmen eher bis völlig zu, dass es ihre Pflicht ist, polizeiliche Entscheidungen zu akzeptieren, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind, sowie dass es ihre Pflicht ist zu tun, was die Polizei ihnen sagt, auch wenn sie die Gründe nicht verstehen oder mit diesen nicht einverstanden sind. 57,9 % der Hamburger:innen stimmen zu, dass es ihre Pflicht ist zu tun, was die Polizei sagt, auch wenn sie die Art und Weise wie die Polizei sie behandelt nicht gut finden, womit Hamburg unter dem Bundes- sowie Großstadtdurchschnitt liegt.

Ca. ein Drittel der Hamburger:innen hatten innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt Kontakt mit der Polizei, fast alle davon in Hamburg. Ca. 80 % dieser Personen waren mit den Kontakten eher bis sehr zufrieden. Der häufigste Grund für den Polizeikontakt war das Melden einer Straftat (23,6 %) oder ein anderer Grund (20,7 %). Jeweils rund 10 % haben eine Ordnungswidrigkeit gemeldet, Auskunft oder Hilfe gesucht, Informationen oder Hinweise gegeben, sich zu Vorwurf geäußert oder hatten einen Verkehrsunfall. Am seltensten war mit 0,4-prozentiger Häufigkeit eine Beschwerde über die Polizei der Kontaktanlass.
Über 80 % der Hamburger:innen bewerten die Polizei nach ihrem letzten Polizeikontakt als fachlich kompetent, verständlich in ihrem Ausdruck sowie hilfsbereit. Ebenso häufig wird der Aussage zugestimmt, dass die Polizei sich ausreichend Zeit genommen hat. Kongruent dazu gibt ca. ein Fünftel an, dass die Polizei zu wenig getan hat sowie nicht schnell genug reagiert hat. Optimierungspotenzial wird insbesondere hinsichtlich der Kommunikationsleistung deutlich. Nur 57 % der betroffenen Bürger:innen geben an, dass sie über Hilfsangebote bzw. rechtliche Möglichkeiten informiert worden sind, und nur die Hälfte gibt an, dass sie von der Polizei auf dem Laufenden gehalten wurde. Ein Drittel der Hamburger:innen ist der Meinung, dass die Polizei bei ihrem letzten Kontakt überlastet war. Dass die Polizei ihnen gegenüber Vorurteile hatte, geben ca. 10 % der Hamburger:innen an. 8,2 % stimmen eher bis völlig zu, dass sie die Polizei beim Kontakt ungerecht behandelt hat.

Die Bewertung des letzten Polizeikontakts unterscheidet sich deutlich zwischen verschiedenen Kontaktanlässen. Personen, die aufgrund beruflicher Zusammenarbeit, eines Verkehrsunfalls, Informations- oder Hinweisgabe sowie Auskunft- bzw. Hilfegesuchen mit der Polizei

Kontakt hatten, sind am häufigsten zufrieden mit dem letzten Polizeikontakt (ca. 90 %), bewerten die fachliche Kompetenz gut (>90 %) und nur ein geringer Anteil dieser Personen stimmt zu, dass die Polizei zu wenig getan hat (13-16 %).
Etwas geringer ist der Anteil zufriedener Personen, die Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten meldeten sowie Kontakt aufgrund einer Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf hatten (68-79 %). Bei Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten bei der Polizei gemeldet haben, sowie Personen, die Auskunft oder Hilfe gesucht haben, ist die Bewertung der fachlichen Kompetenz durchschnittlich hoch. Während jedoch der Anteil der Auskunft- und Hilfe-Suchenden, die sich eine schnellere Reaktion oder mehr Einsatzbereitschaft gewünscht hätten, vergleichsweise gering ist, stimmen etwas mehr Personen, die eine Straftat gemeldet haben, der Aussage zu, dass die Polizei zu wenig getan hat. Personen, die eine Ordnungswidrigkeit gemeldet haben, stimmen mit rund 40 % am zweithäufigsten zu, dass die Polizei nicht schnell genug reagiert hat und zu wenig getan hat.
Die Zustimmung zu den Aussagen „Die Polizei hat nicht schnell genug reagiert“ und „Die Polizei hat zu wenig getan“ fällt bei Bürger:innen, welche aufgrund einer Kontrolle oder Aufforderungen, sich zu einem Vorwurf zu äußern, mit der Polizei Kontakt hatten, im Vergleich zu allen anderen Kontaktanlässen mit weniger als 10 % am geringsten aus. Dies ist in dieser Kontaktsituation erwartbar, da die betroffene Personengruppe kein Interesse an einer Intensivierung polizeilicher Tätigkeit gegen sie hat. Dennoch bewerten von dieser Personengruppe immer noch 82,4 % die Polizei als fachlich kompetent.
Am wenigsten zufrieden sind Hamburger:innen, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei Kontakt mit dieser aufgenommen haben (ca. 17 %). Auch hinsichtlich der Bewertung der polizeilichen Kompetenz, Reaktionszeit und Einsatzbereitschaft zeigt sich, dass Bürger:innen, die aufgrund einer Beschwerde über die Polizei Kontakt mit der Polizei hatten, die Polizei schlechter bewerten als Einwohnende, die aufgrund anderer Anlässe zur Polizei gehen.
Die Zustimmung zur einer Überlastung der Polizei fällt insbesondere bei Kontakten, um Ordnungswidrigkeiten zu melden (43,8 %), und beruflicher Zusammenarbeit (ca. 44,6 %) überdurchschnittlich hoch aus, hingegen insbesondere bei Kontakten für Beschwerden über die Polizei (21,4 %) und Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf (15,9 %) unterdurchschnittlich.

Es zeigen sich ebenso deutliche Unterschiede in der allgemeinen, ergo nicht auf einen konkreten Polizeikontakt bezogenen, Wahrnehmung der Polizei zwischen Personen mit und ohne Polizeikontakt innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung. Ein Polizeikontakt wirkt sich grundsätzlich eher negativ auf die Wahrnehmung der Polizei aus. Nur bei Personen, die mit ihrem letzten Polizeikontakt sehr zufrieden waren, zeigt sich ein höheres Effektivitätsvertrauen, Vertrauen in die Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit sowie eine bessere Bewertung der polizeilichen Informationstätigkeit und bessere Meinung über Polizist:innen als bei Personen ohne Polizeikontakt.
Die angegebene Gehorsamspflicht ggü. der Polizei unterscheidet sich kaum zwischen Personen mit und ohne Polizeikontakt generell, jedoch deutlich in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit dem letzten Kontakt.

Ein Einflussfaktor auf das bürgerliche Vertrauen in die Polizei ist der sogenannte Großstadteffekt, wobei in Großstädten (ab 100.000 Einwohnenden) das Vertrauen geringer ausfällt.[5] Bei den im Vergleich zu Bundes- und Großstadtdaten negativeren Ergebnissen wird überwiegend von einem solchen Effekt ausgegangen, da Hamburg mit ca. 1,8 Mio. Einwohnenden eine sehr große Großstadt ist. Dies betrifft das im Vergleich zum Bundes- und Großstadtdurchschnitt

[5] In einer Zeit-Analyse der ALBUS-Daten wird dieser Unterschied im Zeitverlauf immer geringer. Dabei wird vermutet, dass dieser abnehmende Effekt auf die in den 2000er Jahre eingeführte bürgerorientierte Polizeiarbeit zurückzuführen ist (Baier 2014, S. 53ff.). Jedoch weisen auch neuere Studien einen Großstadteffekt nach (LKA Niedersachsen 2022, S. 82). Studien legen negative Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit, individuellen Kontextfaktoren, wie geringe subjektive Statuseinstufung, Polizeikontakt, Migrationshintergrund, geringer Nachbarschaftszusammenhalt sowie bestehende Subkulturen nahe, welche in Großstädten eher kumuliert auftreten (Brown/ Benedict 2002; Jang et al. 2010; Baier 2014, S. 60f.).

etwas geringere Vertrauen in die polizeiliche Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit in Hamburg sowie die höhere Zustimmung zu fehlendem Mitgefühl und Rücksichtslosigkeit von Polizist:innen. Die Bewertung zur Informationstätigkeit der Polizei sowie die wahrgenommene Gehorsamspflicht liegt in Hamburg ebenfalls geringfügig unter dem Bundes- und Großstadtvergleich. Im Vergleich zum Bundes- und Großstadtdurchschnitt hatten ca. 5-8 % mehr Hamburger:innen mindestens einen Polizeikontakt und die Zufriedenheit mit dem Kontakt in Hamburg fällt im Vergleich etwas geringer aus.
Die Zustimmung zur Effizienz und ausreichenden Präsenz der Polizei liegt jedoch sogar etwas über dem Bundes- und Großstadtdurchschnitt.

Frauen stimmen etwas häufiger als Männer zu, dass die Polizei effektiv und fair handelt, während Männer ein geringfügig höheres Vertrauen in die Verteilungsgerechtigkeit der Polizei aufweisen. Bezüglich der Bewertung der polizeilichen Präsenz und Informationstätigkeit sowie die Wahrnehmung von Polizist:innen im Allgemeinen zeigen sich keine Geschlechterunterschiede.
Etwas mehr Männer als Frauen hatten innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Kontakt mit der Polizei. Der häufigste Kontaktanlass war sowohl bei Männern und Frauen das Melden einer Straftat. Frauen in Hamburg geben dabei häufiger als Männer als Hauptgrund ihres Kontaktes an, dass sie eine Straftat gemeldet oder Auskunft bzw. Hilfe gesucht haben. Männer hatten häufiger als Frauen ihren letzten Polizeikontakt aufgrund einer Polizeikontrolle oder Aufforderung, sich zu einem Vorwurf zu äußern.
Frauen geben dabei geringfügig häufiger als Männer an, eher bis sehr zufrieden mit dem letzten Polizeikontakt zu sein. Diese leicht bessere Bewertung eines Polizeikontakts von Frauen wird von anderer Forschung bestätigt.

Das Vertrauen in die Verfahrens- sowie Verteilungsgerechtigkeit der Polizei steigt in der Hamburger Bevölkerung mit zunehmendem Alter konstant an. Das Vertrauen liegt dabei vor allem bei den jungen Altersgruppen unter dem Bundes- und Großstadtdurchschnitt. Mit zunehmendem Alter unterscheiden sich Hamburger:innen immer weniger vom Bundes- und Großstadtdurchschnitt. Am stärksten zeigt sich diese Diskrepanz der Jungen im Bundesvergleich in der geringeren Zustimmung, dass die Polizei Gewalt nur gerechtfertigt einsetzt.
Ebenso ist eine steigende Zustimmung mit zunehmendem Alter bei der Bewertung der polizeilichen Überlastung sowie Informationstätigkeit zu vernehmen, wobei jüngere Personen (bis ca. 34 Jahre) stärker zwischen den Informationsthemen differenzieren als ältere Hamburger:innen. Der allgemein hohe Anteil der Hamburger:innen, der die Polizei als effektiv bewertet, bleibt bis zu einem Alter von ca. 45 Jahren relativ stabil und steigt dann bis zur ältesten Altersgruppe noch weiter an.
Im Gegensatz zu allen anderen Items der Bewertung der Polizei nimmt der Anteil der Hamburger:innen, welche die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum für ausreichend befindet, ab 25 Jahren mit zunehmendem Alter tendenziell ab. Eine mögliche Interpretation hierfür ist, dass Jüngere sich von der Polizei im öffentlichen Raum eher gestört fühlen könnten und so die Präsenz häufiger als ‚genügend' betrachten, während ältere Menschen sich aufgrund von im Alter steigender Kriminalitätsfurcht mehr Polizeipräsenz wünschen.
Tendenziell zeigt sich auch, dass insbesondere junge Menschen einer Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei seltener zustimmen. Diese Unterschiede sind jedoch durchaus geringer als bei den Vertrauens- und Bewertungsfragen.
Während um die 40 % der Hamburger:innen jungen bis mittleren Alters (16-54 Jahre) einen Polizeikontakt im letzten Jahr angeben, nimmt dieser Anteil mit zunehmendem Alter kontinuierlich auf 21 % in der ältesten Altersgruppe ab 75 Jahren ab. Über alle Altersgruppen hinweg geben Hamburger:innen als Grund für ihren letzten Polizeikontakt am häufigsten an, eine Straftat gemeldet zu haben. In der jüngsten Altersgruppe (16- bis 24-Jährige) geben mit ca. 27,2 % deutlich mehr Hamburger:innen als in anderen Altersgruppen an, dass eine Polizeikontrolle/Äußerung zu einem Vorwurf der Hauptgrund ihres letzten Polizeikontakts war. Diese Häufigkeit nimmt mit zunehmenden Alter stetig ab. Auch in der Zufriedenheit mit dem Polizeikontakt wird ein Unterschied zwischen jungen und alten Bewohnenden deutlich. 16- bis 24-Jährige sind somit am seltensten mit dem letzten Polizeikontakt zufrieden (ca. 68 %), während

über 75-Jährige mit ca. 90 %-iger Zustimmung im Altersvergleich am zufriedensten sind. Auch die differenzierte Bewertung des letzten Polizeikontakts hinsichtlich der Leistung, Kommunikation und dem persönlichen Auftreten der Polizei fällt mit zunehmendem Alter besser aus.
Die Ergebnisse, vor allem einer mit zunehmendem Alter ansteigenden, positiveren Bewertung des letzten Polizeikontaktes decken sich mit den bundesweiten Ergebnissen sowie bisheriger Forschung. Erklärt wird dies in der Forschungsliteratur zumeist durch eine zunehmende konservative Einstellung mit zunehmenden Alter sowie veränderten Alltagsroutinen und damit weniger potentiell negativer Berührungspunkte mit der Polizei.

Unterschiede zwischen Hamburger:innen mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizei sowie des Polizeikontakts lassen sich nicht pauschalisieren. Separate Analysen für verschiedene Personengruppen unter Berücksichtigung des konkreten Migrationshintergrunds, der Migrationsgeschichte sowie der soziodemografischen Gruppenzusammensetzung sind notwendig, um aussagekräftige Erkenntnisse zu generieren.

Bewohner:innen aus Wandsbek bewerten die Polizei hinsichtlich fast aller abgefragten Aspekte der allgemeinen Polizeiwahrnehmung überdurchschnittlich positiv und ein überdurchschnittlich hoher Anteil berichtet eine hohe wahrgenommene Gehorsamspflicht. In Harburg fällt die Bewertung der Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit der Polizei sowie die Zustimmung zur Gehorsamspflicht ebenfalls überdurchschnittlich hoch aus sowie die Überlastung der Polizei unterdurchschnittlich. Der Effektivität und ausreichenden Präsenz der Polizei wird in Harburg jedoch seltener als im Hamburger Durchschnitt zugestimmt. Der Bezirk Hamburg-Mitte sticht hingegen bei den meisten abgefragten Aspekten der allgemeinen Polizeiwahrnehmung mit unterdurchschnittlich hohen Zustimmungswerten hervor. Andere Bezirke weichen nur bei einzelnen Aspekten vom Hamburger Durchschnitt ab. Die kleinräumige Analyse zeigt, dass sich die Regionen innerhalb der Bezirke ebenfalls voneinander unterscheiden, weshalb vertiefende kleinräumige Analysen unter Berücksichtigung der Sozialstruktur notwendig sind, um aussagekräftige Erkenntnisse zu generieren.
Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Hamburger Bezirken bezüglich der Häufigkeit eines Polizeikontaktes. Andere Forschung stellte bereits fest, dass die Einwohnenden umso häufiger Kontakt mit der Polizei haben, je größer der Wohnort der Befragten ist. So scheint es in einer Großstadt wie Hamburg nicht verwunderlich, dass kaum Unterschiede in den Stadtbezirken zu vermerken sind.

Das Erleben einer Straftat wirkt sich in der Regel negativ auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei sowie von Polizist:innen aus. Die stärksten Effekte für die meisten Aspekte der Polizeiwahrnehmung lassen sich bei Hamburger:innen feststellen, die innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) Opfer eines sexuellen Übergriffs oder einer Körperverletzung waren, während die Effekte bei den Opfern von Diebstählen, Sachbeschädigungen und Wohnungseinbruchdiebstählen in den meisten Fällen geringer sind. Dennoch lassen sich einige deliktsspezifische Besonderheiten feststellen.
Die Zustimmung zu der Aussage, dass die Polizei ausreichend im öffentlichen Raum zu sehen ist, sinkt nach einem sexuellen Übergriff nur um ca. 4 Prozentpunkte, was im Vergleich zu den Effekten von Sachbeschädigung, Wohnungseinbruchdiebstahl sowie Körperverletzung (ca. 10-17 Prozentpunkte) vergleichsweise gering erscheint. Für die Zustimmung zu der Aussage, dass die Polizei überlastet ist, zeigen sich abgesehen von einem Anstieg nach einer erlebten Körperverletzung um ca. 5 Prozentpunkte keine statistisch signifikanten Unterschiede.
Tendenziell wirkt sich eine Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate für die meisten Deliktsbereiche stärker negativ auf die Bewertung der polizeilichen Informationstätigkeit über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage aus als auf die Bewertung der Information über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl. Umgekehrt ist dies nur nach dem Erleben eines sexuellen Übergriffs: Für dieses Delikt zeigt sich mit einem Unterschied von ca. 21 Prozentpunkten im Vergleich zu allen anderen Delikten der stärkste Effekt einer Viktimisierung auf die Zufriedenheit mit der Informationstätigkeit zum Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl. Da insbeson-

dere ein sexueller Übergriff zu einer besonderen Beeinträchtigung des nächtlichen Sicherheitsgefühls, auch innerhalb der eigenen Wohnung, einer alle Deliktsbereiche betreffende größeren Kriminalitätsfurcht und einem häufigeren Ergreifen vieler Schutzmaßnahmen führt, kann dieses Ergebnis als ein weiterer Hinweis auf die gesteigerte Kriminalitätsfurcht interpretiert werden.
Bei der Bewertung der Informationstätigkeit über den Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl sticht zudem der Effekt eines erlebten Wohnungseinbruchdiebstahls hervor. Hier ist der Anteil der Personen, die sich nach einer Viktimisierung gut informiert fühlen, höher als bei anderen Viktimisierungen, wenngleich auch geringer als bei nicht viktimisierten Personen. Der Hamburger Unterschied von durch Wohnungseinbruchdiebstahl viktimisierten zu nicht viktimisierten Personen gering (ca. 7 Prozentpunkte) ist auch im Bundes- und Großstadtvergleich vergleichsweise. In den Bundes- sowie Großstadtdaten ist der Unterschied fast doppelt so groß. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Polizei Hamburg insbesondere bei viktimisierten Personen hinsichtlich Wohnungseinbruchsprävention gute Informationsarbeit leistet.
Etwaige Effekte einer Viktimisierung auf die Gehorsamspflicht werden vermutlich über das Vertrauen in die Verfahrens-, Verteilungsgerechtigkeit und Effektivität vermittelt. Dem genauen Zustandekommen dieser Effekte muss in weiteren Analysen auf den Grund gegangen werden.

Hamburger:innen konnten im Anschluss an den bundesweit einheitlichen Fragebogenteil auch noch Hamburg-spezifische Zusatzfragen beantworten. Hierbei wurde die Wahrnehmung der Bürgerorientierung und polizeilichen Schwerpunktsetzung sowie die Wahrnehmung der polizeilichen Informationstätigkeit und des polizeilichen Umgangs mit Hinweisen aus der Bevölkerung thematisiert.

Die Zustimmung zu der Aussage, dass die Polizei Hamburg sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen in ihrer Wohngegend kümmert, entspricht mit ca. 82 % ungefähr den anderen Aspekten der allgemeinen Polizeiwahrnehmung. Der häufig feststellbare positive Alterseffekt auf die allgemeine Wahrnehmung der Polizei ist auch hier feststellbar. Wie bereits bei der allgemeinen Polizeiwahrnehmung sticht der Bezirk Wandsbek mit überdurchschnittlich hoher Zustimmung hervor, während in Hamburg-Mitte eine unterdurchschnittliche Zustimmung festzustellen ist. Auch der negative Effekt einer Opferwerdung sowie eines Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate auf die Polizeiwahrnehmung zeigt sich nicht nur für die allgemeine Wahrnehmung der Polizei, sondern auch für die Wahrnehmung der Bürgerorientierung, wobei die Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt wiederum einen stark positiven Effekt auf die Zustimmung zur Bürgerorientierung der Polizei Hamburg hat.
Die Wahrnehmung der örtlichen Polizeiarbeit wurde zusätzlich mit der Wahrnehmung der eigenen Wohngegend kontextualisiert. Es zeigt sich die grundsätzliche Tendenz, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend und der Zustimmung zu der Aussage besteht, dass sich die Polizei Hamburg ausreichend um Anliegen und Fragen der Bürger:innen in der eigenen Wohngegend kümmert. Ein negativer Zusammenhang besteht hinsichtlich der Wahrnehmung von Desorganisationanzeichen in der eigenen Wohngegend, z. B. Müll, Schmiereien, Lärm und Streitereien. Je häufiger Personen diese räumlichen und sozialen Desorganisationsanzeichen in ihrer Wohngegend wahrnehmen, desto weniger stimmen sie zu, dass die Polizei sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürger:innen kümmert.

Ergänzend wurden Hamburger:innen gefragt, auf welchem Weg sie sich mit einem Anliegen an die Polizei Hamburg wenden würden. Die am häufigsten genannten Kontaktwege sind der persönliche Kontakt zu Polizeibeamt:innen an einer Polizeidienststelle (ca. 71 %) sowie der telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle (ohne Notruf 110) (ca. 66 %). 36 % der Hamburger:innen würden den persönlichen Kontakt mit Bürgernahen Beamt:innen wählen. Mit einer Häufigkeit von lediglich 6,1 % ist der Kontaktweg über Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg (Facebook, Twitter (heute: X), Instagram) am seltensten ausgewählt und auch der schriftliche Kontakt mit einer Polizeidienststelle sowie die Online-Wache der Polizei Hamburg werden mit rund 17 % vergleichsweise selten als Kontaktweg für Anliegen genannt.

Der persönliche und telefonische Kontakt mit einer Polizeidienststelle, um sich mit Anliegen an die Polizei Hamburg zu wenden, werden auch in den Gruppenvergleichen nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk von allen Personengruppen am häufigsten genannt. Darüber hinaus zeigen sich für einzelne Kontaktwege relevante Gruppenunterschiede. Der telefonische sowie schriftliche Kontakt mit einer Polizeidienststelle sowie der Kontakt über die Online-Wache oder Social Media werden mit zunehmendem Alter seltener genannt, wohingegen der persönliche Kontakt mit einer Polizeidienststelle sowie mit den Bürgernahen Beamt:innen von älteren Hamburger:innen häufiger genannt werden. Fast alle Kontaktwege, um sich mit einem Anliegen an die Polizei zu wenden, werden von Hamburger:innen mit Migrationshintergrund signifikant seltener genannt als von Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund. Vertiefende Analysen für verschiedene Herkunftsländer unter Berücksichtigung soziodemographischer Merkmale sind notwendig, um die Unterschiede sinnvoll interpretieren zu können.

Lediglich 17 % der Hamburger:innen stimmen eher bis völlig zu, Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in ihrem Stadtteil erhalten zu haben. Unabhängig vom Erhalt dieser Informationen stimmen 53 % der Wohnbevölkerung eher bis völlig zu, dass die Polizei Hamburg die richtigen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil setzt. 85 % der Hamburger:innen wünschen sich mehr Informationen über polizeiliche Schwerpunkte in ihrem Stadtteil. Bürger:innen, die Informationen über die Schwerpunkte der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil erhalten haben, stimmen mehr als doppelt so häufig wie Bewohnende ohne Informationen zu, dass die Polizei die richtigen Schwerpunkte setzt (92 % vs. 44 %). Auffällig ist gleichzeitig, dass der Wunsch nach mehr Informationen in beiden Gruppen von mehr als drei Viertel der Befragten bejaht wird. Männer und Frauen unterscheiden sich in den Ansichten bzgl. der polizeilichen Schwerpunktsetzung im eigenen Stadtteil unwesentlich, im Altersgruppenvergleich zeigt sich hinsichtlich der Zustimmung zum Informationserhalt sowie zur richtigen Schwerpunktsetzung seitens der Polizei erneut eine Zunahme im Altersverlauf. Mehr als doppelt so viele Hamburger:innen mit Migrationshintergrund wie ohne Migrationshintergrund stimmen zu, Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil erhalten zu haben (28 % vs. 12 %). Ebenso stimmen sie etwas häufiger zu, dass die Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil die Schwerpunkte richtig setzt (58 % vs. 52 %) und wünschen sich etwas seltener mehr Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte im eigenen Stadtteil als Einwohnende ohne Migrationshintergrund (81 % vs. 86 %).

Um die Wahrnehmung der polizeilichen Schwerpunktsetzung und konkrete Wünsche seitens der Hamburger Bevölkerung differenzierter erfassen zu können, wurden die Hamburger Befragungsteilnehmenden um ihre Meinung gebeten, worum die Polizei Hamburg sich in ihrem Stadtteil stärker kümmern sollte. Hierbei konnten neben geschlossen abgefragten Sicherheits- und Ordnungsproblemen auch offene Angaben gemacht werden.
Die Zustimmung, dass die Polizei sich stärker kümmern sollte, liegt für alle geschlossen abgefragten Probleme bei über 50 %. Die hohe Zustimmung zu allen abgefragten Sicherheits- und Ordnungsproblemen ist nicht pauschal gleichbedeutend mit der Aussage, dass die Polizei sich nicht ausreichend kümmert, sondern indiziert gleichzeitig die örtliche Problemwahrnehmung, Schwereeinstufung und das allgemeine Bedürfnis, dass die Polizei sich um alle Sicherheits- und Ordnungsprobleme in der Stadt kümmert. Dennoch zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Priorisierung.
Die höchste Zustimmung erhält das Item ‚Einbrüche und Diebstähle' (ca. 81 %), gefolgt von örtlichen Kriminalitätsbrennpunkten, Verkehrsdelikten bzw. -sicherheit sowie störenden Personengruppen (ca. 71-76 %). Seltener wird der Aussage hinsichtlich Drogenkriminalität (ca. 66 %) sowie Sauberkeit und Ordnung (59 %) zugestimmt. Hamburger:innen, welche eher keine bis keine Informationen über die Schwerpunkte der Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil erhalten haben, geben für alle abgefragten Probleme seltener an, dass sich die Polizei Hamburg in ihrem Stadtteil stärker darum kümmern sollte, als Hamburger:innen, die einem Informationserhalt eher oder völlig zustimmen. Am stärksten ist dieser Unterschied mit 11,4 Prozentpunkten für ‚unsichere Orte' ausgeprägt, während er bei den Problemen ‚Sauberkeit und Ordnung', ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit', und ‚Einbrüche und Diebstähle' deutlich geringer zwischen 3-5 Prozentpunkten liegt.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum in den Ansichten, um welche Probleme sich die Polizei Hamburg stärker in ihrem Stadtteil kümmern sollte. Für die meisten abgefragten Probleme steigt mit ansteigendem Alter das Bedürfnis, dass sich die Polizei Hamburg im eigenen Stadtteil stärker darum kümmern sollte. Es stimmen bei den Personen ab 75 Jahren ca. 25-27 Prozentpunkte mehr Personen eher bis völlig zu, dass sich die Polizei stärker um unsichere Orte, Verkehrsdelikte- und Sicherheit sowie Drogenkriminalität kümmern als, als in der jüngsten Altersgruppe zwischen 16-24 Jahren. Dies könnte im Zusammenhang mit steigenden Unsicherheitsgefühlen und seltenerem Aufenthalt älterer Personen im öffentlichen Raum stehen. Hinsichtlich unsicherer Orte sowie Sauberkeit und Ordnung im eigenen Stadtteil stimmen Hamburger:innen mit Migrationshintergrund um 4-5 Prozentpunkte häufiger eher bis völlig zu, dass die Polizei sich stärker darum kümmern sollte, als Einwohnende ohne Migrationshintergrund. Diese Diskrepanz bedarf vertiefender Analysen, die neben der spezifischen Migrationsgeschichte auch die soziodemografischen Besonderheiten der jeweiligen Gruppen berücksichtigen.
Einwohner:innen aus Hamburg-Mitte, Bergedorf, Harburg stimmen mit ca. 80 % überdurchschnittlich häufig zu, dass sich die Polizei um unsichere Orte in ihrem Stadtteil kümmert sollte. Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord stimmen dem seltener zu als der Hamburger Gesamtdurchschnitt. In Bergedorf und tendenziell auch in Eimsbüttel stimmen weniger Einwohnende zu, dass die Polizei sich stärker um Sauberkeit und Ordnung in den Stadtteilen kümmern soll, während dieser Aussage in Hamburg-Mitte überdurchschnittlich häufig zugestimmt wird. Hamburger:innen aus dem Bezirk Hamburg-Mitte stimmen häufiger als der Hamburger Durchschnitt zu, dass sich die Polizei stärker um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern sollte. Bewohner:innen aus Hamburg-Nord stimmen dem mit 74,6 % am seltensten von allen Bezirken zu, gefolgt von Altona mit 77,5 %. Vertiefende und kleinräumige Analysen sind notwendig, um die Problemwahrnehmung auf Stadtteilebene nachvollziehen und erklären zu können.
Eine deliktsspezifische Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate (Bezug für SKiD 2020: innerhalb November 2019 bis Oktober 2020) hat unterschiedliche Auswirkungen auf das Empfinden der Bürger:innen, ob sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker um bestimmte Probleme kümmern sollte. Durch Wohnungseinbruchdiebstahl viktimisierte Einwohnende stimmen im Vergleich zu nicht viktimisierten Personen signifikant häufiger eher bis völlig zu, dass sich die Polizei in ihrem Stadtteil stärker um unsichere Orte (80 % vs. 73 %) sowie Einbrüche und Diebstähle (94 % vs. 80 %) kümmern sollte. Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt Opfer einer Sachbeschädigung wurden, stimmen ebenfalls häufiger zu, dass sich stärker um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil gekümmert werden sollte (84 % vs. 80 %). Hamburger:innen, die Opfer einer Körperverletzung oder eines sexuellen Übergriffs wurden, stimmen hingegen um 9-15 Prozentpunkte seltener als nicht viktimisierte Personen zu, dass sich die Polizei stärker um Verkehrsdelikte und -sicherheit oder um Einbrüche und Diebstähle in ihrem Stadtteil kümmern soll, während hinsichtlich der anderen aufgeführten Sicherheits- und Ordnungsprobleme keine signifikanten Effekte vorliegen. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass die beiden Problemfelder in der Problemwahrnehmung und -priorisierung der Opfer von Gewaltkriminalität im Vergleich zu nicht viktimisierten Personen nachrangig sind.
Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate Polizeikontakt hatten, stimmen um rund 5 Prozentpunkte seltener als Personen ohne Polizeikontakt zu, dass die Polizei Hamburg sich in ihrem Stadtteil stärker um unsichere Orte sowie Verkehrsdelikte und -sicherheit kümmern soll. Eine mögliche Erklärung für die geringere Zustimmung wäre, dass Personen mit Polizeikontakt eher andere Probleme priorisieren als die im Fragebogen genannten, insbesondere da Personen mit Polizeikontakt auch seltener zustimmen, dass die Polizei in ihrem Stadtteil die richtigen Schwerpunkte setzt. Jedoch wäre die geringere Zustimmung auch als Ausdruck einer im Polizeikontakt wahrgenommenen Priorisierung der genannten Problemfelder seitens der Polizei denkbar.
Für Hamburger:innen, die unzufrieden bis eher unzufrieden mit ihrer eigenen Wohngegend sind, zeigt sich für die Problemfelder ‚unsichere Orte' und ‚Sauberkeit und Ordnung' eine vergleichsweise hohe Zustimmung zu der Aussage, dass sich die Polizei stärker im eigenen

Stadtteil darum kümmern soll. Ab diesem Punkt nimmt die Zustimmung mit steigender Zufriedenheit mit der Wohngegend ab. Bei den Problemfeldern ‚Verkehrsdelikte und -sicherheit' sowie ‚Einbrüche und Diebstähle' zeigen sich kaum Unterschiede nach der Zufriedenheit mit der Wohngegend. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass diese beiden Problemfelder weniger stark örtlich konzentriert auftreten, sondern alle Wohngegenden betreffen können. Je häufiger Hamburger:innen räumliche Desorganisationsanzeichen (z. B. Schmierereien an Hauswänden, beschädigte Briefkästen, Müll und Abfall auf Straßen, Gehwegen oder Grünflächen) oder soziale Desorganisationsanzeichen (Gruppe ‚herumhängende' Menschen, Lärm auf der Straße, öffentliche Streitereien, Schlägereien) in ihrer eigenen Wohngegend wahrnehmen, desto stärker stimmen sie zu, dass sich die Polizei im eigenen Stadtteil stärker um die aufgeführten Probleme kümmern sollte. Die feststellbaren Zusammenhänge legen wiederum nahe, dass die Zustimmung zu den Einzelproblemen kein Indikator für das Vorhandensein dieser Probleme in den jeweiligen Stadtteilen ist. Stattdessen ist davon auszugehen, dass die Problemwahrnehmung und -priorisierung seitens der Befragten ähnlich wie bei der Wahrnehmung von Anzeichen nachbarschaftlicher Desorganisation Ausdruck eines Sicherheitsbedürfnisses ist.
Bei den im offenen Antwortfeld eingetragenen Nennungen ist festzuhalten, dass der Themenkomplex Verkehr den größten Stellenwert einnimmt und sich in der Analyse aus verschiedensten Blickwinkeln wiederfindet. Im Abgleich mit den Zustimmungsanteilen zu den geschlossenen Antwortkategorien wird auch deutlich, dass die in den offenen Nennungen feststellbaren Trends nur begrenzt mit dem Antwortverhalten für die geschlossen abgefragten Ordnungs- und Sicherheitsprobleme in Verbindung gebracht werden. Deutlicher zeigen sich in den offenen Nennungen Bezüge zum Sicherheitsgefühl bzw. zur Kriminalitätsfurcht. Weitere häufig vertretene Themen sind der Schutz vulnerabler Gruppen (Frauen, Kinder, Obdachlose, Tiere), konkrete Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme (insb. Diebstahl, Sachbeschädigung, Gewalt- und Sexualdelikte bzw. Ruhestörungen und Verschmutzungen), aber auch konkrete Erwartungshaltungen an die Polizei, insbesondere mit Blick auf Präsenz, Bürger:innennähe, Kontrolltätigkeit und polizeiliches Fehlverhalten.

Um Impulse für die Ausrichtung der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit zu ermöglichen, wurden Hamburger:innen gefragt, ob und über welche polizeilichen Themen sie informiert werden wollen und auf welchem Weg sie diese Informationen erhalten möchten. Am häufigsten wünschen sich die befragten Hamburger:innen mehr Informationen über örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit in ihrem Stadtteil (66 %), die Kriminalitätsentwicklung und neue Kriminalitätsphänomene (55 %) sowie über den Schutz vor Straftaten (53 %). Seltener möchten Bürger:innen über Öffentlichkeitsfahndungen (36 %), Einsätze und Kriminalfälle (33 %) oder die Verkehrslage (28 %) informiert werden. Am seltensten werden Informationen über den Polizeiberuf (9 %) oder andere Themen (3 %) gewünscht. 25 Befragte, die ein anderes Thema angekreuzt hatten, haben im offenen Antwortfeld nähere Angaben hierzu getätigt. Die meisten Nennungen sind Konkretisierungen der bereits geschlossen abgefragten Kategorien, insbesondere ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene' und ‚Schutz vor Straftaten'. Fünf Personen haben ergänzende Themenwünsche genannt, die sich auf Verfehlungen der Polizei beziehen, konkret die Themen Rassismus, Sexismus sowie Polizeigewalt bei G20.

Ca. 13 % der Befragten haben überhaupt keinen Informationsbedarf. Der Anteil der Hamburger:innen, die keine Informationen erhalten wollen, ist bei Personen zwischen 65-74 Jahren bereits leicht, und bei Personen ab 75 Jahren deutlich höher als bei jüngeren Altersgruppen. Zudem geben auch 6 Prozentpunkte mehr Personen mit Migrationshintergrund an, keine Informationen erhalten zu wollen, als Personen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 86).
Die Medien (z. B. Print- und Onlinemedien, Radio, Fernsehen, Social Media) (55 %) sowie polizeiliche Informationsmaterialien (54 %), gefolgt von der offiziellen Internetseite der Polizei Hamburg (47 %) sind die am häufigsten bevorzugten Kommunikationskanäle, um über polizeiliche Themen informiert zu werden. Seltener werden Öffentlichkeitskampagnen (z. B. Plakatwerbung, Fahrgastfernsehen, Kinospots) (31 %) sowie die Social Media-Auftritte der Polizei

Hamburgs (30 %), der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen (21 %) oder polizeiliche Informationsveranstaltungen (17 %) genannt. Am seltensten wurde mit einer Häufigkeit von 4 % ein anderer Weg gewünscht. Bei den Ergänzungen ist auffallend, dass von den 14 Ausführungen acht Bürger:innen jeder Altersgruppe sowie mit und ohne Migrationshintergrund (E-Mail-)Newsletter als zusätzlichen Informationsweg wünschen. Sechs Personen machen in ihren Anmerkungen auch die Bedeutsamkeit lokaler Bezüge deutlich, über lokale Themenschwerpunkte oder lokale Medien.
Die meisten Unterschiede im Interesse an polizeilichen Informationen zwischen Männern und Frauen sind gering. Der größte Unterschied ist, dass sich 56 % der Frauen, aber nur 49 % der Männer Informationen zum Schutz vor Straftaten wünschen. Hierbei kommen vermutlich die Unterschiede im Sicherheitsgefühl zwischen Männern und Frauen zum Ausdruck. Grundsätzlich sind die Medien, polizeiliche Informationsmaterialien und die Internetseite der Polizei Hamburg die sowohl von Männern und Frauen am häufigsten genannten Informationskanäle.
Rund zwei Drittel aller Hamburger:innen der Altersgruppen unter 75 Jahren möchten Informationen zu örtlichen Kriminalitätsschwerpunkten erhalten. Das am zweithäufigsten genannte polizeiliche Thema, zu dem Hamburger:innen sich Informationen wünschen, wechselt von Kriminalitätsentwicklung bzw. -phänomenen bei Personen unter 55 zu Schutz vor Straftaten bei Bürger:innen ab 55 Jahren. Das Interesse an polizeilichen Öffentlichkeitsfahndungen, polizeilichen Einsätzen und Kriminalfällen sowie dem Polizeiberuf sinkt mit zunehmendem Alter.
Generell werden die Vermittlungswege ‚Medien' und ‚polizeiliche Informationsmaterialien' in allen Altersgruppen vergleichsweise relativ häufig genannt und liegen in der Häufigkeit der Nennung nah beieinander. Dennoch lassen sich gewisse Trends im Altersverlauf erkennen. So werden digitale Kanäle (insb. Social Media, aber auch die Internetseite der Polizei) insbesondere von jüngeren Bürger:innen häufiger genannt, während ältere Personen sich noch häufiger als jüngere Menschen den persönlichen Informationserhalt durch Polizeibeamt:innen wünschen.
Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund wollen signifikant häufiger über örtliche Schwerpunkte, Kriminalitätsentwicklung/-phänomene, Schutz vor Straftaten sowie Öffentlichkeitsfahndungen informiert werden als Hamburger:innen mit Migrationshintergrund. Auch wenn das Thema ‚örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit' bei beiden Gruppen am häufigsten im Vergleich zu anderen Themen genannt wird, zeigt sich hier jedoch der größte Unterschied mit 71 % der Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund, die hierzu Informationen wünschen, und 55 % der Hamburger:innen mit Migrationshintergrund. Sowohl bei Bürger:innen mit als auch ohne Migrationshintergrund sind die Medien sowie polizeiliche Informationsmaterialien die am häufigsten genannten Kommunikationswege, auf denen sie Informationen über polizeiliche Themen erhalten wollen. Dennoch werden die Medien um 7 Prozentpunkten häufiger von Personen ohne Migrationshintergrund genannt als mit Migrationshintergrund. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch hinsichtlich der insgesamt seltener genannten Vermittlungswege ‚persönlicher Kontakt mit Polizeibeamt:innen' und ‚polizeiliche Öffentlichkeitskampagnen'. Nur Social Media wird häufiger von Personen mit Migrationshintergrund als bevorzugter Kommunikationsweg für Informationen zu polizeilichen Themen angegeben als von Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund. Auch hierbei bedarf es vertiefter Analysen, inwieweit diese Ergebnisse durch die Altersstruktur der jeweiligen Gruppen beeinflusst sind.
Örtliche Schwerpunkte der Polizeiarbeit sind das in allen Bezirken am häufigsten genannte Thema, zu dem Hamburger:innen sich Informationen wünschen. Signifikant mehr Einwohnende aus Eimsbüttel als im hamburgweiten Durchschnitt wünschen sich Informationen zur Verkehrslage, in Hamburg-Nord sticht das Thema ‚Kriminalitätsentwicklung/-phänomene' und in Wandsbek der Wunsch nach Informationen zum Schutz vor Straftaten hervor. Von Einwohnenden aus dem Bezirk Hamburg-Mitte werden diese drei Themen im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt signifikant seltener genannt, in Altona wird nur das Thema ‚Schutz vor Straftaten' seltener genannt. Die Unterschiede zwischen den Bezirken hinsichtlich der gewünschten Vermittlungswege für polizeiliche Informationen sind gering. Auffällig ist nur, dass die Internetseite der Polizei Hamburg in Bergedorf signifikant seltener wird und die Medien signifikant häufiger genannt werden als im hamburgweiten Durchschnitt.

Für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung ist die Polizei zum Großteil auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen, weshalb Fragen zu Zeug:innenerlebnissen der Hamburger Bevölkerung in das Sondermodul integriert wurden. Rund ein Viertel der Befragten wurde innerhalb der letzten 12 Monate auf einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe aufmerksam. 59 % dieser Personen wurden durch Zeug:innenaufrufe über die Medien erreicht, gefolgt von Plakaten/Aushängen/Flyern (41 %) sowie Social Media-Posts (27 %). Vergleichsweise selten wurden Hamburger:innen durch die Internetseite der Polizei, den persönlichen Kontakt mit Polizeibeamt:innen oder einen anderen Weg auf Zeug:innenaufrufe aufmerksam.
Es finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen. Im Altersvergleich zeigt sich, dass Personen zwischen 25 und 34 Jahren mit 31 % am häufigsten berichten, einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe wahrgenommen zu haben, während dies jeweils ein Viertel der Hamburger:innen unter 25 und zwischen 35 und 64 Jahren berichten. Am seltensten wurden Zeug:innenaufrufe von Menschen ab 75 Jahren wahrgenommen. Die Medien spielen dabei bei fast allen Altersgruppen die größte Rolle, gefolgt von Aushängen/Plakaten/Flyern. Letztere werden mit zunehmendem Alter deutlich seltener wahrgenommen, was mit veränderten Alltagsroutinen im höheren Alter erklärt werden könnte. Ebenso werden Zeug:innenaufrufe über die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg von jüngeren Personen deutlich häufiger wahrgenommen Ab einem Alter von 45 Jahren steigt die Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen der Polizei in den Medien kontinuierlich.
Hamburger:innen mit Migrationshintergrund nehmen deutlich seltener Zeug:innenaufrufe wahr als Personen ohne Migrationshintergrund (14 % vs. 29 %). Auch wenn die Medien sowohl von Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund am häufigsten als Weg genannt werden, über den sie auf einen Zeug:innenaufruf aufmerksam geworden sind, finden sich dennoch signifikante Unterschiede. Die Medien werden von 61 % der Hamburger:innen ohne Migrationshintergrund als Weg genannt, jedoch nur von 48 % der Hamburger:innen mit Migrationshintergrund. Hingegen zeigt sich, dass der persönliche Kontakt mit Polizeibeamt:innen (ca. 5 Prozentpunkte Unterschied) sowie die Internetseite der Polizei Hamburg (ca. 9 Prozentpunkte Unterschied) bei Personen mit Migrationshintergrund etwas häufiger von Relevanz sind als bei Personen ohne Migrationshintergrund.
Es ist feststellbar, dass die Einwohnenden der verschiedenen Bezirke nicht gleichermaßen häufig auf polizeiliche Zeug:innenaufrufe aufmerksam werden. Überdurchschnittlich häufig berichten Personen aus Hamburg-Nord (30 %), einen oder mehrere Zeug:innenaufrufe innerhalb der letzten 12 Monate wahrgenommen zu haben, während vergleichsweise wenig Einwohnende aus Harburg (19 %) dies angeben. In Hamburg-Nord ist zudem auffällig, dass dort überdurchschnittlich häufig Zeug:innenaufrufe durch Plakate/Aushänge/Flyer (52 %) wahrgenommen werden, während die Medien dort seltener genannt werden als in anderen Bezirken (50 %). Die genau umgekehrte Tendenz ist für die Bezirke Wandsbek und Bergedorf feststellbar. Da die meisten Zeug:innenaufrufe in den Medien wahrgenommen werden, lassen sich die Unterschiede zwischen den Bezirken vermutlich durch die in den verschiedenen Bezirken unterschiedliche Bevölkerungsstruktur erklären. Zu klären wäre darüber hinaus jedoch, ob es in den verschiedenen Bezirken unterschiedlich häufig polizeiliche Zeug:innenaufrufe gab, welche sich unterschiedlich in lokal eingrenzbaren Maßnahmen wie Plakaten/Aushängen/Flyern widerspiegeln würden, da sich insbesondere hier signifikante Diskrepanzen in der Wahrnehmung der Einwohnenden zwischen den Bezirken zeigen.

Neben der Wahrnehmung von Zeug:innenaufrufen wurde erhoben, ob die befragten Personen innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Zeug:innen einer Straftat wurden und der Polizei hierzu Hinweise gegeben haben.[6] Rund ein Fünftel der Hamburger:innen wurde innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung Zeuge/Zeugin einer Straftat. Relevante Gruppenunterschiede lassen sich dabei nur nach Alter und Migrationshintergrund feststellen. Mit

[6] Kritisch anzumerken ist, dass die Zielrichtung des Fragenblocks nicht von allen Befragten eindeutig verstanden wurde. Es finden sich insbesondere in den Nennungen der offenen Antwortkategorien Hinweise darauf, dass Personen hier auch Straftaten berichten, von denen sie nur über Dritte erfahren haben, bei denen sie jedoch nicht selbst Zeug:innen waren. Diese Unschärfe muss bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden.

zunehmendem Alter nimmt der Anteil derer, die eine Straftat persönlich mitbekommen haben, konstant ab. Dies ist vermutlich durch selteneren Aufenthalt im öffentlichen Raum und andere Freizeitaktivitäten zurückzuführen. Zudem berichten weniger Personen mit Migrationshintergrund von Zeug:innenerlebnissen innerhalb der letzten 12 Monate als Personen ohne Migrationshintergrund. Eine Erklärung dieses Ergebnisses kann ohne weitere Analysen und Forschung aus dem bisherigem Kenntnisstand nicht hergeleitet werden.
Am häufigsten wurden Hamburger:innen Zeug:innen eines Drogenhandels, gefolgt von einer Sachbeschädigung. Am seltensten berichteten Hamburger:innen davon, einen sexuellen Übergriff persönlich mitbekommen zu haben. Hierbei gilt zu beachten, dass der Konsum von Cannabis zum Befragungszeitpunkt noch nicht legalisiert war. Die Auswirkungen der Legalisierung (April 2024) auf den Straßenhandel können zu einer Verschiebung des Phänomens führen.
Die besonders häufig genannte Antwortkategorie ‚etwas anderes' macht die zusätzliche Analyse der dort ausgeführten offenen Antworten erforderlich. Die meisten unter ‚etwas anderes' berichteten Straftaten konzentrieren sich auf den öffentlichen Raum, insbesondere im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr. Hierbei wird Fahrerflucht von einem Drittel der 223 Beiträge explizit benannt. Es zeigt sich auch, dass Phänomene nachbarschaftlicher Desorganisation berichtet werden, die von den Befragten mit Straftaten gleichgesetzt werden. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass ein Teil der genannten Vorfälle nicht von den Befragten selbst beobachtet, sondern ihnen berichtet wurde.
Auch wenn Drogenhandel sowohl von Männern und Frauen am häufigsten genannt wurde, zeigen sich relevante Unterschiede in der Häufigkeitsverteilung der Delikte. Männer waren dabei häufiger Zeuge von Drogenhandel, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen als Frauen, während Frauen häufiger Zeuginnen von Diebstählen, Bedrohungen, Einbrüchen und sexuellen Übergriffen waren als Männer. Drogenhandel wird in den Altersgruppen von 16-64 Jahren fast immer am häufigsten als Deliktstyp des Zeug:innenerlebnisses angegeben, bei den Personen ab 65 Jahren wird dies erst als viert- bzw. fünfthäufigstes Delikt genannt. Hierfür ist vermutlich der seltenere Aufenthalt im öffentlichen Raum, insbesondere an für Drogenhandel einschlägigen Orten, ursächlich. Auch der Anteil der Personen, die einen sexuellen Übergriff mitbekommen haben, sinkt in dieser Personengruppe stark ab, während er insbesondere bei den 16-bis 24-Jährigen besonders hoch ist. Dies ist neben unterschiedlichem Freizeitverhalten ggf. auch auf ein unterschiedliches Deliktsverständnis bzw. eine unterschiedliche Sensibilisierung zurückzuführen. In den älteren Altersgruppen ab 65 Jahren werden hingegen Einbrüche und Diebstähle besonders häufig genannt. Im Bezirksvergleich fällt insbesondere auf, dass Drogenhandel zwar in allen Bezirken vergleichsweise häufig genannt wird, in Mitte und Harburg jedoch besonders im Vergleich zu anderen Straftaten hervorsticht. Anzumerken ist jedoch, dass aus den Angaben nicht hervorgeht, wo die Zeug:innenerlebnisse der Befragten stattgefunden haben.

Ca. 38 % der Hamburger:innen, die innerhalb der letzten 12 Monate eine Straftat persönlich mitbekommen hatten, haben der Polizei Informationen dazu gegeben. Die Bereitschaft zur Informationsweitergabe nimmt dabei mit steigendem Alter von 24 % in der jüngsten Altersgruppe auf 45-50 % in den Altersgruppen ab 45 Jahren zu. Deutliche Unterschiede im Anteil derer, die der Polizei Informationen zu ihrem Zeug:innenerlebnis gegeben haben, zeigen sich zwischen verschiedenen Deliktstypen. Am häufigsten haben Personen, die Zeug:innen eines Einbruchs oder einer Körperverletzung wurden, der Polizei Informationen hierzu gegeben. Von den Zeug:innen eines Drogenhandels haben die wenigsten Personen der Polizei Hamburg Hinweise gegeben.
Von ca. 84 % der betroffenen Hamburger:innen wurde angegeben, dass es für sie selbstverständlich ist, der Polizei Informationen zu Straftaten zu geben, die sie persönlich mitbekommen haben. Rund die Hälfte der Personen, die der Polizei Hinweise zu ihrem letzten Zeug:innenerlebnis gegeben haben, geben als Motivation hierfür außerdem an, dass sie bei der Tataufklärung helfen wollten, dass der/die Täter:in gefasst und bestraft werden sollte und andere vor dem/der Täter:in geschützt werden sollten. Die wenigsten Personen geben an, dass ein

Zeug:innenaufruf der Grund war, dass sie der Polizei Informationen zu ihrem Zeug:innenerlebnis gegeben haben. Für die Gründe zeigen sich keine aussagekräftigen Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bezirk.
Über alle Delikte hinweg, wurde der Grund ‚weil es für mich selbstverständlich ist' am häufigsten und der Grund ‚weil ich einen Zeugenaufruf gesehen habe' am seltensten genannt. Dass die Befragten die betroffene Person ihres Zeugenerlebnisses kannten, ist bei Einbrüchen, Bedrohungen und sexuellen Übergriffen häufiger ausschlaggebend für die Informationsweitergabe als bei Sachbeschädigungen, Drogenhandel und Körperverletzungen. Die Gründe, dass der/die Täter:in gefasst und bestraft werden sollte und dass andere vor dem/der Täter:in geschützt werden sollten, wird zudem bei Zeug:innen sexueller Übergriffe deutlich häufiger angegeben als bei anderen Delikten. Bei Sachbeschädigung und Bedrohung werden diese beiden Gründe zudem seltener genannt als bei den anderen Delikten.
Der mit ca. 39 % am häufigsten genannte Grund, warum Hamburger:innen nach einem Zeug:innenerlebnis keine Informationen an die Polizei weitergegeben haben, ist, dass die ‚Polizei bereits informiert' war. Ca. 30 % geben als ausschlaggebend an, dass sie ‚dachten, es führt zu nichts'. Hier zeigen sich nur für einzelne Gründe signifikante Gruppenunterschiede nach Geschlecht und Alter. So geben Männer mit 20 % etwas häufiger als Frauen (mit 14 %) an, dass sie den ‚Vorfall als nicht so schwerwiegend angesehen' haben. Es zeigt sich im Altersvergleich, dass der Grund ‚Die Polizei war bereits informiert' von allen Altersgruppen ab 25 Jahren am häufigsten genannt wird, wobei die Häufigkeit der Nennung und der Abstand zur Häufigkeit anderer Gründe mit steigendem Alter zunimmt. Hingegen wird der Grund, dass man den ‚Vorfall als nicht so schwerwiegend' angesehen hat, mit zunehmendem Alter von immer weniger Personen angegeben. Nur bei den 16- bis 24-Jährigen wird der Grund, dass die Polizei bereits informiert war, erst als zweithäufigstes genannt. Stattdessen geben in dieser Altersgruppe mit am meisten Personen im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen an, dass sie mit dem Vorfall nichts zu tun haben wollten, dass sie dachten, dass ihre Beobachtung nicht wichtig genug ist, dass sie sich nicht in eine Privatsache einmischen wollten, und dass es ihnen zu viel Mühe war, sich bei der Polizei zu melden. Da die jüngste Altersgruppe etwas häufiger als ältere Menschen Drogendelikte persönlich mitbekommen hat, kann ein Teil dieser unterschiedlichen Gründe für keine Informationsweitergabe auch mit der Besonderheit von Drogenkriminalität in diesem Kontext zusammenhängen. Hierfür bedarf es jedoch weitergehender Analysen. Grundsätzlich ist auch vorstellbar, dass die geringere Kooperationsbereitschaft jüngerer Menschen mit der Polizei auch hier zum Tragen kommt.
Für den insgesamt am häufigsten genannten Grund warum keine Informationsweitergabe stattfand – ‚Die Polizei war bereits informiert' – zeigt sich, dass dieser insbesondere bei Drogenhandel, aber auch bei sexuellen Übergriffen deutlich seltener genannt wird als bei anderen Delikten. Bei Einbrüchen hingegen scheint dies sogar der überwiegend einzig ausschlaggebende Grund für das Unterlassen der Informationsweitergabe an die Polizei zu sein. Dieses Ergebnis passt zu Erkenntnissen, dass ein Großteil der Drogenhandelsdelikte aber auch der sexuellen Übergriffe im polizeilichen Dunkelfeld verbleiben, während Einbrüche häufig polizeilich registriert werden. Bei Drogenhandelsdelikten geben die meisten Hamburger:innen, die diese Tat persönlich mitbekommen haben, an, dass sie dachten, dass es zu nichts führt, der Polizei Informationen hierzu zu geben. Auch die Gründe, dass die Zeug:innen den Vorfall als nicht so schwerwiegend oder als Privatsache angesehen haben, mit dem Vorfall nichts zu tun haben wollten und dass es ihnen zu viel Mühe war, sich bei der Polizei zu melden, werden hier häufiger angegeben als bei anderen Straftaten. Dass bei Drogenhandel eine Vielzahl an Gründen für keine Informationsweitergabe vergleichsweise häufig genannt wird, während der Grund, dass die Polizei bereits informiert war, kaum eine Rolle spielt, deckt sich mit der Erkenntnis, dass im Vergleich zu anderen Delikten bei Drogenhandel am wenigsten Zeug:innen Informationen an die Polizei gegeben haben.
Bei Sachbeschädigungen, sexuellen Übergriffen und Bedrohungen wird häufiger als bei Diebstählen, Körperverletzungen und Einbrüchen der Grund angegeben, dass eine Informationsweitergabe an die Polizei zu nichts führt. Bedrohungen und Körperverletzungen werden häufiger als Privatsache gesehen als andere Delikte.
In Übereinstimmung mit anderen Forschungsergebnissen zur Kooperationsbereitschaft mit der Polizei zeigt sich, dass Personen, die zustimmen, dass die Polizei alle gleichbehandelt,

und Personen, die der Gehorsamspflicht gegenüber der Polizei zustimmen, etwas häufiger nach einem Zeug:innenerlebnis Informationen an die Polizei geben als Personen, die der Verteilungsgerechtigkeit und der Gehorsamspflicht nicht zustimmen. Erste multivariate Analysen legen nahe, dass diese Unterschiede ausführlicher analysiert werden müssen, um ggf. indirekt wirkende Alters- und Bildungseffekte überprüfen zu können.

Hinsichtlich der Frage, wie genau es zur Informationsweitergabe an die Polizei bzgl. eines Zeug:innenerlebnisses gekommen ist, zeigt sich, dass sich ca. die Hälfte der Personen von selbst bei der Polizei gemeldet hat und ca. ein Drittel der Personen bereits direkt am Tatort mit der Polizei gesprochen hat. Nur wenige Personen wurden persönlich von der Polizei bzgl. Informationen zu einer Straftat kontaktiert oder haben sich auf einen Zeug:innenaufruf gemeldet. Für das Zustandekommen der Zeug:innenaussage zeigen sich weder Unterschiede nach Art der mitbekommenen Straftat noch nach Alter, Geschlecht und Bezirk. Sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund haben sich am häufigsten von selbst bei der Polizei gemeldet (46 % bzw. 52 %) oder direkt am Tatort mit der Polizei gesprochen (41 % bzw. 36 %). Allerdings geben 9 % der Personen mit Migrationshintergrund, aber nur 1% der Personen ohne Migrationshintergrund, an, sich auf einen Zeug:innenaufruf der Polizei gemeldet zu haben. Umgekehrt wurden 11 % der Personen ohne Migrationshintergrund persönlich von der Polizei kontaktiert, während dies nur auf 5 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf.
Abschließend sollten die Personen, die der Polizei Informationen zu ihrem letzten Zeug:innenerlebnis innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung gegeben haben, angeben, wie sehr sie verschiedenen Aussagen über die polizeiliche Reaktion auf die Informationsweitergabe zustimmen. Ca. 86 % der in Frage kommenden Hamburger:innen stimmen dabei eher bis völlig zu, dass sie als Zeug:innen von der Polizei ernst genommen wurden, 67 % wünschen sich jedoch auch mehr Rückmeldung, was aus ihren Hinweisen geworden ist. Fast ein Viertel der Befragten stimmen jedoch auch eher bis völlig der Aussage zu, dass die Polizei nicht auf ihre Hinweise reagiert hat. Für die Aussage, dass die Polizei nicht auf die Hinweise reagiert hat, zeigen sich auch signifikante Unterschiede nach Geschlecht und Alter. So stimmen 27 % der Männer dieser Aussage eher bis völlig zu und nur 19 % der Frauen. Auch der Vergleich der Altersgruppen zeigt einen tendenziellen Anstieg des Anteils der Hamburger:innen, die dieser Aussage eher bis völlig zustimmen.

5 Literaturverzeichnis

Abdul-Rahman, Laila / Grau, Hannah-Espín / Klaus, Luise / Singelnstein, Tobias (2023): Gewalt im Amt. Frankfurt am Main.

Ackermann, Rolf / Clages, Horst / Roll, Holger (2011): Handbuch der Kriminalistik. Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden.

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (2020): Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung – Bericht 2020 (Hg.): Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Hamburg.

Birkel, Christoph / Church, Daniel / Erdmann, Anke / Hager, Alisa / Leitgöb-Guzy, Nathalie (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. (Hg.): Bundeskriminalamt. Wiesbaden.

Bolesta, Deliah / Andershed, Henrik / Führer, Jennifer Laura (2022): „Es wird immer schlimmer“ – Der Einfluss von Kriminalitätsfurcht, Vertrauen und Strafbedürfnis auf die wahrgenommene Kriminalität In: Bolesta, Deliah; Führer, Jennifer Laura; Bender, R.; Bielejewski, A.; Asbrock, Frank (Hg.): Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Ergebnisse der ersten Erhebungswelle.1–32.

Bradford, Ben / Jackson, Jonathan / Hough, Mike (2018): Ethnicity, group position and police legitimacy: early findings from the European Social Survey In: Oberwittler, Dietrich; Roché, Sebastian (Hg.): Police-Citizen Relations Across the World.New York, Abingdon, 46–72.

Bradford, Ben / Yesberg, Julia A. / Jackson, Jonathan / Dawson, Paul (2020): Live Facial Recognition: Trust and Legitimacy as Predictors of Public Support for Police USe of New Technology. In: The British Journal of Criminology, 60 (6), 1502–1522.

Europäische Kommission (2021): Eurobarometer 94 Winter 2020/2021. https://webgate.ec.europa.eu/ebsm/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=76406 [Zugriffsdatum: 22.07.2024].

Farren, Diego / Hough, Mike / Murray, Kath / McVie, Susan (2018): Trust in the Police and Police Legitimacy Through the Eyes of Teenagers. In: Minority Youth and Social Integration. 10.1007/978-3-319-89462-1_7. 167–192.

Hauber, Judith / Rabitz-Suhr, Simone / Thiele, Henriette Madita (2023): Bevölkerungsbefragung Sicherheit und Kriminalität in Hamburg – Teil 1: Wahrnehmung von Sicherheit und Wohngegend. Hamburg.

Hecker, Meike (2019): Vertrauen in der Stadt - Vertrauen in die Stadt. Berlin.

Hecker, Meike (2020): Polizeivertrauen- als Teil Kommunaler Kriminalprävention In: Haverkamp, Rita; Langlet, Franca (Hg.): Auf den Spuren der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland.Tübingen, 29–40.

Kort-Butler, Lisa A. (2022): Pandemic, Politics, and Public Opinion About Crime. In: Criminal Justice Review, 0 (0), 10.1177/07340168221131379. (Online First).

Kuckartz, Udo / Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung : Grundlagentexte Me-thoden. Weinheim.

Küster, Stefanie (2024): Mehr Polizeipräsenz führt nicht zu einem höheren Sicherheitsgefühl. In: Hessenschau, 22.04.2024. https://www.hessenschau.de/gesellschaft/experiment-in-kassel-mehr-polizeipraesenz-fuehrt-nicht-zu-einem-hoeheren-sicherheitsgefuehl-v2,experiment-kassel-sicherheit-polizeipraesenz-100.html [Zugriffsdatum: 22.07.2024].

Landeskriminalamt Niedersachsen (2022): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2021 (Hg.): Land Niedersachsen. Forschung, Prävention und Jugend (FPJ). Hannover.

Läpple, Dieter (1992): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept.H. Häußermann (Hrsg.), Stadt und Raum. Soziologische Analysen (Stadt, Raum und Gesellschaft, Bd. 1, 2. Auflage).157–207.

Leitgöb-Guzy, Nathalie (2021): Vertrauen in und Erfahrungen mit Polizei und Justiz unter Personen mit Migrationshintergrund. Bundeskriminalamt. Wiesbaden.

Lind, E. Allan / Tyler, Tom R. (1988): The Social Psychology of Procedural Justice. Boston, MA.

Lüdemann, Christian / Peter, Sascha (2007): Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil. In: Zeitschrift für Soziologie, 36 (1), 25–42.

Mider, Daniel (2021): Fear of Crime Determinants in Poland at the Covid 19 Pandemic: Empirical Assessment of Socio Demographic and Economic Factors. In: European Research Studies Journal, 24 (3), 1050–1057.

Miller, Joel / Davis, Robert C. (2008): Unpacking Public Attitudes to the Police: Contrasting Perceptions of Misconduct with Traditional Measures of Satisfaction. In: International Journal of Police Science & Management, 10 (1), 10.1350/ijps.2008.10.1.9. 9–22.

Murphy, Kristina (2015): Does procedural justice matter to youth? Comparing adults' and youths' willingness to collaborate with police. In: Policing and Society, 25 (1), 10.1080/10439463.2013.802786. 53–76.

Murphy, Kristina / Cherney, Adrian (2018): Policing marginalized groups in a diverse society: using procedural justice to promote group belongingness and trust in police In: Oberwittler, Dietrich; Roché, Sebastian (Hg.): Police-Citizen Relations Across the World.New York, Abingdon, 153–174.

Murphy, Kristina / Hinds, Lyn / Fleming, Jenny (2008): Encouraging public cooperation and support for police. In: Policing and Society, 18 (2), 10.1080/10439460802008660. 136–155.

Nägel, Christof / Nivette, Amy (2022): Protest policing and public perceptions of police. Evidence from a natural experiment in Germany. In: Policing and Society (1), 10.1080/10439463.2022.2064857. 64–80.

Oberwittler / Roché (2018a): Police-Citizen Relations Across the World. New York, Abingdon.

Oberwittler, Dietrich / Roché, Sebastian (2018b): Ethnic disparities in police-initiated contacts of adolescents and attitudes towards the police in France and Germany: a tale of our cities In: Oberwittler, Dietrich; Roché, Sebastian (Hg.): Police-Citizen Relations Across the World.New York, Abingdon, 73–107.

Popp, Julius / Savaskan, Egemen (2021): Illegale Drogen: Kokain, Stimulanzien und Halluzinogene In: Savaskan, Egemen; Laimbacher, Sabrina (Hg.): Abhängigkeitserkrankungen im Alter: Empfehlungen zur Prävention, Diagnostik und Therapie.Bern, 97–101.

Pósch, Krisztián / Jackson, Jonathan / Bradford, Ben / Macqueen, Sarah (2020): “Truly free consent”? Clarifying the nature of police legitimacy using causal mediation analysis. In: Journal of Experimental Criminology (17), 563–595.

Reuband, Karl-Heinz (2009): Kriminalitätsfurcht In: Lange, Hans-Jürgen; Ohly, H. Peter; Reichertz, Jo (Hg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit.Wiesbaden, 233–251.

Reuband, Karl-Heinz (2012): Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen. In: Soziale Probleme, 23 (1), 5–39.

Schiel, Stefan / Südhof, Susann / Ruiz-Marcos, Jonathan / Niesmann, Jan / Fahrenholz, Moritz (2021): Methodenbericht. infas. Bonn.

Schubert, Klaus / Klein Martina (2020a): Autorität. https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17137/autoritaet/ [Zugriffsdatum: 22.07.2024].

Schubert, Klaus / Klein Martina (2020b): Herrschaft. https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17608/herrschaft/ [Zugriffsdatum: 22.07.2024].

Schubert, Klaus / Klein Martina (2020c): Legitimität. https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17786/legitimitaet/ [Zugriffsdatum: 22.07.2024].

Siller / Wehe (2022): Handbuch Polizeimanagement. [S.l.].

Skogan, Wesley G. (2005): Citizen Satisfaction with Police Encounters. In: Police Quarterly, 8 (3), 10.1177/1098611104271086. 298–321.

Stanko, Elizabeth A. (2013): Observations from a Decade on the Inside: Policing Cultures and Evidence Based Policing In: Skogan, Wesley G.; Sherman, Larry W.; Tilley, Nick; Stanko, Elizabeth A.; Neyroud, Peter (Hg.): Policing: Connecting Evidence and Practice.Dundee, 51–63.

Stanko, Elizabeth A. / Bradford, Ben (2009): Beyond Measuring 'How Good a Job' Police Are Doing: The MPS Model of Confidence in Policing. In: Policing, 3 (4), 10.1093/police/pap047. 322–330.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2020): Hamburger Stadtteil-Profile Berichtsjahr 2020. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2021a): Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2020. Hamburg.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2021b): Die Bevölkerung in Hamburg nach Alter und Geschlecht 2020 (Hg.): Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg.

Sunshine, Jason / Tyler, Tom R. (2003): The Role of Procedural Justice and Legitimacy in Shaping Public Support for Policing. In: Law & Society Review (37(3)), 513–548.

Tankebe, Justice (2013): Viewing Things Differently: The Dimensions of Public Perceptions of Police Legitimacy. In: Criminology, 51 (1), 10.1111/j.1745-9125.2012.00291.x. 103–135.

Tankebe, Justice / Reisig, Michael D. / Wang, Xia (2016): A multidimensional model of police legitimacy: A cross-cultural assessment. In: Law and human behavior, 40 (1), 10.1037/lhb0000153. 11–22.

Tyler, Tom R. (2006): Why people obey the law. Princeton, New Jersey.

Ullmann, Daniela (2023): Subjektives Sicherheitsempfinden und Attraktivität im Radverkehr: Ein Methodenvergleich zur Untersuchung der Wahrnehmung und Wirkung unterschiedlicher Einflussfaktoren. Doctoral dissertation. Friedrich-Alexander-Universität. Erlangen-Nürnberg.

Weitzer, Ronald (2018): Recent trends in police-citizen relations and police reform in the United States In: Oberwittler, Dietrich; Roché, Sebastian (Hg.): Police-Citizen Relations Across the World.New York, Abingdon, 29–45.

Zmerli, Sonja (2022): Institutions, political attitudes or personal values? A multilevel investigation into the origins of police legitimacy in Europe. In: Policing and Society, 32 (3), 10.1080/10439463.2022.2037558. 341–377.

Sicherheit und Kriminalität in Deutschland

Fragebogen

Fragen zur Wohngegend

1. Unter Wohngegend verstehen wir den Bereich um Ihre Wohnung/Ihr Haus, den Sie fußläufig in 10 Minuten erreichen.

   Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit der Wohngegend, in der Sie leben?

Sehr zufrieden	Zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Unzufrieden	Sehr unzufrieden
☐	☐	☐	☐	☐	☐

2. Wie oft nehmen Sie Folgendes in Ihrer Wohngegend wahr?

   Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Sehr oft	Oft	Selten	Nie
Schmierereien an Hauswänden.	☐	☐	☐	☐
Beschädigte Briefkästen, zerstörte Wartehäuschen oder Ähnliches.	☐	☐	☐	☐
Müll und Abfall auf Straßen, Gehwegen oder Grünflächen.	☐	☐	☐	☐
Gruppen „herumhängender“ Menschen.	☐	☐	☐	☐
Lärm auf der Straße (z. B. durch laute Musik).	☐	☐	☐	☐
Streitereien oder Schlägereien zwischen Menschen in der Öffentlichkeit.	☐	☐	☐	☐

Fragen zur Bewertung der Polizei

3. Wie ist Ihre Meinung über die Polizeiarbeit im Allgemeinen?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Die Polizei …	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
… arbeitet gut in der Verbrechensbekämpfung.	☐	☐	☐	☐
… arbeitet nicht erfolgreich bei der Aufklärung von Straftaten.	☐	☐	☐	☐
… ist da, wenn man sie braucht.	☐	☐	☐	☐
… ist ausreichend häufig im öffentlichen Raum (z. B. auf der Straße, im Park, in der Innenstadt) zu sehen.	☐	☐	☐	☐
… behandelt Deutsche und Ausländer/ Ausländerinnen gleich.	☐	☐	☐	☐
… behandelt einen gleich, unabhängig davon, ob man reich oder arm ist.	☐	☐	☐	☐
… setzt Gewalt nur dann ein, wenn es in einer Situation gerechtfertigt ist.	☐	☐	☐	☐
… trifft faire und unparteiische Entscheidungen.	☐	☐	☐	☐
… behandelt Menschen im Allgemeinen mit Respekt.	☐	☐	☐	☐
… leistet gute Arbeit darin,				
… über die Gefahren im Straßenverkehr zu informieren.	☐	☐	☐	☐
… über den Schutz vor Wohnungseinbruch-diebstahl zu informieren.	☐	☐	☐	☐
… über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage zu informieren.	☐	☐	☐	☐
… ist erfolgreich bei der Verhinderung von Straftaten.	☐	☐	☐	☐
… ist überlastet.	☐	☐	☐	☐
… lässt sich bei ihrer Arbeit nicht von Vorurteilen gegenüber Menschen z. B. aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion beeinflussen.	☐	☐	☐	☐

4. Wie denken Sie über Polizisten und Polizistinnen im Allgemeinen?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Polizisten und Polizistinnen …	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
… sind bürgerfreundlich.	☐	☐	☐	☐
… sind rücksichtslos.	☐	☐	☐	☐
… verhalten sich professionell.	☐	☐	☐	☐
… fehlt Mitgefühl.	☐	☐	☐	☐

5. Und nun ein paar Fragen zu Ihren Pflichten, die Sie gegenüber der Polizei in Deutschland haben.
Antworten Sie bitte auf der nachfolgenden Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „überhaupt nicht meine Pflicht“, 10 bedeutet „voll und ganz meine Pflicht“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Es ist meine Pflicht die Entscheidungen der Polizei zu akzeptieren, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.

Überhaupt nicht meine Pflicht										Voll und ganz meine Pflicht
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Es ist meine Pflicht zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe oder mit diesen nicht einverstanden bin.

Überhaupt nicht meine Pflicht										Voll und ganz meine Pflicht
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Es ist meine Pflicht zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Art und Weise, wie die Polizei mich behandelt nicht gut finde.

Überhaupt nicht meine Pflicht										Voll und ganz meine Pflicht
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

6. Hatten Sie innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) aus irgendwelchen Gründen persönlichen, telefonischen oder schriftlichen (auch per E-Mail/im Internet) Kontakt mit der Polizei
in Deutschland?

Nein, ich hatte in diesem Zeitraum keinen Kontakt mit der Polizei ☐ → *Bitte weiter mit Frage 10, Seite 6*

Ja, ich hatte in diesem Zeitraum Kontakt mit der Polizei. ☐

↓

Wenn ja, war der letzte Kontakt in Ihrem Bundesland?

Ja, in meinem Bundesland. ☐

Nein, in einem anderen Bundesland. ☐

7. Was war der Hauptgrund ihres letzten Polizeikontakts innerhalb der letzten 12 Monate?

Bitte machen Sie nur eine Angabe und wählen Sie den Kontakt aus, der zeitlich am kürzesten zurückliegt.

Ich …

… habe eine vollendete oder versuchte Straftat gemeldet.	☐
… habe eine Ordnungswidrigkeit gemeldet (z. B. Ruhestörung, Falschparken).	☐
… habe für mich oder andere Auskunft oder Hilfe gesucht.	☐
… hatte einen Verkehrsunfall.	☐
… habe mich über die Polizei beschwert.	☐
… wurde von der Polizei angehalten oder aufgefordert, mich zu einem Vorwurf zu äußern.	☐
… gab der Polizei Informationen oder Hinweise (z. B. als Zeuge).	☐
… habe beruflich mit der Polizei zusammen gearbeitet.	☐
… hatte aus einem anderen Grund Kontakt.	☐

8. Wie zufrieden waren Sie mit der Polizei im Zusammenhang mit diesem letzten Kontakt innerhalb der letzten 12 Monate?

Sehr zufrieden	Zufrieden	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Unzufrieden	Sehr unzufrieden
☐	☐	☐	☐	☐	☐

9. Wie sehr treffen folgende Aussagen auf diesen letzten Kontakt mit der Polizei innerhalb der letzten 12 Monate zu?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Die Polizei …	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
… war fachlich kompetent.	☐	☐	☐	☐	☐
… war überlastet.	☐	☐	☐	☐	☐
… war hilfsbereit.	☐	☐	☐	☐	☐
… drückte sich verständlich aus.	☐	☐	☐	☐	☐
… hatte mir gegenüber Vorurteile.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat sich ausreichend Zeit für mich genommen.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat mich ungerecht behandelt.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat zu wenig getan.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat mich auf dem Laufenden gehalten.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat nicht schnell genug reagiert.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat mich über Hilfsangebote oder rechtliche Möglichkeiten informiert.	☐	☐	☐	☐	☐
… hat ihre Vorgehensweise und weitere Schritte erklärt.	☐	☐	☐	☐	☐

Fragen zu Ihrem Sicherheitsgefühl

10. Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen ...

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Sehr sicher	Eher sicher	Eher unsicher	Sehr unsicher
… tagsüber alleine in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus?	☐	☐	☐	☐
… tagsüber ohne Begleitung in Ihrer Wohngegend?	☐	☐	☐	☐
… tagsüber ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr?	☐	☐	☐	☐

Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen ...

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Sehr sicher	Eher sicher	Eher unsicher	Sehr unsicher
… nachts alleine in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus?	☐	☐	☐	☐
… nachts ohne Begleitung in Ihrer Wohngegend?	☐	☐	☐	☐
… nachts ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr?	☐	☐	☐	☐

11. Im Folgenden geht es um Ihre allgemeinen Sorgen bezüglich Kriminalität – unabhängig von der Zeit und der Örtlichkeit. Inwieweit fühlen Sie sich beunruhigt, dass ...

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Sehr stark beunruhigt	Ziemlich beunruhigt	Etwas beunruhigt	Gar nicht beunruhigt
… Ihnen etwas gestohlen werden könnte?	☐	☐	☐	☐
… Sie von jemandem geschlagen und verletzt werden könnten?	☐	☐	☐	☐
… Sie von jemandem sexuell belästigt werden könnten?	☐	☐	☐	☐
… Ihr Eigentum beschädigt werden könnte?	☐	☐	☐	☐
… Sie von Betrug im Internet betroffen sein könnten?	☐	☐	☐	☐
… in Ihre Wohnung/Ihr Haus eingebrochen werden könnte?	☐	☐	☐	☐
… Sie wegen Vorurteilen gegenüber Ihrer Religion, sexuellen Orientierung, Herkunft, Behinderung, politischen Einstellung oder Zugehörigkeit zu einer anderen gesellschaftlichen Gruppe von einer Straftat betroffen sein könnten?	☐	☐	☐	☐
… Sie von einem terroristischen Anschlag betroffen sein könnten?	☐	☐	☐	☐

12. Bitte denken Sie jetzt nur an die nächsten 12 Monate. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass ...

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Sehr wahr-scheinlich	Eher wahr-scheinlich	Eher unwahr-scheinlich	Sehr unwahr-scheinlich
… Ihnen etwas gestohlen wird?	☐	☐	☐	☐
… Sie von jemandem geschlagen und verletzt werden?	☐	☐	☐	☐
… Sie von jemandem sexuell belästigt werden?	☐	☐	☐	☐
… Ihr Eigentum beschädigt wird?	☐	☐	☐	☐
… Sie von Betrug im Internet betroffen sein werden?	☐	☐	☐	☐
… in Ihre Wohnung/Ihr Haus eingebrochen wird?	☐	☐	☐	☐
… Sie wegen Vorurteilen gegenüber Ihrer Religion, sexuellen Orientierung, Herkunft, Behinderung, politischen Einstellung oder Zugehörigkeit zu einer anderen gesellschaftlichen Gruppe von einer Straftat betroffen sein könnten?	☐	☐	☐	☐
… Sie von einem terroristischen Anschlag betroffen sein könnten?	☐	☐	☐	☐

13. Um sich im Alltag vor Kriminalität zu schützen, können Menschen bestimmte Maßnahmen ergreifen. Bitte geben Sie an, wie oft Sie folgende Vorsichtsmaßnahmen treffen.

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Um mich vor Kriminalität zu schützen …	Gibt es bei mir (nachts) nicht	Sehr oft	Häufig	Manch-mal	Selten	Nie
… meide ich es, nachts das Haus zu verlassen.		☐	☐	☐	☐	☐
… verlasse ich nachts nur in Begleitung das Haus.		☐	☐	☐	☐	☐
… meide ich bestimmte Straßen, Plätze oder Parks.		☐	☐	☐	☐	☐
… meide ich es, nachts den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
… weiche ich Fremden, denen ich nachts begegne, nach Möglichkeit aus.		☐	☐	☐	☐	☐
… meide ich die Abwicklung von Geldgeschäften über das Internet (z. B. Online-Banking, Einkäufe im Internet).		☐	☐	☐	☐	☐
… sorge ich dafür, dass meine Wohnung/mein Haus auch in meiner Abwesenheit bewohnt wirkt.		☐	☐	☐	☐	☐
… sichere ich meine Wohnung/mein Haus besonders (z. B. durch Nutzung oder Aktivierung zusätzlicher Einbruchsicherungen oder einer Alarmanlage).		☐	☐	☐	☐	☐
… betreibe ich Selbstverteidigungstraining und/oder Kampfsport.		☐	☐	☐	☐	☐
… trage ich Gegenstände zur Selbstverteidigung bzw. zum Schutz bei mir, und zwar:						
… einen Schrillalarm (auch Schlüsselalarm oder Taschenalarm genannt).		☐	☐	☐	☐	☐
… Reizgas.		☐	☐	☐	☐	☐
… ein Smartphone mit spezieller Notruf-App.		☐	☐	☐	☐	☐
… ein Messer.		☐	☐	☐	☐	☐
… eine andere Waffe z. B. Schlagstock, Elektroschocker.		☐	☐	☐	☐	☐
… ergreife ich andere Maßnahmen.		☐	☐	☐	☐	☐

Fragen zu Erfahrungen mit Kriminalität im Zeitraum seit 2015

14. Ist Ihnen im Zeitraum seit Anfang 2015 Folgendes passiert:

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Ja	Nein
Mir ist etwas gestohlen worden.	☐	☐
Ich wurde betrogen und mir ist ein finanzieller Schaden entstanden.	☐	☐
Ich wurde Opfer von Kriminalität im Internet.	☐	☐
Ich wurde bedroht oder körperlich angegriffen.	☐	☐
Ich wurde sexuell belästigt oder Opfer eines sexuellen Übergriffs.	☐	☐
Mir ist etwas anderes passiert, nämlich:	☐	☐

Fragen zu Erfahrungen mit Kriminalität ohne Gewaltanwendung in den letzten 12 Monaten

15. Im Folgenden geht es zunächst um Ihre Erfahrungen mit verschiedenen Straftaten, bei denen keine Gewalt angewendet oder angedroht wurde. Fragen zu Erfahrungen mit Gewalt (auch in Kombination mit einer Wegnahme von Eigentum) folgen später.

Bitte berichten Sie ausschließlich Straftaten, die Ihnen in Deutschland passiert sind.

Waren Sie in in den letzten 12 Monaten (November 2019 bis Oktober 2020) von folgenden Straftaten betroffen? Falls ja, wie oft war dies der Fall und von wie vielen dieser Straftaten innerhalb der letzten 12 Monate hat die Polizei Ihres Wissens erfahren?

Wenn Sie die Anzahl der Straftaten nicht mehr genau wissen, dann genügt eine Schätzung.

Bitte bearbeiten Sie jede Zeile.

	In den letzten 12 Monaten in Deutschland			
	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl)	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl)
A Mir wurde ein Kraftfahrzeug gestohlen.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
B Mir wurde ein Kraftfahrzeug absichtlich beschädigt.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
C Mir wurde ein Fahrrad gestohlen.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
D Mir wurden Dinge gestohlen, die ich unmittelbar bei mir trug (z. B. Geldbörse, Handtasche, Schal).	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
E In meine Wohnung/mein Haus wurde eingebrochen (z. B. mit Brecheisen oder durch ein Fenster) und es wurde etwas gestohlen.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
F In meine Wohnung/mein Haus wurde eingebrochen, es wurde aber nichts gestohlen.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐
G In meine Wohnung/in mein Haus wurde versucht einzubrechen.	☐	☐→	☐☐ →	☐☐

– Fortsetzung von Frage 15 –

Bitte bearbeiten Sie jede Zeile.	In den letzten 12 Monaten in Deutschland				
	Nutze ich nicht	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl)	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl)
H Mein Eigentum (nicht Kraftfahrzeug) wurde absichtlich beschädigt oder zerstört.		☐	☐→	→	→
I Mir wurde etwas anderes – bisher nicht genanntes – gestohlen, nämlich: →		☐	☐→	→	→
Ich wurde betrogen und mir ist ein finanzieller Schaden entstanden, …					
J … indem eine Person sich als jemand anderes ausgegeben hat (z. B. als Angehöriger/Angehörige („Enkeltrick") oder Mitarbeiter/Mitarbeiterin einer Firma oder Behörde).		☐	☐→	→	→
K … durch Gewinnspiele/durch Gewinnversprechen.		☐	☐→	→	→
L Mein Computer wurde z. B. durch Viren oder Trojaner erheblich infiziert, so dass dadurch Datenverluste oder finanzielle Schäden entstanden sind.	☐	☐	☐→	→	→
M Mein Online-Banking wurde angegriffen.	☐	☐	☐→	→	→
N Meine persönlichen Daten wurden bei der Nutzung des Internets missbraucht (z. B. Identitätsdiebstahl, Kreditkartendaten, Missbrauch eines Benutzer-, Spiele- oder Mailkontos – nicht beim Onlinebanking).	☐	☐	☐→	→	→
Ich wurde bei dem Kauf einer Arbeitsleistung oder einer Ware betrogen…					
O … im Internet.	☐	☐	☐→	→	→
P … außerhalb des Internets.		☐	☐→	→	→
Ich wurde auf eine andere – noch nicht genannte – Weise betrogen und mir ist ein finanzieller Schaden entstanden …					
Q … im Internet.	☐	☐	☐→	→	→
R … außerhalb des Internets.		☐	☐→	→	→

16. Waren Sie innerhalb der letzten 12 Monate von einer der Straftaten in Frage 15 betroffen, d.h. haben Sie mindestens einmal mit „ja" in Frage 15 geantwortet?

Ja ☐→ *Bitte weiter mit Frage 17, Seite 11*

Nein ☐→ *Bitte weiter mit Frage 24, Seite 13*

17. Im Folgenden bitten wir Sie einige Angaben zu einer bei Frage 15 (Straftaten ohne Gewaltanwendung) genannten Straftat zu machen, die Ihnen innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) in Deutschland widerfahren ist.

Ich berichte über folgende Straftat aus den letzten 12 Monaten:

Bitte geben Sie den Buchstaben an, der bei Frage 15 vor dieser Straftat steht.

Bitte machen Sie nur eine Angabe.

Wenn Ihnen in den letzten 12 Monaten mehrere Straftaten passiert sind, dann wählen Sie bitte die Straftat aus, die zeitlich am kürzesten zurückliegt. Wenn bei einem Vorfall mehrere Straftaten gleichzeitig geschehen sind, geben Sie bitte die schwerste an.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

18. Denken Sie im Folgenden bitte nur an die Straftat, die Sie in der vorherigen Frage ausgewählt haben.

Haben Sie die Straftat selbst der Polizei gemeldet?

Ja, weil … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … der Täter/die Täterin gefasst und bestraft werden sollte. ☐
- … ein Nachweis für die Versicherung benötigt wurde ☐
- … die gestohlene(n) Sache(n) wiedergefunden werden sollte(n) ☐
- … Schadensersatzansprüche vom Täter/von der Täterin geltend gemacht werden sollten ☐
- … so etwas nicht noch einmal passieren sollte ☐
- … andere vor dem Täter/der Täterin geschützt werden sollten ☐

Nein, weil … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … ich die Tat als nicht so schwerwiegend angesehen habe. ☐
- … ich diese Angelegenheit selbst geregelt habe (z. B. durch eine Einigung mit dem Täter/der Täterin, Schadensausgleich) ☐
- … ich meine Ruhe haben und die Tat vergessen wollte ☐
- … es mir zu viel Mühe war, die Polizei einzuschalten ☐
- … ich es für meine Privatsache hielt ☐
- … ich nicht wusste, dass es sich um eine Straftat handelt. ☐
- … ich Angst vor dem Täter/der Täterin hatte. ☐
- … die Polizei den Fall sowieso nicht hätte aufklären können. ☐
- … die Polizei bereits informiert wurde/ informiert werden sollte. ☐
- … ich nicht versichert war. ☐
- … ich schon mal schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht habe. ☐
- … ich Angst vor einem Gerichtsverfahren hatte. ☐
- … es keine Beweise gab. ☐

19. Wo ist die Straftat passiert?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

- Bei mir zu Hause. ☐
- In meiner Wohngegend. ☐
- In meinem Wohnort/meiner Stadt. ☐
- In meinem Bundesland. ☐
- In einem anderen Bundesland. ☐
- Im digitalen Raum (z. B. Facebook, Twitter, Whats-App, SMS). ☐

20. Welches Geschlecht hatte der (Haupt-)Täter/die (Haupt-)Täterin?

- Männlich ☐
- Weiblich ☐
- Weiß nicht ☐

21. Haben Sie nach der Straftat Unterstützung von Ihrer Familie oder aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis erhalten?

- Ja ☐
- Nein ☐

22. Haben Sie nach der Straftat professionelle Unterstützung erhalten?

Ja, ich habe Unterstützung erhalten, und zwar durch … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … die Polizei. ☐
- … Opferhilfeeinrichtungen (z. B. Opferberatungsstellen, Telefonhotline oder Internetangebot) ☐
- … einen rechtlichen Beistand ☐
- … psychologische/psychotherapeutische Behandlung oder Beratung ☐
- … andere Hilfeangebote ☐

Nein, weil … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … ich es nicht für notwendig gehalten habe. ☐
- … ich nicht wusste, an wen ich mich hätte wenden können ☐
- … ich keine passende Hilfe gefunden habe ☐
- … ich nicht mit fremden Personen darüber sprechen wollte ☐
- … ich mich nicht getraut habe, darüber zu reden ☐
- … mir niemand helfen konnte. ☐
- … ich nicht wusste, ob ich diese bezahlen muss. ☐
- … ich mich geschämt oder schuldig gefühlt habe. ☐
- … aus einem anderen Grund. ☐

23. Wie belastend ist diese Straftat heute noch für Sie? Antworten Sie bitte auf der nachfolgenden Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „gar nicht belastend“, 10 bedeutet „sehr belastend“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Gar nicht belastend 0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Sehr belastend 10
Körperlich	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Emotional/psychisch	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finanziell	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Erfahrungen mit Gewaltkriminalität in den letzten 12 Monaten

24. Nun geht es konkret um Ihre Erfahrungen mit Bedrohungen, Gewalt und sexuellen Übergriffen. Bitte denken Sie dabei sowohl an Straftaten, die Ihnen durch unbekannte Personen, als auch bekannte Personen, wie z. B. Freunde/Freundinnen, Partner/in oder Ex-Partner/innen widerfahren sind.

Bitte berichten Sie ausschließlich Straftaten, die Ihnen in Deutschland passiert sind.

Waren Sie in den letzten 12 Monaten (November 2019 bis Oktober 2020) von folgenden Straftaten betroffen? Falls ja, wie oft war dies der Fall und von wie vielen dieser Straftaten in den letzten 12 Monaten hat die Polizei Ihres Wissens erfahren?

Wenn Sie die Anzahl der Straftaten nicht mehr genau wissen, dann genügt eine Schätzung.

Bitte bearbeiten Sie jede Zeile.

	In den letzten 12 Monaten in Deutschland				
	Nutze ich nicht	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl)	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl)
A Jemand hat mir mit körperlicher Gewalt oder unter Androhung von körperlicher Gewalt etwas weggenommen.		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
Es wurde gedroht, mir Schmerzen oder körperlichen Schaden zuzufügen …					
B … im Internet und/oder in den Sozialen Medien durch Kommentare, Postings, Nachrichten oder E-Mails.	☐	☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
C … außerhalb des Internets und der Sozialen Medien (z. B. im persönlichen Gespräch, in einem Telefonat, in einem Brief).		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
Ich wurde körperlich angegriffen …					
D … von mehreren Personen mit Waffe/n oder Gegenstand/Gegenständen (z. B. Messer, Flasche, Schlagring, Stock).		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
E … von einer Person mit Waffe/n oder Gegenstand/Gegenständen (z. B. Messer, Flasche, Schlagring, Stock).		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
F … von mehreren Personen ohne Waffe (z. B. geschlagen, getreten, gewürgt).		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
G … von einer Person ohne Waffe (z. B. geschlagen, getreten, gewürgt).		☐	☐ →	☐☐ →	☐☐

– Fortsetzung von Frage 24 –

Bitte bearbeiten Sie jede Zeile.	In den letzten 12 Monaten in Deutschland			
	Nutze ich nicht	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl) →	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl) →
H Ich wurde im Internet und/oder in den Sozialen Medien durch Kommentare, Postings, Nachrichten oder E-Mails persönlich beleidigt.	☐	☐	☐	☐☐	☐☐
I Mir wurden unerwünscht per E-Mail, Nachrichtendienst oder Sozialem Netzwerk Nachrichten mit sexuellen Inhalten zugeschickt (z. B. per Whatsapp, Facebook, Skype, SMS).	☐	☐	☐	☐☐	☐☐
J Jemand hat mir sein Geschlechtsteil gegen meinen Willen gezeigt.		☐	☐	☐☐	☐☐
K Jemand hat mich belästigt, indem er mich in sexueller Absicht anfasste oder berührte.		☐	☐	☐☐	☐☐
L Jemand hat mich sexuell missbraucht oder vergewaltigt.		☐	☐	☐☐	☐☐
M Mir ist etwas anderes passiert, nämlich:		☐	☐	☐☐	☐☐

→ ☐

25. Waren Sie innerhalb der letzten 12 Monate von einer der Straftaten in Frage 24 betroffen, d.h. haben Sie mindestens einmal „ja“ in Frage 24 angekreuzt?

Ja ☐ → *Bitte weiter mit Frage 26*

Nein ☐ → *Bitte weiter mit Frage 44, Seite 21*

26. Haben Sie in Frage 24 mindestens einmal „ja“ bei den Buchstaben D, E, F oder G angekreuzt?

Ja ☐ → *Bitte weiter mit Frage 28, Seite 15*

Nein ☐ → *Bitte weiter mit Frage 27*

27. Haben Sie in Frage 24 mindestens einmal „ja“ bei den Buchstaben B, C oder L angekreuzt?

Ja ☐ → *Bitte weiter mit Frage 29, Seite 16*

Nein ☐ → *Bitte weiter mit Frage 30, Seite 16*

28. Sie haben berichtet, dass Sie innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) in Deutschland körperlich angegriffen wurden (mindestens einmal „ja“ bei Frage 24 D, E, F oder G):
Bitte geben Sie nachfolgend an, ob und wie oft dies Ihrer Meinung nach wegen Vorurteilen gegenüber Ihrer Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe passiert ist und von wie vielen dieser Straftaten in den letzten 12 Monaten die Polizei Ihres Wissens erfahren hat.

Bitte bearbeiten Sie jede Zeile.

Denken Sie, dass Sie innerhalb der letzten 12 Monate körperlich angegriffen wurden, wegen Vorurteilen gegenüber …	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl)	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl)
… Ihrer Religion?	☐	☐ →		→
… Ihrer sexuellen Orientierung?	☐	☐ →		→
… Ihrer Hautfarbe?	☐	☐ →		→
… Ihres Geschlechts oder Ihrer geschlechtlichen Identität?	☐	☐ →		→
… Ihrer Herkunft?	☐	☐ →		→
… Ihres sozialen Status?	☐	☐ →		→
… Ihres Alters?	☐	☐ →		→
… Ihrer Behinderung?	☐	☐ →		→
… Ihrer politischen Einstellung?	☐	☐ →		→
… Ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen gesellschaftlichen Gruppe, und zwar:	☐	☐ →		→

→ ☐

29. Sie haben berichtet, dass Sie innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) in Deutschland bedroht beziehungsweise körperlich oder sexuell angegriffen wurden (mindestens einmal „ja“ bei Frage 24 B-G oder L): Bitte geben Sie nachfolgend an, ob und wie oft diese Straftaten von Ihrem (Ex-)Partner/ Ihrer (Ex-)Partnerin verübt wurden und von wie vielen dieser Straftaten in den letzten 12 Monaten die Polizei Ihres Wissens erfahren hat.

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Mein (Ex-)Partner/meine (Ex-)Partnerin …	Nein	Ja	Wenn ja, wie oft? (Anzahl)	Davon der Polizei bekannt? (Anzahl)
… hat mir gedroht, mir Schmerzen oder körperlichen Schaden zuzufügen.	☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
… hat mich mit einer Waffe (z. B. Messer, Flasche, Schlagring, Stock) körperlich angegriffen.	☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
… hat mich ohne Waffe körperlich angegriffen.	☐	☐ →	☐☐ →	☐☐
… hat mich sexuell missbraucht oder vergewaltigt.	☐	☐ →	☐☐ →	☐☐

30. Im Folgenden bitten wir Sie einige Angaben zu einer bei Frage 24 (Erfahrungen mit Bedrohungen, Gewalt und sexuellen Übergriffen) genannten Straftat zu machen, die Ihnen innerhalb der letzten 12 Monate (November 2019 bis Oktober 2020) in Deutschland widerfahren ist.

Ich berichte über folgende Straftat aus den letzten 12 Monaten:

Bitte geben Sie den Buchstaben an, der bei Frage 24 vor dieser Straftat steht.

Bitte machen Sie nur eine Angabe.

Wenn Ihnen mehrere Straftaten passiert sind, dann wählen Sie bitte die Straftat aus, die zeitlich am kürzesten zurückliegt. Wenn bei einem Vorfall mehrere Straftaten gleichzeitig geschehen sind, geben Sie bitte die schwerste an.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

31. Denken Sie im Folgenden bitte nur an die Straftat, die Sie in der vorherigen Frage ausgewählt haben.

Haben Sie die Straftat selbst der Polizei gemeldet?

Ja, weil … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … der Täter/die Täterin gefasst und bestraft werden sollte. ☐
- … ein Nachweis für die Versicherung benötigt wurde ☐
- … die weggenommene(n) Sache(n) wieder gefunden werden sollte(n) ☐
- … Schadensersatzansprüche vom Täter/von der Täterin geltend gemacht werden sollten ☐
- … so etwas nicht noch einmal passieren sollte ☐
- … andere vor dem Täter/der Täterin geschützt werden sollten ☐

Nein, weil … ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- … ich die Tat als nicht so schwerwiegend angesehen habe. ☐
- … ich diese Angelegenheit selbst geregelt habe (z. B. durch eine Einigung mit dem Täter/der Täterin, Schadensausgleich) ☐
- … ich meine Ruhe haben und das Erlebnis vergessen wollte ☐
- … es mir zu viel Mühe war, die Polizei einzuschalten ☐
- … ich es für meine Privatsache hielt ☐
- … ich nicht wusste, dass es sich um eine Straftat handelt. ☐
- … ich Angst vor dem Täter/der Täterin hatte. ☐
- … die Polizei den Fall sowieso nicht hätte aufklären können. ☐
- … die Polizei bereits informiert wurde/werden sollte. ☐
- … ich nicht versichert war. ☐
- … ich schon mal schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht habe. ☐
- … ich Angst vor einem Gerichtsverfahren hatte. ☐
- … es keine Beweise gab. ☐

32. Wo ist die Straftat passiert?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

- Bei mir zu Hause. ☐
- In meiner Wohngegend. ☐
- In meinem Wohnort/meiner Stadt. ☐
- In meinem Bundesland. ☐
- In einem anderen Bundesland. ☐
- Im digitalen Raum (z. B. Facebook, Twitter, Whats-App, SMS). ☐

33. In welchem Zusammenhang ist die Straftat verübt worden?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

- In einem beruflichen Zusammenhang (z. B. während der Arbeitszeit). ☐
- Im Bildungswesen (z. B. während des Schulunterrichts, während einer Vorlesung). ☐
- In einem privaten Zusammenhang (z. B. in der Freizeit), und zwar …
  - … bei einer öffentlichen Sportveranstaltung (z. B. bei einem Fußballspiel). ☐
  - … auf einem Volksfest (z. B. Kirmes, Karneval, Festival). ☐
  - … auf einer Demonstration. ☐
  - … in einem familiären Zusammenhang (z. B. im Familienalltag, auf einem Familienfest/-treffen). ☐
  - … in einem sonstigen privaten Zusammenhang. ☐
- Im Zusammenhang mit einer medizinischen Behandlung/Pflege. ☐
- In einem noch nicht genannten Zusammenhang. ☐

34. An welchem Ort ist die Straftat verübt worden?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

- In einer Wohnung (z. B. in meinem Haushalt oder dem von Freunden). ☐
- Am Arbeitsplatz (z. B. im Büro, auf der Baustelle). ☐
- In einer Bildungsstätte (z. B. in der Schule, in der Universität, in der Berufsschule). ☐
- In einer Einrichtung des Gesundheitswesens (z. B. im Krankenhaus, in einer Pflegeeinrichtung). ☐
- In einer Sportstätte (z. B. im Fußballstadion, im Schwimmbad, im Fitnessstudio). ☐
- In einer Diskothek/einem Club/einer Bar. ☐
- Im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr (z. B. in der U-Bahn, an der Bushaltestelle, im Bahnhof). ☐
- Im öffentlichen Raum (z. B. auf der Straße, im Park, in der Innenstadt). ☐
- Im digitalen Raum (z. B. Facebook, Twitter, Whats-App, SMS). ☐
- An einem noch nicht genannten Ort. ☐

35. Wie viele Täter/Täterinnen waren insgesamt an der Straftat beteiligt?

Eine/r	Zwei	Drei	Vier	Fünf	Mehr als Fünf	Weiß nicht
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

36. Wie nah standen Sie dem Täter/der Täterin zum Zeitpunkt der Straftat? Sofern es mehrere waren, denken Sie bitte an den Haupttäter/die Haupttäterin!

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

Es handelte sich um …

- … meinen Partner/meine Partnerin. ☐
- … meinen ehemaligen Partner/meine ehemalige Partnerin. ☐
- … einen Familienangehörigen/eine Familienangehörige. ☐
- … einen Freund/eine Freundin. ☐
- … einen Bekannten/eine Bekannte. ☐
- … eine sonstige Beziehung. ☐
- … eine mir fremde Person. ☐
- Ich weiß nicht, wer der Täter/die Täterin war. ☐

37. Welches Geschlecht hatte der (Haupt-)Täter/die (Haupt-)Täterin?

- Männlich ☐
- Weiblich ☐
- Weiß nicht ☐

38. Ist die Straftat Ihrer Meinung nach wegen Vorurteilen gegenüber Ihrer Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe passiert, nämlich gegenüber ...

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Ja	Nein
… Ihrer Religion?	☐	☐
… Ihrer sexuellen Orientierung?	☐	☐
… Ihrer Hautfarbe?	☐	☐
… Ihres Geschlechts oder Ihrer geschlechtlichen Identität?	☐	☐
… Ihrer Herkunft?	☐	☐
… Ihres sozialen Status?	☐	☐
… Ihres Alters?	☐	☐
… Ihrer Behinderung?	☐	☐
… Ihrer politischen Einstellung?	☐	☐
… Ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen gesellschaftlichen Gruppe, und zwar:	☐	☐

→ ☐

39. Haben Sie bei dieser Straftat körperliche Verletzungen erlitten?

- ☐ Ja, und zwar leichte körperliche Verletzungen (z. B. leichte Blutergüsse, kleinere Wunden).
- ☐ Ja, und zwar schwere körperliche Verletzungen (z. B. Kopfverletzungen, Knochenbrüche, innere Verletzungen, sonstige körperliche Verletzungen mit starken Schmerzen).
- ☐ Nein, ich habe keine körperlichen Verletzungen erlitten.

40. Haben Sie nach der Straftat Unterstützung von Ihrer Familie oder aus Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis erhalten?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

41. Haben Sie nach der Straftat professionelle Unterstützung erhalten?

☐ Ja, ich habe Unterstützung erhalten, und zwar durch …

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- ☐ … die Polizei.
- ☐ … Opferhilfeeinrichtungen (z. B. Opferberatungsstellen, Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt, geschützte Unterkunft/ Frauenhaus, Telefonhotline oder Internetangebot)
- ☐ … einen rechtlichen Beistand
- ☐ … psychologische/psychotherapeutische Behandlung oder Beratung
- ☐ … andere Hilfeangebote

☐ Nein, weil …

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- ☐ … ich es nicht für notwendig gehalten habe.
- ☐ … ich nicht wusste, an wen ich mich hätte wenden können
- ☐ … ich keine passende Hilfe gefunden habe
- ☐ … ich nicht mit fremden Personen darüber sprechen wollte
- ☐ … ich mich nicht getraut habe, darüber zu reden.
- ☐ … mir niemand helfen konnte
- ☐ … ich nicht wusste, ob ich diese bezahlen muss
- ☐ … ich mich geschämt oder schuldig gefühlt habe.
- ☐ … aus einem anderen Grund.

42. Wie belastend ist diese Straftat heute noch für Sie? Antworten Sie bitte auf der nachfolgenden Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „gar nicht belastend“, 10 bedeutet „sehr belastend“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Gar nicht belastend										Sehr belastend
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Körperlich	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Emotional/psychisch	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finanziell	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Fragen zu Ihrer Person und Ihren Lebensumständen

43. Die Ergebnisse dieser Befragung werden auch für unterschiedliche Altersgruppen ausgewertet. Bitte nennen Sie dazu Monat und Jahr Ihres Geburtsdatums.

Monat: ☐☐ Jahr: ☐☐☐☐

44. Welchem Geschlecht ordnen Sie sich zu?

- ☐ Männlich
- ☐ Weiblich
- ☐ Divers

45. Haben Sie momentan einen festen Partner/eine feste Partnerin? Wenn ja: geben Sie bitte zusätzlich an, ob Sie in einem gemeinsamen Haushalt leben.

- ☐ Ja, wir leben zusammen in einem Haushalt.
- ☐ Ja, wir leben in getrennten Haushalten.
- ☐ Nein, ich habe momentan keinen festen Partner/keine feste Partnerin.

46. Stellen Sie sich bitte vor, diese Leiter zeigt an, wo Menschen in Deutschland stehen.

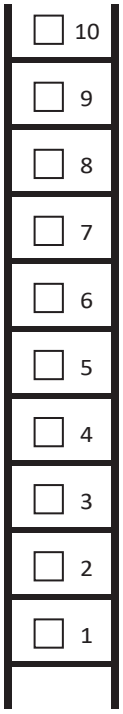
An der Spitze der Leiter sind Menschen, die am besten gestellt sind, die also am meisten Geld besitzen, die höchste Bildung und die angesehensten Berufe haben. Am unteren Ende der Leiter sind Menschen, die am schlechtesten gestellt sind, die also am wenigsten Geld besitzen, über die geringste Bildung verfügen und die am wenigsten angesehen sind oder keinen Beruf haben.

Je höher Sie auf der Leiter stehen, desto ähnlicher sind Sie den Menschen am oberen Ende der Leiter.

Je niedriger Sie auf der Leiter stehen, desto ähnlicher sind Sie den Menschen am unteren Ende.

Wo würden Sie sich auf der Leiter platzieren?

Bitte geben Sie an, auf welcher Leitersprosse Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Vergleich zu anderen Menschen in Deutschland stehen.



47. Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie?

Bitte wählen Sie nur einen der folgenden Schulabschlüsse aus. Sollten Sie einen ausländischen Schulabschluss haben, wählen Sie bitte einen Abschluss aus, der vergleichbar mit Ihrem ist.

- ☐ Keinen Schulabschlus
- ☐ Noch Schüler/Schülerin
- ☐ Sonderschulabschluss/Förderschulabschluss
- ☐ Hauptschulabschluss/Volksschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klass
- ☐ Realschulabschluss/mittlere Reife bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse
- ☐ Fachhochschulreife
- ☐ Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife
- ☐ Anderer Schulabschluss, nämlich:

→ ☐

48. Welcher Haupterwerbsstatus trifft auf Ihre aktuelle Situation zu?

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Möglichkeiten aus. Bitte beachten Sie, dass unter Erwerbstätigkeit jede mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit verstanden wird.

- ☐ In Vollzeit erwerbstätig (mind. 75 %)
- ☐ In Teilzeit erwerbstätig
- ☐ Geringfügig beschäftigt (z. B. Ein-Euro-Job, Mini-Job)
- ☐ Freiwilligendienste (z. B. Wehr- bzw. Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr)
- ☐ Schüler(in), Auszubildende(r), Student(in)
- ☐ Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahme
- ☐ Hausfrau/Hausmann
- ☐ Elternzeit
- ☐ Rentner(in), Pensionär(in), Vorruhestand
- ☐ Arbeitslos
- ☐ Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig

49. Wie viele Personen – einschließlich Ihrer Person – leben in Ihrem Haushalt?
Und wie viele Personen davon sind unter 18 Jahren alt?

Bitte tragen Sie die entsprechende Zahl ein.
Wenn keine Person unter 18 Jahren im Haushalt lebt, tragen Sie bitte 0 ein.

Es leben ☐ Personen in meinem Haushalt, davon sind ☐ Personen unter 18 Jahren alt.

50. Sind Sie in Deutschland (heutiges Gebiet der Bundesrepublik Deutschland) geboren?

Ja ☐ Nein ☐

↓

Falls nein:
In welchem Land sind Sie geboren?

Ich bin in ☐ geboren.

Wann sind Sie erstmals auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen?

Bitte tragen Sie die entsprechende Jahreszahl ein. Im Jahr: ☐☐☐☐

51. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Sofern Sie mehrere Staatsangehörigkeiten haben, machen Sie bitte entsprechend mehrere Angaben.

Deutsch ☐
Italienisch ☐
Polnisch ☐
Rumänisch ☐
Syrisch ☐
Türkisch ☐
Eine andere, nämlich: ☐ → ☐

52. Falls Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen:
Sind Sie deutscher Staatsangehöriger/deutsche Staatsangehörige ...

Bitte machen Sie nur eine Angabe.

... durch Geburt. ☐
... als (Spät-)Aussiedler/(Spät-)Aussiedlerin mit oder ohne Einbürgerung. ☐
... durch Adoption durch einen deutschen Elternteil. ☐
... durch Einbürgerung. ☐

53. In welchem Land sind Ihre Eltern geboren?

Bitte machen Sie für beide Elternteile Angaben.

Meine Mutter ist ...

... in Deutschland (heutiges Gebiet der Bundesrepublik Deutschland) geboren. ☐
... nicht in Deutschland geboren, sondern in folgendem Land: ☐

☐

Ich weiß nicht, wo meine Mutter geboren ist. ☐

Mein Vater ist ...

... in Deutschland (heutiges Gebiet der Bundesrepublik Deutschland) geboren. ☐
... nicht in Deutschland geboren, sondern in folgendem Land: ☐

☐

Ich weiß nicht, wo mein Vater geboren ist. ☐

54. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Ihre Eltern?

Bitte machen Sie für beide Elternteile Angaben.
Sofern ein Elternteil verstorben ist, geben Sie bitte die Staatsangehörigkeit an, die dieser zuletzt besaß.

Sofern Ihre Eltern mehrere Staatsangehörigkeiten haben, machen Sie bitte entsprechend mehrere Angaben.

Meine Mutter ...	Mein Vater ...
... besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt. ☐	... besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt. ☐
... besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder als (Spät-)Aussiedlerin oder durch Adoption durch einen deutschen Elternteil. ☐	... besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder als (Spät-)Aussiedler oder durch Adoption durch einen deutschen Elternteil. ☐
... besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit, nämlich: ☐	... besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit, nämlich: ☐
☐	☐
Ich weiß nicht, welche Staatsangehörigkeit meine Mutter hat. ☐	Ich weiß nicht, welche Staatsangehörigkeit mein Vater hat. ☐

55. Die Lebenssituation der Menschen in Deutschland ist recht unterschiedlich. Deshalb sollen die Ergebnisse der Studie in anonymisierter Form auch regional zugeordnet werden. Bei der Auswertung der Daten wird sichergestellt, dass es keinen Rückschluss auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Studie geben wird. Der Datenschutz ist damit gewährleistet.

Bitte geben Sie zu diesem Zweck an, wie die Postleitzahl Ihres Wohnorts (Hauptwohnsitz) lautet.

Postleitzahl: ☐☐☐☐☐

Fragen zu Ihrer Wahrnehmung der Polizei Hamburg

56. Neben vielen anderen Aufgaben (z. B. Notrufe, Strafanzeigen), kümmert sich die Hamburger Polizei auch um Anliegen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Unter Wohngegend verstehen wir den Bereich um Ihre Wohnung/Ihr Haus, den Sie fußläufig in 10 Minuten erreichen.

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Die Hamburger Polizei kümmert sich ausreichend um die Anliegen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger in meiner Wohngegend.	☐	☐	☐	☐

57. Auf welchem Weg würden Sie sich mit einem Anliegen an die Polizei Hamburg wenden?

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- Persönlicher Kontakt mit Bürgernahen Beamten ☐
- Persönlicher Kontakt mit Polizeibeamten an einer Polizeidienststelle ☐
- Telefonischer Kontakt mit einer Polizeidienststelle (ohne den Notruf 110) ☐
- Schriftlicher Kontakt mit einer Polizeidienststelle (postalisch, E-Mail) ☐
- Online-Wache der Polizei Hamburg, also die Internetseite zur Anzeigeerstattung ☐
- Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg auf Facebook, Twitter, Instagram ☐

58. Die örtlichen Polizeidienststellen legen für alle Hamburger Stadtteile Schwerpunkte, also vorrangige Aufgabenbereiche fest. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Ich habe Informationen über die polizeilichen Schwerpunkte in meinem Stadtteil erhalten.	☐	☐	☐	☐
Die Polizei Hamburg setzt in meinem Stadtteil die richtigen Schwerpunkte.	☐	☐	☐	☐
Ich wünsche mir mehr Informationen über polizeiliche Schwerpunkte in meinem Stadtteil.	☐	☐	☐	☐

59. Um was sollte sich die Polizei Hamburg in Ihrem Stadtteil stärker kümmern?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

Die Polizei Hamburg sollte sich in meinem Stadtteil stärker kümmern um ...	Trifft auf meinen Stadtteil nicht zu	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
... Örtliche Kriminalitätsbrennpunkte	☐	☐	☐	☐	☐
... Sauberkeit und Ordnung (z. B. herumliegender Müll, kaputte Parkbänke)	☐	☐	☐	☐	☐
... Personengruppen, von denen Störungen ausgehen	☐	☐	☐	☐	☐
... Verkehrsdelikte und -sicherheit	☐	☐	☐	☐	☐
... Einbrüche und Diebstähle	☐	☐	☐	☐	☐
... Drogenkriminalität (z. B. Handel)	☐	☐	☐	☐	☐
... andere Probleme in meinem Stadtteil, nämlich:	☐	☐	☐	☐	☐

Fragen zu Ihrem Interesse an und Ihrer Wahrnehmung von polizeilichen Informationen

60. Über welche polizeilichen Themen möchten Sie informiert werden?

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- ☐ Kriminalitätsentwicklung und neue Kriminalitätsphänomene
- ☐ Schutz vor Straftaten
- ☐ Verkehrslage
- ☐ Polizeiliche Einsätze oder Kriminalfälle
- ☐ Schwerpunkte der örtlichen Polizeiarbeit in Ihrem Stadtteil
- ☐ Öffentlichkeitsfahndungen, also die Suche nach Personen mithilfe von Medien und Bevölkerung
- ☐ Polizeiberuf, z. B. Ausbildungsmöglichkeiten, Aufgaben
- ☐ Ein anderes Thema, nämlich:

- ☐ Ich habe keinen Informationsbedarf.

Wenn Sie keinen Informationsbedarf haben, machen Sie bitte mit Frage 62 weiter.

61. Auf welchem Weg möchten Sie derartige Informationen erhalten?

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- Persönlicher Kontakt mit Polizeibeamten, z. B. mit dem Bürgernahen Beamten oder auf der Wache ☐
- Offizielle Internetseite der Polizei Hamburg ☐
- Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg auf Facebook, Twitter, Instagram, YouTube ☐
- Polizeiliche Informationsveranstaltungen, z. B. Polizei-Aktionstage, Messe-Auftritte ☐
- Polizeiliche Informationsmaterialen, z. B. Flyer, Plakate, Broschüren ☐
- Polizeiliche Öffentlichkeitskampagnen, z. B. Plakatwerbung, Fahrgastfernsehen, Kinospots ☐
- Die Medien, z. B. Print- und Onlinemedien, Radio, Fernsehen ☐
- Einen anderen Weg, nämlich: ☐

→ ☐

Fragen zu Zeugenerlebnissen in den letzten 12 Monaten (November 2019 bis Oktober 2020)

62. Sind Sie in den letzten 12 Monaten auf einen oder mehrere Zeugenaufrufe der Polizei aufmerksam geworden?

Unter Zeugenaufruf verstehen wir die Bitte um Mithilfe, eigene Beobachtungen und Wahrnehmungen zu einer Straftat an die Polizei zu melden.

Nein ☐ → *Bitte weiter mit Frage 64*

Ja ☐ → *Bitte weiter mit Frage 63*

63. Wenn ja, auf welchem Weg sind Sie auf diese Zeugenaufrufe aufmerksam geworden?

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

- Über den persönlichen Kontakt mit Polizeibeamten ☐
- Über die offizielle Internetseite der Polizei Hamburg ☐
- Über die Social Media-Auftritte der Polizei Hamburg (Facebook, Twitter, Instagram) ☐
- Über Plakate, Aushänge, Flyer usw. ☐
- Über die Medien (z. B. Print- und Onlinemedien, Radio, Fernsehen, Social Media) ☐
- Über einen anderen Weg, nämlich: ☐

→ ☐

64. Haben Sie in den letzten 12 Monaten eine oder mehrere Straftaten persönlich mitbekommen, die Ihnen nicht selbst passiert sind?

Nein, ich habe in den letzten 12 Monaten keine Straftat mitbekommen ☐ → *Bitte weiter mit Frage 69, Seite 28*

Ja, ich habe in den letzten 12 Monaten eine oder mehrere Straftaten mitbekommen ☐ → *Bitte weiter mit Frage 65, Seite 27*

65. Wenn ja, worum handelte es sich bei der letzten Straftat, die Sie mitbekommen haben?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

Ich habe mitbekommen ...

... wie in eine Wohnung oder ein Kraftfahrzeug eingebrochen wurde. ☐

... wie etwas mutwillig beschädigt oder zerstört wurde. ☐

... wie Drogen verkauft wurden. ☐

... wie einer Person Dinge gestohlen wurden. ☐

... wie eine Person bedroht wurde. ☐

... wie eine Person angegriffen und verletzt wurde. ☐

... wie eine Person sexuell belästigt, missbraucht oder vergewaltigt wurde. ☐

... etwas anderes, nämlich: ☐

66. Manche Menschen geben der Polizei Hinweise über beobachtete Straftaten, manche nicht. Um die polizeiliche Arbeit verbessern zu können, bitten wir Sie hierzu um weitere Angaben. Haben Sie der Polizei Informationen über die letzte Straftat in den letzten 12 Monaten gegeben, die Sie selbst mitbekommen haben?

Ja, weil ... ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

... es für mich selbstverständlich ist ☐

... ich bei der Tataufklärung helfen wollte ☐

... ich die betroffene Person kannte ☐

... ich einen Zeugenaufruf der Polizei gesehen habe ☐

... der Täter/ die Täterin gefasst und bestraft werden sollte ☐

... andere vor dem Täter/ der Täterin geschützt werden sollen ☐

... aus einem anderen Grund, nämlich: ☐

→

→ *Bitte weiter mit Frage 67, Seite 28*

Nein, weil ... ☐

↓

Bitte geben Sie alles an, was zutrifft.

... ich den Vorfall als nicht so schwerwiegend angesehen habe. ☐

... ich mit dem Vorfall nichts zu tun haben wollte ☐

... ich keine Zeit hatte, mich bei der Polizei zu melden ☐

... es mir zu viel Mühe war, mich bei der Polizei zu melden ☐

... ich nicht wusste, ob es sich um eine Straftat handelt ☐

... ich Angst vor dem Täter/ der Täterin hatte ☐

... die Polizei bereits vor Ort war. ☐

... ich dachte, dass meine Beobachtung nicht wichtig genug sei. ☐

... ich mich nicht in eine Privatsache einmischen wollte. ☐

... weil ich dachte, dass es zu nichts führt. ☐

... weil sich jemand anderes als Zeuge/ Zeugin gemeldet hat. ☐

... aus einem anderen Grund, nämlich: ☐

→ *Bitte weiter mit Frage 69, Seite 28*

67. Wie haben Sie der Polizei diese Hinweise gegeben?

Bitte geben Sie nur eine Antwort an, und zwar diejenige, die am ehesten zutrifft.

- ☐ Ich habe direkt am Tatort mit der Polizei gesprochen.
- ☐ Ich wurde persönlich von der Polizei mit der Frage kontaktiert, ob ich etwas mitbekommen habe.
- ☐ Ich habe einen Zeugenaufruf der Polizei gesehen und habe mich daraufhin bei der Polizei gemeldet.
- ☐ Ich habe mich selbst bei der Polizei gemeldet.
- ☐ Sonstiges, nämlich:

→ _____

68. Die Polizei kann unterschiedlich auf die Hinweise aus der Bevölkerung reagieren. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen für Ihre Situation zu?

Bitte machen Sie in jeder Zeile eine Angabe.

	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Die Polizei hat nicht auf meine Hinweise reagiert.	☐	☐	☐	☐
Ich wurde als Zeuge/Zeugin von der Polizei ernst genommen.	☐	☐	☐	☐
Ich wünsche mir mehr Rückmeldung, was aus meinen Hinweisen geworden ist.	☐	☐	☐	☐

69. Wenn Sie möchten, können Sie hier Themen benennen, die noch nicht angesprochen wurden, die aber aus Ihrer Sicht für die Sicherheit wichtig sind.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.

Methodenglossar

Variierende Fallgrundlagen (n)

Insgesamt stehen für die Auswertung von SKiD.Hamburg 8.534 Fragebögen zur Verfügung. In den Grafiken und Tabellen werden jedoch häufig unter „n=“ variierende Fallzahlen ausgewiesen. Dies erklärt sich dadurch, dass nicht jede befragte Person alle Fragen beantwortet hat oder Angaben aufgrund von bspw. Mehrdeutigkeiten nicht berücksichtigt werden konnten. Bei manchen Fragen waren außerdem Filterfragen vorgeschaltet, die die Fallzahl entsprechend reduzieren.

Signifikanztest

Ein Signifikanztest ist ein mathematisches Verfahren. Mit diesem wird geprüft, ob ein Effekt, der in einer Stichprobe vorliegt, mit hinreichender Sicherheit auf die zugrundeliegende Bevölkerung übertragen werden kann.

Ein Effekt ist z.B. ein Unterschied hinsichtlich eines Merkmals zwischen zwei Gruppen. Wird in der Stichprobe von SKiD.Hamburg ein Effekt festgestellt (z.B. ein Unterschied zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Kriminalitätsfurcht), könnte es sein, dass dieser Unterschied lediglich zufällig in der Stichprobe besteht, jedoch auf die Grundgesamtheit aller in Hamburg wohnhaften Männer und Frauen nicht zutrifft.

Ein Signifikanztest bestimmt die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Effekt nur zufällig in der Stichprobe vorliegt. Ist diese Wahrscheinlichkeit hinreichend klein (unter 5 %), liegt ein signifikanter Effekt in der Hamburger Bevölkerung vor.

Für einen verbesserten Überblick werden in den Veröffentlichungen nur Gruppenvergleiche in den jeweiligen Grafiken dargestellt, welche einen signifikanten Effekt aufweisen.

Schätzungenauigkeit und Konfidenzintervall

Bei der Erhebung eines Merkmals (z.B. Opferwerdung oder Kriminalitätsfurcht) auf Basis einer Stichprobe handelt es sich stets um eine Schätzung, da nur ein Teil der Bevölkerung, über die eine Aussage getroffen werden soll, befragt wird. Die grafische Darstellung von Ergebnissen weist daher häufig die sogenannte Schätzungenauigkeit durch Darstellung des Konfidenzintervalls aus.

Das Konfidenzintervall ist der Wertebereich, der den tatsächlichen Wert eines Parameters in der Grundgesamtheit mit mindestens 95 % Wahrscheinlichkeit enthält. Die Spannweite des so umfassten Wertebereichs kann variieren. Beispielsweise gilt: Je größer und repräsentativer die zur Verfügung stehende Stichprobe ist, desto genauer fällt die Schätzung des wahren Wertes in der Grundgesamtheit aus und desto schmaler ist das Konfidenzintervall.

SKiD.Hamburg verfolgt das Ziel, Aussagen für Hamburg zu treffen. Dies gelingt bei einigen Fragen besser (schmales Konfidenzintervall) und bei anderen schlechter (breites Konfidenzintervall). So kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass Aussagen über einzelne Migrationsgruppen nur mit größerer statistischer Unsicherheit getroffen werden können, da sich weniger Personen mit Migrationshintergrund an der Befragung beteiligt haben und diese nicht in allen Merkmalen für die verschiedenen Migrationsgruppen in Hamburg repräsentativ sind.

Prozentwerte und Mittelwertvergleiche

Diagramme dienen zur Visualisierung der Ergebnisse, indem sie bspw. in Balkendiagrammen Prozentwerte angeben. Neben der vertikalen y-Achse im Diagramm ist angegeben, worauf sich diese beziehen, bspw. auf all diejenigen, die sich ziemlich und sehr stark beunruhigt fühlen. Darüber hinaus wird zur

Orientierung bei Gruppenvergleichen häufig der durchschnittliche Prozentwert aller Befragten ausgewiesen.

Andere Diagramme weisen den Mittelwert eines Parameters aus bzw. vergleichen den Mittelwert von Gruppen miteinander. Die Auswahl der Darstellungsform orientiert sich an der jeweiligen Fragestellung und der dort verwendeten Antwortskala.

Prävalenz und Inzidenz

Prävalenz bezeichnet den Anteil der Personen, die innerhalb eines definierten Zeitraums (die letzten 12 Monate vor dem Befragungszeitpunkt) mindestens einmal Opfer des jeweiligen Delikts geworden sind.

Inzidenz bezeichnet demgegenüber die Hochrechnung aller Opferwerdungen (Viktimisierung) des jeweiligen Delikts, die von den befragten Personen insgesamt für den definierten Zeitraum berichtet wurden, auf 100.000 Einwohnende. Zu beachten ist, dass sich die Gesamtanzahl der Viktimisierungen nicht gleichmäßig auf die Einwohnenden verteilt. Ein Großteil der Personen wurde nicht viktimisiert (siehe Prävalenz), während andere mehrere Taten erlebt haben.

Anzeigequote

Die Anzeigequote weist den Anteil der angezeigten Viktimisierungen in den jeweiligen Delikten aus. Dafür werden die berichteten Viktimisierungen mit den angezeigten ins Verhältnis gesetzt.

Index

Bei einem Index handelt es sich um die Zusammenfassung mehrerer Fragen, die ähnliche Merkmale messen und zusammengefasst ein mehrdimensionales Merkmal abbilden können. Die Entscheidung, welche Items zu einem Index zusammengefasst werden und welche als Einzel-Items dargestellt werden, wird anhand statistischer Verfahren zur Zusammenhangsanalyse getroffen.

Analyseebene Bund- und Großstadtvergleich

Für eine möglichst umfassende Ausschöpfung der Befragungsdaten bezieht der Ergebnisbericht Vergleiche mit den bundesweiten Ergebnissen (‚Bundesdatensatz') sowie den Ergebnissen aller deutschen Großstädte ab 500.000 Einwohnenden (‚Großstadtdatensatz') ein. Dabei werden Hamburger Kennzahlen zu den jeweiligen Bundes- sowie Großstadtkennzahlen in Bezug gesetzt, um signifikante Unterschiede zu identifizieren. Bundes- bzw. Großstadt-Ergebnisse werden nur berichtet, wenn Unterschiede vorhanden sind.

Quellen:

Riesner, Lars und Christoffer Glaubitz (2020): Sicherheit und Kriminalität in Schleswig-Holstein. Kernbefunde des Viktimisierungssurvey 2019. Kiel.

Bilsky, Wolfgang, u.a. (1993): Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrungen Älterer Menschen. Hannover.

Impressum

Herausgeber
Kriminologische Forschungsstelle der Polizei Hamburg
Landeskriminalamt Fachstab 13
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg
Internet: https://www.polizei.hamburg/kriminologische-forschungsstelle-a-552988
E-Mail: kriminologische.forschungsstelle@polizei.hamburg.de

Stand
September 2024 – Version 1.1

Redaktion
Esther Jarchow, Leiterin der Kriminologischen Forschungsstelle
Judith Hauber
Ute Last-Sack
Simone Rabitz-Suhr
Henriette Madita Thiele
Marek Lorenz
Ella May
Jennifer Hauschildt

Gestaltung
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Hamburg

Nachweis Titelbild
Anton Gvozdikov (AdobeStock.com) / Polizei Hamburg

Empfohlene Zitierweise
Hauber, Judith / Thiele, Henriette Madita / Hauschildt, Jennifer (2024): Bevölkerungsbefragung Sicherheit und Kriminalität in Hamburg – Teil 2: Wahrnehmung der Polizei. Hamburg.

ISSN 0940-256X
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de/ abrufbar.

Die Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt und ist nicht zum Verkauf bestimmt.
Nachdruck und sonstige Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe des Landeskriminalamts Hamburg.

Diese Befragung wurde aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit kofinanziert.

© 2024 Landeskriminalamt Hamburg